



Jg. 17, Nr. 283, 1. 6. 87

Betriebsratswahlen und Linke

S. 30

Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

5 DM C 21734 E

Aus dem Inhalt

PKK
R. Adigüzel ist das jüngste Opfer der Gewaltkampagne der PKK, die im Gewande des revolutionären Kampfes Angst und Terror unter politischen Gegnern verbreitet.
Seite 40

Boycott und Bürokratie lähmen Volkszählung

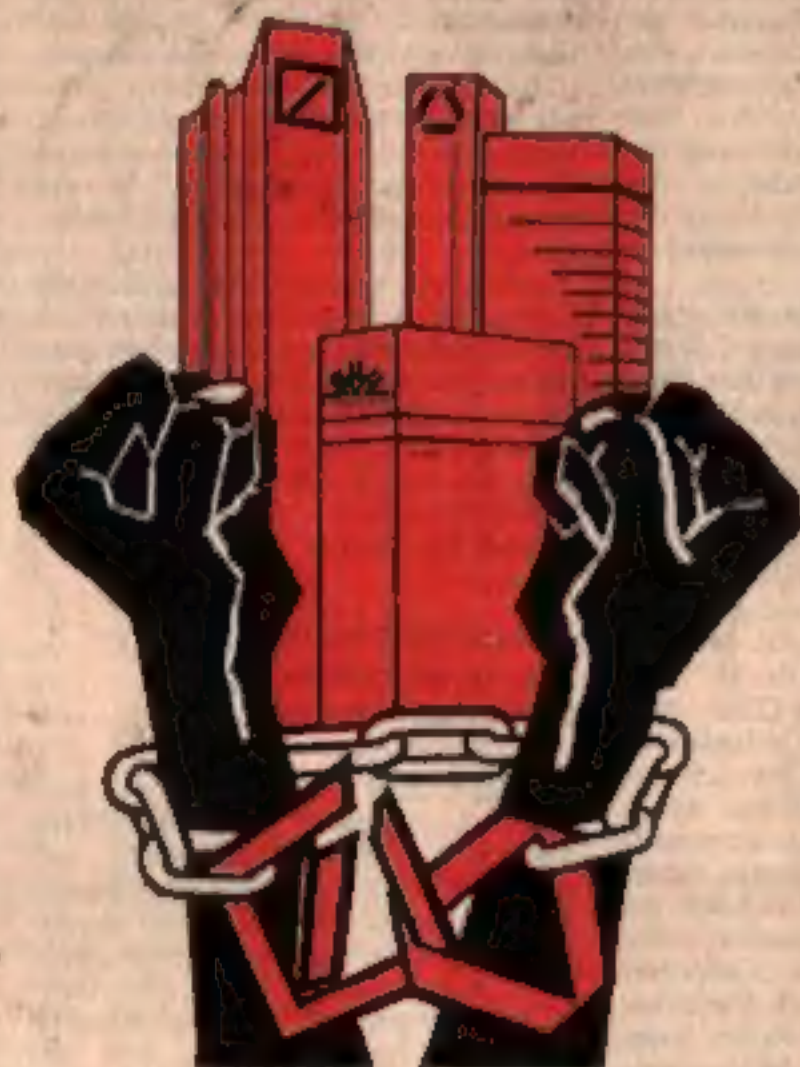
Stichtag 25. Mai. Die erste große Volkszählungsrunde sollte beendet sein. Auffällig zurückhaltend sind Innenministerium und statistische Landesämter mit Erfolgsmeldungen. Auffällig schrill die Hetze: „faschistische Gesinnung“, „Terrorismus“. Zu dick aufgetragen Zimmermanns Behauptung, nur zwei Prozent würden boykottieren. Der Staat macht sich Mut.

Und versucht, die Bürger durch Repression gegen die Boykottbewegung zu ängstigen. Massenhafte Beschlagnahme von Informationsmaterialien, vorläufige Festnahme, Ermittlungsverfahren, Verweigerung von Rümen, Verbot von Infotischen, Hausdurchsuchungen mit teils brachialer Gewalt und Bußgeldern; Verurteilung der Grünen als Gesetzesbrecher und absurde juristische Vorwürfe gegen Nummernabschneider („Sachbeschädigung“); immer wird auf rasch wirksame Einschüchterung spekuliert, um den Boykott kleinzu kriegen.

Aber die Volkszählung hat sich im Netz sowohl der Bürokratie wie des Boykotts verfangen. In den Großstädten vertragen. In den großstädtischen VoBo-Hochburgen bestimmen polizeiliche Dienstpläne den Einsatz der Zähler, da diese nicht ohne Polizeischutz losgejagt werden.

Die Volkszählung wird auch noch im Sommer laufen, das Gesetz sieht Nacherhebungen bis zum Jahresende vor. Ausdauer ist also gefragt.

Nicht allzu genau sollte man es mit der schleppenden, allzu pedantischen Bogenzählerei der Sammelstellen nehmen. Sie hinken nicht nur zwangsläufig hinterher. Sie unterliegen ein wenig der alternativen Bürokratie, die da meint, wer seinen Zettel ins Klo werfe, boykottiere nicht. Es darf weiterhin boykottiert werden.



Kirche, Banken und Apartheid

Kampagne zum Kirchentag am 17. Juni

Der evangelische Kirchentag wird in Frankfurt am 17. Juni mit Glockengeläut eröffnet. Er steht in diesem Jahr ganz im Zeichen der Auseinandersetzung um die Rolle der bundesdeutschen Banken bei der Unterstützung des südafrikanischen Apartheid-Regimes. Kein Ort eignet sich besser als gerade die Finanzmetropole Frankfurt. Die oppositionelle Kampagne „Kirchentag gegen Apartheid“

Südafrikas Weiße setzen auf Waffen
Brian Banting (ANC) zu den Wahlen am Kap

Seite 4

Ist seit Monaten bemüht, die Auseinandersetzung insbesondere um die Tätigkeit der Deutschen und der Dresdner Bank in die öffentliche Diskussion zu bringen. Angeknüpft wird an die Veröffentlichung der OMGUS-Studien von 1947 über den Anteil der beiden Großbanken an der Finanzierung der Nazi-Herrschaft. Ihre heutige finanzielle Stützung der südafrikanischen Rassisten wird als Fortsetzung jener Ban-

kenpolitik gesehen. Der Streit geht auch und vor allem um die stille Duldung und praktische Beteiligung der Kirchen an den schmutzigen Geldgeschäften, durch die EKD und andere kirchlichen Einrichtungen, die kirchlichen Einrichtungen, die millionenschwere Konten bei diesen Banken unterhalten.

Höhepunkte der Kampagne werden am 19. Juni die Banken-Aktionen und am 20. Juni eine große Demonstration mit Kundgebung vor der Zentrale der Deutschen Bank sein. Auch Atheisten sind hierzu herzlich willkommen. Wir dokumentieren die Rede der Jüdin Esther Bejarano, die die KZ Auschwitz und Ravensbrück durchläuft, die sie als „kritische Aktionärin“ auf der Hauptversammlung der Dresdner Bank gehalten hat.

Seite 3

20 Jahre Junikrieg:
Westbanks und Gazastreifen
Immer noch unter israelischer Besatzung S. 7
Palästinensisch-israelischer Dialog
bei Strafe verboten S. 9 - 11

Grüne Strategien in der Sackgasse

Atempause für die Sozialdemokratie

Abschied von den Grünen? Nicht zum ersten Mal tauchen diese Überlegungen nach einer Niederlage auf. Herbe Verluste der linken GAL in Hamburg lassen grüne Untergangsstimmung aufkommen. Daß die Grünen eben erst in Rheinland-Pfalz in den Landtag eingezogen sind, wird öffentlich gar nicht zur Kenntnis genommen. Es krischt bei den Grünen, die Realos sind desorientiert, die Fundis und Linken schwer angeschlagen, ein Ausweg ist nicht in Sicht. Der Triumph der SPD ist nicht zu übersehen.

Schon einmal — im Saarland und in NRW vor zwei Jahren — gab sie sich dem Trugschluß hin, die Grünen abschreiben zu können. Damals wurde die Rau'sche Strategie der absoluten Mehrheit geboren, die bei der Bundestagswahl so erbärmlich vorgeführt wurde. Heute blühen sozialliberale Hoffnungen auf. Doch macht die eine Schwalbe den neuen Sommer? Nur weil es einmal geklappt hat, ist ja noch nicht ausgemacht, daß sozialliberal ein mehrheitschaftliches gesellschaftliches Projekt sein könnte. Nichts fiel der SPD leichter, als von Rot-

Grün Abschied zu nehmen, weil die Träger dieser Partei keine ernsthafte Erneuerung wollen. Wieviel leichter fällt ihr die sozialliberale Variante. Doch da bahnt sich ein erneuter Fehlschluß an. Es gibt bislang keine Anzeichen dafür, daß das christlich-liberale Mehrheitsbündnis so marode ist, daß es vor der Ablösung steht. Auch der vordergründige Streit um die Abrüstungs- und Entspannungspolitik birgt nicht die von den Sozialdemokraten erhoffte Sprengwirkung für die Bonner Koalition. Sozialliberal à la Hamburg, das ist zunächst mal nicht mehr als ein Zweckbündnis gegen die allzu „schwarze Republik“, nicht mehr als die alte SPD-Regierungspolitik plus wirtschaftsliberaler Variante. Sie bietet keine neue Perspektive, ist kein Hoffnungsträger, der für Mehrheiten gut ist, sondern ein Hamburger Spektakel, das erst einmal vor Ort seine Tragfähigkeit beweisen muß. Zweifel sind da mehr als angebracht.

Fortsetzung Seite 22

faz
Der faz war es in den vergangenen Monaten vornehmste Aufgabe, die linke Mehrheitsströmung der Hamburger GAL zu schlachten. Immer mit einem Ohr und einem Bein im Kurt Schumacher-Haus.
Seite 23

Studenten
Die Bauchschmerzen der Linken mit der plötzlich aufstehenden Studentenbewegung sind groß. Welche Perspektive hat diese Bewegung, wo müßte linke Politik ansetzen?
Seite 33

Energiepolitik
Anfang der 70er wurde eine gewaltige Steigerung des Energieverbrauchs vorausgesagt. Heute sind all diese offiziellen Prognosen Müll.
Seite 12

Null-Lösung ohne Abrüstung?

Friedensbewegung läuft Verhandlungen hinterher

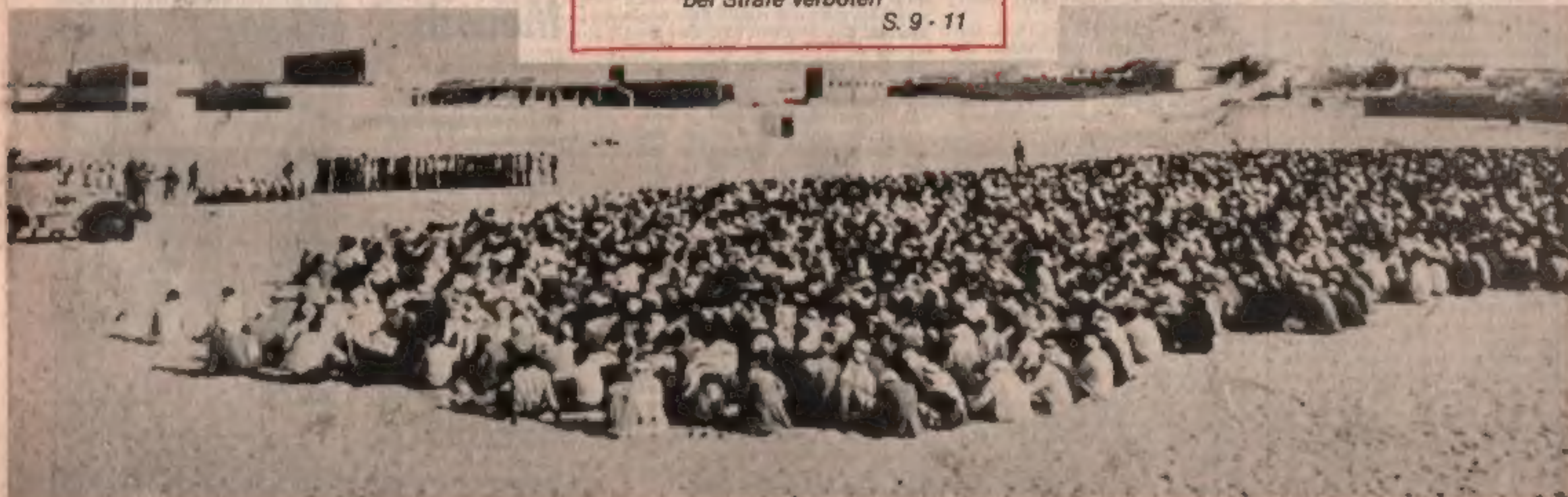
Nach der Null kam die Doppel-Null. Seither ist die Verwirrung in der NATO total. Am schrillsten die Töne in der BRD. Von der Forderung nach eigener Verfügung über Atomwaffen — endlich! — bis zur Umdefinierung der hier stationierten US-Sprengköpfe zu Driftlandwaffen, die wie die Frank-

reichs und Großbritanniens von Null auszunehmen sind (womit Null-zwei hinfällig wäre und nur Einfach-Null — Pershing 2 und Cruise bliebe), ist derzeit alles im Schwange.

Wie ernst ist der NATO-Streit wirklich? Bislang gibt es keinerlei Anzeichen dafür, daß irgendjemand in der NATO tatsächlich abrüsten will — auch nicht die Null-Befürworter. Eifrig wird Null gesagt und Rüstungs-Kompensation gedacht. Denn was da so wohlklingend als atomare Abrüstung einherkommt, meint die landgestützten Raketen und schließt die Vermehrung see- und luftgestützter so lange aus,

wie die Sowjetunion kein entsprechendes Junktim aufstellt. Gar nicht berührt ist bislang die konventionelle Rüstung. Der Reagan-Besuch am 12. Juni dürfte allen Spekulationen über einen tiefen Riß BRD/USA mit einem demonstrativen Schulter-schluß der NATO-Hauptmächte begegnen.

Die Friedensbewegung mobilisiert derweil für den 13. Juni zur Großdemonstration nach Bonn — erfüllt von Friedenshoffnungen und Illusionen. Während in Westberlin auf dem Hintergrund von Kreuzberg und dem Toten im Käst die Stimmung heiß und die Luft dick ist.



Was sich seit Tagen in der Republik abspielt, läßt sich noch am besten mit einer Komödie vom Ohnsgör-Theater vergleichen.

Die Zimmermann-Regierung in der Rolle des heimlichen Fäden spinners und Intriganten, der sich bewenden will, daß ihn in Wirklichkeit alle ganz gern haben, Egon Hölder (Präsident des Statistischen Bundesamtes) und die anderen Statisten in der Rolle des Watschenmanns, der für alles herhalten muß und zum Schluß Heidi Kabel, quatsch, ich meine die Bevölkerung, die auch nicht auf den Kopf gefallen ist. Ein Happy-End ist absehbar.

Es war für viele von uns ein Erlebnis, das zwar wenig überraschte, aber immerhin doch irritierte: Nach der Bauchlandung von 1983 sollte es schon wieder einen Volkszählungsversuch geben. „Kapiert die denn wirklich nichts“, fragten die Optimisten, während andere von der Dreistigkeit der Regierung eingeschüchert oder zumindest beeindruckt waren.

Schon den Verfassungsrichtern war klar, daß allein mit einem Verfassungsgerichtsanspruch das Thema nicht gelöst werden würde, daß allein Erklärungen von so vertrauenswürdigenden Statisten wie Egon Hölder den Unmut über ständige Erfassungsmaßnahmen nicht besänftigen würden.

Die verständlicherweise geringe Bereitschaft der Bevölkerung, sich in Kochtopf, Geldbeutel und Bett gucken zu lassen, sollte durch verstärkte Propaganda in Auskunftsreue gewendet werden. Daher wurde, damit es die bescheuerten Politiker auch kapierten, die Aufgabe der Propaganda auf verfassungsgemäßes Niveau angehoben und zu einer „Informationspflicht“ erklärt. Für diese Informationspflicht wurden zunächst 16 Millionen DM bereitgestellt, später wurde der Betrag verdreifacht.

Während die Einrichtung der örtlichen „Ämter für Volkszählung“, oft — wie wir heute sehen unter recht freier Interpretation der gesetztes- und verordnungsmäßigen Grundlagen — weitgehend unbeteiligt von staten ging, begann man im Innenministerium vornehmlich, Beteiligte an Sportvereine, Kirchen- und Heimatverbände und andere gesellschaftlich relevanten Kreise zu schreiben.

Die sollten doch bitte — so offensichtlich wie nur möglich — erklären, daß sie die Volkszählung saugut fanden und das sie total notwendig sei usw. Eine gewisse Resonanz blieb nicht aus, schließlich erklärte der Teutonen-Barde Heino, er sei „als deutscher Sänger und das sie total notwendig sei usw. Eine gewisse Resonanz blieb nicht aus, schließlich erklärte der Teutonen-Barde Heino, er sei „als deutscher Sänger

und das sie total notwendig sei usw. Eine gewisse Resonanz blieb nicht aus, schließlich erklärte der Teutonen-Barde Heino, er sei „als deutscher Sänger für eine deutsche Zählung“.

Zum Thema Volkszählung wird generalmobilmacht: Während die statistischen Ämter auf Plakatwänden die unbeschreibliche Wichtigkeit von Datenbergen betonen und in spröden und langweiligen Anzeigen die Legalität der Erhebung und den Datenschutz erläutern, von Spannung also keine Spur ist, lassen einige Politiker — vorläufig eher verhalten — durchblicken, was tatsächlich Sache ist: „Es geht hier um die staatliche Ordnung der Bundesrepublik“. Die „Ehre“ des Staates steht auf dem Spiel, und Pannen sind in dem Zusammenhang doppelt peinlich.

Aufgrund der sowieso vorhandenen Unlust in der Bevölkerung sollte alles zunächst todernst wirken. Das „Ja zur Zahl“ sollte zu einem „Ja zum

„Terroristen“ verhindern Erfolg beim Erbsenzählen

Staat“ gemacht werden, die aktive Teilnahme einer Gruppe von Sympathisanten erzielt und die lethargische Staatsreue der Mehrheit mobilisiert werden.

Aber schon bei der Zählerrekrutierung wurde deutlich, daß dieses Ziel nicht erreicht werden würde. Die anvisierten, wohlgesonnen und gutwilligen Kreise waren kaum zur Übernahme des „Ehren“ amtes bereit, zumal schon absehbar war, daß ihnen der arbeitsaufwendige Job als Klinkenputzer von der BRD-Company („Hallo, Herr Kaiser“) von der Kundschaft nicht leicht gemacht werden würde. Während sich in den ländlichen Gegenden am einen oder anderen Ort sendungsbewußte CDU-Ortsvereine fanden, die geschlossen ins Zähleramt eintrafen, sah es in städtischen Regionen lange mau aus und selbst Teile der bürgerlichen Presse spekulierten schon darüber, ob der Zensus vielleicht mangels Zählpersonal scheitern würde. Aber diese stille Hoffnung bewahrheitete sich nicht, wenn es auch nach wie vor weiße Flecken — wie z.B. Kreuzberg — auf der Erhebungskarte gibt.

Nun zählen sie also, die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger (denen Anrechnungsfreiheit zugesichert wurde), die Schüler (die dazu mancherorts schulfrei kriegen) und die Rentner, die Ehefrauen von Versicherungsvertretern und die Hobbydetektive, und schließlich — Wörners Beitrag zum Gelingen — die Bundeswehrsoldaten und mancherorts wohl auch noch ausgewiesene Rechtsradikale. Das letzte Aufgebot der BRD und wohl den Verwaltungsvorschriften zur Zählerauswahl entsprechend: „Die Erhebungsstellen müssen die Zähler also sorgfältig auswählen“, die Zähler müssen „die Gewähr für Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit bieten“.

Die Volkszähler haben kein attraktives Angebot zu machen, weder für die Zähler noch für die Gezählten. Auch die Versuche, sich mit dümmlichen, bunten Werbespots — die sogar in Befürworterkreisen eher negativ auffallen — ins Herz des Volkes einzuschleichen, scheitern kläglich. Auch ohne Boykottbewegung wäre es nicht einfach geworden, dieses Ding zu schaukeln.

Boykottbewegung

Innerhalb weniger Wochen entstand in

Boykottbewegung

Innerhalb weniger Wochen entstand in der BRD ein Netz von Bürgerinitiativen und Boykottgruppen, eine politische Aktivität auf Massenbasis, wie es sie vielleicht nicht mal zu Zeiten der Friedensbewegung gegeben hat.

Eine erste Bundeskonferenz, die relativ früh schon am 6. Dezember auf Einladung der Grünen, der Humanistischen Union und der Jungdemokraten (u.a.) in Wiesbaden stattfand, entpuppte sich im wesentlichen als (Wasser)Kopf einer Bewegung, die zu diesem Zeitpunkt noch im Entstehen begriffen war. Aber auch die folgenden Bundestreffen waren, besonders im Vergleich mit Bundeskonferenzen zu Friedens- oder AKW-Themen in den Hochphasen, eher mies besucht. Ein irgendwie zentraler Ansatz, ein politisches Spektakel auf Bundesebene wie in der Friedensbewegung oder ein „Bauzaun“, solche gemeinsamen Ereignisse fehlen in der VoBo-Bewegung weitgehend. Das hat in der aktuellen Situation ihre Schlagkraft jedoch kaum gemindert: Die Stärke der Bewegung liegt gerade auch in ihrer Dezentralität.

Die VoBo-Bewegung sah sich mit einer Situation konfrontiert, die sich am besten mit zwei Fragen der Bürger charakterisieren läßt. Erstens: „Wir sind dagegen! Könt ihr uns sagen, warum?“ und zweitens: „Wir wollen boykottieren, aber ...“

Gefordert waren kaum politische Manifestationen, nicht — wie etwa die Friedensbewegung — eine „Gegenkultur“, sondern fast ausschließlich eine „Gegeninformation“. Und die wurde in bisher nicht dagewesener Weise auch geleistet. In zig Millionen Auflage wurden dezentral Flugblätter in die Haushalte verteilt, in überfüllten Sälen wurden Infoveranstaltungen durchgeführt, die Infobüros wurden von Anfragen überschwemmt. Und auch das Fernsehen bot dem Zuschauer manches zur Volkszählung, nur eben nicht das, was er wissen wollte.

Statt politischer Parolen bestimmen Zungenbrecher aus der Computerwelt die Szene: „Reidentifizierung“, „Meldderegistrierung“, „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“. Aber auch Juristen — „Wieviel kostet

der Boykott?“ — sind gefordert. Ge-wollt war eben genau die Mischung aus Klaus Brunnstein und Christian Ströbele, die dann allerorten die Veranstaltungsräume füllen konnte. Haupt-sache, es wird nicht zu sehr der gigantische Überwachungsapparathammer geschwungen. Man war kaum bereit, sich Scheußlichkeiten im Repressionschinesisch anzuhören (ZEVIS, ZAG, Rasterfahndung und Ideologisierung der Sicherheitsdienste), vielleicht ist das vergleichbar mit dem Desinteresse der Friedensbewegung an militärischen Themen.

Und trotzdem die Angst vor genau diesem Überwachungsstaat: „Wenn ich jetzt boykottiere, kann ich dann noch Lehrer werden? ... Mein Mann ist nämlich im öffentlichen Dienst ...“. Es scheint, daß der politische Konflikt um die Volkszählung sich tatsächlich im eigenen Wohnzimmer bzw. an der Wohnungstür abspielt. Die größtenteils wenig erfolgreiche Mobilisierung zu Demos im Zusammenhang mit der Aktionswoche gegen die VZ (9.-16. Mai) beweist das eindeutig, zum Glück wurde keine Großdemo in Wiesbaden — einmal rund ums BKA — versucht.

Die VoBo-Bewegung ist keine Bewegung, die viel Überzeugungsarbeit aufbringen mußte. Die Fronten waren schon vorher abgesteckt, und wie die Umfragen bewiesen ausnahmsweise mal zu unseren Gunsten. Gefordert wurde ein vertrauensvoller Dienstleistungsbetrieb, und je besser der funktioniert, desto eher wird boykottiert. Vielleicht war es diese Konstellation, die der Bewegung eher aufgeschreckte Bürger als „alte Linke“ als Aktivisten in die Arme trieb.

Während die Medien und auch die Statistiker das Thema „Boykott“ zunächst totschwiegen, begannen einige Grüne, darunter die „kommunistisch geschulten Kader in ihren Reihen“ im Bundestag, auf Delegiertenversammlungen genauso wie in den Medien und auf dem Klo in der Kneipe, klar zu sagen, was angesagt ist: sobald die Zählung kommt.

Der Staat reagierte — scheinbar durch die Entwicklung überrascht — auf allen Ebenen, vor allem aber in Bonn, völlig durchgeknallt und kopflos.

Einheit der Demokraten

Einheit der Demokraten

Der Oppositionsführer Vogel schreibt dem Bundeskanzler: „Wir können uns deshalb in dem von den Grünen ausgelassen Konflikt nicht neutral und abwartend verhalten.“ (Hervorhgb. f.)

Und in der Tat reagierte der Staat nicht neutral. Auf breiter Front wurde losgeschlagen: Fast allabendlich Sendungen und Zahlungsreklame zu den besten Sendezeiten, flächendeckend über die gesamte BRD Plakatwände, durch „Empfehlungen“ der Landespreiskammern und verlagsinterne Verbote, nur „offizielle“ Berichte in den Zeitungen und nicht zuletzt auch die „Einigkeit der Demokraten“, die ganz große Koalition: Von Strauß und Zimmermann über Kohl, Vogel und Lafontaine, Hirsch und Baum bis hin zu Otto Schily alle dabei.

Im Fernsehen mußte sich der arme Egon Hölder (Präsident des Statistischen Bundesamtes) als Watschenmann für die staatliche Schnüffelei hergeben. Angesichts von politischer Kritik am Unternehmen ging er schließlich unter dem Ansturm der Kritiker auf Tauchstation: „Da sind Sie bei mir an der falschen Adresse. Das müssen sie einen Politiker fragen ...“. Die Politiker, die sich eigentlich in Sachen Volkszählung bedeckt halten und nicht unnütz unbeliebt machen wollten, mußten also doch noch ran, und die demokratische Viereinigkeit ließ sich im Großformat für die bundesdeutsche Reklametafel abbilden. Das Einmischen Zimmermanns in die Diskussion („Datenschutz ist Täter-schutz“) aber auch der Diskussionsbeitrag seines Kabinettschefs, der bei den Boykottierenden „faschistische Geminnung“ unterstellte, brachte nicht gerade die Wende zu Guten für die Totale-fasser. Im Gegenteil war man aus dieser Ecke nur noch zu Patzern fähig, die Wasser auf die Mühle der Boykottierer waren. Da war die SPD schon klüger: Einerseits wirft sie der Regierung eben diese Sprüche ins „ungeschickts“ vor, und andererseits predigt sie ein „Augen zu und durch“ in Sachen Volks-zählung, gemischt mit der überall feilgebotenen Volksweisheit, daß man ja auch nichts zu verbergen habe.

Neben dem Deutschen Stadtrat meldete sich auch der Generalbundes-anwalt Kurt Rebmann zu Wort. Obwohl in der Sache zweifelsohne nicht zuständig, plädiert er dafür, den Grünen Parlamentariern die vom Gesetz ermöglichten maximal 10.000 DM Bußgeld in voller Höhe anzuerkennen. „Nützlich wäre es“, sinniert er, „wenn wir schon jetzt eine Vorschrift hätten, die den Aufruf zu Ungehorsam gegen Gesetze unter Strafe stellt.“ — was Strauß im Bundesrat vergeblich forder-te.

„Aber so, wie sie sind, reichen die Gesetze doch schon aus“, melden sich die Sozialdemokraten in ebenfalls alter Manier zu Wort: Und leider — Recht haben sie. Eine Aufnahme des Volks-zählungsboykotts in den Straftatenka-talog des §129 StGB ist angesichts der Repressionspraxis tatsächlich weitestgehend überflüssig.

Bußgeldandrohungen, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen

Nachdem man sich zunächst mit dem Widerstand gegen die Volkszählung überhaupt nicht befassen wollte, sah man sich schließlich doch gezwungen, sich angesichts der zunehmend desolaten Situation mit dem Thema „Boykott“ auseinanderzusetzen. „Zu Recht Pflicht“ prangte es von den staatlich bezahlten Anschlagtafeln, und die „Bußgelder bis zu 10.000 DM“ machen Furore. Tatsächlich wurde dann via Fernsehen von einem Bußgeld in Höhe von 8.400 DM gegen die Grünen Bundestagsabgeordneten gesprochen, obwohl so ein Bußgeld noch überhaupt nicht verhängt worden war. Das Ziel, die Bewegung so einzuschüchtern, wurde nur zu einem kleinen Teil erreicht, trotzdem schwelte die Angst vor Sanktionen über den Boykottieren, und ein Teil bröckelte ab aufgrund der Unsicherheit, die in der Bußgeldfrage nun mal besteht und aufgrund der Tatsache, daß man vielleicht was mit dem Gericht zu tun bekommen könnte. Als Maulkorb hatte diese Aktion allerdings ihre Wirkung verfehlt, an vielen Orten wurde jetzt mit dem offenen Boykottaufruf erst richtig losgelegt. Eine ausreichende Möglichkeit, Volkszählungsgegner allein über den Bußgeldparagrafen in die Knie zu zwingen (dessen Anwendung rechtlich

gelegt. Eine ausreichende Möglichkeit, Volkszählungsgegner allein über den Bußgeldparagrafen in die Knie zu zwingen (dessen Anwendung rechtlich zumindest fragwürdig ist), wurde auch im Innenministerium offensichtlich nicht gesehen. Das Innenministerium gab daher den Auftrag, sich nach strafrechtlich relevanten Tatbeständen um-zusehen.

Die konnten durch allerhand juristische Drahtseilakrobatik schließlich gefunden werden, und zwar durch geschickte Kombination der §§111 und 303 StGB. Heraus kommt dabei, daß der Satz „Wenn der Zähler weg ist, schneiden wir die Kennnummer von den Bögen ab“ als öffentliche Aufforderung zu einer Sachbeschädigung gewertet wird. Das läppische Schnippeln an einem Bogen, der nur wenige Pfennige wert ist, dient dabei als Begründung für die Verfolgung der Betroffenen mit Methoden der StPO.

Das bedeutet in der Praxis unter anderem die Durchführung hunderter

von Hausdurchsuchungen, in Grüben und anderen Büros, Buchläden, Initiativenzentren und Privatwohnungen. Während am Anfang die Gerichte meist willfährig mitspielten, regt sich inzwischen auch in Juristenkreisen der Widerspruch gegen solch ein Vorgehen. Das Landgericht Lüneburg hat — als höchste zuständige Instanz — die im Zusammenhang mit einer Hausdurchsuchung statigefundene Beschlagnahme von Votio-Material rundum für rechtswidrig erklärt, eben weil die Konstruktion des Straftatbestandes („öffentlicher Aufruf“) bodenlos sei. Aber diese höchstförmliche Einsicht ist in der BRD bisher ein Einzelfall. Sollte sie sich durchsetzen, wurde signalisiert: Wir können auch anders. Vier Tage, bevor der Beschluß in der Presse publiziert wurde, wurden die Büros der Grünen abermals durchsucht, diesmal ohne richterlichen Beschluß, sondern mit Inanspruchnahme des 70er Jahre Slogans „Gefahr in Verzug“. Fensterscheiben gingen zu Bruch, zwei Personen wurden vorläufig festgenommen und eine Liste von fast 50 Positionen, vom Volkszählungsbuch bis zur Büroklammer wurden beschlagnahmt.

Aber auch andere Spezialitäten der wehrhaften Demokratie werden aktiviert: Bücher werden auf schwarze Listen gesetzt, wenn „durch dieses Schriftgut zumindest mittelbar zu einem Boykott der Volkszählung aufgerufen wird“. Nicht die dargelegten Inhalte allein sind Grund zur Zensur, auch die „Begleitumstände“ zählen. Mit dieser Begründung wurde in Bay-reuth eine Broschüre der HU beschlag-nahmt, die ausdrücklich nicht zum Boykott aufruft. Das Grundrecht auf Meinungsfreiheit wird zugunsten von ein paar Strichen auf einem Blatt Papier und zugunsten einer kleinen Schnippel daran faktisch aufgehoben. Das gleiche läßt sich auch anhand unzähliger abgeräumter Infotische und verbotener Theateraktionen belegen. Auch die Aktivitäten von politischer Polizei und Geheimdiensten in Sachen Volkszählung deuten darauf hin, daß es um mehr geht. Und auch das Postgeheimnis bleibt bei dem Gemetzel um die Daten auf der Strecke: In Berlin wurde bekannt, daß die Post von über 100 Betrieben einbehalten und durch-gesehen wurde, ohne daß die Betroffe-nen etwas davon ahnten.

Die Volkszählungsbewegung sieht sich mit einem Staat konfrontiert, der das Rennen um die Bögen um jeden — demokratischen — Preis gewinnen will sowie mit einer Justiz, die willfährig mitmacht, den Rechtsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit übergeht und schließlich mit einer Mehrheitspresse, die sich ihrer „demokratischen Verant-wortung“ voll bewußt ist.

Die kopflosen Überreaktionen des schließlich mit einer Mehrheitspresse, die sich ihrer „demokratischen Verant-wortung“ voll bewußt ist.

Die kopflosen Überreaktionen des Staates geben der Treibjagd keine gute Chance. Im Gegenteil wird der Miß-mut, der sich schon an der Volkszählung entzündete, durch ein solches Agieren gerade auch in bürgerlichen Kreisen verstärkt. Das ziellose Herum-ballern auf alles, was sich zum Thema Volkszählung bewegt, wird sich als politisch kontraproduktiv erweisen. Anders als in den 70ern kann eine Gemeingefährlichkeit der Volkszählungs-boykottierer nicht vermittelt werden.

So wie die Volkszählung ein Flop zu werden scheint, so wird auch die Kriminalisierung ihrer Gegner aufgegeben werden müssen. In Schleswig-Holstein scheint man sich schon jetzt von Buß-geldern für Boykottierer verabschiedet zu haben. Aus anderen Bundesländern hört man ähnliches.

f., Kiel

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperati-v GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Ver-lagsanschrift: Abonnementspreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abwurf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Ge-walt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 4.800 Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Ab-senders, bis sie dem Empfänger persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Ausleihung im Sinne des Vor-behalts. Wird die Zeitschrift dem Empfänger nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändi-gung zurückzusenden.

Restrisiko Mensch

Volkszählung
Staatssterngesetz
Widerstandsbekämpfung

Mit Beiträgen und Dokumenten zu den Anti-Terror-Gesetzen, zum maschinenlesbaren Personalausweis, ZEVIS, Schleppnetzfahndung und Demonstrationsverhinderung sowie einem Sonderheft zur Volkszählung — u. a. von Rolf Göttinger, Hermann I. Gremke, Joachim Köpcke, Ulrich K. Preuß, Karl-Heinz Rogoll, Michael Schubert, Wilhelm Steinmüller, Edla Weßlau, ca. 148 Seiten, A 4, DM 8,50 zzgl. Porto, erscheint Ende April 87. Herausgegeben von und zu beziehen über: Bürger kontrollieren die Polizei, Charlottenstr. 3, 7800 Bremen 1



Kirche, Banken und Apartheid

Liebe Atheisten, es ist wieder soweit! Am 17. Juni abends klingen in Frankfurt die Kirchenglocken, der Deutsche Evangelische Kirchentag wird eröffnet. Über 100.000 Christen werden für vier Tage die Mainmetropole überfluten und das gewohnte Bild verfremden. Die Gebildeten unter den Verächtern der Religion werden sich abwenden und das Spektakel bestenfalls aus vornehmer Distanz betrachten. Also alles wie gehabt?

Hoffentlich nicht, denn wie kein anderer vorher wird dieser Kirchentag Konflikte transportieren und ausagieren, die den Verstand und das Herz eines jeden Linken berühren. Es geht um die Banken und deren Unterstützung der Apartheid-Regimes in Südafrika und Namibia, die den Krieg gegen die schwarze Bevölkerungsmehrheit erst möglich machen. In erster Linie geht es um die Deutsche Bank, bezüglich der ohnehin noch eine alte Rechnung offensteht. Die amerikanische Militärregierung OMGUS empfahl nämlich schon 1947 nach Abschluß längerer Untersuchungen über die Kooperation der Bank mit dem NS-Staat, „daß

1. die Deutsche Bank liquidiert wird,
2. die verantwortlichen Mitarbeiter der Deutschen Bank angeklagt und als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden,
3. die leitenden Mitarbeiter der Deutschen Bank von der Übernahme wichtiger oder verantwortlicher Positionen im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands ausgeschlossen werden.“

Gleichlautende Empfehlungen gab die OMGUS-Studie auch zur Zukunft der Dresdner Bank ab.

Seit einigen Monaten nun ruft die kirchentagsoptionelle Kampagne „Kirchentag gegen Apartheid“ diese Empfehlungen wieder in Erinnerung. Anlaß ist die erneute Verurteilung der genannten Banken mit den rassistischen Regimes im südlichen Afrika.

Vor diesem Hintergrund wird dem Präsidium der Bank, den diesjährigen Kirchentag nach Frankfurt einberufen zu haben, mittlerweile sicher leid tun. Denn die verspiegelten Türme der westdeutschen Finanzzentralen konnten gar nicht anders wirken als eine Stimulanz für den Protest gegen den so

unverschämten offen zur Schau getragenen, an und mit dem Rassismus verbundenen Reichtum.

Der Streik um diesbezüglich deutliche kirchliche Signale gegen jene Kumpel und für die Solidarität mit den Unterdrückten gärt schon lange. Seit Jahren arbeiten christliche Anti-Apartheid-Gruppen in der Kirche, sie betreiben Früchte-Boykott, organisieren Banken-Aktionstage, gründen Partnerschaften mit südafrikanischen Dörfern, die von der Zwangsumsiedlung bedroht sind. Seit Jahren auch fordert die weltweite Christenheit und namentlich der „Ökumenische Rat der Kirchen“ (ÖRK) alle Religionsgemeinschaften auf, ihre Geschäftsbeziehungen mit den Banken abzubauen, die durch ihre Finanzpolitik die rassistischen Regimes stützen. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) wollte da nicht so recht mit. Sie hatte sich schon in den siebziger Jahren in der internationalen Christenheit isoliert, als sie sich weigerte, den Antirassismusfonds zu finanzieren zu helfen. Begründung: Jener Fonds unterstützte zumindest mittelbar auch bewaffnete Befreiungskämpfe.

Die kirchliche Praxis, Apartheid verbal als „Sünde“ zu verurteilen, dieses Bekenntnis aber nicht in konkrete politische Schritte umzusetzen, wurde während der letzten Kirchentage wiederholt diskutiert. Es waren hier christliche Gruppen, die die Empfehlungen des ÖRK aufnahmen und forderten, daß alle kirchlichen Einrichtungen und Institutionen als einen ersten praktischen Schritt ihre Konten bei den entsprechenden Banken kündigen sollten. Doch es geschah, von wenigen erfreulichen Ausnahmen abgesehen, so gut wie nichts.

Mit dem Herannahen des diesjährigen Kirchentages spitzte sich die Auseinandersetzung zu. Denn es war bekannt, daß auch der Kirchentag, noch ein Konto bei der Deutschen Bank unterhält. Im Herbst letzten Jahres wurde das Präsidium mehrfach zur Kündigung dieses Kontos aufgefordert, vergebens. Ende November trafen sich daraufhin in Mainz gut 200 Vertreter/innen zahlreicher und überwiegend kirchlicher Gruppen und gründeten die „Kampagne Kirchentag gegen Apartheid“. Eine handvoll

Mitarbeiter/innen des Kirchentags erklärte, ihre Arbeit solange ruhen zu lassen, bis das Präsidium sein Konto gekündigt habe. Auch vom Kirchentag offiziell eingeladenen Mitglieder südafrikanischer und namibischer Kirchen machten ihr Kommen von diesem Schritt abhängig.

Derart unter Druck, beschloß der Vorstand des Präsidiums, ein Gespräch mit Vertretern der Deutschen Bank zu führen und dabei zu verlangen, daß die Deutsche Bank bei den anstehenden Verhandlungen mit Südafrika ihre Bereitschaft zur Umschuldung an politische Bedingungen knüpfe (z.B. Aufhebung des Ausnahmezustands, Freilassung der politischen Gefangenen, Zulassung verbotener politischer Organisationen einschließlich des ANC), andernfalls würde der Vorstand „dem Präsidium vorschlagen, die Geschäftsbeziehungen zur Deutschen

Fortsetzung nächste Seite



Rede der kritischen Aktionärin Esther Bejarano auf der Hauptversammlung der Dresdner Bank AG

Esther Bejarano, geboren 1924. Verfolgte des Nazi-Regimes in den Konzentrationslagern Ravensbrück und Auschwitz, dort Mitglied im Mädchenorchester. Sängerin antifaschistischer Lieder. Mitglied der VVN.

Ihnen liegt der Antrag auf Nichtentlastung des Vorstandes und der Kapitalvertreter im Aufsichtsrat vor. Ich beziehe mich auf diesen Antrag. Wer das begehrt, muß beweisen, daß er die Verantwortung für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht

übernimmt. Ich bin Jüdin und gehöre zu den Verfolgten des Naziregimes. Vier einseitig lange Jahre war ich in den Konzentrationslagern Auschwitz-Birkenau und Ravensbrück inhaftiert. Meine Eltern und eine Schwester wurden von den Nazis ermordet. Was ich und die Millionen ermordeter Verfolgter in der Zeit der nazistischen Gewaltherrschaft erlitten haben, verpflichtet mich, dafür zu kämpfen, daß sich gleiche oder ähnliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht wiederholen.

Das Geschäftsjahr 1986 ist Gegenstand unserer heutigen Hauptversammlung. Im gleichen Jahr 1986 ist in der Bundesrepublik der OMGUS-Bericht erschienen, das Ergebnis der offiziellen Untersuchung der amerikanischen Militärregierung über die Geschäftspraktiken der Dresdner Bank in der Zeit von 1933-1945. In diesem Bericht heißt es abschließend, ich zitiere: „Bei der Verwirklichung von Hitlers Ziel, die Juden aus dem deutschen Leben zu eliminieren, bildete die Dresdner Bank eine treibende Kraft. Sie setzte ihre ausgedehnten Geldmittel ein und nutzte das hohe Ansehen, das sie in Partei, Regierung und SS genoß, um sicherzustellen, daß sie und ihre Kunden den größtmöglichen Vorteil aus dieser Politik zog. Schließlich trug sie die Erfahrung, die sie auf dem Gebiet der Arisierung besaß, in die besetzten Gebiete Europas. Die Verantwortung für die Mittäterschaft an diesem ungeheuren Verbrechen gegen die Menschlichkeit lag beim Vorstand, der diese Politik betrieb, beim Aufsichtsrat, der sie billigte, und bei den leitenden Angestellten der Dresdner Bank, die sie praktisch ausführten.“

Die Dresdner Bank sorgte in der Zeit der Naziherrschaft nicht nur dafür, daß in ihren Filialen keine „Nichtarier“ tätig waren, auch in den von ihr kontrollierten Firmen wachte sie darüber, daß Juden nicht beschäftigt wurden. Schon im August 1933 meldete die deutsch-südamerikanische Bank an die Dresdner, sie habe den Arierparagrafen durchgeführt. Überhaupt war die Dresdner Bank im Bereich der Arisierung der deutschen Wirtschaft führend. Als es 1938 um die reichsweite „Arisierung der Wirtschaft“ ging, wendete sich das Judenreferat des Reichswirtschaftsministeriums direkt an die Dresdner, an Carl Goetz. Die Dresdner Bank profitierte von rassistischer Politik, die sich mit Machtigkeit paarte.

Welche Politik unterstützt die Dresdner Bank heute mit ihren Geschäften in Südafrika und Namibia?

Wofür muß der Vorstand heute Verantwortung übernehmen? Die UNO verurteilte schon 1973 die südafrikanische Apartheidpolitik als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Die großen Religionsgemeinschaften lehnen Apartheid einstimmig ab.

Doch die Dresdner Bank, die verbal zwar beteuert, die Apartheid abzulehnen, scheint sich in ihrer Geschäftspolitik nicht von derartigen Urteilen beeinflussen zu lassen. Warum hat die Dresdner Bank in den Umschuldungsverhandlungen mit Südafrika keine politischen Forderungen gestellt, etwa nach Freilassung aller politischen Gefangenen und Abschaffung der Apartheid? Durch die Verlängerung der Kredite bestärkt die Dresdner Bank die südafrikanische Minderheitsregierung, ermöglicht somit das Fortbestehen der menschenverachtenden Apartheidpolitik und wird so wieder einmal zum Mätiar an einem ungeheuren Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Ich frage den Vorstand: — Warum hat die Dresdner Bank nicht auf den OMGUS-Bericht reagiert?

— Warum hat die Dresdner Bank nicht auf den OMGUS-Bericht reagiert?

— In welcher Höhe hat die Dresdner Bank 1986 Inter-Bank-Kredite an Südafrika gegeben?

— Ist die Dresdner Bank an langfristiger Projektfinanzierung öffentlicher südafrikanischer Unternehmen, von denen die südafrikanische Zentralbank berichtet, 1986 beteiligt?

Die Reden von einer Reformpolitik hat die weiße Minderheitsregierung selbst Lügen gestraft. Die Verfassungsreform Bothas macht alle Schwarzen zu Ausländern im eigenen Land und legalisiert Ausbürgerung und Zwangsumsiedlung. In keiner Rede spricht Botha von der Rücknahme dieser Verfassung und von der Anerkennung der Schwarzen als Bürger der Republik Südafrika.

Die außerparlamentarische Opposition wird brutal unterdrückt, Verhaftungen und Folter machen auch nicht mehr vor Kindern halt. Seit der Verhängung des Ausnahmezustandes im Sommer 1986 sind 10.000 Kinder und Jugendliche inhaftiert worden. Unzählige sitzen noch heute in den Gefängnissen, ohne Gerichtsverfahren, abgeschnitten von Familie und Anwälten. Botha und sein Kabinett haben nicht mehr Legitimität als Hitler und der Reichstag.

In keinem Fall kann es im Interesse von uns Aktionären sein, daß die Dresdner Bank im Ruf steht, wiederum Politik zu protegiere, die als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet wird. Dies gilt gerade angesichts der unrühmlichen Geschichte dieses Geldinstituts.

Heute wird die Dresdner Bank von verschiedenen Seiten aus mit Parteifinanzierung in Zusammenhang gebracht. So ist z.B. Günter Verheugen Buch zu entnehmen, daß es eine diskret behandelte Finanzierung der südafrikanischen Nationalen Partei von Seiten der bundesdeutschen Wirtschaft gibt. Ist es richtig, daß die Dresdner Bank 1986 und in den Vorjahren Spenden an die Nationale Partei Südafrikas gegeben hat? Wenn ja, in welcher Höhe?

In den 30er Jahren hat die Dresdner Bank am Faschismus verdient. Heute macht sie Geschäfte mit der Apartheid. Ich als kritische Aktionärin möchte wissen, wie der Vorstand es verantworten kann, von der südafrikanischen Apartheid-Politik zu profitieren. Als Bürgerin dieses Staates fordere ich den Vorstand auf: Brechen Sie endlich mit dieser Tradition.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren!

Anm. d. Red.: Der von Esther Bejarano stiftete OMGUS-Bericht erschien unter dem Titel „Erkenntnisse gegen die Dresdner Bank“, bearbeitet von der 17-köpfigen Stiftung für Geschichte des 30. Jahrbuchens, erschienen bei Franz Lierow, Nordlingen 1986, 354 S., 30 DM.

Zwei Mark, die sich lohnen: Alternativer Geschäftsbericht der Dresdner Bank

Zur diesjährigen Aktionärsversammlung der Dresdner Bank legte der Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“ einen „Alternativen Geschäftsbericht“ vor. Die zwölfseitige Broschüre konzentriert sich auf die Punkte, die der offizielle Geschäftsbericht sorgsam ausspart. Der „Alternative Geschäftsbericht“ benennt und belegt die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Aktivitäten der Dresdner Bank im südlichen Afrika, er stellt Bericht ab über die westdeutsche Finanzierung des Apartheidregimes in Südafrika und Namibia.

Anhand einschlägiger Tabellen wird die herausragende Rolle der Dresdner Bank insbesondere als Kreditgeber und Anleihenmanager belegt. Der Arbeitskreis leuchtet die dunklen Ecken der Bankengeschäftsberichte bei der Umschuldung südafrikanischer Auslandsschulden aus. (1985: 23,7 Mrd. US-Dollar, davon 1,2 Mrd. DM allein bei der Dresdner Bank.) Die gängige Lüge vom zivilen Charakter der Finanzhilfe wird widerlegt: 1982-83 gingen gut 92% der Anleihen direkt an den südafrikanischen Staat oder an von ihm kontrollierte Einrichtungen und haben so große militär-strategische Bedeutung für Apartheid-Südafrika.

Ein Kapitel widmet der „Alternative Geschäftsbericht“ der kolonialen Kontinuität der Dresdner Bank in Namibia: 1885 beteiligte sie sich an der Gründung der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, heute danken die Dresdner Mehrheitsaktionäre der namibischen Swabank „der Verwaltung von Südwestafrika/Namibia“, wie sie die illegale Regierung in Fortsetzung alter Tradition nennen. Diese Broschüre ist ein „muß“ für alle Apartheidgegner, sie eignet sich zur eigenen Information genauso hervorragend wie zur Agitation.

Damit die Dresdner Bank ihre Südafrika/Namibia-Geschäfte wirklich „eines Tages“ beenden muß, wie die Herausgeber am Schluß hoffen, sollte diese Broschüre im Heimatland der Apartheid-Banken auf keinem Bücherstisch fehlen.

Sie kostet 2,- DM und ist zu beziehen beim Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“ — Siegestr. 9, 8000 München 40.

Militante Wahrheiten

Buchstäblich umwerfende Folgen zeitigten die Reden der „Kritischen Aktionäre“ auf der diesjährigen Hauptversammlung der Dresdner Bank am 21. Mai in der Frankfurter Alten Oper. Aufsichtsratschef Haeusgen brach zusammen, nachdem er und seine Vorstandskollegen sich manchen Vergleich zwischen der Bank-Politik zur Zeit des deutschen Faschismus und der aktuellen gegenüber den Rassistensystemen in Südafrika und Namibia anhören mußten.

„Ihr habt mir meine Jahreshauptversammlung kaputtgemacht“, so ein völlig frustrierter Aktionär. Und tatsächlich: Aus der gewohnten Anbetung der Macht und Glorie westdeutschen Kapitals durch die huldige Entgegennahme des glanzvollen Geschäftsberichts wurde dieses Mal nichts. Die Unterstützung Südafrikas durch die Geschäftspolitik der Dresdner war das dominierende Thema auch für die Aktionäre, die rein gar nichts davon wissen wollten. Auch ihre Beiträge hatten nahezu durchweg Südafrika zum Thema.

Dabei hatte sich der etwas abgeklärtere Vorstand der Dresdner noch vorgenommen, den Sturm der oppositionellen Aktionäre über sich ergehen zu lassen, ohne in eigenen Beiträgen darauf einzugehen. Die Erwiderung auf die Vorwürfe, durch „unglaublich günstige Bedingungen“ bei den Umschuldungsverhandlungen das Apartheidssystem zu stärken und durch die Mehrheitbeteiligung an der namibischen „Swabank“ die „Finanzierung einer völkerrechtswidrigen Regierung“ und damit Südafrikas „blutige Kolonialherrschaft“ zu sichern, überließen sie dem Aktionärs-Fußvolk.

Doch interessant, daß jene Vorstandsmitglieder ihre Kontenance in just dem Augenblick verloren, als Frau

Esther Bejarano, eine Verfolgte des Nazi-Regimes in den KZs Ravensbrück und Auschwitz, einen Rückgriff in die Geschichte der Dresdner tätigte und einen Vergleich zur Bedeutung der Dresdner für die südafrikanische Apartheid-Politik zog. (Siehe dazu unten den Redebeitrag Frau Bejaranos.) Sie löste Pöbeleien, vulgäre Annäherungen, ein abgedrehtes Mikrofon und jenen Schwächeanfall aus. Immerhin, so dicht heran an die oft gesuchten Hebel der Macht und so wirkungsvoll war lange keine Aktion mehr.

Der Protest fand aber nicht nur im Saale, sondern auch draußen vor den Türen der Alten Oper statt. Der Frankfurter Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“ unter maßgeblicher Beteiligung der Südafrika-Projektgruppe der Evangelischen Frauennarbel hatte gut 80 Menschen versammelt, stimmte die eintrudelnden Aktionäre ein und besorgte dann die nötige Aufmerksamkeit für die Passanten. In einer „Alternativen Aktionärsversammlung“ begegneten dem Vorstand der Dresdner Bank die „braunen Geister der Vergangenheit“. In Schweigekreisen und Totenwachen wurden der in Südafrika und Namibia Inhaftierten, Gefolterten und zu Tode Gekommenen gedacht.

Für die Veranstalter war dieser Bankaktionstag der Testlauf für die geplanten Aktionen am 19. Juni während des Kirchentages. Und als solcher war er äußerst erfolgreich. So werden das wohl auch die Bankerkollegen von Haeusgen empfunden haben. Denn wie zu hören ist, haben sie die Einladung zu einem Podiumsgespräch mit Kritikern auf dem Südafrikaforum des Kirchentags nicht angenommen. Offensichtlich nehmen sie den neu entdeckten gesundheitlichen Risikofaktor sehr ernst.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Es bleibt das Vertrauen auf die Waffe

Brian Banting (ANC und SACP) zu den Wahlen am Kap

Bank zu beenden." Peinlich nur, daß die deutliche Abfuhr, die die Kirchenvertreter bei diesem Gespräch am 19.1.87 erfuhren und die das Deutsche Bank Vorstandsmitglied Herrhausen am 22.1. dem Generalsekretär noch einmal schriftlich bestätigte, erst Wochen später und dann per Indiskretion der Öffentlichkeit bekannt wurde, denn diese kleine Panne machte wiederholt deutlich, wie wenig Eigeninteresse das Präsidium an der eingeforderten Kontokündigung hatte.

Nun läßt sich fragen, warum sich Vertreter einer doch als relativ offen profilierten kirchlichen Einrichtung so schwer mit diesem Schritt taten. Denn sie selbst waren es doch auch, die ständig darauf verwiesen, daß besagtes (Giro)Konto ohnehin keine große Bedeutung habe. Mehr als 20.000 DM seien da nie drauf, eine Kündigung habe also bestenfalls symbolische Bedeutung. Doch nur andererseits wird ein Schuh draus: genau um diese symbolische Bedeutung geht es (vorerst), und genau diese Zeichenhandlung fällt der Kirche so schwer. Denn sie rührt an den Nerv eingefahrener Loyalitäten. Zum einen personell: mancher Banker stellt sein Wissen und Können auch kirchlichen Finanzausschüssen zur Verfügung (so z.B. in Bremen). Allenfalls wird auf die blinde Zusammenarbeit zwischen Kirche und Deutscher/Dresdner Bank in der Vergangenheit verwiesen, ein landeskirchlicher Finanzreferent versiegte sich sogar zu der Behauptung, daß gerade bei der Überweisung kirchlicher Hilfspakete nach Südafrika die Kooperation so unaufgebar sei. Zum anderen aber geht es um einen großkirchlichen Konsens, um Systemloyalität. Was damit gemeint ist, wird deutlich, schaut man sich einmal die massiv vorgebrachten Einwände gegen die dann im März vom Präsidium schließlich doch beschlossene Kontokündigung an: Der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Kruse, warnte davor, „Banken als Komplizen der Apartheid hinzustellen“ (epd 11.5.87). Sein Vorgänger, Bischof Lohse, bezieht eine noch direktere Position: die Deutsche Bank habe wiederholt Rassismus und Apartheid abgelehnt, und soweit geschäftliche Beziehungen der Bank mit Südafrika fortbeständen, „seien sie von der verständlichen Erwartung geleitet, einst gewährte Kredite zurückzahlen zu können“ (epd 28.4.87). Und noch einmal Kruse: „Es ist nicht Sache der Kirche, auf Wirtschaftsverträge Druck auszuüben“ (FR 4.4.87).

beschlossene Kontokündigung an: Der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Kruse, warnte davor, „Banken als Komplizen der Apartheid hinzustellen“ (epd 11.5.87). Sein Vorgänger, Bischof Lohse, bezieht eine noch direktere Position: die Deutsche Bank habe wiederholt Rassismus und Apartheid abgelehnt, und soweit geschäftliche Beziehungen der Bank mit Südafrika fortbeständen, „seien sie von der verständlichen Erwartung geleitet, einst gewährte Kredite zurückzahlen zu können“ (epd 28.4.87). Und noch einmal Kruse: „Es ist nicht Sache der Kirche, auf Wirtschaftsverträge Druck auszuüben“ (FR 4.4.87).

Es ist deutlich: die klerikale Oberschicht bezieht hier die Verteidigungslinie der Finanzbourgeoisie zu einem Zeitpunkt, zu dem Christen in aller Welt von einer der reichsten Kirchen einen kleinen symbolischen Akt der Solidarität mit den unterdrückten Völkern im südlichen Afrika fordern.

Nun geht so etwas natürlich nicht widerspruchsfrei ab. Und es gehört zu den interessanteren Phänomenen des ganzen Streits, daß das Kirchentagspräsidium zwar mit knapper Mehrheit auf Druck der Kampagne die Kündigung ihres Kontos beschloß, jene Mehrheit im weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen sich aber kaum mehr zu artikulieren verstand. Propagandistisch ist die kirchliche Rechte mit ihren Distanzierungen vom Präsidiumsbeschuß voll am Zuge. Ihr Hauptvorwurf an die Kampagne: sie würde den Kirchentag und die Kirchen „erpressen“, an den Kirchentag: er habe sich „erpressen“ lassen. Und mit diesem innerschulisch disqualifizierenden und anrüchigen Vorwurf der Erpressung läßt sich fein Beute machen: ihn plappern inzwischen manche von denen gerne nach, die sich inhaltlich nicht gegen einen Abbruch der Beziehungen zur Deutschen Bank aussprechen. Das wohl auch deshalb, weil sie inzwischen merken, daß mit der Kontokündigung ein Ziel nicht erreicht ist, nämlich eine Befriedung der oppositionellen Gruppen. Die wollen jetzt an's Eingemachte gehen, an die millionenschweren Konten der Landeskirchen, der EKD und kirchlichen Einrichtungen.

Die Kampagne „Kirchentag gegen Apartheid“ versteht ihre Aktionen in Frankfurt als Startschuß auf dem Weg zu einem Boykott westdeutscher Unterstützung für die Rassistensysteme in Südafrika und Namibia. Es geht faktisch also um weit mehr als um einen innerkirchlichen Konflikt. Eine breite Beteiligung an den Bankaktionen am Freitag, 19. Juni, 9.00 bis 12.00 Uhr in der Frankfurter Innenstadt sowie an der Demonstration am Sonntag, 20.6., 12.00 Uhr ab Messegebäude, Kundgebung vor der Deutschen Bank-Zentrale gegen 13.00 Uhr, ist also dringend gewünscht.

Im Mai wählten die Weißen in Südafrika ihr Parlament neu. Fast niemand erwartete eine Änderung im weißen Parlament zugunsten einer weniger reaktionären Mehrheit als der gegenwärtig regierenden Botha-Partei. Keine der Kräfte, die zur Wahl standen, sprach sich für eine Politik aus, die auch nur ansatzweise die Interessen der nichtweißen Bevölkerung berücksichtigte. Anlaßlich einer Veranstaltung der MASCH (Marxistische Arbeiterschule) und der Anti-Apartheid Bewegung in Hamburg sprach das führende Mitglied des ANC und der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) Brian Banting über die aktuelle Situation in seinem Land. Im Rahmen dieser Veranstaltung beantwortete Brian Banting mehrere Fragen zur Einschätzung der Wahlen zum weißen Parlament in der Republik Südafrika. Seine Antworten haben wir im Folgenden leicht gekürzt zusammengefaßt.

Von den internationalen Medien ist das Wahlergebnis als eine Gewichtsverlagerung zur Rechten hin interpretiert worden. Aber es ist sehr schwer zu erkennen, worin genau diese Gewichtsverlagerung besteht. Die Konservative Partei, die nun die führende Oppositionskraft ist, existierte zur Zeit der letzten Wahlen im Jahre 1981 noch nicht. Die Konservative Partei wurde 1982 von 17 ehemaligen Mitgliedern der Nationalen Partei Bothas gegründet, nachdem sie aus der Nationalen Partei ausgestiegen waren. Aus diesem Grund ist die Vergleichbarkeit dieser beiden Wahlen von 1981 und 1987 schwierig. Die rechte Herings-Nationale Partei, die 1981 14,8 Prozent der Stimmen erreichte, bekam in der jetzigen Wahl lediglich 3 Prozent. Stimmen gingen also von dieser Partei zur Konservativen Partei, von der extremen Rechten zur gemäßigten Rechten, wie wir die Kräfte

Konservative Partei wurde 1982 von 17 ehemaligen Mitgliedern der Nationalen Partei Bothas gegründet, nachdem sie aus der Nationalen Partei ausgestiegen waren. Aus diesem Grund ist die Vergleichbarkeit dieser beiden Wahlen von 1981 und 1987 schwierig. Die rechte Herings-Nationale Partei, die 1981 14,8 Prozent der Stimmen erreichte, bekam in der jetzigen Wahl lediglich 3 Prozent. Stimmen gingen also von dieser Partei zur Konservativen Partei, von der extremen Rechten zur gemäßigten Rechten, wie wir die Kräfte

Es ist eine Überschätzung von interessierter Seite, diesen Wahlausgang als Rechtsruck zu klassifizieren. Das Interesse ist hier, Botha als politisch ungeboren und stark erscheinen zu lassen, um einen Weg zu Kompromissen mit diesen Kräften als unvermeidlich zu weisen. Aus den aktuellen Stimmenzahlen ist dies nicht abzulesen. Zu den Konsequenzen aus diesem Ergebnis ist zu sagen, daß sie die Menschen aus der Befreiungsbewegung überzeugen, alle Hoffnungen auf effektive Reformen aus den Reihen der Nationalen Partei, oder von der Regierung, oder aus irgendeiner Partei des Parlaments fahren zu lassen. Im Endeffekt wird dieses Ergebnis die Menschen überzeugen, daß sie sich auf den außerparlamentarischen Kampf und besonders den be-



waffneten Kampf stützen müssen, um der Befreiungsbewegung zum Erfolg zu verhelfen.

Für eine Zusammenarbeit zwischen uns und Buthelezi gibt es gegenwärtig keine Basis. Buthelezi und seine Inkatha Partei haben sich einer jeden Strategie entgegengestellt, die vom ANC entwickelt wurde. Buthelezi ist gegen Sanktionen gegen Südafrika, er ist gegen den bewaffneten Kampf, und wiederholt wurde Buthelezi benutzt, um das afrikanische Volk zu spalten, sowohl von der südafrikanischen Regierung als auch von den imperialistischen Kräften. Die südafrikanische Befreiungsbewegung betrachtet Buthelezi als Kollaborateur mit dem südafrikanischen Regime. Wenn er sich als der einzige wahre afrikanische Führer einer Befreiungsbewegung bezeichnet, ist dies anzuzweifeln, sieht man welche Unterstützung er im afrikanischen Volk erfährt. Umfrageergebnisse zeigen, daß Nelson Mandela ihn um Längen schlägt.

Die Lage der Weißen ist eine ziemlich verzweifelte, und das aus verschiedenen Gründen. Die alte Überzeugung in eine weiße Überlegenheit und in die Trennungsbewegung betrachten südafrikanische Regime. Wenn er sich als der einzige wahre afrikanische Führer einer Befreiungsbewegung bezeichnet, ist dies anzuzweifeln, sieht man welche Unterstützung er im afrikanischen Volk erfährt. Umfrageergebnisse zeigen, daß Nelson Mandela ihn um Längen schlägt.

Die Lage der Weißen ist eine ziemlich verzweifelte, und das aus verschiedenen Gründen. Die alte Überzeugung in eine weiße Überlegenheit und in die Apartheid ist verschwunden. Diese Entwicklung ist besonders unter den Intellektuellen spürbar, und das wiederum nicht nur unter den englischsprachigen, sondern im Besonderen unter den afrikaans-sprechenden Intellektuellen, fast alle haben sowohl ihre Abneigung gegenüber der Regierungspolitik ausgedrückt, als auch für notwendige Veränderungen gesprochen. Denn es ist für alle sichtbar, daß die gegenwärtige Politik des Regimes keine Stabilität oder Frieden für Südafrika gebracht hat. Weder die „Reformen“ noch die Repression haben die Mehrheit der Bevölkerung ruhig gestellt. Und der Kampf ist nicht nur weitergegangen, sondern ist sogar noch ausgeweitet worden. Im Gegensatz zu allem was die Regierung tun kann oder bestimmte Teile der weißen südafrikanischen Bevölkerung auf der Suche nach einer Verständigung anzubieten in der Lage sind. Das Ergebnis ist, daß die Weißen keine rechte Perspektive für die Zukunft sehen, es gibt weder einen Plan noch irgendeine Idee, was getan

werden könnte — außer das Vertrauen und das Verlassen auf das Gewehr. Aber das bringt sie nicht weiter, denn trotz des gesteigerten Terrors nimmt der Kampf zu.

Die Taten der kämpfenden Menschen werden gegenwärtig immer konzentrierter, zielgerichteter. Jüngst wurde der South African Youth Congress gebildet, und dies drückt eine große Überzeugung bei den jungen Menschen aus. Sie kamen aus allen Teilen des Landes zusammen um im geheimen eine Konferenz abzuhalten, hunderte von Jugendverbänden und -gruppen waren repräsentiert. Ein weiteres Beispiel in diese Richtung ist die Errichtung der Women's Section der United Democratic Front, die auf einem Delegierten-Kongreß gegründet wurde, trotz Ausnahmezustandes und aller Verbote. Diese Gründungen beweisen einmal mehr die Überzeugung und das Vertrauen der Menschen in Organisation und Mobilisierung, um den Kampf fortzusetzen. Und die Fähigkeit, Menschen aus dem ganzen Land im Kampf zusammenzubringen, trotz der Möglichkeiten von Polizei und Militär dies zu unterbinden.

Die Errichtung der Women's Section der United Democratic Front, die auf einem Delegierten-Kongreß gegründet wurde, trotz Ausnahmezustandes und aller Verbote. Diese Gründungen beweisen einmal mehr die Überzeugung und das Vertrauen der Menschen in Organisation und Mobilisierung, um den Kampf fortzusetzen. Und die Fähigkeit, Menschen aus dem ganzen Land im Kampf zusammenzubringen, trotz der Möglichkeiten von Polizei und Militär dies zu unterbinden.

Diese Art von Konfrontation nimmt zu, und das macht den Weißen Angst, führt zur Polarisierung unter den Weißen auf der Rechten. Das Wahlergebnis ist so weniger eine Stärkung der Weißen als vielmehr eine Polarisierung untereinander, zwischen den Kräften der Rechten.

Die „linken“ Kräfte unter den Weißen sind aber auch durcheinander. Das Ausbrechen von Dennis Warrol, Malan und eines weiteren New Nationalist führte zu nichts. Malan wurde wiedergewählt, Dennis Warrol verpaßte einen Sitz im Parlament knapp, aber dies zeigt, daß bei einigen Kräften unter den „linken“ Afrikanern die Tendenz größer ist nach „links“ als nach rechts zu gehen. Dies ist die allgemeine Richtung in der gegenwärtigen Entwicklung: ein Teil der weißen Bevölkerung bewegt sich zur Rechten, vielleicht sogar die Mehrheit, und ein zunehmender Teil geht zur „Linken“, unter ihnen sind verstärkt Intellektuelle aus allen Bereichen präsent. Und wenn die Intellektuellen erstmal die

Rechte verlassen, bringt dies vielleicht nur Probleme und Durcheinander unter den Rechten, aber auf alle Fälle ist dies keine Bedingung für die Kräfte des Regimes die Probleme in ihrem Sinne lösen zu können.

Die reine Arithmetik des Wahlergebnisses zeigt natürlich, daß die Mehrheit der Weißen weder liberal ist noch, daß es Anlaß zu irgendeiner Hoffnung für positive Lösungen aus dem weißen Lager gibt. In der Einschätzung des Wahlergebnisses ist es aber nicht richtig, dies als Rechtsruck zu qualifizieren, denn die übergroße Mehrheit der Bevölkerung ist einfach reaktionär, und was die Wahl allenfalls ergeben hat ist eine Polarisierung in der Weise, daß einige ehemalige Mitglieder der Nationalen Partei zur Konservativen Partei gegangen sind um ihre reaktionären Ansichten dort auszudrücken. Aber man muß nicht allein auf die Zahlen achten, sondern auf die Politik, die die verschiedenen Parteien während dieser Wahlperiode vorgestellt haben. Und dort findet man die Verwirrung ausgedrückt, die unter den weißen Kräften herrscht. Niemand weiß wirklich, was die Politik der Nationalen Partei heute ist. Während der Wahl hatten sie kein anderes Programm, als daß sie Law and Order wieder einführen würden. Darüberhinaus gab es keine Programme für die Zukunft. Dies ist ein Ausdruck für den Pessimismus, der vorherrscht in der Einschätzung der nächsten Zukunft. Keine andere Vorstellung als das Vertrauen auf die Waffe. Dieses einzige Verlassen auf die Gewalt gewinnt weder organisierte Kräfte aus der Bevöl-

Das Wahlergebnis

| | Sitze | Prozent |
|---------------------|-------|---------|
| Nationale Partei | 125 | 52,4 |
| Konservative Partei | 20 | 26,4 |
| Progressive Partei | 19 | 14,1 |
| andere Parteien | 2 | ca. 6,3 |

Das Wahlergebnis

| | Sitze | Prozent |
|---------------------|-------|---------|
| Nationale Partei | 125 | 52,4 |
| Konservative Partei | 20 | 26,4 |
| Progressive Partei | 19 | 14,1 |
| andere Parteien | 2 | ca. 6,3 |

kerung noch unter den Intellektuellen, der Geschäftswelt etc. Die Industrie und Handelskammern verlangen nach Reformen die über das hinausgehen, was Botha vorgeschlagen hatte. Viele Intellektuelle aus allen Bereichen rufen nach einer Veränderung der Politik die darüber hinaus geht, was Botha bereit und in der Lage ist anzubieten. Daraus erwacht die Verwirrung, denn aus allen weißen Gruppierung ist nichts produziert worden, das irgendein Zutrauen geweckt hätte. Niemand bietet ein Programm, woran sie glauben könnten.

Die SACP ist keine Vertreterin der weißen Arbeiterklasse, sondern insgesamt der arbeitenden Menschen. Die übergroße Mehrheit der Mitglieder der SACP sind „schwarz“, und daher ergibt sich die Kraft der SACP aus der organisierten Kraft der schwarzen Arbeiterklasse. Die weiße Arbeiterklasse ist im großen und ganzen reaktionär, sie hatte immer eine bevorrechtigte Position in Südafrika inne, und hat sich immer auf die Seite der herrschenden Klasse geschlagen. Aber sogar in der weißen Arbeiterklasse gibt es Veränderungen. Die Gewerkschaft der weißen Arbeiter (Tradeunion Council of South Africa — TACA) ist zusammengebrochen weil ihre Mitglieder kein Vertrauen mehr gegenüber ihrer Gewerkschaft hatten. Ein gewisser Teil der weißen Arbeiterklasse wird sich der Tatsache bewußt, daß sie zunehmend bedeutungslos werden im Kampf in Südafrika. Es gab eine Zeit da hatte diese Gewerkschaft Einfluß in der Arbeitswelt, heute kümmert sich niemand mehr um sie. Sie stellen nichts mehr dar. Die Zahl ihrer Mitglieder verschwindet hinter der großen Zahl der schwarzen Arbeiterklasse. Deshalb ist diese Gewerkschaft zusammengebrochen. Obwohl die weiße Arbeiterklasse immer noch eine privilegierte Position besitzt, wird ihre Position im Verhältnis zur gesamten Arbeiterklasse immer bedeutungsloser. Die Tage der weißen Arbeiterklasse sind gezählt. Die eigentliche Kraft der Arbeiterklasse liegt eindeutig auf Seiten der Organisationen wie der NUM (National Union of Mineworkers). Sie zeigen ihre Kraft z.B. am Vortag und am Tag der Wahl, als Millionen ihren Arbeitsplätzen fernblieben.



„Ihr seid alle festgenommen!“

Die derzeitige politische Propaganda der NATO um die Nulllösung zielt offensichtlich auf eine babylonische Verwirrung. Reagan, Schmidt, Genscher, Gorbatschow und die Friedensbewegung stehen dem Anschein nach jetzt in einer Front für die Annahme der Null- oder gar Doppelnulllösung. Hatte doch Reagan nach seinem Amtsantritt mit „Rotten“ Atomkriegspropaganda Europa einen fürchterlichen Schrecken versetzt und Gorbatschow zufolge muß man nun zwischen dem friedlichen Europa und dem aggressiven US-Imperialismus unterscheiden. Nach Gorbatschows Friedensinitiative befürchten jetzt aber Europäer auf einmal eine atomare Abrüstung der Supermächte auf ihre Kosten.

Breschnew und die Friedensbewegung lehnen die NATO-„Nulllösung“ noch als üblichen Propagandatrick ab. Beim Präsidenten Gipfel in Reykjavik bot bei den landgestützten Mittelstrecken-Raketen Gorbatschow die Reaganische Nulllösung an, falls die USA SDI fallen ließen. Genscher und Kohl hatten vorher in Washington gegen eine Nulllösung interveniert. Nach Reykjavik forderte die NATO unisono von Gorbatschow die Aufgabe des SDI-Junktions, was dann auch während des Karnevals dieses Jahres geschah. CDU und Bundesregierung forderten als Antwort die Einbeziehung der Raketen kürzerer Reichweite (500 bis 1.000 km) und prompt bietet Gorbatschow die Doppelnulllösung an. Dregger und Strauß, die vorher vehement die Einbeziehung dieser Raketen gefordert hatten, intervenieren jetzt ebenso laut gegen „Doppelnull“ und beschwören die Abkoppelung der BRD aus der NATO-Verteidigung. Schließlich „übertrifft“ Kohl Gorbatschow und fordert die Verhandlung über alle Atomraketen in Europa, d.h. die Einbeziehung aller Atomraketen unter 500 km. Alle NATO-Staaten lehnen ab und nur von Gorbatschow ist eine positive Antwort zu erwarten. Dregger und Strauß, die Scharfmacher gegen Atomabrüstung waren andererseits davor, daß nach einer Doppelnulllösung bei den Kompensationsangeboten der USA mehr atomare Kurzstreckenraketen und die Forderung nach mehr konventioneller Aufrüstung der Bundeswehr die Folge sein werden.

Gorbatschow hat unzweifelhaft einen politischen Treffer gelandet und für jeden erkennbar der NATO den schwarzen Peter für Abrüstungsunwilligkeit zugeschoben. Das Ansehen der Sowjetunion und seiner Person im Westen (mühsam aufbessern können, andererseits ist es völlig unklar, wohin die Politik der Sowjetunion zielen soll; der Kurs mit Billigstangeboten zu Abrüstungsvereinbarungen mit der ganz und gar nicht abrüstungsbereiten NATO kommen zu wollen, kann kaum längeren Bestand haben).

Es ist nicht ganz einfach, diesen Knoten zu entwirren und andererseits will ja die NATO im Juni schon erklären, wohin der Hase laufen soll. Trotzdem will das Papier hier versuchen, die politische Lage zu skizzieren. Zu Beginn geht es um die militärische Bedeutung der zur Verhandlung stehenden Waffen, deren Verlust angeblich nur noch „Trümmer“ der bisherigen NATO-Strategie hinterlassen würde. Was würde die NATO im Falle einer Abrüstungsvereinbarung tatsächlich verlieren können?

Pershing II und Cruise Missiles ...

Die neuen US-Mittelstreckenraketen sind von der Friedensbewegung als ganz besonders gefährliche Waffen für einen punktzielen atomaren Überraschungsschlag gegen die SU dargestellt worden und man könnte jetzt einfach fortfahren und sagen: Kein Wunder, wenn die NATO sich jetzt sträubt, diese Waffen abzugeben oder gar zu verschrotten. Doch gerade auf diesem Gebiet wäre der Verzicht noch am einfachsten. Bei den Cruise Missiles sind neben 464 landgestützten europäischen Systemen rund 4.000 für Schiffe und ebenso viele für die Bomber geplant oder schon stationiert. Davon ist ein erheblicher Teil auf dem europäischen Kriegsschauplatz ständig präsent und für die gleichen Ziele einsatzfähig. Zudem plant NATO derzeit, gegebenenfalls noch 1.300 Marschflugkörper für Bomber in Europa anzuschaffen, was im Endeffekt sogar eine Vergrößerung der Gesamtzahl erbringen würde.

... sind militärisch ersetzbar

Unterstellt man einmal optimistisch, wie die NATO das inzwischen behauptet, die Sowjetunion könne mit ihren

Ist die NULL-Lösung wirklich eine Nulllösung?

verbesserten Luftabwehrfähigkeiten zukünftig auch anfliegende Cruise Missiles abschließen, so wäre die Pershing II derzeit die einzige NATO-Rakete, die mit einer kurzen Flugzeit von 10 Minuten ohne jede Abwehrchance, ohne daß Gegenmaßnahmen (z.B. einem Startversuch aus der anvisierten Raketenstellung) ergriffen werden könnten und aufgrund der Endphasenlenkung punktzielenau (mittlere Zielabweichung unter 30 Meter) jedes Ziel bis Moskau ausradieren könnte. Allerdings ist die NATO längst dabei, mit Hilfe von Satelliten (NAVSTAR) für eine genaue Positionsbestimmung und Zielgenauigkeit für alle von See gestarteten Raketen zu sorgen. (Dank einer Reihe von Raketenabstürzen hat sich das Programm allerdings kräftig verzögert.) Ab 1989 wird mit der Einfüh-

politische Frage, ob man die „einfache Nulllösung“, die man selbst vorge-schlagen hat, annehmen will oder nicht.

Dregger & Co: Die NATO-Fundis

Obwohl es nun angesagt wäre, sich dem allgemeinen Chor der Abrüstungswilligkeit anzuschließen, haben es die Rechten der BRD übernommen, jetzt politische Trockenübungen zu veranstalten, wie im Kriegsfall der rote Atomkriegsknopf zu bedienen wäre. Da sie aber darüber nicht verfügen und die wichtigsten Raketen in ihrem Spiel verschwinden könnten, droht nun die NATO-Katastrophe. Gerade die hier

den Krieg alleine führen können sollte, weil sämtliche NATO-Staaten nach jedem erdenklichen Schlupfweg suchen, um den NATO-Vertrag bei einem „Angriff“ auf die BRD bzw. im Kriegsfall nicht einhalten zu müssen, was die Kern des NATO-Bündnisses ist. Die Forderung, auf die atomaren Bundeswehr-Raketen auf keinen Fall zu verzichten, die wieder einmal vorge-tragene Ansicht, daß die BRD am besten eigene Atomwaffen brauche (Strauß), der Versuch, wieder einmal die Wiedervereinigung auf den Tisch zu bringen, runden das Bild ab. NATO-Kritik ist ja ansonsten ein Geschäft von Staatsfeinden. Wir und alle übrigen Anti-NATO-Aktivisten in der BRD haben zwar nie einen Zweifel daran gelassen, daß es nicht möglich ist, daß der BRD-Imperialismus die übrigen verbündeten Imperialisten und vor allem nicht die USA als Führungsmacht dazu bringen kann, ihre Interessen dem speziellen BRD-Interesse unterzuordnen, aber soweit in der Kritik sind wir ja nie gegangen, zu behaupten, daß der NATO-Vertrag in Bezug auf die BRD das Papier nicht wert sein soll.

Die Doppelnulllösung

Die Doppelnulllösung

Mit der Herausnahme aller landgestützten Raketen mit Reichweiten zwischen 500 und 1.000 km in der BRD würde sich tatsächlich etwas ändern. Diese Raketen sind lange Zeit die militärische Option für den „Schlag in die Tiefe“, d.h. zur sofortigen Ausschaltung der zentralen Flughäfen gedacht (weshalb sich ein Teil dieser Systeme auch ständig in Alarmbereitschaft befindet und nach spätestens einer Viertelstunde unterwegs wäre) und als zweite Priorität zur Unterbrechung des sowjetischen Nachschubs an Engpässen (Flußüberquerungen etc.). Bei der Debatte um den Rogers-Plan und Air-land-Battle ging es für den europäischen Kriegsschauplatz darum, dafür entsprechende konventionelle Einsatzmöglichkeiten zu entwickeln (die atomaren gab es ja schon lange). Richtig ist hier, daß Flugzeuge nur schwerlich die strategisch zentralen Ziele angreifen könnten, bevor nicht die gegnerische Luftwaffe oder Luftabwehr ausgeschaltet wäre (die Ausschaltung der gegnerischen Luftwaffe gilt als erste Priorität), richtig ist aber genauso, daß es auch aus Sicht der NATO der helle Wahnsinn wäre, gleich in den ersten Minuten eines Krieges in Europa atomar loszuschlagen. Der Streit geht hier zentral um die Frage, ob hier neben der neuen konventionellen auch die alte nukleare Option beibehalten werden müsse, was bisher vereinbart war. Im Mai dieses Jahres sollte der endgültige BRD-Beschluß fallen, endlich nun das alte Vorhaben der Schmidtregierung in die Tat umzusetzen und die Pershing-I-A durch eine neue I-B-Version zu ersetzen. Richtig ist auch, daß dafür natürlich ebenfalls see- oder luftstationierte Cruise Missiles einsetzbar wären und die BRD solche Flugkörper mittlerer Reichweite entwickelt. Nun sind aber die 72 Pershing-Raketen der Bundeswehr die letzten landgestützten Raketen der NATO in der BRD in der Kategorie zwischen 500 und 1.000 km. Hier sollen die USA längst der BRD zugesichert haben, die Pershing-I-A aus dem Paket als „Drittautemysysteme“ rauszunehmen. D.h. die zweite Nulllösung besteht darin, daß der Westen keine einzige Rakete abrüsten will, die Sowjetunion aber alle verschrotten soll, ein ganz schlechter Witz also und man kann sich kaum vorstellen, daß es darüber noch ein Abkommen geben soll, auch wenn angeblich bei dem Shultz-Besuch in Moskau der sowjetische Verhandlungsmittler eine Zustimmung in Aussicht gestellt haben soll. Das ganze NATO-Geschrei geht also gar nicht um die Abrüstung nur einer einzigen NATO-Rakete, sondern vielmehr darum, welche Maßnahme dann als „Kompensation“ für das „Entgegenkommen“ einer Vertragsunterschrift angeschafft werden sollen.

Was will die NATO?

Es ist offenkundig, daß die NATO sich seinerzeit beim Angebot der Nulllösung

und vermutlich auch bis Reykjavik darauf verlassen hatte, daß die Sowjetunion nicht bereit sein würde, ein derartig beschlossenes Abkommen anzunehmen. Der Vorschlag wurde für ausreichend gehalten, um „das bündige Volk“ mit der angeblichen atomaren Abrüstungsbereitschaft der NATO vollstolen zu können, wobei Reagans damalige Flotte Atomkriegspropaganda bei seinem Regierungsantritt in Europa jedenfalls ausgesprochen kontraproduktiv wirkten. Andererseits hat bisher die NATO perfekt die Linie durchgehalten, bisweilen phantastisch klingende Abrüstungsvorschläge zu machen, die in der Regel einen kräftigen einseitigen unannehmbaren Abrüstungsperfideffekt für die Sowjetunion beinhalten, und sich konkret niemals in Rüstungsvorhaben durch Verhandlungen reinplüschchen zu lassen (s. etwa die SALT- und ABM-Abkommen etc.). Die besondere Situation besteht nun nicht darin, daß hier eine Vorgehensweise der Abrüstungsbereitschaft innerhalb der „vernünftigen Fraktion“ der NATO-Länder oder speziell bei den Europäern in Sicht wäre, sondern in der Tatsache, daß die NATO zumindest als wortbrüchig und atomwaffengeil dastehen würde, wenn sie nun auf das Einleihen Gorbatschows auf ihren Vorschlag mit „Njet“ antwortet. Der NATO paßt die ganze Richtung nicht, die Forderung nach Abschaffung der Atomwaffen ist seit jeher eine Propaganda-Moskauer, die die westliche Verteidigungsbereitschaft untergräbt; auf Atomkriegsabrüstung und Atomkriegsführung unterhalb des „großen Knalls“ will man auf keinen Fall verzichten. Der „Opportunismus“ der Politiker gegenüber der Atomkriegsangst wird auf Militärfachtagungen ständig beklagt. Umgekehrt wird aber eine Glaubwürdigkeitskrise und ein Aufschwung der Friedensbewegung im Falle der Ablehnung befürchtet. Die derzeitige verworrene Streidebatte könnte genutzt werden,

wenn im Falle der Ablehnung befürchtet. Die derzeitige verworrene Streidebatte könnte genutzt werden, um jedes Abkommen zu zerreden oder solange mit neuen Junktions zu belegen, wo am Ende schließlich der Schuldige für ein Scheitern kaum noch auszumachen wäre. Ebenso gut könnte das aber mit einem „Kompromiß“ enden, um im Windschatten eines Abkommens neue Rüstungsmaßnahmen zu beschließen und Protest dagegen ins Leere laufen zu lassen und gezielt auf neue Zugeständnisse Gorbatschows zuzusteuern.

Nachdem es anfangs eher darauf hinausgelaufen schien, daß überhaupt kein Abkommen zustande kommt, sieht es derzeit doch eher so aus, daß von den Optionen kein Abkommen, einfache Null- oder Doppelnulllösung, die einfache Nulllösung die wahrscheinlichste Lösung ist, bei den Raketen kürzerer Reichweite wäre überhaupt nur ein Abkommen mit gemeinsamen Obergrenzen denkbar, wobei die Sowjetunion die Pershing-I-A der Bundeswehr mit US-Atomsprenkkröpfen quasi als Drittautemysysteme schlucken müßte. Auf jeden Fall wird die NATO in diesem Zusammenhang eine Reihe von sogenannten „Kompensationsmaßnahmen“, also neue Abrüstungsrunden beschließen, dafür liegt spätestens seit der NATO-Tagung in Stavanger ein konkreter US-Vorschlag vor.

Ansonsten ist die NATO dabei, täglich unverschämtere Forderungen an die Sowjetunion zu richten. Es scheint mir auch eindeutig, daß die NATO mit ihren Erweiterungsvorschlägen gezielt auf die konventionelle Rüstung zusteuert, wo sie von vorneherein erklärt, daß ein Abkommen überhaupt nur denkbar wäre, wenn die Sowjetunion hier eindeutige Einschnitte hinnimmt oder im NATO-Jargon ihr „gefährliches Übergewicht“ zurücknimmt.

Keine Chance für die Abrüstung

Die Friedensbewegung fordert die Doppelnulllösung, die jetzt auch dem letzten „Stahlhelmer“ abzurufen sei und bei dem erstmals Abrüstungsmaßnahmen von Atomwaffen, speziell den immer bekämpften Pershing II und Cruise Missiles vereinbart werden sollen. Es wird von DKP bis SPD und jedem Prominenten-Appell die „historische Chance“ für den Einstieg in die Abrüstung beschworen. Nun hat sich in der Sache ja in der NATO nichts getan, sondern die Veränderung der Position der Sowjetunion ist Träger dieser Hoffnungen und es scheint fast so, als sei bislang die Sowjetunion das Hindernis für Abrüstung gewesen. Helmut Schmidt oder Genscher als Betreiber der neuen Raketen und selbst Reagan erscheinen gegenüber dem aktuellen Geschrei der CDU-Rechten schon fast gewonnen. Die NATO

Fortsetzung nächste Seite



rung der Trident II-Rakete auch für seegestützte Systeme die treffgenaue Endphasenlenkung vorliegen. Wenn es aus Sicht von NATO-Strategen speziell aus der BRD schon fast ein NATO-Sprengsatz sein soll, daß diese Raketen „nur“ große Atombomben an Bord haben und einen zu großen sowjetischen atomaren Gegenschlag provozieren würden, so wäre nichts einfacher, als auch dort andere Sprengköpfe zu montieren oder notfalls die Pershing einfach auf Schiffen unterzubringen. Aber auch für jede anderen 100 Atomraketen, die der Westen in einem Abkommen „opfern“ müßte, lassen sich vermutlich Strategien finden, die das Ende der bisherigen NATO-Strategie voraussagen dürften.

Es gab auch vor der Stationierung eine Debatte innerhalb der NATO, ob man die politische Kontroverse um die Stationierung nicht umschiffen sollte, die Dinge also auf See stationieren sollte. Dies ist seinerzeit nicht aus militärischen sondern aus politischen Erwägungen heraus (Motto: Nicht Nachgeben!) abgelehnt worden. Das Betrugsmanöver besteht ja gerade darin, so zu tun, als solle hier angeblich eine „ganze Kategorie“ von Atomwaffen, nämlich alle europäischen Mittelstreckenraketen, beseitigt werden. Nach dieser Version gehören Frankreich, Großbritannien, die europäischen Gewässer und jede Atombombe, wenn sie nur auf Flugzeugbeinen drei Meilen über dem Boden steht, nicht mehr zu Europa.

Die Schlussfolgerung lautet also: Es ist keine militärische, sondern eine rein

in der BRD aufgestellten Atomraketen waren offenbar die letzten im riesigen NATO-Arsenal, die noch die Sicherheit der BRD aufrechtzuerhalten vermochten.

Aber so ungewöhnlich sind die BRD-Stahlhelmer nun auch wieder nicht. Die schrillen Atomkriegstöne in den USA, als es dort um das verschärfte Rüstungsprogramm Reagans ging, klingen noch in den Ohren, wenn Frankreich auch nur auf eine geplante Atomrakete bei einem Abkommen verzichten müßte, wäre das Geschrei nicht anders aus. Man kann das BRD-Geschrei als eine Art „Gegenschuß“ zur alljährlichen US-Debatte über den Abzug der US-Truppen aus der BRD USA ansehen, was hier in der BRD-Pressen als große Gefahr für unsere Sicherheit rausgeputzt wird. Auf jeden Fall wird im Rahmen dieser Debatte jedesmal ein US-Forderungskatalog an die BRD transportiert. Es handelt sich im Effekt nicht um eine „Zerreißprobe der NATO“ sondern um einen Streit, der mit konkreten Zielen betrieben wird und auch diesmal mit einem demonstrativen „Schulterschluß“ der NATO beendet wird.

Die derzeit vielbeschworene „Abkoppelungsgefahr“ bringt allerdings einmal mehr die gesamten reaktionären politischen Vorstellungen in der BRD zum Vorschein. Das Herausrechnen des gesamten französischen militärischen (des atomaren wie des konventionellen) Potentials aus jedem Kräftevergleich besagt ja nichts weiter, als daß diese Politiker in aller Öffentlichkeit fordern, daß die BRD am besten

An zentraler Stelle des grünen Friedensprogramms findet sich die Forderung nach sofortigem und bedingungslosem Abzug von Pershing 2 und Cruise Missiles mit der Begründung: „Diese Raketen sind die Sperspitze der neuen US-Kriegsführungsstrategie und müssen ohne neue Verhandlungen innerhalb der Nato oder zwischen USA und UdSSR abgezogen werden. Dies bedeutet die Aufkündigung des Stationierungsbeschlusses.“

Die Bundestagsfraktion der Grünen erarbeitete Anfang März einen Antrag, dessen Kern eine Aufforderung an die Großmächte ist, sich über den Mittelstreckenraketenabzug zu einigen. Dieser Antrag stieß bei der BAG Frieden der Grünen auf heftige Kritik, weil er die Position des grünen Friedensprogramms und der Friedensbewegung, die Aufhebung des Stationierungsbeschlusses zu verlangen, verläßt. Ferner enthielt er Elemente von Nato-Propaganda, gegen die die Grünen und die Friedensbewegung ansonsten landauf und landab Aufklärungsarbeit betreiben. So ein Lob für die Erklärung Reagans zur Sache, obwohl dort die Gorbatschow-Vorschläge als Erfolg des „Nach“-Rüstungsbeschlusses gefeiert und als Beweis für die Richtigkeit der These angesehen wurden, daß man die Russen nur durch Aufrüstung zur Abrüstung zwingen könne. So die Forderung nach einseitigen Leistungen der UdSSR und nicht etwa der BRD. Die Fraktion lehnte die Änderung ihres Antrages mit 11 zu 9 Stimmen ab.

Der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung forderte mit den Stimmen der grünen Vertreter die Fraktionen des Bundestags auf, einen Antrag einzubringen, der die Aufhebung des Stationierungsbeschlusses und den Abzug der Pershing 2 und Cruise Missiles fordert. Die Fraktion der Grünen beharrte mehrheitlich auf ihrem Antrag.

NULL-Lösung grüner Friedenspolitik

Zur Diskussion in der grünen Bundestagsfraktion

„Der Deutsche Bundestag sieht die Voraussetzungen zur Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles als nicht mehr gegeben an. Er fordert deshalb die USA auf, bis zum 31.8.87 ein entsprechendes Abkommen mit der UdSSR zu schließen. In jedem Fall beginnt der Abzug der bereits stationierten Pershing II und Cruise Missiles am 1.9.87.“

Vorschlag des „Bonner Koordinationsausschusses für einen Antrag im Bundestag“

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Duisburg stellte die BAG Frieden den Antrag, die Bundestagsfraktion aufzufordern, einen Antrag in den Bundestag einzubringen, der dem Anliegen der Friedensbewegung und des grünen Programms entspricht. Diesen Antrag unterschrieben binnen einer Stunde über 400 Anwesende. Die Abstimmung hierüber erfolgte am Ende der Konferenz mit einer überwältigenden Mehrheit der Anwesenden. Die Satzungsregeln sind sich nun über die Frage der Beschlussfähigkeit in die Haare geraten. Die Fraktion beharrte mit 18 zu 16 Stimmen weiterhin auf ihrem Antrag.

In der Bundestagsdebatte eröffnete der Abgeordnete der Grünen Fraktion, Mechttersheimer, der verdrutzten Fraktion, daß sie jetzt dem SPD-Antrag zustimmen solle, der eigene Antrag aber

in die Ausschüsse verwiesen wurde. Der SPD-Antrag appellierte ebenfalls an die USA und die UdSSR, sich zu einigen. Er blieb damit weit hinter den Beschlüssen des Nürnberger Parteitag (Aufkündigung des Stationierungsbeschlusses) zurück und schloß sich an, wo Helmut Schmidt aufgehört hatte. Immerhin 23 Abgeordnete der Grünen stimmten für den SPD-Antrag. Das Lager der Bundesregierung stimmte geschlossen gegen den SPD-Antrag. Eine Enthaltung gab es bei der FDP (Hildegard Hamm-Brücher).

Als Begründung für ihren Antrag hatte die Bundestagsfraktion angeführt: Angesichts der Situation kurz vor dem Abschluß eines Abkommens helfe es nicht, die Gebetsmühle der einseitigen Abrüstung abzuspielen, einseitige Schritte würden vielmehr den Verhandlungserfolg gefährden. Es wird nicht die Position des grünen Programms geteilt, daß einseitige Abrüstungsschritte durch Bedrohungsminimierung zur Entspannung beitragen, Legitimation von Aufrüstung untergraben und zur Nachahmung anregen sollen. Dahinter steht vielmehr die Propaganda-Position der bürgerlichen Parteien, daß das Drohpotential der NATO letztlich unverzichtbar sei, um die Sowjetunion in Schach zu halten. Reduziere man dieses einseitig, so dächten die Staaten des Warschauer Vertrages nicht daran, positiv zu reagieren, sondern würden auf den ihnen daraus resultierenden Vorteilen beharren.

Die Aufhebung des Stationierungsbeschlusses war eine zentrale Wahl-

kampfaussage der Grünen wie auch der SPD, wobei die Grünen auch die konkrete Umsetzung des Abzugs forderten. Es war sogar eine Quasi-Tolerierungsforderung, die auch vom realpolitischen Lager im Wahlkampf erhoben wurde. Stattdessen wurde jetzt ein Antrag rechts von den SPD-Parteitagbeschlüssen in den Bundestag eingebracht.

Für den Fraktionsantrag wurden aber auch taktische Begründungen abgegeben: Er sei für alle Fraktionen im Bundestag zustimmungsfähig, er könne die Spaltung ins Regierungslager tragen und eine Friedensmehrheit herstellen. Das verkennt, daß die FDP sich nicht in einer sicherheitspolitischen Frage aus der Koalition brechen läßt. Es verwechselt Entspannungs- mit Abrüstungspolitik und vergißt, daß die FDP in jedweder Koalition Garant für Aufrüstung war. Ebenso verkennt es die Tragweite des derzeitigen Streites, da auch die FDP für das Umgehen der Nulllösung zu haben ist.

In der innerparteilichen Diskussion wurde für den grünen Antrag in den Vordergrund gestellt, daß damit die FDP entlarvt werden sollte. Diese Taktik mußte bei der Fortführung des Abrüstungstheaters der Regierungskoalition vollkommen wirkungslos bleiben, konnte die FDP doch darauf verwei-

sen, daß sie in der Koalition um eine positive Haltung zu Genf ringen würde.

Der Antrag der Bundestagsfraktion bringt die Grünen gegenüber der Friedensbewegung in eine groteske Situation: Jahrelang kritisierten grüne Vertreter SPD- und DKP-orientierte Kräfte, man solle nicht auf Verhandlungen der Supermächte setzen, sondern auf einseitige Abrüstung im eigenen Land. Nun tauchen in diesem Frühjahr Elemente davon im Aufruf zur Bonner Friedensdemonstration und in einem Antrag des Bonner „Koordinationsausschusses der Friedensbewegung“ an die Fraktionen des Bundestags auf, da rückt die Bundestagsfraktion von diesen Positionen ab und verwechselt Appelle an die Großmächte mit Friedenspolitik.

Das Vorgehen des Bundestagsfraktion beweist einmal wieder, daß bei den Grünen diejenigen, die am eifrigsten vom Parlamentarismus reden, die schlechtesten Parlamentarier sind. Das Feld der friedenspolitischen Auseinandersetzung wurde den bürgerlichen Parteien überlassen. Durch das völlige Fehlen eines eigenen politischen Beitrages der Grünen, eines Vorschlages oder einer Perspektive wurde auch öffentlich der Eindruck der Entbehrlichkeit der Grünen gefördert.

Tay Elch
Mitglied der BAG-Frieden und Fachgruppe der GAL Hamburg

(Nach dem Redemanuskript eines Vortrages in der GAL-Fachgruppe, mit freundlicher Genehmigung des Autors)

Aufruf zur Demonstration:

Den ersten Schritt tun Atomraketen verschrotten!

Millionen Menschen haben in den vergangenen Jahren gegen die Stationierung neuer Atomraketen demonstriert. Gemeinsam haben wir begonnen, für eine Welt ohne Waffen, ohne Aufrüstung und Unterdrückung zu kämpfen. Die Friedensbewegung ruft heute alle Menschen auf: Demonstrieren für die Verschrottung der Atomraketen, damit der erste Schritt zur Abrüstung getan wird!

1979 hat die NATO beschlossen, unser Land mit Pershing II und Cruise Missiles aufzurüsten und dies mit dem sowjetischen SS 20-Raketen begründet. Sie hat von Anfang an die Öffentlichkeit getäuscht: In Genf wurden Scheinverhandlungen geführt. Ein Verzicht auf die Stationierung war niemals ernsthaft beabsichtigt. Die sogenannte „Null-Lösung“ war für sie immer nur eine Propagandaformel.

Völlig unerwartet ist die Sowjetunion darauf eingegangen. Sie setzt ein politisches Signal, die Stationierungsdynamik zu durchbrechen und durch eine Abrüstungsdynamik auf politischer Ebene zu ersetzen. Damit greift sie eine zentrale Forderung der Friedensbewegung auf.

Die Bundesregierung begrüßt zwar offiziell die sowjetische Bereitschaft zur „Null-Lösung“. Viele Reaktionen lassen aber befürchten, daß ein mögliches Abkommen durch Forderungen nach Umrüstungen und neuen „Nachrüstungen“ hintertrieben werden soll.

Die Friedensbewegung ist von Anfang an gegen die Stationierung und für den sofortigen Abzug von Pershing II und Cruise Missiles eingetreten. Wenn die Bundesregierung ernsthaft die Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa will, kann und muß sie praktische Schritte tun. Sie muß den sofortigen Bau- und Stationierungsstopp in den vier Stützpunkten für stationäre Mittelstreckenraketen verfügen und jeden Übungsbetrieb für die bereits stationierten Raketen unterbinden!

Die Friedensbewegung fordert erneut: Der Bundestag muß den Stationierungsbescheid rückgängig machen; Pershing II und Cruise Missiles müssen sofort verschrottet werden!

Alle weiteren Atomwaffen in der Bundesrepublik und in Europa müssen ebenfalls abgeschafft werden! Dazu zählen auch die britischen und französischen Nuklearwaffen sowie die übrigen in Europa und an Bord von Schiffen und Flugzeugen stationierten US-Atomwaffen! Ganz Europa ist Ost und West muß atomwaffenfrei werden!

Unser Ziel bleibt Frieden durch Abrüstung und Gerechtigkeit. Nur durch unseren Druck, nur durch das gemeinsame Handeln aller Menschen können die Forderungen der Friedensbewegung Wirklichkeit werden.

Demonstrieren wir am 13. Juni in Bonn
für den Einstieg in die Abrüstung jetzt!

Aufruf des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung

Fortsetzung von vorheriger Seite

könnte mit einem Abkommen selbst bei der Friedensbewegung erfolgreich „Abrüstungsbereitschaft“ demonstrieren, neue Forderungen an die Sowjetunion richten und weitere Aufrüstung betreiben. Der Druck der Friedensbewegung hätte hier, so die jetzige Agitation, der NATO ein Stück Abrüstung abgezwungen und die Gefahr eines Atomkrieges ein Stück erfolgreich gemildert. Sieht man einmal davon ab, daß das Stück Entspannung in der atomaren Ost-West-Konfrontation nach der Kuba in den 60er Jahren gleichzeitig der Vietnam-Krieg der USA gefolgt ist, so soll hier der Schein einer Abrüstung schon zu einer „historischen Chance“ herhalten, dem wieder einmal nur noch „Miesmacher“ widersprechen können. Eine Demoralisierung der Friedensbewegung, die bislang noch einhellig Abrüstungsforderungen an die NATO stellte, scheint unabwendbar.

Wohin steuert Gorbatschow?

Die politische Offensive Gorbatschows in Sachen Abrüstung hat zweifellos großen Anklang gefunden und er hat Reagan schnell an Ansehen überwinden können, sagen die Umfragen. Die aktuelle Gorbatschow-Welle ist auch zweifellos davon mitgeprägt. Als Kehrseite der Medaille ist derzeit die sowjetische Außenpolitik für uns unkalkulierbar geworden, und man kann zu allerlei Schlussfolgerungen und Spekulationen kommen. Geht man davon aus, daß die jetzige SU-Initiative ein konkreter politischer Test um die politische Glaubwürdigkeit der NATO sei, so ist

der nur dadurch möglich gewesen, daß die Sowjetunion an bestimmten Stellen westliche Vorschläge und dafür einseitige Lasten auf sich nimmt.

Klar ist, daß die Sache einen politisch-ideologischen Haken hat: die alte Bedrohungssituation wird ständig „harmloser“, die seinerzeit behauptete Gefahr eines atomaren Entzweiungs-schlages gegen die Sowjetunion ist von der Sowjetunion und ihren Apologeten in der DKP ersatzlos in die Mottenkiste verbannt worden. Die sowjetischen Waffen sind im Tauschgeschäft heute billiger geworden, das vorher „beste“ Angebot für den Westen war unter Andropow noch 120 SS-20 zu Null. Die Friedensbewegung hatte schon 1983 den Hang, die eigene Erfolgslosigkeit und die mangelnde NATO-Abrüstungsbereitschaft durch Forderungen an die SU zu kompensieren. Wenn die Sache erst einmal wieder stockt, und das muß sie ja, wenn man nicht von Abrüstungsbereitschaft des Westens oder der entsprechenden „vernünftigen Fraktion“ ausgeht, wird dieser Hang noch mächtiger in Schwung kommen, wo doch nun bei Gorbatschow auch noch ein Eingehen darauf erwartet werden kann. Wenn schon die „Frauen in die Bundeswehr“ — Wir sagen Nein! (KoFAZ) behaupten, daß die Sowjetunion nun die Möglichkeit eines gerechten Krieges, solange er zum Atomkrieg führen könnte, verworfen habe und auch die Abschreckung auf den Müll werfen wolle trotz der damit verbundenen Risiken, dann läßt sich erahnen, was wir erwarten können. Der Appell vom „Komitee für Grundrechte“ spricht schon vom „konventionellen Ungleichgewicht“ etc. Bisher hat die SU auf jede Drohung verzichtet, falls der Westen jedes Abkommen torpedieren oder unterlaufen will. Auf

jede Grenzziehung, wo die Zumutung überschritten wäre und Gegenmaßnahmen erfolgen würden, ist bisher verzichtet worden. Sie hat nicht gedroht, etwa im Gegenzug zur Herausnahme der „Bundeswehr“-Pershing-I-A etwa 72 ihrer Raketen der nationalen Volksarmee zu unterstellen, sondern angeblich sogar ihre Zustimmung signalisiert. Sollte kein Abkommen zustande kommen, könnte es Gorbatschow in der SU schlecht ergehen, falls er seinen Militärs ein Abkommen versprochen hat. Sollte die NATO ein Abkommen annehmen, könnte die Initiative nach dem Herbst nur durch neue entsprechende ähnliche Angebote fortgeführt werden oder durch demonstrative „Gegenmaßnahmen“, weil die NATO das Abkommen unterläuft.

Es ist logisch, daß die Sowjetunion für die Verwirklichung ihrer Reformen eine Senkung ihrer Rüstungslasten braucht. Nun ist die Verschrottung von aufgestellten Systemen ja noch keine Senkung der Ausgaben. Eine Senkung der Rüstungsausgaben ist vor allem im konventionellen Bereich erreichbar (der gesamte Kostenanteil der „billigen“ Atomrüstung macht bei den USA nur ein Viertel der Kosten aus und das trotz der gewaltigen Aufrüstung). Man kann die Kalkulation der westlichen Militärpolitik nicht von der Hand weisen, die sagen, die Nagelprobe für den neuen Kurs wird die konventionelle Rüstung sein. Es ist nicht auszuschließen, daß die SU ihre Senkungsmaßnahmen hier in Form eines Abkommens mit dem Westen zu vollziehen gedenkt, auch wenn sie hier kräftig „draufzahlen“ müßte, weil sie eine Senkung will. Man wird es sehen.

100

ANTRAG DER GRÜNEN

Der Deutsche Bundestag begrüßt die jüngsten Erklärungen von Generalsekretär Gorbatschow und US-Präsident Reagan, die die konkrete Chance eröffnen, zu einem Abkommen über die Beseitigung von Mittelstreckenraketen zu gelangen.

Der Deutsche Bundestag appelliert an die USA und die UdSSR, ihre grundsätzlich erzielte Einigung über die Abrüstung aller landgestützten weitreichenden Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise Missiles, SS 20) in und für Europa noch in diesem Jahr vertraglich abzusichern und mit der Verschrottung dieser Systeme und der Auflösung der Raketenverbände zu beginnen.

Der Deutsche Bundestag geht davon aus, daß auch die möglicherweise verbleibenden amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen mit jeweils 100 atomaren Sprengköpfen außerhalb Europas durch ein weiteres Abkommen abgerüstet werden.

Der Deutsche Bundestag hält es für unverzichtbar, daß im Anschluß an ein Mittelstreckenabkommen die im Gegenzug in der DDR und Tschechoslowakei

aufgestellten sowjetischen operativ-taktischen Raketen ohne Vorbedingung abgezogen werden.

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß bei beiderseitigem politischen Willen zur Abrüstung die Verifikationsprobleme im Mittelstreckensbereich lösbar sind.

Der erfolgreiche Abschluß eines Abkommens über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen wäre ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu weiteren umfassenden Abrüstungsvereinbarungen, nicht nur bei den nuklearen, sondern auch bei den chemischen und konventionellen Waffen.

Zugleich würden dadurch die Voraussetzungen für eine dauerhafte kulturelle, wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit in Europa entscheidend verbessert.

(zit. nach Pressemitteilung 138/87 der Grünen Fraktion)

Der Antrag erfuhr im späteren noch diese und jene kleine Änderung

Reagan goes to Kreuzberg

Am 12. Juni wird US-Präsident Reagan im Rahmen der 750-Jahres-Festlichkeiten-Westberlin einen Besuch abstatten. Seinen Auftritt möchte er mit einer großen Freiheitsrede vor dem symbolträchtigen Brandenburger Tor, umrahmt von rund 20.000 ausgewählten Jubel-Berlinern, krönen. Bereits sehr frühzeitig formierte sich ein breites Bündnis aus dem Spektrum der Westberliner Friedensbewegung (SPD, Jusos, SEW, Friedensinitiativen), der AL, Dritte-Welt-Gruppen, Autonome und KB, um ihrerseits für einen gebührenden Empfang des US-Präsidenten zu sorgen. Schließlich sollte aus dem ersten Reagan-Besuch vor fünf Jahren (11.6.82) gelernt werden — damals hatte sich das Anti-Reagan-Bündnis gespalten.

Rund 200 Organisationen und Initiativen, einschließlich der SPD, riefen damals zu einer friedlichen Großdemonstration am Vorabend des Reagan-Besuchs auf, an der sich 80-100.000 Menschen beteiligten. Am eigentlichen Besuchstag, dem 11. Juni 1982, standen Autonome und AL allein im Reagan. Ca. 8.000 Menschen nahmen an einer verbotenen Demonstration teil. Es kam zum berühmten Kessel am Nollendorferplatz, als ein großer Polizeiaufgebot plus NATO-Stacheldraht die Demonstranten einschlossen. Dennoch gelang es, den Kessel zu durchbrechen, und es folgte die ebenso berühmte „Schlacht am Noll“. Im Nachhinein distanzieren sich einige AL-Mitglieder

von den gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Anlaßlich des jetzt bevorstehenden Besuches des US-Präsidenten einigen sich inzwischen über 120 Organisationen, Parteien und Initiativen (u.a. die Jusos, ein SPD-Bezirksverband, SEW, AL, Friedens- und Dritte-Welt-Gruppen, Einzelgewerkschaften wie die HBV, Autonome und KB) auf einen gemeinsamen Demonstrationsaufzug, in dem u.a. die Politik der USA gegenüber den Ländern der Dritten Welt und die Aufrüstung kritisiert wird. Das Anti-Reagan-Bündnis wird gemeinsam zu zwei Demonstrationen aufrufen. Das Problem besteht darin, daß der US-Präsident voraussichtlich bereits am Nachmittag des 12. Juni abreist, so daß eine etwaige Großdemonstration erst im Nachhinein stattfinden würde. So kommt es zu einer zentralen Großdemonstration am Vorabend, dem 11. Juni. Alle Beteiligten werden aber auch für Aktivitäten während der Anwesenheit des US-Präsidenten am 12. Juni aufgerufen. Das „wie“ war und ist jedoch nach wie vor umstritten. Neben gemeinsamen Aktionen werden auch verschiedenste dezentrale Aktionen vorbereitet. Nicht nur Reagan, auch die Westberliner Polizei wird sich abrüstungswillig zeigen; die Verstärkung der Polizei aus der BRD ist bereits beschlossene Sache.

D., Westberlin

Im Juni-Krieg 1967 besetzte die israelische Armee innerhalb weniger Tage große arabische Gebiete: Die Golanhöhen und die Sinai-Halbinsel sowie Restpalästina, d.h. den Gaza-Streifen und das Westjordanland mit Ost-Jerusalem (1). Nur die Sinai-Halbinsel sollte einmal in Friedensverhandlungen an Ägypten zurückgegeben werden (2), für alle übrigen Gebiete war dauerhafte Besetzung und schleichende Annexion geplant.

Ost-Jerusalem wurde schon 1967 mit dem Westteil der Stadt vereinigt und nach Ausdehnung der Stadtgrenzen israelischer Souveränität unterstellt. Die syrischen Golan-Höhen annektierte Israel im Dezember 1981 aus Gründen der Sicherheit, wie das israelische Argument in solchen Fällen lautet. Die Zukunft der Westbank und des Gaza-Streifen hingegen ist offiziell noch heute Verhandlungsgegenstand.

Verhandlungen über die besetzten Gebiete und die Zukunft der Palästinenser sind seit Monaten im Gespräch. Eine Räumung dieser Regionen oder gar ein eigenständiger palästinensischer Staat sind nicht geplant. Vielmehr geht es um eine Lösung, in der die Israelis mit Hilfe des jordanischen Königs ihre Herrschaft über dieses Gebiet langfristig sichern.

Die Teilung Palästinas und der erste israelisch-arabische Krieg

Nach Ende des Ersten Weltkrieges erhielten Frankreich und Großbritannien Teile des Nahen Ostens als Mandatsgebiet: Frankreich das heutige Syrien und den Libanon, Großbritannien den Irak und Palästina. Die Briten teilten Palästina im folgenden Jahr auf, hatten sie dieses Gebiet doch zugleich den Juden als Heimatland (Balfour-Deklaration 1917) und dem Sherif von Mekka als Teil seines zukünftigen großsyrischen Reiches versprochen. Der Jordan und die Linie bis Aqaba bildete die Grenze. Abdallah, ein Sohn des Sherif von Mekka, wurde auf den Thron Transjordanien gesetzt, die Juden durften weiter im Gebiet westlich des Jordan siedeln, das den Namen Palästina erhielt.

Der jordanische König Abdallah konnte seine Macht nur mit britischer Unterstützung aufrechterhalten; Großbritannien kontrollierte die Außen- und Wirtschaftspolitik des bitterarmen Landes, und half beim Aufbau einer Armee unter dem britischen General Glubb Pascha.

1947 beschloß die UN-Vollversammlung die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat, die eine Konföderation bilden sollten. Jerusalem sollte unter UN-Aufsicht gestellt werden. Weder Juden noch Araber waren mit der Teilung einverstanden. Die Zionisten erweiterten mit militärischen Aktionen das ihnen zugesprochene Gebiet. Als die britischen Truppen im Mai 1948 schließlich abzogen, begannen die arabischen Nachbarstaaten den Krieg gegen Israel. Bei Waffenstillstand hatte die israelische

Armee, begannen die arabischen Nachbarstaaten den Krieg gegen Israel. Bei Waffenstillstand hatte die israelische Armee etwa die Hälfte des geplanten arabischen Staates besetzt und aus Israel und den im Krieg gewonnenen Gebieten die größten Teile der palästinensischen Bevölkerung vertrieben. 700.000 bis 900.000 Menschen flohen in die Westbank, den Gaza-Streifen und in benachbarte arabische Staaten.

Die von britischen Offizieren befehligte Arabische Legion König Abdallah hielt das Westjordanland und den Ostteil Jerusalems besetzt. Im Gaza-Streifen standen ägyptische Truppen. Die Gründung eines eigenen palästinensischen Staates war zu diesem Zeitpunkt auch von den arabischen Regierungen nicht geplant. Die palästinensischen Notablen in der Westbank blieben untätig und sahen die israelische Herrschaft als vorübergehend an. Im Gaza-Streifen hingegen tiefen einige traditionelle palästinensische Führer 1948 eine All-Palästinensische Regierung aus, die bedeutungslos blieb.

Die Westbank bis 1987

Das Westjordanland umfaßt 20 % des Gebietes von Palästina und trug zur Zeit der jordanischen Besetzung nur zehn Prozent zum Bruttoinlandsprodukt Palästinas bei, war also eine wirtschaftlich relativ schwach entwickelte Region. Der jordanische König aber hatte ein Territorium gewonnen, das in Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Tourismus, dem Grad der Urbanisierung, der schulischen und medizinischen Versorgung deutlich weiter entwickelt war als Transjordanien. Die Bevölkerung des dichtbesiedelten Gebietes war dem Transjordanien zudem an Bildung und politischem Bewußtsein überlegen.

20 Jahre nach dem Junikrieg: Westbanks und Gazastreifen immer noch unter israelischer Besetzung

Im Dezember 1948 ließ sich Abdallah von einer Versammlung mehrerer hundert palästinensischer Notablen, die er selbst ernannt hatte, zum König von Gesamt-Palästina (einschließlich Israel) ausrufen. Im Mai errichtete er in der Westbank eine zivile Verwaltung und nahm Palästinenser aus den 350 führenden Familien in Kabinett und Verwaltung auf. Im Dezember 1949 erhielten die Palästinenser die jordanische Staatsbürgerschaft. Im April 1950 ließ er auf beiden Jordanufern Wahlen abhalten; das neugebildete Parlament, dem 30 % Palästinenser angehörten, vollzog wenig später die Vereinigung beider Landesteile zum haschemitischen Königreich von Jordanien (3). Abdallah, der geheime Verhandlungen mit Israel führte, wurde 1951 vor der Al-Aksa-Moschee in Jerusalem ermordet.

Zusammen mit den rund 500.000 palästinensischen Flüchtlingen des Krie-

ges von 1948, im Juli 1957 zogen die letzten britischen Truppen ab; ein Jahr später stellte Großbritannien die wirtschaftliche und militärische Hilfe ganz ein. An die Stelle der Briten traten jedoch in wachsendem Maße die Amerikaner. Als 1958 die haschemitische Monarchie im Irak gestürzt wurde, holte Hussein wiederum britische Truppen ins Land, um seine Herrschaft abzusichern.

Nach relativ liberaler Entwicklung war Jordanien 1957 zu einem Polizeistaat geworden, als König Hussein die Regierung Nabulsi abgesetzt und einige Tage später einen Militärputsch niedergeschlagen hatte. Der jordanische König setzte eine Militärregierung ein, ließ das Kriegsrecht verhängen und alle Parteien verbieten (4). Die Opposition war ausgeschaltet. Jordanien erhielt nun jährlich 50 Mio. US-Dollar Unterstützung. Dank dieser finanziellen Hilfe gelang es Hussein, eine ihm loyale

palästinenser und stellte so seine Herrschaft direkt in Frage. In Jordanien gab es sofort Auseinandersetzungen um das Recht der PLO, Steuern zu erheben und Palästinenser für die palästinensische Befreiungsarmee zu werben. 1966 schließlich ließ Hussein alle PLO-Büros schließen. Ahmed Shukeiry, der erste PLO-Chef, rief 1966 zur Gründung einer palästinensischen Republik in Jordanien auf. Die israelische Armee hatte ein Dorf auf der Westbank überfallen, die jordanische Armee hatte nicht eingegriffen; Palästinenser in allen Städten der Westbank demonstrierten (5).

In dieser Situation konnte sich Hussein eine pro-israelische und anti-arabische Haltung nicht leisten, ohne seinen Thron zu gefährden. Deshalb trat er wenige Wochen vor dem Junikrieg dem ägyptisch-syrischen Bündnis bei. Die Israelis hatten diese tollkühne Wendung geradezu provoziert: Sie ließen verlauten, Israel sehe in Hussein einen objektiven Verbündeten und würde seinen Sturz mit einer Invasion Jordaniens beantworten (6). Auch die amerikanischen Berater hielten Hussein nicht von seiner Wendung ins radikale arabische Lager ab. Im Juni-Krieg verlor der jordanische König in wenigen Tagen das Westjordanland. Jordanien mußte 300.000 weitere palästinensische Flüchtlinge aufnehmen. Der jordanische König erhielt nun jährlich 120 Mio. Dollar Unterstützung von den arabischen Bruderländern, verfolgte aber umgehend wieder seine alte imperialistische Politik. Er holte amerikanische Berater ins Land, denen er praktisch die Außenpolitik übertrug und in deren Sinne er seine Armee gegen den wachsenden palästinensischen Widerstand vorgehen ließ. Mehrfach verhandelte Hussein, auf Drängen der Amerikaner, zwischen 1968 und 1970 mit Israel über einen Sonderfrieden (7).

Der Gaza-Streifen bis 1967

Vor 1948 spielte Gaza, ein Unterbezirk Palästinas, eine wirtschaftlich und politisch untergeordnete Rolle. Bis in die Mitte der 40er Jahre siedelten in der Gaza-Region keine Juden. Deshalb wurde dieser Distrikt im UN-Teilungsplan Kern einer der drei Teile Palästinas, die den arabischen Staat bilden sollten. 1948 eroberte die israelische Armee zwei Drittel dieses Gebietes Kornanbau- und Weidegebiete östlich von Gaza gingen verloren, ebenso die Dörfer nördlich der Stadt Gaza, die von Zitrusfrüchten und Gemüseanbau lebten. 180.000 palästinensische Flüchtlinge strömten in den schmalen Streifen, in dem vor dem Krieg 80.000 Menschen gelebt hatten. 1967 war die Zahl der Einwohner auf 385.000 angewachsen, von denen 60.000 wiederum zur Flucht gezwungen wurden.

Heute leben im Gaza-Streifen eine halbe Million Menschen, ein Viertel davon stammt von der einheimischen Bevölkerung ab. Eine kleine Zahl Großgrundbesitzer und Kaulleute haben in Zitrusplantagen investiert, kontrollieren den Handel und die Palestine Bank, außerdem haben sie einige größere Industriebetriebe errichtet. Diese Familien bestimmen das wirtschaftliche und politische Leben im Gaza-Streifen.

Angehörige der einheimischen Mittelschicht besitzen Läden, arbeiten als Lehrer, Ärzte oder Rechtsanwälte oder besitzen kleinere Höfe. Die Ärmsten der Bewohner leben in Elendsvierteln, in denen die Lebensbedingungen schlechter sind als in den acht Flüchtlingslagern, in denen die UNWRA wenigstens für minimale soziale und medizinische Dienstleistungen sorgt. Viele dieser Menschen sind gezwungen, in Israel zu arbeiten.

Während der 19 Jahre ägyptischer Militärverwaltung entwickelte sich die Wirtschaft kaum. 1966 war die Hälfte der Jugendlichen arbeitslos, das Pro-Kopf-Einkommen betrug 80 Dollar. Nur der Zitrusfrüchtenanbau dehnte sich aus; davon profitierten jedoch nur die Großgrundbesitzer.

Politische Arbeit war in diesen Jahren kaum möglich. Untergrundorganisationen, wie zum Beispiel die Kommunistische Partei oder die Moslembrüder arbeiteten in Flüchtlingslagern und Hochschulen. Ihre Mitglieder wurden verfolgt und verhaftet. Erst 1962 wurde ein Gesetzgebender Rat gebildet, den ein Palästinenser aus einer ein-

flußreichen Familie leitete. Als 1964 auf Nazzars Initiative die palästinensische Befreiungsorganisation gegründet wurde, durften Studenten und Gewerkschaften mit der PLO zusammenarbeiten.

Als Israel 1967 das Gebiet eroberte, glaubten viele Einwohner, es handele sich um eine kurzfristige Besetzung wie 1946/57. Diese Annahme stellte sich jedoch bald als Irrtum heraus. Im Gaza-Streifen entwickelte sich der stärkste militärische und politische Widerstand gegen die israelische Besetzung (8).

Unter israelischer Besetzung:

Siedlungspolitik und Landnahme

Die israelische Regierung hatte im Juni-Krieg zwar große Gebiete besetzt, die von etwa einer Million Palästinensern bewohnt waren. 300.000 Palästinenser waren, oft zum zweiten Mal, geflohen. Der jüdische Staat aber sollte möglichst araberfrei bleiben. Israel wollte einen Teil der besetzten Gebiete nicht wieder räumen, sondern schrittweise annektieren. In den ersten Jahren spielten Landnahme und der Aufbau von Siedlungen die zentrale Rolle, gleichzeitig bemühte man sich, die Trennung der jüdischen und arabischen Gesellschaft aufrecht zu erhalten. Auf diesen Vorstellungen basierte der Siedlungsplan der Arbeiterpartei. Die neue Besatzungsmacht bemühte sich deshalb in den ersten Jahren nicht, mit der traditionellen Führungsschicht der besetzten Gebiete zusammenzuarbeiten, obwohl die meisten Notablen im Osmanischen Reich, unter britischer und jordanischer Herrschaft mit der jeweiligen Besatzungsmacht kollaboriert hatten und so ihren Einfluß auf Familie, Clan- oder Dorf erhalten konnten.

In den ersten zehn Jahren folgte die Siedlungspolitik der regierenden Arbeiterpartei (9) im wesentlichen dem „Allon-Plan“. Dieser Plan sah — entsprechend dem nationalen Konsens (10) — für drei besetzte Regionen keine Konzessionen vor.

Ostjerusalem mit der Altstadt und der Klagemauer gehört aus israelischer Sicht naturlicherweise zum „zionistischen Staat“. Folglich beschloß die Regierung der Nationalen Einheit nur vier Tage nach dem Waffenstillstand, Ost-Jerusalem der israelischen Verwaltung zu unterstellen; vierzehn Tage später dehnte die Knesset per Gesetz die Stadtgrenzen erheblich aus, um Raum für israelische Siedlungen zu schaffen; schließlich wurde Ost-Jerusalem israelischem Gesetz unterstellt. Damit waren Ostjerusalem und Umgebung Teil Israels geworden. Der breite Siedlungsgürtel, der in den folgenden Jahren um Jerusalem errichtet wurde, lag auf Jerusalemer Stadtgebiet und war folglich von allen weiteren Verhandlungen über eine eventuelle Rückgabe der besetzten Gebiete ausgeschlossen.

Nach dem Allon-Plan wurden in dem Gebiet der syrischen Golan-Höhen, das nicht zurückgegeben werden sollte, in den nächsten sechs Jahren sieben Siedlungen errichtet. Im Dezember 1981 annektierte Israel die Golan-Höhen.

In dem sehr dichtbesiedelten Gaza-Streifen lebten schon 1967 eine Viertel Million Palästinenser, meist Flüchtlinge. Deshalb errichteten die Israelis in diesem Gebiet nur wenige Siedlungen; von 1972 an jedoch im Nord-Sinai südlich von Rafah. Diese Siedlungen wurden bei Rückgabe der Halbinsel an Ägypten zehn Jahre später geräumt.

Ein israelischer Rückzug aus Teilen der Westbank schien nach dem „Allon-Plan“ nicht völlig ausgeschlossen: Das Zentrum des Westjordanlandes (Jenin, Nablus, Ramallah, Hebron) sollte, nach Entmilitarisierung dieses Gebietes, jordanischer Verwaltung unterstellt werden — ein Plan, der allerdings von arabischer Seite zurückgewiesen wurde. Möglicherweise wurde dieses „Angebot“ Israels in den Geheimgesprächen mit dem jordanischen König Hussein bis 1970 verworfen. Der Vorschlag einer jordanischen Verwaltung für Teile der Westbanks darf indes nicht mit Rückgabe von Gebieten verwechselt werden. Eine jordanische Verwaltung würde für beide Seiten vorteilhaft sein: Israel wäre von möglichen wirtschaftlichen Belastungen entbunden, die Besetzung der arabischen Gebiete wäre nicht allzu offensichtlich, die Trennung von arabischer und jüdischer Bevölkerung wäre leichter aufrechtzuerhalten. Der jordanische König würde seinen Einfluß in den Westbank bewahren und einer möglichen politischen Radikalisierung vorbeugen.

Bis 1973 wurde der „Allon-Plan“ ziemlich genau befolgt. Im Nordteil der Westbank, zwischen Jericho und Jerusalem, wurde ein Siedlungsgürtel



„Zu verkaufen — gestohlenen Land“. Demonstration vor Begins Haus 1979

ges 1948 waren 60 % der jordanischen Bevölkerung Palästinenser. Die palästinensische Bourgeoisie entwickelte sich, es entstand eine breite Mittelschicht; 70 % der Palästinenser in Jordanien gehörten zur schlecht bezahlten Arbeiterklasse, die in Flüchtlingslagern und Elendsvierteln leben mußten.

Obwohl die Palästinenser die wichtigste ökonomische Kraft des Königreiches waren, wurden sie von der jordanischen Minderheit und der Beduinenarmee des Königs beherrscht. Ausgenommen waren die traditionellen palästinensischen Führer, die sich vollständig loyal dem haschemitischen Königshaus gegenüber verhielten und im Regierungsapparat aufstiegen.

Die Palästinenser blieben auch in Jordanien die aktivste Kraft der politischen Opposition, die sich in der Baath-Partei, nasseristischen Strömungen, der Bewegung der Arabischen Nationalisten und der Jordanischen Kommunistischen Partei sammelte und das Regime wegen seines mangelnden arabischen Nationalismus, Anti-Imperialismus und Anti-Zionismus kritisierte.

Als Hussein 1953 nach Abdankung seines Vaters König wurde, waren in der arabischen Welt, besonders in Ägypten und Syrien, panarabische, antiwestliche und anti-monarchische Strömungen gewachsen. Die jordanische Monarchie, die ihre Herrschaft den Briten verdankte, finanziell und militärisch von den Briten abhängig geblieben war, mit Israel verhandelte und ihr Territorium durch die Annexion der Westbank — mit Duldung Israels — vergrößert hatte, war Zielscheibe der Kritik. Unruhen, besonders unter den Palästinensern, verhinderten den Beitritt Jordaniens zum Bagdad-Pakt; der König entließ den britischen Kommandeur der Arabischen Legion, Glubb Pascha, schloß Militärabkommen mit Syrien, Ägypten und Libanon und kündigte den Anglo-Jordanischen Ver-

Technokratischen Schicht heranzuziehen und die Spaltung zwischen jordanisches und palästinensischer Bevölkerung zu vertiefen. Der Staat wurde zum größten Arbeitgeber. In weniger als zehn Jahren wuchs der Beamtenapparat um das Vierfache; Jobs, Unterstützungsgelder und Anleihen, Lizenzen und Genehmigungen für Import und Export wurden gezielt vergeben. Auf diese Weise gewann König Hussein die Loyalität der jordanischen Bevölkerung.

Die Spaltung zwischen Jordanien und Palästinensern vertiefte sich. Die nationale Bourgeoisie, die in den 50er Jahren liberalen Ideen gegenüber aufgeschlossen war, verlor an Einfluß. Die oberen palästinensischen Schichten erreichten zwar Wohlstand, erlangten aber, bis auf wenige Ausnahmen, keine politische Macht. Die unteren palästinensischen Schichten waren nicht in gleichem Maße von wirtschaftlicher Unterstützung des Regimes abhängig und versagten der haschemitischen Monarchie ihre Loyalität, die sie letztlich als Besatzerregime ansahen. Sie waren den panarabischen und anti-imperialistischen Ideen gegenüber aufgeschlossen; ihre Vorbilder saßen in Kairo und Damaskus, nicht in Amman.

Seit 1957 hatte sich die jordanische Bevölkerung kaum mehr an Aufständen und Protesten beteiligt. Auch die parlamentarische Opposition wurde weitgehend von Palästinensern getragen. Die Spaltung der beiden Teile der Bevölkerung erleichterte dem jordanischen König 1970 die Vernichtung der palästinensischen Fedayin.

Als auf Initiative Nazzars 1964 die palästinensische Befreiungsorganisation gegründet wurde, war der Konflikt zwischen der haschemitischen Monarchie und den Palästinensern vorprogrammiert. Schließlich beanspruchte die PLO ebenso wie Hussein das Alleinvertretungsrecht für die Pa-

angelegt, der immerhin ein Viertel des Landes umfaßt. Im Süden sollte gar die Hälfte des Landes unter israelischer Herrschaft bleiben, um die Küsten des Toten Meeres und die Gegend um Hebron zu kontrollieren. Diese Ziele verfolgte die Arbeiterpartei offiziell bis 1977 (11).

Gleichzeitig aber folgte die israelische Politik den Vorstellungen des damaligen Verteidigungsministers Moshe Dayan, der sich zum Anwalt einer funktionellen Integration der besetzten Gebiete machte: Übergabe der Verwaltung und sozialer Dienste an lokale palästinensische Institutionen (Gemeinderäte und Büros der jordanischen Verwaltung in der Westbank), damit die israelische Herrschaft gefühlt, aber nicht gesehen wird; die Ausnutzung überschüssiger palästinensischer Arbeitskraft in Israel und die schrittweise Auflösung der palästinensischen Flüchtlingslager mit Hilfe der lokalen Autoritäten; die Fortführung der Politik der offenen Brücken mit Jordanien, um den Austausch von Waren zu erleichtern und Kontakte zwischen der Bevölkerung der besetzten Gebiete — und Israels — mit der arabischen Welt zu ermöglichen. Vor allem die "Tauben" der israelischen Regierung waren gegen diesen Plan, da sie um den jüdischen Charakter des zionistischen Staates fürchteten.

Der Wunsch, die Gebiete zu annektieren, und der Bedarf des israelischen Kapitals nach billigen arabischen Arbeitskräften entschieden schließlich zugunsten der Politik Dayans. Nach dem Oktoberkrieg 1973 sprach man von funktionaler Teilung der Gebiete, nicht von territorialer Teilung. Folgerichtig wurde nun die Siedlungspolitik verstärkt. Israel kontrollierte außerdem die Wasserressourcen (12).

Der Galili-Plan, im September 1973 von der Arbeiterpartei angenommen, übernahm die Vorstellungen Dayans: Israels erhielten Steuervergünstigungen und Anleihen für den Ankauf von Land und die Errichtung von Siedlungen; städtische und industrielle Siedlungen wurden gebaut. Der Schock des Oktoberkrieges verstärkte diese Politik. Westlich der im Allon-Plan vorgesehenen Gebiete wurden Siedlungen in dicht bewohnten arabischen Gebieten gegründet, und schließlich wurden die wilden Siedlungen des Gush Emunim nach und nach von der Arbeiterregierung legalisiert. Am Vorabend der Wahl 1977, die den Beginn der Macht bringen sollte, war die Situation in den besetzten Gebieten folgendermaßen: Die palästinensische Arbeitskraft blieb wichtig für die israelische Wirtschaft, trotz der Rezession; die landwirtschaftliche und industrielle Integration der besetzten Gebiete in den israelischen Markt wurde fortgesetzt. Die von Israel konfiszierten Gebiete des Westjordanlandes umfaßten 30 % des gesamten Gebietes, aber 70 bis 80 % im Jordantal (13). Die Arbeiterpartei hatte bis 1977 80 jüdische Siedlungen errichtet: 26 auf dem Golan, 22 im Gaza-Streifen und auf der Sinai-Halbinsel, 32 in der Westbank ohne den Siedlungsgürtel um Jerusalem (14). Die Zahl der Siedler blieb jedoch gering: auf dem Golan 3.000, in Gaza und Sinai 3.500, im Westjordanland 1972 800 und 1977 4.400, zusammen also 10.900 (15).

Mit dem Amtsantritt Begin wurde die Siedlungspolitik beschleunigt. In dem 26-Punkte-Plan über die Zukunft der Westbank und des Gaza-Streifens (die Sinai-Siedlungen waren ausgenommen), übernahm Begin im wesentlichen die Vorstellungen Dayans. Begin legte diesen Plan im Januar 1978 der Knesset vor, zwei Monate nach dem Jerusalem-Besuch des ägyptischen Präsidenten Sadats, um keinen Zweifel daran zu lassen, wie eine Autonomie für die Palästinenser aussehen sollte. Siedlungspolitik stand nun an wichtiger Stelle im Regierungsprogramm. Ariel Sharon war als Landwirtschaftsminister für diese Politik verantwortlich. Der Allon-Plan wurde ausgearbeitet und durch die Vorschläge Sharons ersetzt: Nach diesen Vorstellungen sollte die Westbank mit einem Netz jüdischer Siedlungen überzogen werden. Kern des Plans sind fünf große Städte, die durch Straßen mit dem israelischen Kernland verbunden sind, die an den arabischen Orten vorbeiführen und das Land zersplittern. In den geplanten Siedlungen sollen 200.000 Menschen wohnen (16).

Diese Zahl ist heute längst nicht erreicht, dennoch wuchs die Zahl der jüdischen Siedler seit 1977 schnell: im Jahr 1981 waren es in der Westbank 16.200, im Dezember 1982 21.000 und Ende 1984 42.600, die in 114 Siedlungen lebten (1977: 32) (17); 1986 wohnten schon 60.000 Menschen in 126 Siedlungen. Sicher, die Zahl der Siedler ist, verglichen mit der arabischen Bevölkerung (rund eine Million), gering geblieben. Betrachtet man diese Zahlen, scheint der Erfolg der israelischen Siedlungspolitik gering. Aber: Der größte Teil dieser Siedler sind Anhänger fanatischer religiöser Gruppen, die ausgesprochen provokativ und militant auftreten und der palästinensischen Bevölkerung fortwährend deutlich machen, daß sie deren Vertreibung wollen.

Inzwischen hat Israel große Teile des Landes konfisziert oder es der Jewish Agency und jüdischen Privatleuten ermöglicht, es zu kaufen, weit mehr, als der israelische Staat heute kolonisieren kann. Die Politik der Landnahme ist aus israelischer Sicht legal. Israel hat die Haager Konvention von 1907 und die Genfer Konvention von 1949 anerkannt und deren Gültigkeit für die besetzten Gebiete erklärt. Diese Vereinbarungen erlauben der Besatzungsmacht, Land für militärische Zwecke für die Dauer der Besatzung zu konfiszieren, nicht aber es endgültig in Besitz zu nehmen oder gar die eigene Bevölkerung dort anzusiedeln. Beschwerden weist der Oberste Gerichtshof denn auch regelmäßig ab: Das Land werde für begrenzte Zeit gebraucht, um die militärische Sicherheit aufrechtzuerhalten. Einzig das Land, das vor 1967 als Privatbesitz in Jordanien registriert war — und das ist nur ein Drittel der Westbank —, kann nicht ohne weiteres von Israel in Besitz genommen werden. Wiederholt jedoch, beispielsweise zum Straßenbau, hat die Militärregierung dann die jordanischen Gesetze über Enteignung für öffentliche Zwecke angewandt.

Die Palästinenser, die auf diese Weise ihres Landes beraubt wurden, haben gleichzeitig ihre Wirtschaftsgrundlage verloren; die Wirtschaft in der Westbank stagniert, nicht zuletzt wegen der Auflagen der israelischen Militärregierung. Vielen Palästinensern bleibt nur die Arbeit in Israel, die Emigration oder die Abhängigkeit von Geldzuwendungen aus dem Ausland (18). Die Möglichkeiten, gegen die israelische Politik Widerstand zu leisten, sind gering. Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Forderungen, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Nahost-Friedenskonferenz:

Viel Lärm um nichts

1987 sollte „ein Jahr der Friedensverhandlungen“ werden, versprachen Mubarak (Ägypten) und Peres (Israel), als sie sich im September letzten Jahres trafen. Stattdessen scheint 1987 ein Jahr des leeren Geschwätzes zu bleiben. Ein Geschwätz allerdings, an dem Israel Große Koalition faktisch zerbrochen ist, auch wenn der im Oktober 1986 ins Amt rückerte Ministerpräsident Schamir vom rechten Likud-Block bisher nicht die Absicht zeigt, den Weg für Neuwahlen freizugeben, die von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei gefordert werden. Verständlich, denn Meinungsumfragen besagen, daß der Vorsprung der Arbeiterpartei vorm Likud noch nie so groß war wie derzeit: 41% zu 24%, also 17 Prozentpunkte Abstand. Bei der Knesset-Wahl 1984 hatte die Arbeiterpartei nur 3 Prozentpunkte vorm Likud gelegen. In Israel heißt es denn auch vielfach, daß die Herbeiführung von Neuwahlen das eigentliche Ziel des von Peres provozierten Streits über eine Nahost-Friedenskonferenz gewesen sei.

Der Likud lehnt eine internationale Konferenz kategorisch ab und verweist stattdessen auf den beim Friedensschluß mit Ägypten (1977-79) bewährten Weg direkter, zweistufiger Verhandlungen. Die Wahrheit ist aber, daß es für den Likud sowieso nichts mehr zu verhandeln gibt, weil Israel nach Ansicht der Rechten kein Stück der jetzt noch besetzten (Westbank, Gaza) und der inzwischen annektierten Gebiete (Ostjerusalem, Golan) freigeben sollte.

Für die Arbeiterpartei gilt das Phantom einer Friedenskonferenz unter Beteiligung der USA und der UdSSR als ein zeremonielles Vorspiel, um möglichst schnell zu direkten Verhandlungen mit Jordanien zu kommen. Die Konferenz soll, wie es schon anschaulich heißt, ein „Schirm“ sein, der es dem jordanischen König Hussein leichter macht, mit Israel ins Gespräch zu kommen. Hussein selbst habe ausdrücklich „auf diesem „Schirm“ bestanden, um der völligen Isolierung zu entgehen, der Ägyptens Sadat nach seinem Friedensschluß mit Israel ausgesetzt war. Insbesondere soll Hussein die Beteiligung der UdSSR verlangt haben. Peres macht aber zwei wesentliche Einschränkungen, die Anlaß zu Zweifeln geben, ob es überhaupt eine internationale Konferenz will: 1. Die UdSSR soll nur teilnehmen dürfen, wenn sie vorher zwei Bedingungen erfüllt — die Wiederaufnahme der seit 1967 unterbrochenen diplomatischen Beziehungen und die Inangasetzung einer neuen jüdischen Ausreiseweile nach Israel. Diese öffentlich bekanntgegebene Festsatzung des Eintrittsprei-

ses für eine Konferenz, die erklärmaßen sowohl nur eine leere Hülle ohne Kompetenzen sein soll, stellt de facto eine Verhöhnung der UdSSR dar. In beiden Punkten würde Israel im Übrigen vermutlich ohne provozierend publizierten Ultimaten und ohne das Junktim mit einer Konferenz, deren Stattdessen immer unwahrscheinlicher wird, mehr erreichen können. 2. Die PLO soll bei der Konferenz nicht vertreten sein. Zugelassen werden sollen lediglich von Israel akzeptierte palästinensische Individuen im Rahmen der jordanischen Delegation.

Ende April berichtete die israelische Presse, daß zwischen Peres und Hussein insgeheim schon eine weitgehende Einigung über die Konferenz-Modalitäten erreicht worden sei. Beide Seiten dementierten prompt und scharf. Das israelische Außenministerium sprach von einer Spekulation, die dazu bestimmt sei, den Friedensprozeß zunichte zu machen. Die jordanische Regierung behauptete, sie würde niemals ohne die PLO verhandeln. Drei Wochen später gaben die USA, nun unumwunden, die Hauptpunkte eines israelisch-jordanischen Geheimabkommens bekannt: 1. Es sollen gleich nach Konferenzbeginn bilaterale Verhandlungsausschüsse gebildet werden. 2. Die Konferenz soll weder „Lösungen aufzwingen“ dürfen, noch ein Veto-recht gegen die in den bilateral geführten Verhandlungen vereinbarten Ergebnisse haben. 3. Palästinenser sollen nur im Rahmen der jordanischen Delegation teilnehmen dürfen, und auch nur solche, die als Vorbedingung die UN-Resolutionen 242 und 338 anerkennen (d.h. vor allem Anerkennung des Staates Israel) und sich von „Terrorismus und Gewalt“ distanzieren. 4. Jeder Teilnehmer soll jederzeit aus den Verhandlungen aussteigen dürfen. Aus den Erläuterungen US-amerikanischer Politiker geht hervor, daß Israel sich der unbedingten Rückendeckung der USA sicher sein könnte, falls es die Konferenz bzw. die Verhandlungen platzen lassen würde — beispielsweise weil den Israelis ein palästinensischer Delegierter nicht paßt oder die UdSSR die ihr zugesagte Kompensationsrolle überzieht. Unklar bleibt, ob Peres sich in „den geheimen Abmachungen mit Jordanien darauf festgelegt hat, erhebliche „territoriale Konzessionen“ (gemeint ist: in den seit 1967 besetzten Gebieten) zu machen. Peres hat entsprechende Meldungen als „Verleumdungskampagne“ dementiert. Es gehe darum, Verhandlungen „ohne Vorbedingungen“ zu beginnen. An seinen Vorbedingungen für eine Teilnahme der UdSSR und der Palästinenser hält Peres trotzdem fest. Daß es in diesem Jahr überhaupt zu einer Konfe-

renz kommen könnte, ist angesichts der Palästinensensituation in der israelischen Innenpolitik äußerst unwahrscheinlich. Eigentlich ein Grund mehr für die Annahme, daß es für die UdSSR keinen Grund gibt, sich auf Peres' Spiel einzulassen. Aber im Zeichen des „neuen Denkens“ sind Überraschungen nicht auszuschließen. Immerhin hat sich die UdSSR in den vergangenen Monaten auffallend stark für das Konferenz-Projekt eingesetzt, obwohl dessen Substanzlosigkeit offensichtlich ist, und hat auf die linken Teile der PLO Druck ausgeübt, dies Projekt zu akzeptieren. (Die Orientierung auf die Konferenz ist ein wesentliches Motiv für die in Algerien vollzogene Wiedervereinigung der PLO.)

Zur Beteiligung der Palästinenser: Israel wird in den besetzten Gebieten keinen einzigen Gesprächspartner von Bedeutung finden, der ohne direkte oder stillschweigende Billigung der PLO verhandeln würde. Arafat hat deshalb früher einmal gesagt: „Jeder Palästinenser, der mit Israel verhandelt, wird das in meinem Namen tun.“ Mit dieser Aussage hatte Arafat damals die Bedeutung einer offiziellen Vertretung der PLO bei künftigen Friedensverhandlungen heruntergespielt. Die letzte Tagung des PLO-Nationalrats in Alger hat sich in dieser Frage jedoch deutlich ausgesprochen: Die PLO will gleichberechtigt an einer Friedenskonferenz beteiligt werden, und das heißt mit einer offiziellen, autonomen Delegation. Da zumindest in absehbarer Zeit keine israelische Regierung das akzeptieren wird, steht die Frage, wieviel Spielraum Arafat für eine eigenwilligere „Auslegung“ der Beschlüsse haben würde, wenn ein Konferenz-Projekt (oder eine israelisch-jordanische Verhandlungsrunde) ins Stadium der konkreten Planung käme. Daß jeder palästinensische Teilnehmer sich zur Anerkennung der Resolutionen 242 und 338 sowie zur Distanzierung von „Gewalt und Terror“ verpflichten müßte — auch dies wieder nur einseitig Israel würde sich weder zur Anerkennung der PLO noch zum Gewaltverzicht verpflichten — engt Arafats Spielraum fast auf Null ein, denn auch in diesen Punkten gibt es eine eindeutige Beschlußlage der PLO. Palästinenser, die sich der von Israel geforderten Prozedur unterziehen würden, um am Verhandlungstisch Platz nehmen zu dürfen, müßten entweder eine stillschweigende Zustimmung Arafats haben — und daran würde die mühsam rekonstruierte Einheit der PLO gleich wieder zerbrechen — oder sie wären als „Verräter“ abgestempelt. Dazu ist kein einziger namhafter Palästinenser bereit — auch nicht unter denen, deren Sympathien

für Jordanien oder Ägypten bekannt sind, denn für alle steht die Loyalität zur PLO außer Diskussion. Diese Tatsache ist den israelischen Politikern wohl bekannt.

Fazit: Peres' Vorbedingungen an die UdSSR und an die Palästinenser zielen darauf ab, eine Konferenz gar nicht erst zustandekommen zu lassen. Falls das Konferenzprojekt nicht sogar ausschließlich als innenpolitisches Manöver interpretiert werden muß, könnte der Zweck höchstens darin bestehen, für König Hussein den Weg zu direkten, zweistufigen Gesprächen etwas leichter zu machen, indem man der UdSSR und den Palästinensern die Schuld anläßt, daß eine Konferenz wegen ihrer destruktiven Haltung nicht möglich gewesen sei.

Worüber könnte überhaupt verhandelt werden? Als israelisches Maximalangebot, das aber nur von der Arbeiterpartei getragen wird, also bisher nicht mehrheitsfähig ist, steht die Beteiligung Jordaniens an der Verwaltung der Westbank. Das betraf ungefähr zwei Drittel der Westbank. Der Rest, einschließlich Ostjerusalem, soll unter alleiniger israelischer Kontrolle bleiben. Das würde u.a. bedeuten, daß zwischen Jordanien und dem zur Disposition stehenden Teil der Westbank eine israelische „Sicherheitszone“ liegen würde. Was die gemeinsame Verwaltung angeht: In Israel wird das sarkastisch so beschrieben, daß Hussein für die Müllabfuhr und das Eintreiben der Steuern zuständig wäre, während die militärische und damit letztlich auch die politische Gewalt bei Israel bliebe, zumindest für eine nicht definierte „Übergangszeit“. Israelis, die in diesem Teil der besetzten Gebiete leben, würden ihren Status als israelische Staatsbürger behalten. Für eine völlig instabile Situation wäre also gesorgt. Man kann sich die bekannte Eskalation vorstellen: nach dem nächsten palästinensischen Anschlag würden wieder Scharen bewaffneter jüdischer Siedler brandstiftend und zerstörend durch arabischen Dörfer und Städte ziehen, würden Orangengärten vernichten, arabische Geschäfte zerschlagen. Die israelische Armee müßte wieder eingreifen, Ausgangssperren (gegen die Araber) verhängen, Verhaftungen (unter den Arabern) vornehmen usw. wie bisher.

Für die Palästinenser würde sich bei diesem „Friedensplan“ von Peres gar nichts ändern, außer daß die zwei Herren statt nur einem im Nacken hätten — neben dem Besatzungsregime Jerusalems auch noch den reaktionären Monarchen aus Amman. Außerdem ist davon auszugehen, daß für die Entfaltung einer nationalen und politischen palästinensischen Autonomie die isra-

elische Besetzung immer noch günstiger ist, als wenn die Westbank wieder von Hussein regiert würde. Der Unterschied ist beispielsweise: Die israelischen Behörden machen gelegentlich die eine oder andere in ihrem Machtbereich erscheinende arabische Oppositionszeitung für mehrere Wochen dicht. Hussein würde sie alle sofort veröffentlichen.

Und Hussein selbst? Was könnte ihm eine Beteiligung am Besatzungsregime über mehr als eine Million Palästinenser bieten? Nicht den geringsten politischen Vorteil, dafür aber einen Haufen zusätzliche Probleme. Sadat wurde zwar nach dem Friedensabkommen mit Israel (1979) in der ganzen arabischen Welt als Verräter gebrandmarkt, aber gilt wenigstens in Ägypten selbst als erfolgreicher Staatsmann, der die Sinai-Halbinsel zurückgeholt hatte. Hussein könnte von Verhandlungen mit Peres nur als nützlicher Idiot Israels nach Amman zurückkehren. Die Frage ist, ob seine Abhängigkeit von den USA wirklich so extrem ist, daß ihm diese Rolle aufgenötigt werden kann. Er würde sie kaum lange überleben. Mit den Worten des PFLP-Vorsitzenden Habasch: „Dem König sollte dann auch klar sein, daß er die Verantwortung dafür trägt. Mehr möchte ich darüber nicht sagen. Er weiß genau, was ich damit meine.“ („Spiegel“, 11.5.)

Soweit wird es aber wohl nicht kommen. Mit der jetzigen israelischen Regierung, die regulär noch bis 1988 im Amt ist, wird es weder eine Friedenskonferenz noch Friedensverhandlungen geben. Vorgezogene Neuwahlen werden von Schamir abgelehnt. Peres scheint diese Runde verloren zu haben. Das Ergebnis ist vorerst, daß in der Regierung das Gewicht der Orthodox-Religionen zugenommen hat, auf die Schamir sich nun verstärkt stützt. Peres scheint vor allem die Haltung der USA ganz falsch eingeschätzt zu haben. Die US-Regierung ist nicht bereit, in Sachen Friedenskonferenz Druck auf Schamir auszuüben. Ebenfalls wollen sich die zionistischen und anderen großen jüdischen Verbände der USA, auf die Peres gehofft hatte, ins Geschirr spannen lassen. Selten wurde mit einem so miserablen Blatt derart unverschämmt hoch gepokert.

Um nochmals Habasch zu zitieren: „Es ist sinn- und zwecklos, darauf zu hoffen, daß während etwas von Israel bekommen; denn Israel ist politisch und militärisch in einer viel besseren Position. Es hält Territorien von drei arabischen Ländern besetzt. Warum sollte es plötzlich auf einer internationalen Konferenz Konzessionen machen?“ Was rät Habasch stattdessen? „Nur durch bewaffneten Kampf kann Palästina befreit werden, nur durch bewaffneten Kampf kann ein palästinensischer Staat entstehen.“ („Spiegel“, s.o.) Aber wie macht man das gegen einen Gegner, der „politisch und militärisch in einer viel besseren Position“ ist? Das Dilemma ist offensichtlich.

Kf., Hamburg

Das Treffen ist die Botschaft Palästinensisch-israelischer Dialog in Costinesti

„Wir alle kämpfen dafür, der Besetzung und der Herrschaft über anderthalb Millionen Palästinenser in der Westbank und in Gaza ein Ende zu machen, die die israelische Gesellschaft brutalisiert und zur Zerstörung der moralischen und sozialen Werte führt, aus der sie ihre Kraft schöpft.“ Mit diesen Worten eröffnete Simcha Flapan für die israelische Delegation das israelisch-palästinensische Treffen im November 1986 in Costinesti (Rumänien). Das PLO-Exekutivkomitee begrüßte in einer Resolution die Zusammenkunft mit „den demokratischen und progressiven Kräften in der israelischen Gesellschaft“ und „würdigt den Mut der Delegationsmitglieder, die an dem Treffen teilnahmen und ruft auf zur Fortsetzung des Dialogs jetzt und in der Zukunft.“

Am 6. November 1986 kamen in Costinesti 29 Israelis und 15 Mitglieder der PLO zu einem Treffen zusammen, das — im Unterschied zu allen bisherigen derartigen Zusammenkünften — zuvor sowohl von den Israelis als auch von der PLO öffentlich bekanntgegeben worden war. Die Bemühungen um ein Treffen dieser Art hatten im März 1985 begonnen, als von israelischen Friedenskräften der erste Aufruf für die Einberufung einer Internationalen Konferenz für Frieden im Nahen Osten veröffentlicht wurde. Am Rande der Nachfolgekonzferenz für Frieden im Mittleren Osten der regierungsunabhängigen Organisationen (NGO) in der UNO, die Mitte letzten Jahres in Wien stattfand, kamen Israelis und PLO-Vertreter überein, ein Treffen (jüdisch) Israelis mit Palästinensern anzugehen, das von beiden Seiten zuvor öffentlich bekanntgegeben werden sollte.

Etwa zur gleichen Zeit, als diese Absprache in Wien getroffen wurde, wurde in der Knesset ein Zusatz zu der „Verordnung zur Verhütung von Terrorismus“ durchgesetzt, der jeden von der Regierung nicht genehmigten Kontakt israelischer Bürger mit Mitgliedern der PLO mit einer Gefängnisstrafe von bis zu drei Jahren bedroht. (1) Bezeichnenderweise wurde diese Gesetzesänderung nur von einer Minderheit der Knesset-Mitglieder verabschiedet, da sich die Mehrheit der Stimme enthalten oder vor der Abstimmung den Saal verlassen hatte. (2)

Konkret initiiert wurde das Treffen schließlich von dem „Komitee für israelisch-palästinensischen Dialog“, gegründet von Israelis orientalischer Herkunft, das im Januar 1986 mit einer Deklaration an die Öffentlichkeit trat, in der es u.a. heißt: „Wir (...), eine Gruppe israelischer Bürger orientalischer Herkunft, sind tief betroffen von der Situation der zwei Völker — Juden und Palästinenser — in Eretz Israel/Palestina. Wir anerkennen das unveräußerliche Recht beider Völker, in Frieden unter eigener Souveränität zu leben.“ (Hervorhebung: i. Orig.)

Wiewohl das Treffen schon geraume Zeit vor der Verabschiedung des Kontaktverbot-Gesetzes angegangen worden war, wurde die Durchführung des Treffens jetzt zugleich zur Demonstration, daß sich jener Teil der israelischen Friedenskräfte, der zum Dialog mit der PLO bereit ist, diesem — wie es der israelische Rechtsanwalt Amnon Zichroni formuliert — „Gesetz zur Verhinderung von Frieden“ nicht zu beugen gewillt ist.

Die eigentliche „Meldung“ war für große Teile der — nicht-arabischen bzw. nicht-palästinensischen Presse — nicht der mit diesem Treffen erreichte Fortschritt, sondern vielmehr eine angebliche Spaltung der israelischen Delegation sowie die Behauptung, in Costinesti habe gar kein Dialog stattge-

funden, das Treffen sei vorzeitig und ohne Ergebnis abgebrochen worden. Von Kochawi Schemesch, Vorsitzender der „Orientalischen Front“ und Mitglied des „Komitee für israelisch-palästinensischen Dialog“, der sich kurz vor der Abreise der Delegation nach Rumänien von der Gruppe trennte, war auf einer Pressekonferenz eine Zahl von rund 150 (jüdisch-)israelischen Teilnehmern der Delegation angegeben worden. (Salah Chalaf, bekannter unter seinem nom de guerre Abu Ijad, der absprachegemäß für die PLO in Tunis das Treffen bekanntgab, sprach am 30.10. von voraussichtlich 40 Israelis, die an dem Treffen teilnehmen würden; eine Zahl, die der tatsächlichen Delegationsstärke abzüglich derer, die noch in letzter Minute absprangen, in etwa entsprach.) Weiter hatte Schemesch geäußert, die Konferenz würde vom rumänischen Staatspräsidenten Ceausescu eröffnet werden (tatsächlich hatte der Rumänische Schriftstellerverband die Schirmherrschaft übernommen) und Rumänien werde ein Sonderflugzeug stellen. Über die Gründe Schemeschs, diese Behauptungen vor der Presse aufzustellen, läßt sich nur spekulieren. Jedenfalls war es diese Großsprecheri, die „interessierten Kreisen“ später dazu diente, als „nur“ 29 (jüdische) Israelis nach Rumänien abflogen und einige Delegationsmitglieder in letzter Minute absprangen, eine bedeutende „Spaltung“ der Delegation zu behaupten, um so von vornherein die Zusammenkunft von Israelis mit Vertretern der PLO als gescheitert auszugeben. Zumindest objektiv gestützt wurde diese „komplizierte Operation“ noch durch den Protest der „Orientalischen Front“ wie der (ebenfalls von orientalischen Juden gebildeten) Gruppe „Osten für den Frieden“ gegen die Kürzung ihrer Beteiligungsquote — was allerdings daran lag, daß der rumänische Gastgeber nicht unbegrenzt Freikarten für den Flug zur Verfügung gestellt hatte. Fehlen durfte selbstredend auch nicht die Behauptung, die Kommunistische Partei habe versucht, die Delegation unter ihre Kontrolle zu bringen. Chajim Hanegbi, Sprecher der „Progressiven Friedensliste“ sagte vor der Knesset, er sei aus der Delegation aufgrund des Druckes der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden. Dem hielt der Delegationsleiter Latif Dori entgegen, er habe Hanegbis Ticket noch bereithalten, als die Delegation auf dem Flughafen ankam; Hanegbi habe sich in letzter Minute Schemesch angeschlossen.

Der israelische Generalstaatsanwalt jedenfalls wußte eh — Spekulationen über die Erfolgslosigkeit des Treffens hin oder her — welchen Interessen er zu dienen hat: Bei der Rückkehr nach Israel wurde noch auf dem Flughafen die vierköpfige Delegationsleitung festgenommen, von der Polizei verhört und der „Unterstützung einer terroristischen Organisation“ angeklagt. (Der Prozeß begann am 27.4., die eigentliche Verhandlung wird jedoch erst Mitte Juni beginnen.)

K., Hamburg

Anmerkungen

1) Dieses Antikontakt-Gesetz war Teil eines Deals zwischen den Parteien der Knesset: nur zusammen mit diesem Gesetz waren die Rechten bereit, einem Antirassismus-Gesetz zuzustimmen, über das seit Monaten heftig gestritten worden war. In der zugleich mit dem Antikontakt-Gesetz beschlossenen Fassung war es so verwordert, daß sogar der rechtsextreme Abgeordnete Meir Kahane zustimmte, gegen dessen faschistoide Bewegung Kach, die u.a. die Vertreibung der Palästinenser aus Israel fordert, das Gesetz sich ursprünglich hatte richten sollen. Zum Inhalt des Gesetzes s. die dem Interview beigegebene Dokumentation.

2) Für das Gesetz stimmten alle rechten Parteien; dagegen Mapam, Chadasch und Progressive Friedensliste sowie u.a. Abba Eban und Schwach Weiss von der Arbeitspartei. Der Stimme enthielten sich bzw. verließen vor der Abstimmung den Saal (um nur die Bekanntheit zu nennen) Ezer Weizmann, Jitzchak Navon, Schimon Peres, Jitzchak Rabin.



Der offizielle Teil des Treffens in Costinesti. Links Mitglieder der PLO-Delegation (Imad Shekour, Raymonda Tawil, Ibrahim Ayad, Dr. Fuad Al-Bittar, Reserve-General Abdul-Razzak Al-Yahya, Nabil Amr, Khaled Salam); rechts Mitglieder der israelischen Delegation (Latif Dori, Simcha Flapan, Jaffa Gaviesch, Ruth Levin, Reuven Kaminer, Jaël Lotan, Dov Jeremija, Elieser Feiler).

„Sie haben sich nicht bekreuzigt und wir haben uns nicht bekreuzigt“

Interview mit Elieser Feiler, angeklagt wegen Kontakten zur PLO

Elieser Feiler, einer der Delegationsleiter der Gruppe von Israelis, die sich im November 1986 mit Vertretern der PLO in Costinesti traf, ist aufgrund der Teilnahme an diesem Treffen, wie auch die drei anderen Mitglieder der Delegationsleitung, vom israelischen Generalstaatsanwalt der „Unterstützung einer terroristischen Organisation“ angeklagt. (Der Prozeß beginnt Mitte Juni.) Wir sprachen mit Elieser während seiner vom Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten organisierten Rundreise durch die BRD und die Schweiz über Vorgeschichte und Verlauf des Treffens sowie die Chancen des Zustandekommens einer internationalen Konferenz.

Elieser, 1921 in Düsseldorf geboren, 1938 nach Palästina emigriert, ist seit Anfang der 40er Jahre aktiv in der kommunistischen Bewegung Palästinas bzw. Israels. Jedoch durchaus nicht durchweg in derselben Partei, denn er trennte sich stets von der Partei bzw. dem Parteiflügel, der seiner Auffassung nach eine nur jüdisch- oder nur arabisch-nationalistische Richtung einschlug, da er fast von Anfang an seiner politischen Tätigkeit in Palästina vertrat, daß beide in diesem Land lebende Völker, Palästinenser wie Juden, das Recht auf Selbstbestimmung haben. Was unter den heutigen politischen Bedingungen für ihn heißt: Friedensverhandlungen unter Einfluß der PLO, Rückgabe aller besetzten Gebiete einschließlich des arabischen Teils von Jerusalem, Schaffung eines eigenständigen Palästinenserstaates neben Israel.

Elieser ist heute Mitglied der Rakach (Neue Kommunistische Liste), die im Rahmen der Bündnisformation Chadasch (Demokratische Front für Frieden und Gleichheit) in der Knesset vertreten ist, und Delegierter der Chadasch im Nationalrat der Histadrut. Er lebt und arbeitet als Agronom im Kibbuz Jaf Chana, der in Israel im Rufe steht, ein kommunistischer Kibbuz zu sein.

Treffen von Arabern bzw. Palästinensern einerseits, israelischen Juden andererseits gibt es schon seit geraumer Zeit. Was hebt die Zusammenkunft in Costinesti gegenüber den bisherigen Treffen hervor?

Es hat natürlich Treffen zwischen Israelis und Arabern im allgemeinen

schon seit vielen Jahren gegeben. Der Dialog zwischen Israelis und Palästinensern ist neueren Datums. Warum? Weil es sogar bei internationalen Treffen, die während der ganzen Jahre von der kommunistischen Bewegung organisiert wurden, in den meisten Fällen keine Bereitschaft der Kommunisten aus arabischen Staaten gab, sich mit Israelis zu treffen. Es gab Jahre, wo sie sich sogar mit den israelischen Kommunisten nicht treffen wollten; sogar mit den israelischen arabischen Kommunisten nicht, weil man sie als Quislinge betrachtete.

Seit den Versuchen von Curiel, einem ägyptischen Kommunisten, der 1978 ermordet wurde, er war der Initiator der Bologna-Konferenz, wo sich Israelis und Araber trafen, ist der Weg für Treffen offen. Der Nachteil der israelisch-palästinensischen Treffen war, daß man sie meist überhaupt nicht bekanntmachen konnte oder erst nachher. Und dann ist es manchmal passiert, daß eine Seite das mitgeteilt hat und die andere Seite hat dementiert.

Öffentliches Treffen

Öffentliches Treffen mit der PLO

Dieses Mal ist das erste Mal, das beschlossen wurde und auch durchgeführt ein öffentliches Treffen mit Presse, mit Fernsehen, was schon vorher verlautbart wurde, von Tunis, von Paris durch die PLO und von uns in Tel Aviv und Jerusalem, daß wir uns mit den Palästinensern treffen. Und das ist das Neue, ich würde sagen: qualitativ Neues.

Daß ihr ein Treffen mit der PLO durchführt.

Mit der PLO! Wir haben gesagt in Israel, daß wir uns mit der PLO treffen werden, und die haben gesagt, sie werden sich mit progressiven Israelis treffen. Sie haben nicht hinzugefügt, wie es in der Vergangenheit oft war, sie trafen sich mit antizionistischen oder sonstwie Deuten und haben sich nicht bekreuzigt. Sie haben sich nicht bekreuzigt und wir haben uns nicht bekreuzigt. Unser gemeinsamer Nenner ist, daß wir — beide Seiten — für das Selbstbestimmungsrecht beider Völker sind und für die Einberufung der Internationalen Konferenz.

Diese Geschichte hat angefangen faktisch am 2. März 1985, da haben wir veröffentlicht den ersten Aufruf für die Unterstützung der internationalen Konferenz. Seither arbeiten wir an dieser Geschichte. Es gab die zwei Treffen der sogenannten Nachfolgekonzferenzen der regierungsunabhängigen Organisationen für Frieden im Mittleren Osten, die eine war in Genf, die andere in Wien. Sozusagen am Rand dieser Konferenz wurde vereinbart, daß die Zeit gekommen ist, daß wir nicht mehr nur Unterschriften sammeln oder Propaganda machen für die internationale Konferenz, sondern daß wir von beiden Seiten zeigen sollen,

daß es möglich ist, sich zu treffen und daß man das im Voraus bekanntmachen solle. Ungefähr um dieselbe Zeit, wie diese Konferenz in Wien war, wurde im israelischen Parlament ein Gesetz durchgepeitscht, das israelischen Bürgern Kontakte mit der PLO unter Strafbefehl verbietet.

Zu uns sagt man, wir hätten mit dem Treffen ein Gesetz gebrochen. Es ist genau umgekehrt: man hat ein Gesetz illegal durchgepeitscht, weil man das Treffen verhindern wollte. In der Presse hieß es, wir führen zu dem Treffen, um das Gesetz zu Fall zu bringen. Uns interessiert das nicht. Wir haben beschlossen zu fahren, um den Frieden näherzubringen, und die haben ein Gesetz durchgepeitscht mit einer Minderheit des Parlaments — die Mehrheit hat sich nämlich der Stimme enthalten, bekam vor der Abstimmung plötzlich Kaffeedurst —, um das Treffen zu verhindern.

Wieviele Teilnehmer hat die israelische Delegation gehabt?

Neunundzwanzig, davon waren vier — das zeigt schon den Bösinn der ja auch erhobenen Behauptung kommunistischer Dominanz — Mitglieder der Partei. Der Unterschied der Presseangaben von mal neunundzwanzig, mal zweihundzwanzig Delegationsmitglieder, erklärt sich daraus, daß unser Rechtsberater Amnon Zichroni und einige Journalisten, die Mitglieder der Delegation waren, aus formellen Gründen gesagt haben, sie könnten nicht gleichzeitig Mitglieder der Delegation sein und Berichterstatter für ihre Zeitungen.

Zur gleichen Zeit, als die Meldungen von dem Treffen in die Presse kamen, kam die offizielle Warnung von dem Staatsanwalt, daß die Leute, die sich in Rumänien mit PLO-Vertretern treffen würden, vor Gericht gestellt werden würden. Zwei Tage bevor wir fahren erschienen in „Dawar“ ein Leitartikel mit der Überschrift „Eine unnötige Komplikation“. Da stand drin, es gebe eine Gruppe von Leuten, die nach Rumänien fahren wollte. Das Treffen mit der PLO ist nach dem Gesetz verboten. Wir sind zwar der Meinung, daß das Gesetz ein schlechtes Gesetz ist, aber es ist ein Gesetz. Aber wir nehmen an, daß diese Leute jetzt nicht mehr bereit sind, ihre Absicht aufzugeben, deshalb schlagen wir vor, daß die Leute sich an das Außenministerium wenden und um Erlaubnis für die Fahrt bitten — in dem Gesetz gibt es eine Klausel, in dem nur „unauthorized meetings“ verboten sind. Und wir hoffen, daß dadurch das Problem aus der Welt geschafft wird.

Da Peres der Außenminister ist und „Dawar“ die Zeitung der Histadrut, ist anzunehmen, daß Peres oder seine Leute das in die Zeitung gebracht haben, um ihre Schwierigkeiten mit diesem Treffen zu beheben — weil sie mit Rumänien gute Beziehungen haben

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

wollen, die Rumänen haben uns eingeladen, das ist unangenehm ... Wir haben darüber beraten, wir haben gesagt, wir können das nicht tun. Wenn wir um Erlaubnis bitten, dann haben wir faktisch das Gesetz anerkannt. Und dann gibt es auch das Problem, wir bitten um Erlaubnis, und das Ministerium sagt nein. Dann kannst du nicht nachher sagen, wenn nein dann fahre ich ja.

Störversuche

Als wir dann zum Flughafen zur Abreise eintrafen, war da eine Hetzkampagne im Gange. Die Leute von Rabbi Kahane waren da mit den armen Frauen und Müttern, deren Männer und Söhne im Kees gefallen waren, die dort hysterisch schrien: „Ihr wollt die Mörder unserer Kinder treffen.“ Dann waren da Leute, die der Kochavi Schamesch von der „Orientalischen Front“, der ursprünglich an der Rumänien-Reise teilnehmen wollte, mobilisiert hatte und die von kommunistischer Dominanz redeten und versucht haben, einzelne zu überreden, nicht zu fahren. Und es gab auch wirklich einige Leute, die ihre Sachen schon auf dem Wägelchen hatten, die dann wieder umgedreht sind.

Was ist aber nachher passiert? Unter denen, im letzten Moment wieder umgekehrt sind, war auch ein junger bekannter Schauspieler, Sinaï Peter, der ist in „Jesch Gwul“ (die Friedensinitiative „Es gibt eine Grenze“). Er hat sich ins Bockhorn jagen lassen. Der ist nun nach Hause gekommen, hat sich überlegt, was habe ich da nun gemacht, und Leute angerufen, die nicht gefahren sind. Sie haben eine Annonce veröffentlicht, die, als wir zurückkamen, schon in der Zeitung stand: Wir begrüßen unsere tapferen Freunde, die nach Rumänien gefahren sind und so weiter und so weiter. Das ist, das ist ...

... 'n bißchen verrückt.

Ja, schon. Aber dann gab's noch etwas. Schiloch, auch ein Schauspieler, ein orientalischer Jude, hat in verschiedenen Interviews gesagt, daß er für Frieden mit der PLO ist: er leide unter dem PLO-Syndrom, denn er sieht orientalisches aus, sagt er. Wenn ich nachts nach Hause gehe nach der Vorstellung, dann belästigt mich die Polizei, dann fragt sie mich, wer bist du, woher kommst du, ich will frei in meinem Lande leben, also folglich muß es Frieden geben. Schiloch gehörte zur Delegation, hatte aber auch Angst bekommen und ist nicht gefahren.

Als wir zurückkamen hat das israelische Fernsehen am selben Abend erstmals einen Film ausgestrahlt von dem Treffen selbst (das israelische Fernsehen ist mit uns gefahren, nicht nur das, auch das englische, die NBC und andere) und dann wollten sie eine Konfrontation machen zwischen einem der gefahren ist und jemand, der nicht gefahren ist. Dazu wurde eingeladen Jael Loran, eine bekannte Schriftstellerin und Journalistin, die zur Delegationsleitung gehörte, und eben Schiloch. Jael hat vom Treffen erzählt und Schiloch wurde gefragt, warum er nicht gefahren ist. Da hat er gesagt, es war ein Irrtum, daß wir nicht gefahren sind — alle Achtung vor den Leuten, die doch gefahren sind. Also genau das Gegenteil von dem, was das Fernsehen hören wollte. Dieser Mann ist jetzt auch aktiv im Komitee für unsere Verteidigung.

Diese Affäre, die man veranstaltet hat, um die Delegation zu zerschlagen, die ist nur teilweise gelungen. Ein paar Leute sind von der Fahrt abgehalten worden, aber politisch ist es eine völlige Niederlage der anderen Seite geworden. Und wir haben heute noch eine bessere Presse, als wir vor der Reise hatten. Denn es ist ja auch im gewöhnlichen Leben so: wenn du etwas tust, und du hast Zivilcourage gezeigt, das mobilisiert die Sympathie der Leute.

In vielen Meldungen über die Konferenz in Costinesti wurde behauptet, es hätten nur Monologe der israelischen bzw. der palästinensischen Seite stattgefunden. Das Treffen sei nach zwei Stunden ergebnislos abgebrochen worden.

Das ist auch so eine falsche Geschichte. Durch Vermittlung der Rumänen wurde beschlossen, wie das Treffen verläuft. Ein Empfang, damit man sich kennenlernt, den die Rumänen geben, ein Plenartreffen, in dem eine Reihe von Vorträgen, Stellungnahmen von Israelis abgegeben werden, denen das Wort von Israelis erteilt wird, und Vorträge von Palästinensern, denen das Wort erteilt wird von Palästinensern. Um nicht der israelischen Staatsanwaltschaft in die Hände zu spielen, hat man auch den Tisch in der Mitte geteilt, Blumen da hingestellt. Die Dis-

kussion, talk from heart to heart, die sollte stattfinden abends beim Bankett, wo wir wirklich alle an einem Tisch saßen (wie du auf dem Foto gesehen hast), und das anfang um sieben und das endete um zwölf Uhr dreißig.

Nun gab es aber einige Leute, die an dem abendlichen Bankett nicht teilnehmen wollten. Davor unser Rechtsanwalt Amnon Zichroni, der sagte: Ich komme abends nicht, das ist etwas verbotes, das kann ich nicht logisch verteidigen. Und es gab noch einen, Victor Cygelmán, ein bekannter Journalist, der abends auch nicht gekommen ist. Diese Leute haben nach den offiziellen zwei Monologen nach Hause telegraphiert: es ist nichts passiert. Nun, sie waren nicht dabei, als das Wichtige passiert ist.

Die Erklärung der PLO

Was war tatsächlich? Es gab eine offizielle Verlautbarung der PLO, die sie nach dem Ende des offiziellen Treffens verteilt haben. Das besondere ist erstens, daß die PLO sagt, „wir schätzen den mutigen Standpunkt der demokratischen Persönlichkeiten und Kräfte, die dieses Treffen trotz der offiziellen israelischen Regierungspolitik, die alle Kontakte zwischen den demokratischen Kräften und der PLO verbietet, initiiert haben, hoch ein.“ Das ist eine Sache. „Das Treffen wurde in der Sozialistischen Republik Rumänien durchgeführt unter Teilnahme von israelischen Persönlichkeiten und Friedensaktivisten und palästinensischen Führern und Kadern.“ „Die PLO bekräftigt ihre tiefe Verpflichtung und Verantwortung für die Fortsetzung ihres Kampfes mit allen Mitteln für einen dauerhaften und gerechten Frieden im Rahmen einer internationalen Nahostkonferenz unter Teilnahme der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und den Regierungsmitgliedern des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie aller beteiligten Parteien einschließlich der PLO.“ „In diesem Zusammenhang werden wir die Initiative hoch, die von fortschrittlichen israelischen Kräften entwickelt wurde und rufen erneut alle friedensliebenden und fortschrittlichen Kräfte der ganzen Welt auf, eine aktivere und deutlichere Rolle zur Unterstützung der richtigen Schritte zu einem wirklichen Frieden zu übernehmen.“

Jetzt: was ist da neu dran? Da ist neu dran, daß man über Israel und israeli forces ohne irgendwelche Attribute schreibt, nicht „antizionistische Israelis“ oder über die israelische Regierung: „die Regierung des zionistischen Gebildes“. Man hat auch in den Referaten in nicht-ideologischen Termini gesprochen. Man hat nicht den Zionismus verflucht, obwohl in unserer Delegation Simcha Flapan und andere, die Zionisten sind, über den „humanen Zionismus“ gesprochen haben. Es war gation Simcha Flapan und andere, die Zionisten sind, über den „humanen Zionismus“ gesprochen haben. Es war akzeptiert von beiden Seiten, daß wir keine ideologische Diskussion führen, sondern eine Friedendiskussion. Jetzt in Bezug auf diesen Satz „eine internationale Konferenz unter Teilnahme der Sowjetunion“ usw. „und aller beteiligten Parteien einschließlich der PLO“ sagte ich am Abend zu einem der Vertreter der PLO: Hör mal, diese Formulierung ist für uns nicht gut. Du mußt stehen: „einschließlich der PLO und Israel“. Denn wenn wir nach Hause kommen und da steht nicht Israel, dann sagen die Leute: äh, die negieren das Existenzrecht Israels. Nein, sagt der Mann von der PLO, da steht doch: „alle beteiligten Parteien“, das enthält Israel, nur die PLO wird nicht akzeptiert von Amerika und Israel. Deshalb muß man die PLO besonders erwähnen. Das stimmt, sagte ich zu ihm, objektiv magst du recht haben, aber trotzdem, das stört uns. Da nimmt er einen Federhalter raus und ich denke, er wird „Israel“ hinzufügen. Aber er tut das Umgekehrte, er streicht aus „einschließlich der PLO“, so daß da nur steht „alle beteiligten Parteien“. Sage ich, nein, das will ich nicht, wir wollen, daß PLO da steht. Sagt er, das ist der Konsens in der PLO, bei uns ist das auch nicht einfach, das ist das, was ich unterschreiben kann. Aber ich werde eure Anerkennung unserem Vorsitzenden, Jassir Arafat, mitteilen.

Und jetzt habe ich hier ein Interview mit Muhammad Milcham, welcher Mitglied der PLO-Exekutive ist, über das rumänische Meeting, und hier ist das erste Mal in „Al Awa“ vom 1.2.87, das ist eine palästinensische Zeitschrift in englischer Sprache, diese Formulierung, um die wir gebeten hatten: „Anerkennung, daß alle Nationen in der Region einschließlich Israel legitime Rechte haben, in Frieden zu existieren“. Das ist unseres Erachtens ein wichtiger Durchbruch. Ich weiß nicht, ob die PLO als Ganzes dazu steht, aber offiziell hat sich die PLO dazu durchgerungen, auch „Israel“ zu sagen, wenn es sich um Israel handelt. Und

für uns ist das sehr wichtig.

Welche Resonanz hat ever Treffen in der arabischen bzw. palästinensischen Öffentlichkeit gehabt?

In der palästinensischen Presse ist sehr viel geschrieben worden. U.a. gibt es eine Verlautbarung in „Falestin Thaur“, der offiziellen Zeitung der PLO, wo ebenfalls diese Formulierung „einschließlich Israel“ benutzt wird. Einen interessanten Artikel gab es in der ägyptischen Zeitung „Ras al Jussuf“, eine Zeitung der linken Intelligenz. Der Redakteur ist Achmed Chamrusch, er war einer der „Freien Offiziere“, die mit Nasser gegen Faruk revolviert haben, der war auch in der Friedensbewegung aktiv. Er hat selbstkritisch geschrieben: früher sind von unsere Leuten immer alle rausgegangen, wenn Israelis kamen, ich glaube, daß wir damit einen Fehler gemacht haben — aber jetzt ist es umgekehrt, wo die Israelis nach dem Gesetz rausgehen müssen, wenn irgendeine internationale Konferenz stattfindet. Wir können viel lernen, und wir hätten uns damals so verhalten sollen, wie sich die Israelis jetzt verhalten, das heißt, nicht dem nationalistischen Druck nachzugeben, dann wären wir vielleicht schon weiter.

Internationale Konferenz ...

Wie schätzt du die Chancen für das Zustandekommen einer internationalen Konferenz, einschließlich der PLO, ein?

Ich glaube, daß diese internationale Konferenz schließlich und endlich stattfinden wird. Aber sie ist keine Lösung des Problems, sie ist eine Arena, um den Kampf um eine Lösung in einem legitimen Rahmen fortzuführen. Es ist kein Fetisch, diese internationale Konferenz.

Diese Konferenz, glaube ich, kann aber nur stattfinden, wenn in der internationalen Lage ein Umbruch erfolgt, wenn der sich anbahnende Umbruch weitergeht, das heißt, daß man von Konfrontation zu Koexistenz und Kooperation kommt. Man kann nicht in allen Fragen auf einmal von Konfrontation zu Kooperation kommen, aber es gibt Plätze auf der Welt, die für die Zukunft der Menschheit wirklich schicksalhaft sind, und der Mittlere Osten ist so ein Platz. Wenn dort noch einmal etwas Ernsthaftes passiert, dann habe ich große Angst, daß das sehr schlecht ausgeht.

Deshalb haben wir auch überall appelliert an die Europäer, daß sie sich für den Frieden im Mittleren Osten engagieren nicht nur, weil sie Freunde der Völker des Mittleren Ostens sind, sondern aus Egoismus.

Du sprichst eben von einem „sich anbahnendem Umbruch“?

Du sprichst eben von einem „sich anbahnendem Umbruch“?

Ich glaube, daß über kurz oder lang in den westlichen Staaten, besonders in den Vereinigten Staaten, der gegenwärtige Kurs des Hegemonismus geändert werden muß. Auch ein großer Teil der Bourgeoisie und der Massen des Volks möchte einen Fortschritt sehen in den internationalen Beziehungen. Es sieht zwar so aus, als ob die Null-Lösung abgelehnt oder verzögert wird, aber all das ist Teil von einem Kampf.

Ich glaube, daß der erste Schritt — nur der erste Schritt — zur Lösung unserer Probleme, zur internationalen Konferenz getan ist. Eine wesentliche Vorbedingung ist erreicht: die Zustimmung der PLO, in diesem Rahmen zu verhandeln. Die zweite Voraussetzung, die Bereitschaft der israelischen Regierung, mit der PLO zu verhandeln, ist noch nicht erreicht.

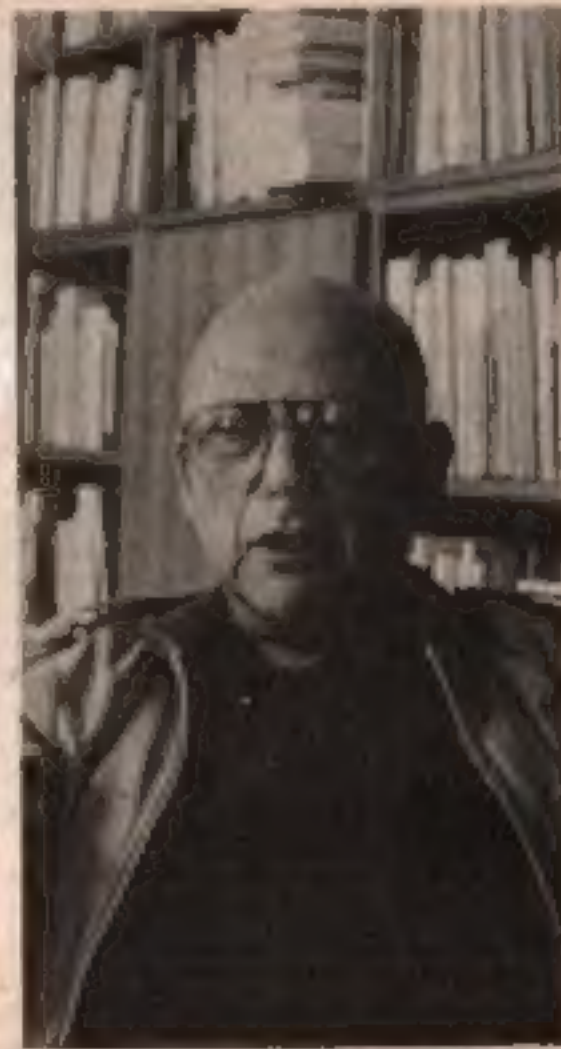
Aber es gibt eine interne Diskussion, und die Tatsache, daß Peres und Abba Ebban sich mit Leuten von der PLO treffen, ist natürlich ein gewisser Schritt, ist aber auch ein Schritt, um sich davor zu drücken durch die sogenannte jordanische Option. Das ist alles Teil eines Kampfes. In der israelischen Öffentlichkeit gibt es in den letzten Jahren auch eine ernsthafte, akademische Diskussion. Jehoschafat Hartabi, der viele Jahre Chef des israelischen Geheimdienstes war, hat jetzt ein Buch geschrieben, in dem er die Meinung vertritt, daß man mit der PLO verhandeln muß, daß Israel die besetzten Gebiete aufgeben muß, wenn es weiter existieren will. Es ist kein Zufall, daß so ein Mann eine solche Position vertritt. Bei uns in der Delegation war Dov Jeremija, ein General, der sein ganzes Leben in der israelischen Armee verbracht hat. Das alles muß seinen Niederschlag auch finden in der praktischen Politik gegenüber der PLO.

Auch auf der Ebene der Außenpolitik bewegt sich etwas. Jossi Beilin vom Außenministerium, der Sekretär von Peres, hat vor kurzem die Direktive herausgegeben, die palästinensische

Charta nicht mehr zu verteilen. Bisher haben die israelischen Botschaften überall diese Charta der PLO verteilt, wo noch gefordert wird, Israel zu zerschlagen. Diese Charta stammt aus den 60er Jahren und ist schon lange nicht mehr aktuell, aber Israel hat sie bisher verteilen lassen. Es gibt alle möglichen Anzeichen, in welche Richtung sich die Diskussion zuspitzt.

Aussicht auf das Zustandekommen einer internationalen Konferenz unter Einbeziehung der PLO gibt es aber nur, wenn die gegenwärtige Koalition zerbricht.

Was wäre in der Friedensfrage, in der Frage der Rückgabe der besetzten Gebiete gewonnen, wenn Israel statt von der jetzigen von einer Koalition mit der Arbeitspartei an der Spitze regiert wird? Prinzipiell und praktisch unterscheiden sich Likud und Arbeitspartei in diesen Fragen doch nur unwesentlich.



Wenn man abstrahiert von der internationalen Lage, von dem Druck, der ausgeübt wird von globalen Kräften. Die Führung der Arbeitspartei wäre ein gehorsameres Werkzeug dem amerikanischen Establishment gegenüber als der Likud. Der Likud steht vielmehr von innen her unter Druck, der Likud würde kaputtgehen in dem Moment, in dem er einen Rückzug macht in der territorialen Frage, während die Arbeitspartei das machen kann, denn sie hat offiziell sogar ein Programm zum „territorialen Kompromiß“. Ich bin überzeugt, daß Amerika seine Politik wird ändern müssen aufgrund seiner eigenen globalen Interessen, und nicht alles

zeugt, daß Amerika seine Politik wird ändern müssen aufgrund seiner eigenen globalen Interessen, und nicht alles auf dies eine Pferd Israel setzen. Die arabische Welt, Europa, alle fordern die internationale Konferenz. Und Amerika, ich glaube nicht, daß es einen guten Grund hat, weiter Milliarden an Israel zu geben. Ich weiß, daß Israel gewisse Funktionen erfüllt für die amerikanischen Imperialisten.

Der israelische Rechtsblock und das Establishment sind mittlerweile stark diskreditiert — Iran, Nicaragua, Südafrika — und deshalb werden die Amerikaner sich irgendwie anders behelfen müssen — das ist nicht meine Sorge —, und hier im Mittleren Osten wird man weniger den israelischen Forderungen nachgeben.

Also die sozialdemokratische Variante? Die Arbeitspartei als die bessere Vertreterin der Interessen des Kapitals?

Ja, historisch gesehen sicher die bessere Vertreterin. Aber auch das Kapital wird bei uns im Mittleren Osten einen modus vivendi suchen müssen mit der anderen Seite, und das geht nicht ohne irgendein Arrangement.

... und die Sowjetunion

Einer der Teilnehmer der internationalen Konferenz soll die Sowjetunion sein. Welche Rolle wird sie dabei spielen können?

Die Sowjetunion kann eine große Rolle dabei spielen. Die Sowjetunion hat schon in den letzten Jahren wirklich konsequent versucht, auch der arabischen Seite beizubringen, daß eine Lösung des Konflikts die Anerkennung Israels enthalten muß. Das ist in vielen Dokumenten wie dem Breschnew-Plan zum Ausdruck gekommen.

Es gab eine Zeit, wo die Sowjetunion eine opportunistische Politik gemacht hat. Es gab eine Zeit, wo sie die Erklärung von Gromyko von 1948 nicht mehr erwähnt haben. Sie haben es einfach totgeschwiegen. Und es gab Jahre, wo zu unserem Tag „Freund-

schaft mit der Sowjetunion“ der Botschafter hinkam und gesagt hat „Es lebe der Frieden in der Welt“, und nicht „Frieden in Israel“ oder „Frieden zwischen Israel und den Arabern“. Aber jetzt, auch in der Sowjetpresse, hat sich das geändert. Ich weiß auch von Gesprächen, die wir geführt haben in der Sowjetunion, zum Beispiel mit Arbatow und anderen, daß auf eine Verständigung mit der anderen Seite orientiert wird.

Die Sowjetunion hat eine große Rolle zu spielen, und ich hoffe, daß sie es auch tun wird. Die Sowjetunion ist eine Großmacht, sie hat Großmachtinteressen, das kann etwas aufkommen, was das Problem A zum Problem C macht, es kann andere Konstellationen geben. Sie ist keine akademische Institution, die Sowjetunion ist eine politische Macht, die auch Powerpolitik macht. Aber im Grunde genommen ist sie interessiert an einer Lösung des Konflikts, auch für sie als Großmacht ist das wichtig.

Für die Verständigung zwischen Israel und der Sowjetunion ist die Lage der Juden in der Sowjetunion sehr wichtig. Wie beurteilst du deren Lage? Zum Beispiel garantiert die sowjetische Verfassung die Freiheit der Glaubensausübung, praktisch wird sie aber den sowjetischen Juden nicht gegeben.

Ich will dir sagen, ich weiß da zu wenig Fakten, ich weiß nur, was in der Presse darüber steht. Ich habe viele sowjetische Juden getroffen, die Sowjetpatrioten sind, die sich nicht beschweren, keine Probleme haben. Es gibt eine Anzahl von Juden, religiösen Juden, aber das ist eine kleine Minderheit, die Probleme haben. Ich bin gegen solche Probleme, ich bin für Glaubensfreiheit. Ich sage auch sooft es mir möglich ist: Genossen, haben wir es nötig, uns da Fronten zu öffnen, die völlig unnötig sind, die uns auch in unserem Land, bei unserem Kampf Schaden bringen? Und ich hoffe, daß diese Probleme jetzt, wo man vieles überprüft, auch gelöst werden. Es gibt einige Anzeichen dafür. Es gibt auch einige Provokationen bei uns in Israel. In dem Moment, wo die Sowjets etwas in Richtung Israel und Erleichterung machen, kommt da irgendwelche bössartige Reaktion in Israel auf. Und zu meinem Leidwesen ist die sowjetische Politik immer darauf hereingefallen. Immer wenn die Israelis etwas tun, damit die Sowjets das und das nicht tun können, dann tun sie's wirklich nicht. Anstatt zu sagen: was schert es uns, wenn da einer bellt, soll er bellen, wir gehen weiter.

Die Sowjetunion scheint Pressemeldungen zufolge in einer Frage ziemlich weit gehen zu wollen, und zwar soll auf Wunsch Israels eine Vereinbarung mit der Sowjetunion getroffen werden,

weil gehen zu wollen, und zwar soll auf Wunsch Israels eine Vereinbarung mit der Sowjetunion getroffen werden, daß jüdische Auswanderer aus der Sowjetunion nicht mehr nach Wien aus-geflogen werden, von wo aus der größte Teil bisher in die USA weitergereist ist, sondern sie sollen direkt von der Sowjetunion nach Israel transferiert werden.

Das ist ein Gerücht. Ich habe den Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gerasimow, gehört in einem Interview mit dem israelischen Radio. Der Korrespondent von „Al Hamischmar“ hat ihn danach gefragt. Gerasimow hat gesagt, daß die sowjetische Regierung nicht daran interessiert ist, Leute irgendwohin zu bringen, wo sie nicht hinwollen. Sagt der Interviewer: Die Leute wollen nach Israel. Sagt Gerasimow: Dann können wir sie doch weiterbringen über Wien. Sagt der Interviewer: Auch von Wien wollen sie nach Israel. Gerasimow darauf: O.K., let's try.

Es gibt das Interesse der Sowjetunion an einer größeren Einflußnahme auf die Entwicklungen im Mittleren Osten. Dieses Interesse kann nicht verwirklicht werden ohne irgendein Arrangement mit dem israelischen Establishment. Es ist nicht die Auffassung meiner Partei, aber ich glaube, daß der langwährende Abbruch der Beziehungen der Sowjetunion mit Israel ein Fehler war. Die Sowjetunion hat ihre Möglichkeiten der Einflußnahme stark eingeschränkt. Es kann sein, daß sie 1967 die Beziehungen abbrechen mußte, aber nicht über zwanzig Jahre lang. Amerika hat die VR China anerkannt, das war logisch. Daß die Sowjetunion die Beziehungen über zwanzig Jahre hin eingefroren hat, ist meiner Ansicht nach ein Irrtum.

Das Interview wurde geführt von K., Hamburg

In AK 284 publizieren wir ein Gespräch mit Eliezer Pines über seine politische Geschichte, die zugleich die Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Palästina bzw. Israel von Anfang der 60er Jahre bis heute widerspiegelt.

Das Treffen ist das Verbrechen

— Dokumentation der strafrechtlichen Verfolgung von Friedensaktivitäten in Israel

Wir bitten um Hilfe in jeder Form

Nach der Rückkehr von dem palästinensisch-israelischen Treffen in Costinesti wurde die Delegationsleitung der israelischen Teilnehmer noch auf dem Flughafen festgenommen, verhört und später der „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ angeklagt. Die Mitglieder der Delegationsleitung waren:

— Latif Dori, Mitbegründer des „Dialog-Komitees“ orientalischer Juden und Mitarbeiter in der arabischen Abteilung der links-sozialdemokratischen Mapam (die Mapam-Leitung distanzierte sich von dem Treffen);

— Eliezer Feller, Mitglied der Rakach (Neue Kommunistische Liste), Vertreter der Chadasch (Demokratische Front für Frieden und Gleichheit, Bündnis aus KP und anderen Gruppen) im Nationalrat der Histadrut;

— Joel Lotan, Schriftsteller und Redakteur der Kulturzeitschrift von „Al Hamischmar“, der Mapam-Zugehörige;

— Reuven Kammer, Mitglied der Leitung von Schasch (Israelische Sozialistische Linke, Abspaltung von Chadasch) und Dekan für die ausländischen Studenten an der Hebräischen Universität.

Die „Vierbunde“ — wie Eliezer Feller sich und seine Mitangeklagten nennt — schrieb den folgenden Brief:

Liebe Freunde
Wir sind entschlossen und von Staatsanwaltschaft wegen des Verstoßes gegen die „Anti-Terror-Verordnung“ angeklagt worden. Wenn wir schuldig gesprochen werden, dann droht uns eine Haftstrafe von bis zu vier Jahren.

Der Prozeß beginnt am 9. März vor dem Bezirksgericht in Ramallah. (Der erste Prozeßtag ist auf den 27. April verschoben worden — Anm. AK) Es ist wahrscheinlich, daß es am ersten Verhandlungstag um vorläufige Einprüche und/oder die Anklage geht. In diesem Fall wird die eigentliche Verhandlung etwa zwei Monate später anfangen.

Die Vorwürfe gegen uns haben ihren Ausgangspunkt in einer Rumänien-Reise, die wir und andere Israelis im November 1986 gemacht haben. Wir waren die Gäste der rumänischen Schriftstellervereinigung, die uns zu einem Symposium über Wege zum Frieden im Nahen Osten eingeladen hatte. Wir waren uns natürlich darüber im Klaren, daß dasselbe Symposium auch von prominenten Palästinensern besucht werden würde. Wir fanden es selbstverständlich, daß ein Dialog über eine friedliche Lösung der Vertreter beider Konfliktparteien einschließen sollte. Das Treffen ermöglichte es (obwohl es relativ kurz war, einen nützlichen, formellen wie informellen Austausch von Gesichtspunkten zwischen Israelis und Palästinensern. Die Konferenz erfuhr nicht nur eine breite Berichterstattung in der Weltpresse, sondern lief auch in allgemeinen freundlichen Kommentaren in den arabischen Presse hervor, besonders enthusiastisch war die Antwort in palästinensischen Kreisen.

Nach unserer Rückkehr wurden wir vier von der Polizei verhört, was schließlich zur Anklage unter der Anti-Terror-Verordnung führte. Dieses Gesetz, das es schon lange gibt, wurde im August 1986 geändert. Seitdem ist es für einen Bürger oder einen Bewohner Israels eine Straftat, wenn er sich öffentlich und ohne behördliche Genehmigung, innerhalb oder außerhalb der Gren-

zen Israels mit einer Person in Kontakt zu treten, die eine Funktion in einer Organisation ausübt, welche die israelische Regierung zur terroristischen Organisation erklärt hat. Trotz der Proteste hervorgehoben der Justiz und Bürgerrechtler gegen die neue Gesetzgebung, die ganz bewußt darauf zielt, den Treffen zwischen der PLO und israelischen Politikern und Friedensgruppen ein Ende zu machen, durch die Gesetzgebung.

Aus dem israelisch-palästinensischen Dialog, an dem wir teilgenommen haben, war nichts verbotenes oder kriminelles. Er fand unter den wachsamen Augen von ganzen Scharen von Medienvertretern statt. Es ist eine Ironie, daß eine derartige Veranstaltung, deren einziger Zweck es war, die gegenseitige Gewalt zu beenden, jetzt Gegenstand einer Anklage wegen „Unterstützung von Terrorismus“ sein soll.

Zusätzlich zu der offiziellen Verfolgung durch die israelische Regierung wurden wir durch rechte Politiker geworden. Premierminister Itzhak Schamir hat uns als Verräter gebrandmarkt. Das hat zu zahllosen Belästigungen und zu andauernden gewalttätigen Drohungen von Seiten organisierter Kach-Rabbiner geführt (die „Kach“ ist die von Rabbiner Meir Kahane geführte faschistische Organisation — Anm. AK). Wiederholte Bitten um Polizeischutz hatten keine Wirkung. Die Behörden finden es offenbar einfacher — und politisch zweckmäßiger — gegen legitime Bemühungen für die Sache des Friedens vorzugehen, als etwa den gefährlichen Mächtchen der Kach-Gangster einen Riegel vorzustecken.

Im Hinblick auf diese doppelte Prüfung bitten wir um Hilfe in jeder Form — moralisch und materielle, lokale und international.

Die unsere Ansicht teilen, daß die Vorwürfe gegen uns und das Gesetz, auf das sie sich stützen, den demokratischen Freiheiten und der Suche nach Frieden schaden, können ihren Protest direkt an Premierminister Itzhak Schamir (aktuelle Adresse: Hakniva, Jerusalem, Israel) oder über die nächste diplomatische Vertretung Israels. Wir bitten um Benachrichtigung von solchen Aktivitäten. Außerdem brauchen wir dringend Geld, um unsere Anwesenheiten zu bezahlen und um weiteren Druck auszuüben gegen uns in den etablierten israelischen Medien entgegenzusetzen. Spenden können an die folgende Adresse geschickt werden: Smal Peter, P.O. B. 20 373, 203 Tel Aviv, Israel.

Eingegangenes Geld wird an das „Öffentliche Verteidigungskomitee“ weitergeleitet, das sich im Moment noch in Gründung befindet. Wir hoffen, daß bald ausführlichere Informationen über das Treffen in Rumänien zu veröffentlichen und außerdem eine gründliche Studie des Gesetzes vorzulegen, unter dem wir angeklagt sind. Innerhalb der Beschränkungen, die uns das Verfahren auferlegt, werden wir oder andere Mitglieder der Delegation in Israel und im Ausland öffentlich auftreten, um unsere Sache darzulegen. Bei solchen Vorhaben in Gang kommen, beantworten wir natürlich auch gerne alle direkten Anfragen.

Hochachtungsvoll
gez. Latif Dori, 6 Immer Street,
32 331 Ramat Gan
gez. Eliezer Feller, Kibbutz
Jad (bzw. 42 345
gez. Joel Lotan, 9 Crown Street,
64 498 Tel Aviv
gez. Reuven Kammer, P.O. B. 9013,
91 090 Jerusalem

Wer das Verteidigungskomitee für die vier Angeklagten finanziell unterstützen möchte, kann das Geld auch an den Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e.V. (DIAK) übermitteln.
Konto-Nr. 23 796 bei der Sparkasse Edenkoben (IBLZ: 240 513 50). Stichwort: Dialog.

Die Anklage im Fall 76/87 des Staates Israel gegen Latif Dori (Angeklagter Nr. 1), Joel Herman-Lotan (Nr. 2), Eliezer Feller (Nr. 3) und Reuven Kammer (Nr. 4) vor dem Amtsgericht Ramat Gan.

Die vier namentlich genannten werden hier mit wie folgt angeklagt:

A. Die Tatsachen

1. Während des Oktobers 1986 und zu Beginn des Novembers des gleichen Jahres verschworen sich die Angeklagten untereinander und zusammen mit anderen zu einer Reise nach Rumänien mit dem Zweck, dort mit Vertretern terroristischer Organisationen, ohne Autorisierung nach dem Gesetz, zusammenzutreffen.

2. Der Angeklagte Nr. 1 organisierte die Reise der anderen Angeklagten und verschwor sich mit ihnen dazu, am 5.11.86 nach Lydda auf den Ben Gurion-Flughafen zu kommen. Von dort flogen die Angeklagten in einem Flugzeug der Gesellschaft Trom und mit Flugkarten, die der Angeklagte Nr. 1 verteilte, nach Rumänien.

3. In Rumänien kamen die Angeklagten und andere in einem Hotel der Ortschaft Constanta an. Am 6.11.86 trafen Vertreter palästinensischer terroristischer Organisationen zu ihnen.

4. Am 6.11.86 begann um 18 Uhr, oder ungefähr dann, ein Treffen zwischen den Angeklagten und Vertretern terroristischer Organisationen im der Hoteltal. Die Ange-

klagten und andere saßen an Tischen und in einer Entfernung von wenigen Metern einer parallelen Reihe von Tischen gegenüber, an denen die Vertreter der terroristischen Organisationen saßen.

5. Die Angeklagten wußten, daß die Teilnehmer des Treffens auf der palästinensischen Seite, oder einige von ihnen, Vertreter terroristischer Organisationen waren.

6. Die Angeklagten Nr. 1, 2 und 4 hielten bei dieser Gelegenheit Reden politischen Inhalts.

7. Nach dem Ende der Reden der Angeklagten 1, 2 und 4 und anderer Israelis hielten die Vertreter der terroristischen Organisationen Reden politischen Inhalts.

8. Um 19 Uhr, oder ungefähr dann, waren die Reden beendet, worauf sich die Angeklagten mit den Vertretern der terroristischen Organisationen zu einem gemeinsamen festlichen Abendessen trafen.

9. Die Angeklagten und Bürger und Einwohner des Staates (Israel).

10. Zu den Vertretern terroristischer Organisationen gehörten:

a. Abdal Raek Yehich, der als höherer Offizier im Rang eines Brigadiers in der Palästinensischen Befreiungsarmee in Jordanien fungierte und als Vertreter der PLO-Exekutive in Jordanien;

b. Salah Yaakub Jibran, bekannt unter dem Namen Amad Shakout, der Yawar Arafat persönlicher Berater in Israel, einen Angehörigen und Mitglied des Palästinensischen Nationalrates;

c. Fawad al Binar, der als Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in Griechenland fungierte und der Mitglied

der Farah Palästinaische Nationale Befreiungsbewegung ist.

11. Die Palästinensische Befreiungsarmee, die Palästinensische Befreiungsorganisation und Farah-Palästinensische Nationale Befreiungsbewegung sind terroristische Organisationen in Überlassung mit der Proklamation der israelischen Regierung vom 12.10.1980.

12. Die oben genannten Personen und andere in der palästinensischen Delegation fungierten als Vertreter von terroristischen Organisationen bei dem oben angegebenen Treffen.

13. Die Angeklagten kamen am 7.11.86 am Ben Gurion-Flughafen an, wo sie festgenommen und einem Verhör durch die israelische Polizei unterzogen wurden.

14. Die Angeklagten haben sich für ihr Vergehen, das Delikt der Unterstützung einer terroristischen Organisation, verschoren.

15. Die Angeklagten haben wissentlich und ohne Autorisierung nach dem Gesetz in dem Hotel in Constanta in Rumänien Kontakte zu Personen aufgenommen, die Funktionen in Organen ausüben, außerdem mit Vertretern solcher Organisationen.

B. Gesetzliche Bestimmungen, unter denen die Angeklagten beschuldigt werden:

1. Verstoßung zu einem Vergehen — ein Verstoß gegen Artikel 499 des Strafgesetzes von 1977.

2. Unterstützung einer terroristischen Organisation — ein Verstoß gegen Artikel 4 (b) der Anti-Terrorismus-Verordnung von 1986.

Das 'Anti-Terror-Gesetz' von Amnon Zichroni

Amnon Zichroni war Rechtsberater der israelischen Delegation in Costinesti. Zichroni schrieb seinen Beitrag, den wir im folgenden auszugsweise wiedergeben, für die französische Zeitschrift „Israel & Palestine“.

Am 6. August 1986 erließ die israelische Knesset das Gesetz, das „das Herstellen eines Kontakts durch einen Bürger oder Einwohner Israels, bewußt und ohne Autorisierung nach dem Gesetz, innerhalb oder außerhalb der Grenzen des Staates Israel, mit einer Person, die eine Funktion in einer Organisation ausübt, welche die israelische Regierung zu einer terroristischen Organisation erklärt hat, ein kriminelles Delikt ist und eine Strafe von bis zu drei Jahren Gefängnis nach sich zieht.“

Die Mehrheit der palästinensischen Organisationen und von der israelischen Regierung bereits als „terroristischen Organisationen“ erklärt worden.

Das neue Gesetz wurde als Zusatz zu einem existierenden Gesetz (von 1945 — Anm. AK) beschlossen, der Verordnung zur Verhütung von Terrorismus, die dazu gedacht ist, die Mitgliedschaft oder Aktivität für eine terroristische Vereinigung auf dem Weg von Kriminalstrafen zu verhindern. Der Terror Akt selbst werden von dieser Verordnung nicht abgedeckt. Dafür gibt es andere Gesetze, die der Natur und dem Ernst solcher Aktionen entsprechen. ()

Politisch betrachtet hat der Beschluß dieses Gesetzes nichts mit der Verhinderung von Terror zu tun. Vielmehr ist es ein Gesetz zur Verhinderung von Frieden. (Hier vorweg: i. Orig.) Juristisch gesehen äußert es die grundlegenden Prinzipien des Strafrechts. ()

Das Gesetz ist konzipiert um Treffen zu verhindern, in denen Israelis versuchen, Palästinenser davon zu überzeugen, daß sie sich nicht weiter auf Terroraktionen einlassen sollten. Dem Buchstaben nach ist allerdings weder das Ziel noch die Absicht eines solchen Treffens von Interesse. Das Treffen selbst ist ein Verbrechen. ()

In der Realität verbietet das Gesetz nur Aktivitäten von Personen oder Parteien, die in Opposition zur Regierung stehen, den diejenigen, die die Regierung unterstützen, werden aller Wahrscheinlichkeit nach eine „Autorisierung nach dem Gesetz“ bekommen und ihre Treffen werden danach als legal betrachtet werden können.

Das Gesetz will keineswegs Treffen verhindern, welche die Sicherheit des Staates in Gefahr bringen könnten. Treffen dieser Art werden schon von der bestehenden Strafgesetzgebung verboten. () Warum sich der Gesetzgeber Sorgen ist nicht die Verhütung von Terror, sondern die Verhinderung jüdischer Aktivitäten.

Kein Israeli darf mit einem Palästinenser sprechen, bevor er sich nicht abgesprochen hat — in welcher Organisation er Mitglied ist, wen er vertritt, was seine politische Linie ist — sonst macht sich der Israeli durch den Umgang schuldig. Genau das war die Natur der Verschwörung, wenn man in kommunistischen Herxengrad der betriebligen Senatoren von Wisconsin, Joe McCarthy, in den Sixt Jahren

Das Gesetz entscheidet für den israelischen Bürger, mit wem er über Frieden reden darf und mit wem nicht. Mehr noch, es zwingt ihm die Weltkarte der extremen Rechten Israels auf — eine Geistesverfälschung, die das Zugewandnis irgendeiner Art von Legitimität an die Palästinenser verachtelt. ()

Das Gesetz verhindert von vornherein eine Debatte über die Notwendigkeit einer Verständigung mit der PLO und unterdrückt auf diese Weise wirksam den demokratischen Prozeß, in dem Mitglieder einer demokratischen Partei eine Veränderung ihres Parteiprogramms diskutieren könnten. In diesem Fall, um darin ein Mandat für Gespräche mit der PLO aufzunehmen. ()

Die Frage ist jetzt, ist es legitim, daß sich Israel weiter zur freien Welt rechnet, wenn es das Recht seiner Bürger, sich mit anderen Individuen zu treffen, darauf beschränkt, daß diese Treffen „so schwerwiegend von politischen Empfindlichkeiten sein sollen, die der Staat für nicht wünschenswert hält? Wenn es Einzelpersonen verboten ist, solche Kontakte herzustellen, warum dann nicht auch die politischen Parteien verboten, die für solche Kontakte eintreten? Und, um den Gedanken zu einem logischen Schluß zu bringen, sollte Israel dann auch alle Parteien, außer derjenigen, die ihre politische Linie durchgesetzt hat, verbieten, damit es keine ernsthafte Debatte über die Natur und den Inhalt des Regimes geben kann? ()

Übersetzung entnommen aus: Israel & Palestine, Sonderheft 12. Hg. Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten, Frankfurt, April 1987.



Alltag in Ramallah (Westbank): Araberin und israelischer Besatzter im Kampfdraß

Deutsch-israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten

Der Deutsch-Israelische Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e.V. (DIAK) war der Organisator und Finanzier der Rundreise Eliezer Fellers. Der DIAK entstand 1977, als Abspaltung von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, deren Mehrheit die Auffassung vertrat, ihre Aufgabe sei, die Politik Israels (ohne öffentliche Kritik) zu vertreten.

In den Leitlinien des Arbeitskreises heißt es dagegen u.a.: „Für die Mitglieder des Arbeitskreises bildet die Anerkennung der Existenz Israels die unabdingbare Voraussetzung für die Schaffung des Friedens im Nahen Osten. Die nationalsozialistische Judenverfolgung und Judenverdrängung in Europa begründet eine besondere Mitverantwortung der Deutschen für den Staat Israel. () Die Rechte des Staates Israel konkurrieren mit den Rechten der palästinensischen Araber auf nationale Selbstbestimmung. In Frieden im Nahen Osten ist nur möglich, wenn die Rechte beider Völker zur Geltung kommen. () Der Deutsch-Israelische Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten weiß sich verbunden mit allen Gruppen und Personen, die für diese Ziele eintreten.“ (Leitlinie vom 19.10.77 in der Fassung vom 17.10.81)

Zu seinen vorrangigen Aufgaben zählt der Arbeitskreis, „in der deutschen Öffentlichkeit gesicherte Kenntnisse über die politischen und gesellschaftlichen Konflikte im Nahen Osten zu vermitteln.“ Zu dem Zweck führt der Arbeitskreis Seminare u.a., durch, gibt die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift Israel & Palestine — Zeitschrift für Dialog heraus über die aktuellen Vorgänge in der Region sowie Sonderhefte zu bestimmten Themen wie „Sefarden in Israel“, „Stadt und Religion in Israel“, „Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik“, „Die Zukunft von Westbank und Gaza-Sreifen“ (darin ausgedehnte Übersetzung der grundlegenden Studie von Benvenisti). Die ein- bis zweihundert Seiten starken und nicht veränderten Bände koalen nur je fünf bis zehn Westbank

Weitere Informationen sind bei der Geschäftsstelle des Arbeitskreises erhältlich: DIAK, Bahnhofstr. 148, 60332 Edenkoben

لجنة الحوار الإسرائيلي - الفلسطيني
مبادرة لحوار بين إسرائيل وفلسطين
1987
في القدس

הוועדה לحوار ישראלי-פלסטיני
מבטאים את חשיבותו של
החלוקה בין ישראל ופלסטין
1987
בירושלים

February, 1987

Dear Friends,

We, the undersigned, have been indicted by the state prosecution for offences against the Anti-Terrorist Ordinance. If found guilty, we face a sentence of up to three years imprisonment.

The trial is about to begin on March 9th at the District Court in Ramallah. It is likely that the trial will be devoted to preliminary objections and the plea. In this event, the actual hearings will start approximately two months later.

The charges are not a result of a journey we and other Israelis took to Romania in November 1986. We went as guests of the Romanian Writers' Association to a symposium on paths to peace in the Middle East. We were not aware that the symposium was to be attended by representatives of the PLO. We found it self-evident that a dialogue in a peaceful, non-violent atmosphere should also be possible between representatives of the two sides of the conflict. The dialogue, in our view, is a necessary condition for the achievement of peace in the Middle East. We are not aware of any other persons who have been indicted for similar offences. We are particularly enthusiastic responses from Palestinian circles.

Wer das Verteidigungskomitee für die vier Angeklagten finanziell unterstützen möchte, kann das Geld auch an den Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e.V. (DIAK) übermitteln.
Konto-Nr. 23 796 bei der Sparkasse Edenkoben (IBLZ: 240 513 50). Stichwort: Dialog.

Fortsetzung nächste Seite

Ein Jahr nach dem Super-Gau in Tschernobyl will hier eine Bilanz der Energiepolitik der Bundesregierung gezogen werden. Alle Atomanlagen werden weiter gebaut und betrieben, aber der alte „Energiekonsens“ ist dahin, klagen die herrschenden Politiker. Ist der von der SPD geforderte Ausstieg aus dem Atomprogramm blanke Opportunismus gegenüber der Ablehnung der Atomenergie in der Bevölkerung oder eine Alternative für die herrschende Politik? Ist die Brüter Zukunft schon beschlossen oder will die BRD mit Wackersdorf nun die eigene Atom-bombe bauen? Platz der „Jahrhundertvertrag“ mit der Kohle oder wohin mit dem Kernenergieüberschuß? Doch bevor wir zu diesen Fragen kommen, wollen wir erst mit einer Rückschau auf die Entwicklung des Energieprogramms seit 1970 beginnen. Gigantischen Energieprognosen folgte das Kriegsgeschrei um das Ende der Ressourcen und des kostbaren Öls und die Beschwörung kriegerischer Verteilungskämpfe. Doch heute sind die Herrschenden froh, daß große Teile des Antarkleprogramms für eine krisenlähmende und teure Energiezukunft auf dem Papier geblieben waren. Heute ist angesichts großer Energieüberschüsse und sinkender Preise eher die Frage zu stellen, ob eine neue Öl-zeile bevorstehen könnte.

Das Projekt ist ein bißchen zu umfassend, um es in einer Ausgabe unterzubringen. Es wird eine kleine Serie daraus werden, die auch über einige AK-Nummern verfolgt wird.

Der Krieg um den letzten Tropfen Öl

Bis 1973 befand sich das Öl weltweit auf dem Vormarsch. Von 1950 bis 1973 war Öl vor allem im Nahen Osten zu konstatieren. Schließend von 2,5 Dollar pro Barrel (= 159 Liter) zu haben. Energie wurde immer billiger, denn die Industriepreise waren allein zwischen 1957 und 73 um 80% gestiegen. Bei einer Verdoppelung des Energieverbrauchs: jeweils in 10 Jahren, stieg der Anteil des Öls am Weltenergieverbrauch von 31% 1960 auf 42% 1970 und 44% 1973. 1945 waren weltweit nur 73 Mio. t Rohöl gefördert worden, 1973 2,5 Mrd. t.

In der BRD war diese Entwicklung noch krasser. Hier hatte sich der Ölpreis sogar fast halbiert, weil der Dollarkurs von 4,- auf 2,50 DM gesunken war. 1955 verbrauchte die BRD ganze 10 Mio. Tonnen Rohöl, 1973 das Zwölfwache, nämlich 120 Mio. t. 55% der Energie wurden durch Öl abgedeckt, während der Anteil der Kohle gleichzeitig von 85 auf 25% gesunken war. Und so sollte es auch weitergehen. In den Prognosen der Bundesregierung sollte der Ölverbrauch in den nächsten 10 Jahren noch einmal um 70% gesteigert werden. (1)(2) (s. Tabelle 1)

Im Rahmen des israelisch-arabischen Krieges 1973 beschloß die OPEC den Ölboykott für die imperialistischen Länder, die Israel direkt in diesem Krieg unterstützten. Sie setzten den Verkaufspreis für Öl von 2,5 auf 10 Dollar pro Barrel herauf, wodurch der Anteil des Erlöses der Förderländer von 11-15% auf über 40% anstieg. Auf dem Papier befanden sich die imperialistischen Länder seither im Kriegszustand mit „den Ölseicht“, auf einem Spiegel-Titel 1974 landete US-Prä-



dent Ford mit der neugebildeten „Schnellen Eingreiftruppe“, um die Ölfelder zu besetzen (die Truppe gibt es tatsächlich erst seit 1980). Willy Brandt rief „das deutsche Volk“ zu „Jahrhundertanstrengungen“ zu „Schweiß und Tränen“ auf, Autofahrverbote untermauten die Szene. (1)(3)

Als dann infolge des Schah-Sturzes 1979 der Ölpreis noch einmal von 12,7 Dollar (1978) auf 35 Dollar (März 1980) emporstiege, wurden die kriegerischen Töne erneut verschärft: „Ausreichende Energie entscheidet über Krieg und Frieden. Die OPEC-Staaten sollen mit ihrer Preispolitik die Welt nicht aus den Angeln heben“, erklärte Helmut Schmidt auf der Welte-nergiekonferenz 1980 in München. (4) Der zuständige EG-Kommissar Brunner rief dazu auf, „die tödliche Abhängigkeit vom Öl zu beenden“. „Wir haben Konsum und Produktion zum Motor der Wirtschaft und der technischen Erneuerung gemacht. Wir haben Verschwendungsökonomie betrieben. Dies war unser Irrtum.“ (5) Gerade in dieser Zeit war aber von gigantischen Investitionen für die Energiezukunft die Rede. Hatte etwa der Sachverständigenrat für Wirtschaftswissenschaften in seinem Jahresgutachten 77/78 über

„Überkapazitäten“ und „zu niedrige“ Energiepreise geklagt und geradezu nach „Zwängen“ gerufen, die „zwar schmerzhaft aber geeignet (seien), die notwendige Umstrukturierung des Energiemarktes herbeizuführen.“ (6) so sah man Anfang der 80er Jahre die Chance dafür gekommen 1.800 Mrd. Dollar Energieinvestitionen innerhalb der kommenden zehn Jahre forderte 1975 eine OECD-Studie für die Industrieländer, 300 Mrd. Dollar für eine EG-Politik weg vom Öl wollte Guido Brunner allein innerhalb von 10 Jahren zusätzlich ausgeben. (7) 500 Mrd. DM (zu Preisen von 79) forderte die VEB für die kommenden zwanzig Jahre für die BRD, darunter allein 70 Mrd. für 40.000 MW zu bauender AKWs (8)(9). Man faselte damals auch von einem neuen Kohlezeitalter, in dem die fünf-fache Menge Kohle (700 Mio. Tonnen jährlich) über die Ozeane verschifft würde. Ab 1993 sollte in der BRD in 14 Kohleveredlungsanlagen Benzin und Gas im Großmaßstab gewonnen werden, 13 Mrd. Bundeszuschüsse sollten dafür gezahlt werden. Der Benzinpreis hatte dafür allerdings auf über 2,30 DM pro Liter hochschnellen müssen. (10)

Aber es kam völlig anders und heute ist man froh, daß aus diesen Plänen nichts wurde. 1985 erklärte der VEB-

denziellen Energie- und besonders Öl-Überangebot. (...) Die gelassenen Reaktionen des Weltmarktes auf die Situation im Golf zeigen, wie eine international gut abgestimmte und in der Sache wirkungsvolle Politik ein für die ganze Welt gefährliches Problem entschärfen kann.“ Der Weltölverbrauch sei nach 1979 um 10% gesunken, die OPEC habe sogar 30% ihres Marktes verloren und die Preise seien unter den Stand von 1979 gefallen. „Mineralöl deckt heute weltweit rd. 40% des Energieverbrauchs und dürfte auch über das Jahr 2000 hinaus der international dominierende Energieträger bleiben.“ (12)

Die angebliche „Strangulierung der Weltwirtschaft durch die Seichte“, der vorausgesagte Verteilungskampf um den „letzten Tropfen Öl“ oder das „Ende der Ölzeitalter“ oder die Zukunft des Kohlezeitalters sind erst einmal pa-pär. Entscheidend ist dabei, daß sämtliche offiziellen Energieprognosen aus heutiger Sicht als Müll betrachtet werden können.

Die Antarktis zur Riviera verwandeln

Phantastereien umgaben in den 50er Jahren die Atomenergie (13), nachdem LS-Präsident Eisenhower 1953 die Phantastereien umgaben in den vier Jahren die Atomenergie (13), nachdem LS-Präsident Eisenhower 1953 die Welt dazu aufgefordert hatte, jetzt die durch Atomkraft besetzte Kernenergie zu der Zukunftsentwicklung mit US-Hilfe zu entwickeln („Atoms for Peace“). Seit 1955 durfte auch die BRD offiziell wieder Atomforschung betreiben und sich einen Atomminister leisten, der auch gleichzeitig BRD-Atom-waffen haben wollte. Die SPD, die heute im Hauff-Papier die Atomenergie als „eine Seichtgas“ bezeichnet, hatte 1964 erklärt: „Atomenergie kann zu einem nie geahnten Wohlstand für alle Menschen führen.“ (14) Der eigentliche Siegeszug der Kernenergie sollte weiten in den 70er Jahren be-ginnen. In der Bundesrepublik ging nach dem Bau zahlreicher Forschungsreaktoren und erst noch „kleinerer“ AKWs, wie Stade und Obrigheim, 1974 der erste Großreaktor des heutigen Standardtyps, das Kernkraftwerk Biblis A (mit 1.200 MW Leistung), für 400 Mio. DM ans Netz. Die OECD ging damals von einem weltweiten Bedarf von 2-2.500 GigaWatt (15) Kern-energieleistung für das Jahr 2000 aus, 1980 waren weltweit davon gerade erst 138 GW am Netz. Im Jahre 2000 sollte — dieser Prognose zufolge — dann innerhalb eines Jahres allein soviel Uran verbraucht, wie nach heutiger Schät-zung für 50 Jahre reichen werden. (16) In der BRD sollten 1985 30.000 MW AKW-Leistung installiert sein, tatsäch-lich sind nicht einmal die Hälfte davon erreicht (20.000 MW). Es war für eine nachgeschobene Begründung nach der Ölkrise, daß die Kernenergie den Öl-verbrauch senken sollte, ursprünglich war sie als wesentliche Quelle für ein unbegrenztes Energiewachstum ge-plant. In der ersten Energieprognose nach der Ölkrise wurde der Kernener-gieplan sogar erstmals gestutzt (s. Ta-belle 1) in den USA wurden nach 1974 keine neuen Bestellungen mehr für AKWs abgegeben, es waren trotzdem so viele, daß selbst das derzeitige Aus-bauempo (mit zahlreichen Verzöge-rungen, Probestaufgaben und Sicher-heitsabklärungen) noch zu groß im Of-fentlicher Widerstand und das vor-

kommen unterschätzte Sicherheitspro-blem führten neben Verzögerungen zu einer Kostensteigerung um den Faktor Zehn. Der 1969 begonnene Brüterak-tor in Kalkar ist immer noch nicht fer-tig und hat schon die ersten Preiskal-kulationen um den Faktor /zwanzig überboten, 1980 waren für die BRD aber immer noch 50.000 MW, jetzt für das Jahr 2000 geplant, (16)(17) Im „Jahrbuch der Atomwirtschaft“ für 1986 heißt es, daß die Bedeutung der Kernenergie in der BRD „nach wie vor noch deutlich von der Zurücknahme der sehr hohen Ausbauvermutungen bestimmt ist.“ Allerdings ging die Atomindustrie 1985 immer noch von 35.000 MW für das Jahr 2000 aus. (17) Inzwischen sagt der Vorsitzende der Vereinigung der Elektrizitätswerke, Prof. Peter Heidinger, daß „kein Handlungsbedarf für den Bau neuer Kernkraftwerke“ besteht, zumindest nicht bis Mitte der 90er Jahre. (18) Selbst nach Fertigstellung der jetzt noch im Bau befindlichen Atom-anlagen werden 25.000 MW nur knapp er-reicht; die Elektrizitätswirtschaft hat totale Überkapazitäten und die Korne-nergie versucht, den Kohleanteil am Strom zu reduzieren. Zwar ist der Stromverbrauch seit 1973, in den letz-ten 15 Jahren (bei stagnierendem Ener-gieverbrauch) um rund 50% gestiegen, und hat seinen Anteil erheblich erhöht; man ging seinerzeit allerdings von einer Vervielfachung in 20 Jahren aus. (2) Für die Zukunft wird, wenn über-haupt, nur noch geringfügiger Anstieg des Stromverbrauchs erwartet.

Auch für Atomenergieplanung war der Faktor Energieverschwendung ganz offensichtlich eine entscheidende Voraussetzung. 1973 hatte das Ener-gieprogramm der Bundesregierung für die Energieeinsparung schon „ein eigen-es Kapitel“ übrig, aber erst ab 1979 kam dem eine vorrangige Stellung zu. (19) Schon die ersten Schritte auf die-sem Gebiet haben alle bisherigen Ener-giepläne, die einen gigantischen Ener-gieverbrauch vorsahen, über den Hau-fen geworfen. Andererseits ist auch die Vorstellung, daß jetzt die angebliche Endzeit der Ressourcen bereits unmittel-bar bevorsteht, im Reich der Fabel ge-rückt, zumal die ersten „Erfolge“ bei der Energieeinsparung eher deut-lich machen, wieviel tatsächlich mög-lich wäre, wenn man wollte. (20)

Energieeinsparung und Verschwendung

Innerhalb von nicht einmal 10 Jahren gingen die Energieprognosen von einer exponentiellen Steigerung (einer Ver-doppelung alle zehn Jahre) zu einer stetig abfallenden Kurve über. (s. Schaubild)

Beim Thema „Energieeinsparen“ muß man erst einmal zweierlei Dinge unter-scheiden:

Beim Thema „Energieeinsparen“ muß man erst einmal zweierlei Dinge unter-scheiden: Man kann Energie einsparen, wenn man z.B. nicht mit dem Au-to nach Italien in den Urlaub fährt, sondern stattdessen in der Umgebung wandert oder Fahrrad fährt, man kann versuchen, die Wohnungszahlung durch warme Decken zu ersetzen, man könnte den Fernseher abschaffen oder ein Fahrverbot verhängen oder ganz konsequent die Mängel vergangener Zeiten heute als neue Werte entdecken, wie es ja teilweise offiziell oder von rechten Ökologen geschieht (zu dem Thema kommt etwas in einem späteren Kapitel). Man kann aber andererseits auch das Niveau des Energiever-bruchs schon ganz entscheidend sen-ken, indem sie rationaler, sprich wirk-ungsvoller eingesetzt wird. Das pa-siert heute in einem gewissen Umfang. 1973 wurden pro 1000 DM Leistung des Bruttozulaufproduktes in der BRD 279 kg SkE aufgewendet, 1985 nur noch 244 kg SkE und damit 10% wen-iger. (12)(20) Aber auch heute verpufft der Großteil der Energie als nutzlose Aufheizung der Umwelt.

In dem Schaubild hier wird deutlich, daß 1984 nur 26% der Energie nutz-an-wendend eingesetzt wurde. Schlagen-d ist etwa das Beispiel vom Wasserkoch-en mit dem elektrischen Herd: 66% werden bei AKWs den Fliesen vorge-worfen, die AKWs werden bekanntlich mit Flußwasser gekühlt. Wegen des damit verbundenen Sauerstoffmangels mögen das die Fliesen nicht so gern. 5% braucht die Kraftwerk, der sich erwär-mende Herd schluckt 10%, die Küche und der Topf schlucken noch einmal 16% und ganze 3% der Energie brin-gen dann das Wasser zum Kochen. Würde man nun die Wärmeenergie al-ter Kraftwerke gleichzeitig benutzen, um warmes Wasser zu Heizwecken zu produzieren (bzw. „Wärmekraftkop-plung“), so könnte man statt einem Drittel 75 bis 85% (je nach Leistungsverlust) der Energie nutzen und da-mit weit mehr als die Hälfte aller Woh-

Fortsetzung nächste Seite

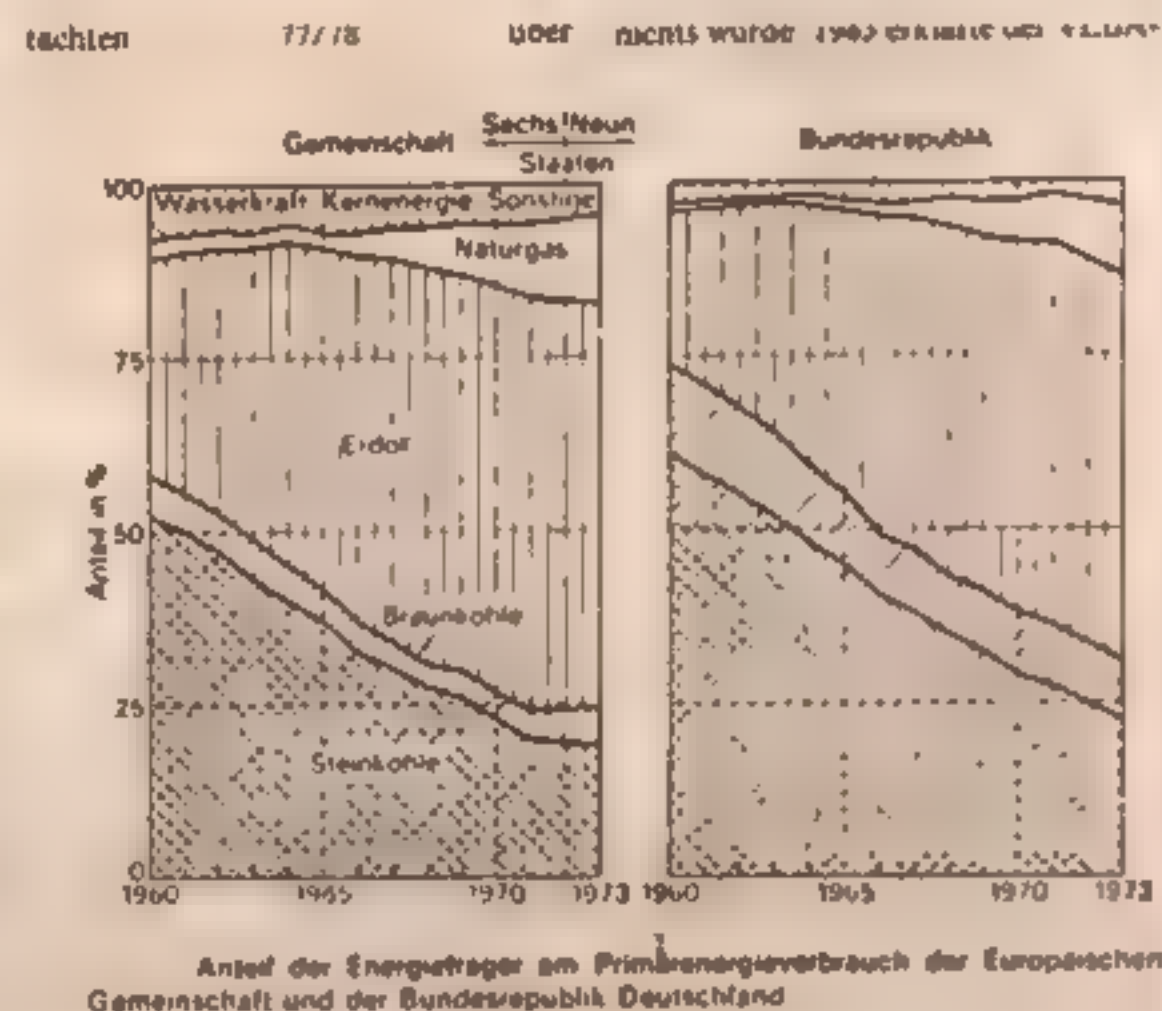


TABELLE 1:

Energieprognose der Bundesregierung

| Verbrauch (Mio. t SKE) | real | | Konzept nach 73 | | | | vor der Ölkrise | |
|---------------------------|---------------|--------------|-----------------|------------|------------|------------|-----------------|------------|
| | 1972 | % | 1980 | % | 1985 | % | 1980 | 1985 |
| Wasserkraft | 196,4 | 14,4 | 22 | 4,7 | 24,5 | 4,4 | 27,5 | 5,4 |
| Naturgas | 81,7 | 21,6 | 82 | 17 | 79 | 14 | 58 | 11 |
| Steinkohle | 10,6 | 8,6 | 82 | 18 | 101 | 19 | 92 | 15 |
| Braunkohle | 1,0 | 0,8 | 14 | 3 | 14 | 3 | 39 | 6 |
| Kernenergie | 0 | 0,0 | 40 | 9 | 8 | 1,5 | 45 | 9 |
| Biomasse | 9,6 | 2,8 | 10 | 2 | 1 | 2 | 11 | 2 |
| Gesamt | 1374,4 | 100,0 | 475 | 100 | 595 | 100 | 516 | 100 |

Quelle: BM, 24.10.74

Chef, Rudolf v. Bennigsen-Foerder. Nun seien „die Energiemärkte entspannt (...) wie seit Jahren nicht mehr: Alle Energiewerten sind in beliebigen Mengen zu beziehen, und das internationale Energiepreinsniveau ist real (...) rückläufig.“ (...) Mit Blick auf die Energievermarktung ist es ein glücklicher Vorfall, daß die von der deutschen Energiepolitik der letzten Jahre ange-schriebenen Maßnahmen zur staatlichen Steuerung der Primärenergiestruktur nicht verwirklicht wurden. (...) Die Energieversorgung wäre (damit) nicht sicherer, vielmehr ein gesamt-wirtschaftlicher Unsicherheitsfaktor.“ Oder zu den eigenen Kohlevered-lungsplänen: „Was wäre, würde heute das vormals geförderte Dutzend „groß-maßstablicher“ Kohleveredlungsan-lagen“ laufen? Zum Glück ist es bei der (...) Absicht geblieben.“ (11)

Der Energiebericht der Bundesregie-rung für 1986 spricht von „etwas ten-

Fortsetzung von vorheriger Seite

Erdölförderung der Welt

— in Millionen Tonnen —

| LAND REGION | 1960 | 1970 | 1975 | 1978 | 1979 | 1980 | 1984 |
|--------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| BRD | 5,5 | 1,1 | 0,6 | 4 | 4,8 | 4,8 | 4,1 |
| Skandinavien | 0 | 0,1 | 1,4 | 16,8 | 18,1 | 24,4 | 34,4 |
| Gründungsstaaten | 0 | 0,1 | 1,4 | 16,8 | 18,1 | 24,4 | 34,4 |
| Westeuropa | 15,5 | 22,8 | 22,5 | 91,8 | 115,9 | 134,6 | 179,8 |
| USA Kanada | 150,4 | 331,6 | 54,3 | 48,1 | 43,6 | 48,2 | 48,0 |
| Japan | 21,8 | 70,11 | 100 | 14,7 | 81,2 | 81,0 | 82,0 |
| Nordamerika | 406,3 | 683,8 | 614,4 | 556,2 | 561,3 | 565,2 | 565,2 |
| Venezuela Mexiko | 147,9 | 91,2 | 173,4 | 115,7 | 122,8 | 112,9 | 95,0 |
| Latinamerika | 147,9 | 91,2 | 173,4 | 115,7 | 122,8 | 112,9 | 95,0 |
| Iran Saudi Arabien | 42,1 | 191,7 | 293,9 | 260,9 | 131,4 | 78,6 | 105,0 |
| Kuwait | 65,8 | 19,3 | 164,7 | 422,0 | 475,2 | 498,4 | 215,0 |
| Irak | 85,5 | 150,7 | 18,3 | 188,9 | 327,2 | 61,4 | 58,0 |
| VAT | 41,5 | 76,0 | 94,4 | 124,9 | 168,0 | 19,0 | 58,1 |
| Quatar | 8,2 | 17,6 | 7,7 | 89,4 | 89,4 | 8,6 | 44,2 |
| Arabien | 6,6 | 16,4 | 3,5 | 24,4 | 26,0 | 30,1 | 41,6 |
| Mittlerer Osten | 264,8 | 705,9 | 686,6 | 1087,9 | 1089,9 | 948,7 | 686,3 |
| Former Osten | 27,2 | 67,8 | 189,8 | 179,3 | 144,4 | 134,9 | 155,3 |
| UdSSR | 8,5 | 47,2 | 104,6 | 96,2 | 99,0 | 85,9 | 12,1 |
| Algerien | 0,9 | 47,2 | 51,1 | 14,5 | 4,2 | 4,5 | 29,4 |
| Nigeria | 0,9 | 51,4 | 101,3 | 94,0 | 5,5 | 10,4 | 68,0 |
| Afrika | 9,4 | 279,1 | 378,7 | 376,1 | 283,2 | 267,8 | 186,4 |
| WELT ohne Ostbl. | 917,2 | 1948,9 | 2351,2 | 2491,7 | 2488,4 | 2332,3 | 2014,2 |
| Sowjetunion | 148,0 | 352,7 | 427,3 | 572,5 | 586,0 | 603,0 | 615,5 |
| China | 3,9 | 20,0 | 33,6 | 104,0 | 108,2 | 106,0 | 110,0 |
| Ostblock | 151,9 | 372,7 | 460,9 | 676,5 | 694,2 | 709,0 | 725,5 |
| Welt total | 1069,1 | 2321,6 | 2812,1 | 3168,2 | 3182,6 | 3041,3 | 2739,7 |

Quelle: Petroleum Economist

immer zu befriedigenden Ergebnissen geführt" habe. (12) Anders gesagt, während etwa in Dänemark Bauer Jensen oder Karlsen überall seine Windmühle oder Biogasanlage zur Stromerzeugung nutzen kann, ist das hier in der BRD in aller Regel verboten. Aber kehren wir von dem, was möglich wäre und was in zahlreichen Studien vorgerechnet worden ist, zu dem zurück, was in der BRD an rationaler Energieanwendung tatsächlich betrieben wird, und hier — sagt die Bundesregierung — seien „die erzielten Erfolge (...) weit größer, als zu Beginn der Ölkrise“ (13) „nach wie vor davon aus, daß privatwirtschaftliche Vereinbarungen aufgrund ihrer Flexibilität den Interessensausgleich zwischen den Beteiligten besser gewährleisten als gesetzliche Regelungen.“ Im Industriebereich habe es 1979 eine „erste Vereinbarung“ und 1985 eine „Ergänzung“ gegeben und auch eine „erhöhte Zahl“ von Einsparungen. Das Dumme ist aber, daß auf dem freien Markt solchen Anlagen nur selten für Industrieunternehmen lohnen, da die Anschaffung erst einmal sehr teuer wäre. Die Bundesregierung gibt selbst zu, daß solche Bemühungen im mehrindustriellen Bereich „bei der Stromerzeugung aus regenerativen Energiequellen nicht

che Selbstverpflichtung gibt es bei Elektrogeräten, wo dann die diskutierte „Energieverbrauchsordnung“ fälschlicherweise wurde: „Eine solche Reglementierung würde den technischen Fortschritt eher hemmen.“ sagt die Bundesregierung, die stattdessen als „Wettbewerbsinstrument“ eine Energieeffizientierung empfiehlt. Immerhin wird hier im Industriebereich ein Rückgang des Stromverbrauchs um jährlich ein Prozent erwartet. Seit 1978 sei der spezifische Stromverbrauch bei Elektrogeräten um 15 bis 35% gesunken (12). In anderen Quellen kann man finden, daß der Stromverbrauch von Elektrogeräten anderen Quellen kann man finden, daß der Stromverbrauch von Elektrogeräten tendenziell um 50% zu senken wäre. (21)

Nicht zuletzt spielt bei der Entwicklung des Energieverbrauchs eine wichtige Rolle, daß das heutige wirtschaftliche Wachstum vor allem im sog. Dienstleistungssektor stattfindet, jedenfalls nicht in der energieintensiven Grundstoffindustrie. In unserem Schaubild stammte die letzte Prognose noch von einem Ökonomen, aber alle Energieprognosen gehen nun (nach 1985) von einer abnehmenden Tendenz aus und dies beim derzeitigen Stand der „Anstrengungen“ darum (22).

Auch wenn der spezifische Energieverbrauch in den Industrieländern noch erheblich, nämlich um einen Faktor zwei zwischen Dänemark, Japan, der BRD am unteren Ende und Kanada und den USA am oberen, schwankt (12), so ist der Trend überall gleich: Der Ölverbrauch liegt überall unter dem Stand von 1973, der Energieverbrauch wakt weiter. Nur im Ostblock und in der „3. Welt“ hat man noch einen steigenden Energiebedarf.

Woran der Ölkrise scheiterte

Als 1973 die Erdölförderländer ihren Verdienstanteil am Rohöl auf etwa 40% hochsetzten und damit auf einen Schlag das ständig billiger gewordene Öl dem allgemeinen Preisentwicklungsweg wieder angepaßt hatten, erhub sich hier großes Kriegsgeschrei. „Die Araber wissen ja genau, daß in der Geschichte wirtschaftliche Kriegserklärungen hundertmal mit militärischen beantwortet worden sind.“ tönte es in der Springer-Press. Und es blieb keineswegs nur bei der chauvinistischen Propaganda. Am 1.1. 1975 wurde Henry Kissinger gefragt, ob die USA militärische Aktionen als Reaktion auf die Ölpreiserhöhungen erwägen würden. Kissinger meinte daraufhin, daß es „auf etwas hochgegriffen“ sei, „so auf Freierho-

lungen zu reagieren“, aber daß es „etwas ganz anderes ist, wenn es tatsächlich um die Erdrosselung der Industriestaaten geht.“ Und schon brach ein Sturm der Empörung im arabischen Raum aus. Verteidigungsminister Schlesinger gab noch einen drauf: „Vielleicht würden wir ein erneutes Öl embargo nicht völlig passiv geschehen lassen. Ich werde keine mögliche Reaktion andeuten; ich möchte nur darauf hinweisen, daß uns wirtschaftliche, politische und möglicherweise militärische Mittel zur Verfügung stehen.“ (24) In der US-Öffentlichkeit gab es eine hitzige Debatte, welche Länder man denn am besten besetzen sollte. Allerdings setzten sich seinerzeit die Kritiker durch, so schrieb etwa der Chefredakteur von „Newsweek“, de Brochgrave: „Wenn ‚Sofa-Strategen‘ immer noch dabei bleiben, daß die Ölfelder Saudi Arabiens relativ einfach von den USA erobert werden können, so irren sie sich. Gut 700 Bohrlöcher sind über ein Gebiet von der Größe Westeuropas verstreut. Diese Bohrlöcher sind durch 7.000 Meilen Pipeline — größtenteils oberirdisch — an 150 Verarbeitungsanlagen und Pumpstationen angeschlossen. Sollten diese technischen Einrichtungen durch Sabotage zerstört werden, würde es Jahre — nicht Monate — dauern, sie wieder herzustellen. (...) Eine Intervention würde genau das heraufbeschwören, was sie verhindern soll: die ökonomische Strangulierung der westlichen Industriegesellschaften.“ (24) Und so wurde die Nixon-Politik nach dem Abzug der Briten Anfang der 70er Jahre in diesem Raum fortgesetzt, nämlich den Schah als imperialistischen Stellvertreter und Wachhund für die Region zu stützen. Und ausgerechnet dieser Wachhund, der immerhin sogar 44% des OPEC-Öls lieferte, fiel 1979 aus, die zweite Ölkrise begann und jetzt wurde tatsächlich an den Ausbau der „Schlüssel-Eingriffsgruppe“ zögerlich herangegangen und Präsident Carter erklärte, daß jede Blockierung des US-Zugangs zum Öl des Persischen Golfs „als Angriff auf die vitalen Interessen der Vereinigten Staaten“ angesehen würde und „durch den Gebrauch aller nötigen Mittel, einschließlich militärischer, abgewehrt“ würde.

Die Drohung der Imperialisten mit Rohstoff- und Verteidigungskrieg ist ernst zu nehmen, die NATO bereitet sich darauf vor. Doch ein Ölkrise kann nicht zur unmittelbaren Sicherung der Rohstoffgrundlage geführt werden, sondern umgekehrt. Krieg ums Öl und andere Rohstoffe kann man dann führen, wenn eine weitgehende Unabhängigkeit vom einzelnen Rohstofflieferanten oder „Krisenherd“ besteht.

Die Autarkiepolitik

Eine krisen- oder gar kriegsachtere Energieversorgungsstruktur läuft nach etwas anderen Gesetzen. 1980, nach der zweiten Ölkrise, sagte der Energiemanager Prof. Knizia: „Energie wird noch viel mehr kosten als Rüstung.“ Im Energiebericht der Bundesregierung heißt es wieder bedächtig, daß die Energieversorgung „nicht notwendig billig sein müsse.“ Entscheidend ist, daß die deutsche Volkswirtschaft zu etwa gleichen Bedingungen wie ihre maßgeblichen internationalen Wettbewerber versorgt wird. Dieses Ziel ist insgesamt bei allen Energieträgern erreicht. (12) Und da sich diese Wettbewerber auf eine Strategie weg vom OPEC-Öl, geeinigt hatten, war man geradezu daran interessiert, die Ölpreise in die Höhe zu treiben. Das ist auch der Grund, warum die Ölmutia den sinkenden Ölverbrauch verkraften konnten. Ganz unvermeidlich gibt es dabei Verluste, man spricht von 20 Mrd. bei der Raffinerie-Kapazität in der BRD. Andererseits konnten die Multis auch während der Ölkrise kräftig zulegen, allerdings mußten sie inzwischen die ersten Plätze in der Hitliste der Großen zugunsten der Automobilgiganten räumen.

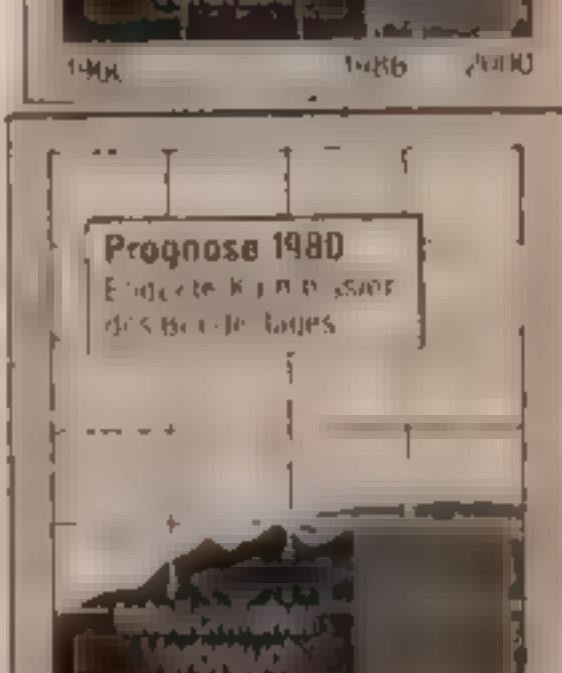
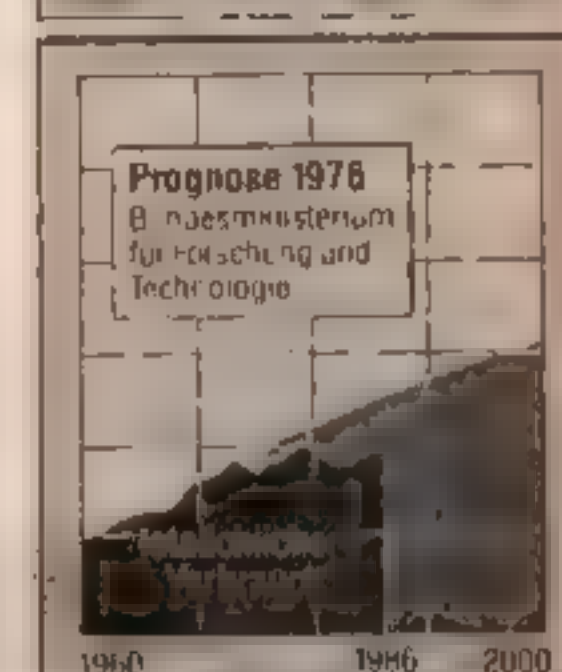
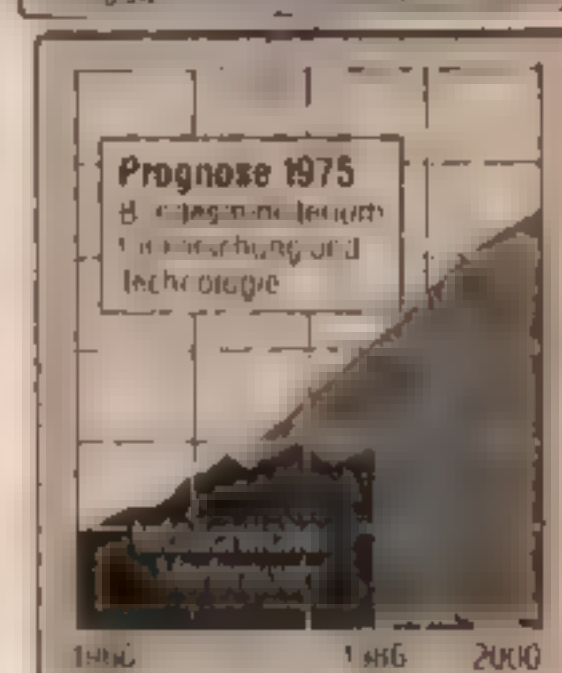
Umsätze der Ölmultis in Mrd. Dollar

| Stamm | 1973 | 1978 |
|--------------|------|------|
| Exxon | 26 | 65 |
| Shell | 19 | 47 |
| Mobil | 11 | 37 |
| Texaco | 11 | 29 |
| BP | 8 | 29 |
| Standard Oil | 8 | 23 |
| Gulf | 8 | 20 |

(aus „die Zeit“, 25.1.80)

Wenn man sich die Veränderungen der Energieversorgung der BRD innerhalb von zehn Jahren anschaut, erkennt man in der Tat ziemlich Veränderungen:

SCHAUBILD: Struktur der Energieversorgung 73/85

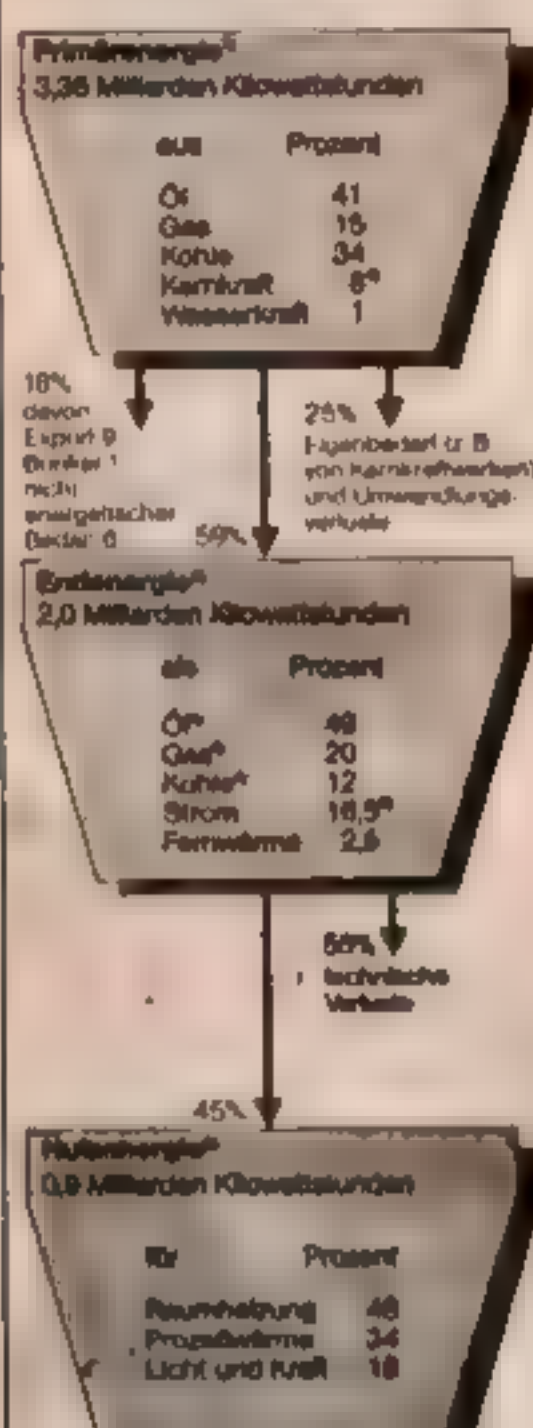


Quelle: Energiebericht der Bundesregierung

Der Energie-Trichter

Der Energie-Trichter

Energiebedarf der BRD 1984



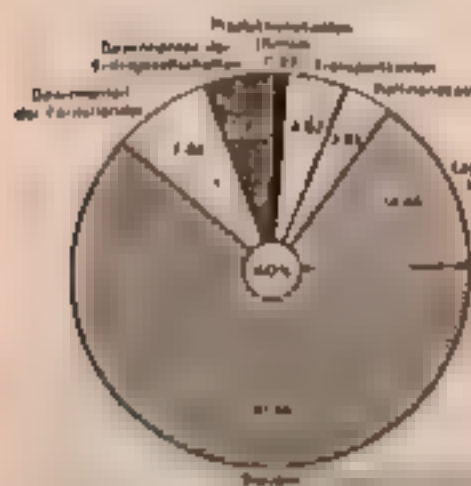
* Ergänzung der Energieberichte: * Energieversorgung der BRD 1984: 1. am 1.1. 1984, 2. am 1.1. 1985, 3. am 1.1. 1986, 4. am 1.1. 1987, 5. am 1.1. 1988, 6. am 1.1. 1989, 7. am 1.1. 1990, 8. am 1.1. 1991, 9. am 1.1. 1992, 10. am 1.1. 1993, 11. am 1.1. 1994, 12. am 1.1. 1995, 13. am 1.1. 1996, 14. am 1.1. 1997, 15. am 1.1. 1998, 16. am 1.1. 1999, 17. am 1.1. 2000, 18. am 1.1. 2001, 19. am 1.1. 2002, 20. am 1.1. 2003, 21. am 1.1. 2004, 22. am 1.1. 2005, 23. am 1.1. 2006, 24. am 1.1. 2007, 25. am 1.1. 2008, 26. am 1.1. 2009, 27. am 1.1. 2010, 28. am 1.1. 2011, 29. am 1.1. 2012, 30. am 1.1. 2013, 31. am 1.1. 2014, 32. am 1.1. 2015, 33. am 1.1. 2016, 34. am 1.1. 2017, 35. am 1.1. 2018, 36. am 1.1. 2019, 37. am 1.1. 2020, 38. am 1.1. 2021, 39. am 1.1. 2022, 40. am 1.1. 2023, 41. am 1.1. 2024, 42. am 1.1. 2025, 43. am 1.1. 2026, 44. am 1.1. 2027, 45. am 1.1. 2028, 46. am 1.1. 2029, 47. am 1.1. 2030, 48. am 1.1. 2031, 49. am 1.1. 2032, 50. am 1.1. 2033, 51. am 1.1. 2034, 52. am 1.1. 2035, 53. am 1.1. 2036, 54. am 1.1. 2037, 55. am 1.1. 2038, 56. am 1.1. 2039, 57. am 1.1. 2040, 58. am 1.1. 2041, 59. am 1.1. 2042, 60. am 1.1. 2043, 61. am 1.1. 2044, 62. am 1.1. 2045, 63. am 1.1. 2046, 64. am 1.1. 2047, 65. am 1.1. 2048, 66. am 1.1. 2049, 67. am 1.1. 2050, 68. am 1.1. 2051, 69. am 1.1. 2052, 70. am 1.1. 2053, 71. am 1.1. 2054, 72. am 1.1. 2055, 73. am 1.1. 2056, 74. am 1.1. 2057, 75. am 1.1. 2058, 76. am 1.1. 2059, 77. am 1.1. 2060, 78. am 1.1. 2061, 79. am 1.1. 2062, 80. am 1.1. 2063, 81. am 1.1. 2064, 82. am 1.1. 2065, 83. am 1.1. 2066, 84. am 1.1. 2067, 85. am 1.1. 2068, 86. am 1.1. 2069, 87. am 1.1. 2070, 88. am 1.1. 2071, 89. am 1.1. 2072, 90. am 1.1. 2073, 91. am 1.1. 2074, 92. am 1.1. 2075, 93. am 1.1. 2076, 94. am 1.1. 2077, 95. am 1.1. 2078, 96. am 1.1. 2079, 97. am 1.1. 2080, 98. am 1.1. 2081, 99. am 1.1. 2082, 100. am 1.1. 2083, 101. am 1.1. 2084, 102. am 1.1. 2085, 103. am 1.1. 2086, 104. am 1.1. 2087, 105. am 1.1. 2088, 106. am 1.1. 2089, 107. am 1.1. 2090, 108. am 1.1. 2091, 109. am 1.1. 2092, 110. am 1.1. 2093, 111. am 1.1. 2094, 112. am 1.1. 2095, 113. am 1.1. 2096, 114. am 1.1. 2097, 115. am 1.1. 2098, 116. am 1.1. 2099, 117. am 1.1. 2100, 118. am 1.1. 2101, 119. am 1.1. 2102, 120. am 1.1. 2103, 121. am 1.1. 2104, 122. am 1.1. 2105, 123. am 1.1. 2106, 124. am 1.1. 2107, 125. am 1.1. 2108, 126. am 1.1. 2109, 127. am 1.1. 2110, 128. am 1.1. 2111, 129. am 1.1. 2112, 130. am 1.1. 2113, 131. am 1.1. 2114, 132. am 1.1. 2115, 133. am 1.1. 2116, 134. am 1.1. 2117, 135. am 1.1. 2118, 136. am 1.1. 2119, 137. am 1.1. 2120, 138. am 1.1. 2121, 139. am 1.1. 2122, 140. am 1.1. 2123, 141. am 1.1. 2124, 142. am 1.1. 2125, 143. am 1.1. 2126, 144. am 1.1. 2127, 145. am 1.1. 2128, 146. am 1.1. 2129, 147. am 1.1. 2130, 148. am 1.1. 2131, 149. am 1.1. 2132, 150. am 1.1. 2133, 151. am 1.1. 2134, 152. am 1.1. 2135, 153. am 1.1. 2136, 154. am 1.1. 2137, 155. am 1.1. 2138, 156. am 1.1. 2139, 157. am 1.1. 2140, 158. am 1.1. 2141, 159. am 1.1. 2142, 160. am 1.1. 2143, 161. am 1.1. 2144, 162. am 1.1. 2145, 163. am 1.1. 2146, 164. am 1.1. 2147, 165. am 1.1. 2148, 166. am 1.1. 2149, 167. am 1.1. 2150, 168. am 1.1. 2151, 169. am 1.1. 2152, 170. am 1.1. 2153, 171. am 1.1. 2154, 172. am 1.1. 2155, 173. am 1.1. 2156, 174. am 1.1. 2157, 175. am 1.1. 2158, 176. am 1.1. 2159, 177. am 1.1. 2160, 178. am 1.1. 2161, 179. am 1.1. 2162, 180. am 1.1. 2163, 181. am 1.1. 2164, 182. am 1.1. 2165, 183. am 1.1. 2166, 184. am 1.1. 2167, 185. am 1.1. 2168, 186. am 1.1. 2169, 187. am 1.1. 2170, 188. am 1.1. 2171, 189. am 1.1. 2172, 190. am 1.1. 2173, 191. am 1.1. 2174, 192. am 1.1. 2175, 193. am 1.1. 2176, 194. am 1.1. 2177, 195. am 1.1. 2178, 196. am 1.1. 2179, 197. am 1.1. 2180, 198. am 1.1. 2181, 199. am 1.1. 2182, 200. am 1.1. 2183, 201. am 1.1. 2184, 202. am 1.1. 2185, 203. am 1.1. 2186, 204. am 1.1. 2187, 205. am 1.1. 2188, 206. am 1.1. 2189, 207. am 1.1. 2190, 208. am 1.1. 2191, 209. am 1.1. 2192, 210. am 1.1. 2193, 211. am 1.1. 2194, 212. am 1.1. 2195, 213. am 1.1. 2196, 214. am 1.1. 2197, 215. am 1.1. 2198, 216. am 1.1. 2199, 217. am 1.1. 2200, 218. am 1.1. 2201, 219. am 1.1. 2202, 220. am 1.1. 2203, 221. am 1.1. 2204, 222. am 1.1. 2205, 223. am 1.1. 2206, 224. am 1.1. 2207, 225. am 1.1. 2208, 226. am 1.1. 2209, 227. am 1.1. 2210, 228. am 1.1. 2211, 229. am 1.1. 2212, 230. am 1.1. 2213, 231. am 1.1. 2214, 232. am 1.1. 2215, 233. am 1.1. 2216, 234. am 1.1. 2217, 235. am 1.1. 2218, 236. am 1.1. 2219, 237. am 1.1. 2220, 238. am 1.1. 2221, 239. am 1.1. 2222, 240. am 1.1. 2223, 241. am 1.1. 2224, 242. am 1.1. 2225, 243. am 1.1. 2226, 244. am 1.1. 2227, 245. am 1.1. 2228, 246. am 1.1. 2229, 247. am 1.1. 2230, 248. am 1.1. 2231, 249. am 1.1. 2232, 250. am 1.1. 2233, 251. am 1.1. 2234, 252. am 1.1. 2235, 253. am 1.1. 2236, 254. am 1.1. 2237, 255. am 1.1. 2238, 256. am 1.1. 2239, 257. am 1.1. 2240, 258. am 1.1. 2241, 259. am 1.1. 2242, 260. am 1.1. 2243, 261. am 1.1. 2244, 262. am 1.1. 2245, 263. am 1.1. 2246, 264. am 1.1. 2247, 265. am 1.1. 2248, 266. am 1.1. 2249, 267. am 1.1. 2250, 268. am 1.1. 2251, 269. am 1.1. 2252, 270. am 1.1. 2253, 271. am 1.1. 2254, 272. am 1.1. 2255, 273. am 1.1. 2256, 274. am 1.1. 2257, 275. am 1.1. 2258, 276. am 1.1. 2259, 277. am 1.1. 2260, 278. am 1.1. 2261, 279. am 1.1. 2262, 280. am 1.1. 2263, 281. am 1.1. 2264, 282. am 1.1. 2265, 283. am 1.1. 2266, 284. am 1.1. 2267, 285. am 1.1. 2268, 286. am 1.1. 2269, 287. am 1.1. 2270, 288. am 1.1. 2271, 289. am 1.1. 2272, 290. am 1.1. 2273, 291. am 1.1. 2274, 292. am 1.1. 2275, 293. am 1.1. 2276, 294. am 1.1. 2277, 295. am 1.1. 2278, 296. am 1.1. 2279, 297. am 1.1. 2280, 298. am 1.1. 2281, 299. am 1.1. 2282, 300. am 1.1. 2283, 301. am 1.1. 2284, 302. am 1.1. 2285, 303. am 1.1. 2286, 304. am 1.1. 2287, 305. am 1.1. 2288, 306. am 1.1. 2289, 307. am 1.1. 2290, 308. am 1.1. 2291, 309. am 1.1. 2292, 310. am 1.1. 2293, 311. am 1.1. 2294, 312. am 1.1. 2295, 313. am 1.1. 2296, 314. am 1.1. 2297, 315. am 1.1. 2298, 316. am 1.1. 2299, 317. am 1.1. 2300, 318. am 1.1. 2301, 319. am 1.1. 2302, 320. am 1.1. 2303, 321. am 1.1. 2304, 322. am 1.1. 2305, 323. am 1.1. 2306, 324. am 1.1. 2307, 325. am 1.1. 2308, 326. am 1.1. 2309, 327. am 1.1. 2310, 328. am 1.1. 2311, 329. am 1.1. 2312, 330. am 1.1. 2313, 331. am 1.1. 2314, 332. am 1.1. 2315, 333. am 1.1. 2316, 334. am 1.1. 2317, 335. am 1.1. 2318, 336. am 1.1. 2319, 337. am 1.1. 2320, 338. am 1.1. 2321, 339. am 1.1. 2322, 340. am 1.1. 2323, 341. am 1.1. 2324, 342. am 1.1. 2325, 343. am 1.1. 2326, 344. am 1.1. 2327, 345. am 1.1. 2328, 346. am 1.1. 2329, 347. am 1.1. 2330, 348. am 1.1. 2331, 349. am 1.1. 2332, 350. am 1.1. 2333, 351. am 1.1. 2334, 352. am 1.1. 2335, 353. am 1.1. 2336, 354. am 1.1. 2337, 355. am 1.1. 2338, 356. am 1.1. 2339, 357. am 1.1. 2340, 358. am 1.1. 2341, 359. am 1.1. 2342, 360. am 1.1. 2343, 361. am 1.1. 2344, 362. am 1.1. 2345, 363. am 1.1. 2346, 364. am 1.1. 2347, 365. am 1.1. 2348, 366. am 1.1. 2349, 367. am 1.1. 2350, 368. am 1.1. 2351, 369. am 1.1. 2352, 370. am 1.1. 2353, 371. am 1.1. 2354, 372. am 1.1. 2355, 373. am 1.1. 2356,

Fortsetzung von vorheriger Seite

Wenn die Bundesregierung stolz verkündet, daß beim Sektor Öl der OPEC-Anteil zudem von 96% (1973) auf 36% geschrumpft und der Anteil des „weniger krisenanfälligen“ Nordsees gleichzeitig auf ein Drittel gesunken sei, so wäre das ohne Ölpreissetzung kaum möglich gewesen. Oder anders ausgedrückt: Unterhalb 20 Dollar pro Barrel für Nalut-Öl wird Nordseeöl ein Zuschußgeschäft. Die drastische Verteuerung der Energiepreise und insbesondere der Erdöl- und Erdgaspreise kurbelte die Ölpreise an und ließ sehr schnell neue Quellen hervorsprudeln: Eine halbe Milliarde Tonnen Kohöl wird heute in der OPEC weniger und weltweit mehr gefordert als 1973 (ohne Ostblock). Das sind ein Viertel des gesamten Weltverbrauchs an Öl.

Kommt eine neue Ölzeit?

Aber diese Entwicklung des Ölüberangebots und des sinkenden OPEC-Anteils hat zu dem Versuch geführt, daß die OPEC-Staaten mit niedrigeren Preisen versuchen, ihren Anteil wieder zu erhöhen. Seit 1985 sinken die Ölpreise sehr drastisch, die Ölrechnung sank 1986 um über 30 Mrd. DM für die BRD ab (26). Schon längst vorher hat das Einsetzen der Preislenkung dazu geführt, daß Energien wie die Kohleveredelung oder die Förderung von Ölsanden, etc. erst einmal für längere Zeit aus dem Feld geschlagen sind.



Kosten, Steuern und Gewinnanteile der Förderländer und Erdölgesellschaften, bezogen auf den Endverbraucherpreis für Mineralölprodukte pro Barrel

Kosten, Steuern und Gewinnanteile der Förderländer und Erdölgesellschaften bezogen auf den Endverbraucherpreis für Mineralölprodukte pro Barrel

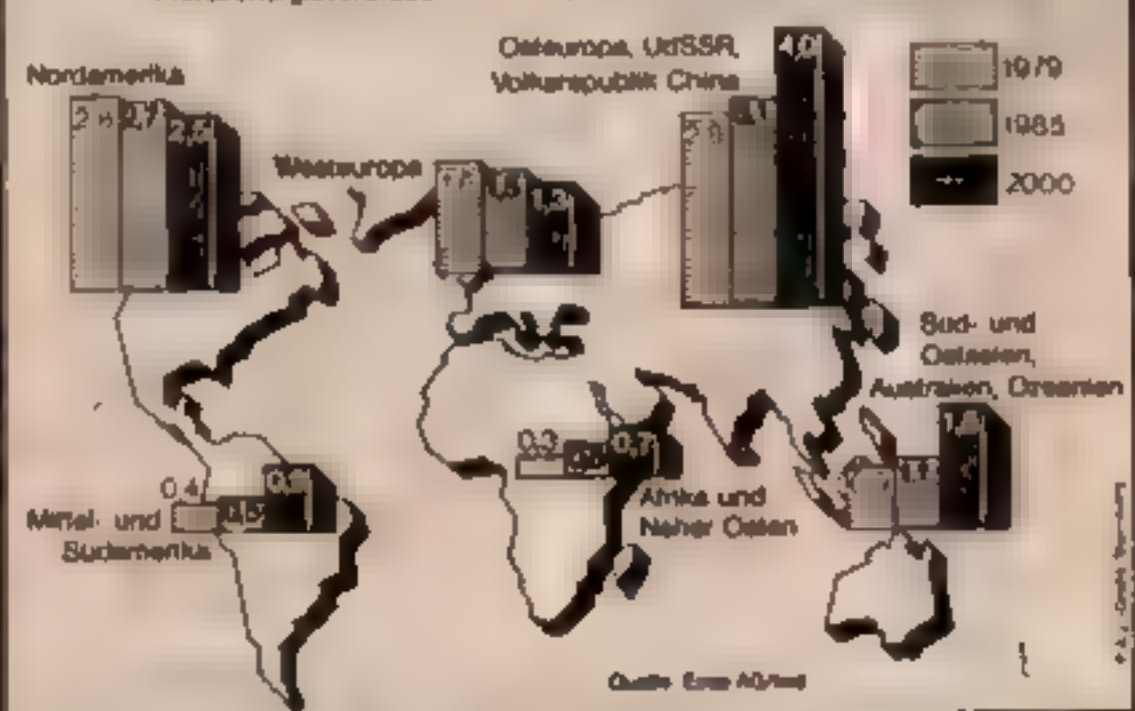
Selbst eine Umkehrung der Entwicklung wird nicht mehr völlig ausgeschlossen. Bei der Bundesregierung liegt sich das so, daß dies „kurzfristig keinerlei Änderungen der Energiepolitik hervorrufen“ werde, aber: „Sollten die Energiepreise auf Jahre niedrig bleiben, würden sie den Energie- und vor allem den Ölverbrauch sicherlich wesentlich stärker beeinflussen. Der Anteil zu Einsparungsmaßnahmen könnte gedämpft werden. Weltweit wäre in stärkerem Maße eine Rückkehr zu billigem Öl denkbar.“ Schon jetzt würden „Ölgesellschaften die Exploration und Entwicklung neuer Ölfelder verschieben.“ (12) Wenn weniger (teure) Ölfelder außerhalb der OPEC erschlossen werden, heißt das auch, daß die Bedeutung der OPEC wiederum zunimmt. Für die USA ergibt sich folgendes Bild: „In den vier Ölsaaten Texas, Alaska, Oklahoma und Louisiana führte die Flut billigen Imports zu deutlichen Arbeitsplatzverlusten und dem Abschied von den stolzen Wachstumsraten der frühen achtziger Jahre. Das hat innerhalb nur eines Jahres nach Angaben des Energieministeriums in Washington zu einer Erhöhung des Importanteils um neun Punkte auf 38 Prozent geführt. Hat dieser Trend an, wird Amerika in etwa zehn Jahren rund 50% seines Ölbedarfs importieren, also wieder so abhängig sein wie vor den beiden Ölpreiskrisen. Das hat die Politiker auf den Plan gerufen.“ Nun wird über Gegensteuerungsmaßnahmen diskutiert, ob eine Importsteuer für billiges OPEC-Öl oder eine allgemeine Anhebung der Ölverbrauchssteuer und damit des Ölpreises erlassen werden soll. Trotzdem zeigt sich hier die Möglichkeit einer erneuten Abhängigkeit von der OPEC und das fürchten die Imperialisten wie der Teufel das Weihwasser. Und was soll man tun, wenn hier die nächste „Krise“ vorprogrammiert ist?

Eine neue Krisenpolitik?

Für den Fall der nächsten Krise, die sicherlich in den nächsten Jahren noch nicht kommen werde, schlägt der Veba-Chef Bernigau Forderung eine andere Linie ab in den 70er Jahren für die BRD vor: „Die Rahmendaten der Energiepolitik stellen sich heute also grundsätzlich anders dar als in den

Nur die Dritte Welt verbraucht noch mehr Energie

Primärenergieverbrauch in Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten



stiebziger Jahren. Generell kann Energiepolitik zwei Zielrichtungen haben: Unmittelbare Einflussnahme auf die Energiestruktur. So zielte im Gefolge der ersten Ölpreiskrise die Politik direkt auf die Energiestruktur, Stichwort aus dem Energieprogramm von damals: 30.000 MW Kernenergie, Kohlevorrang, weg vom Öl, Kohleveredelung, Senkung der Importabhängigkeit. (...) Heute gilt unverändert, daß Energieimporte eines Tages plötzlich knapp und sehr teuer werden können. Technische Möglichkeiten, die Versorgungsstruktur weniger importabhängig zu gestalten, gäbe es. Braunkohlensatz durch Kernenergie, Veredelung von Braun- und Steinkohle, forcierte Ausdehnung der Stromerzeugung im Wärmemarkt (...). Allerdings erfordert das Vorbereiten auf einen Krisenfall X jahrelang überhöhte Energiekosten, die später mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit nicht in Relation stehen zu dem dann eintretenden Vorteil. (...) Folglich ist es besser, die Versorgungssicherheit über das freie Spiel der Energiepreise anzustreben. Dies schließt nicht aus, daß eines Tages hohe Knappheitspreise auftreten können. Diese dann hohen internationalen Energiepreise sind aber ebenso wettbewerbsneutral wie die heute günstigen. Ferner (...) sind wir in einem solchen Krisenfall wohl auch in der Lage, sozusagen noch eine Mark mehr als manche konkurrierende Industrienation zu zahlen. Aus diesem Gedanken leite ich ab, daß das Vorbereiten auf potentielle Ferner (...) sind wir in einem solchen Krisenfall wohl auch in der Lage, sozusagen noch eine Mark mehr als manche konkurrierende Industrienation zu zahlen. Aus diesem Gedanken leite ich ab, daß das Vorbereiten auf potentielle internationale Energiekrisen grundsätzlich keine dringenden Maßnahmen im nationalen Energiemarkt erfordert, vielmehr eine Aufgabe der Forschungspolitik sein und bleiben sollte. Die entspannte Energielage darf also nicht zu sogenannten Jodennissen in der Energieforschung führen. Man sollte sich technisches Wissen und Können parat halten. (...) Die Energiepolitik liegt heute also richtig, wenn sie die Ziele der stiebziger Jahre nicht weiterverfolgt.“ (11)

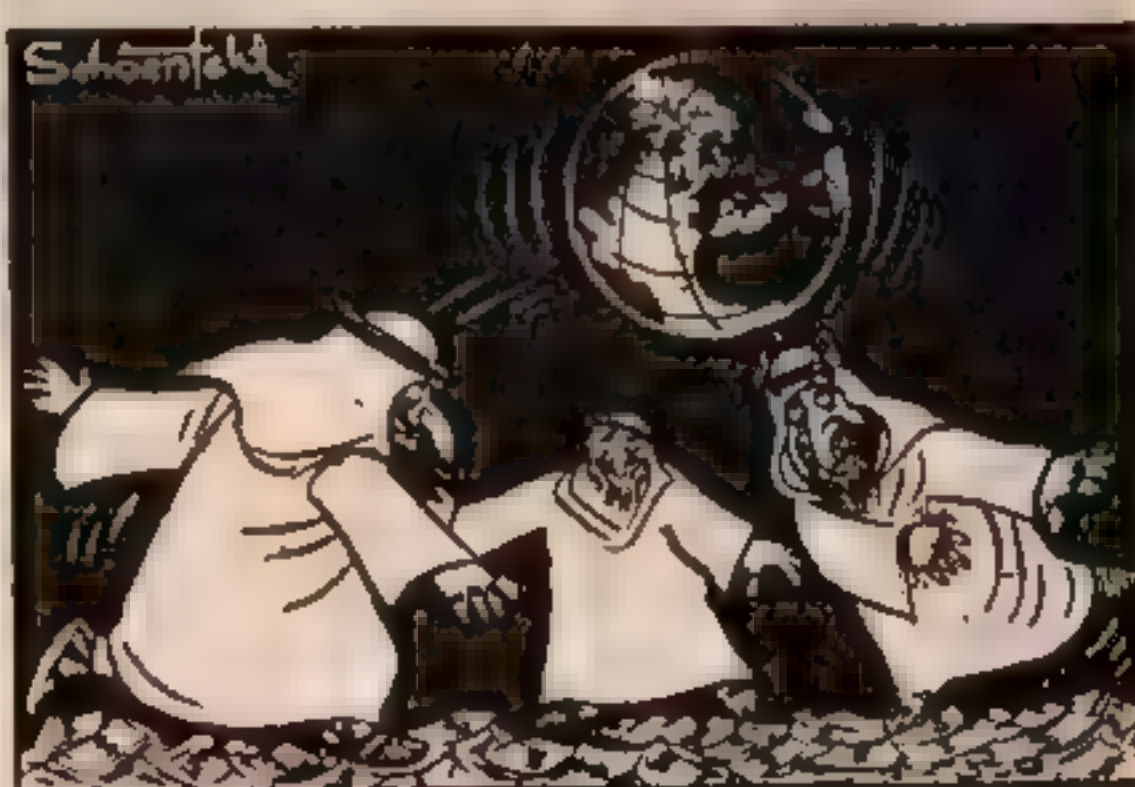
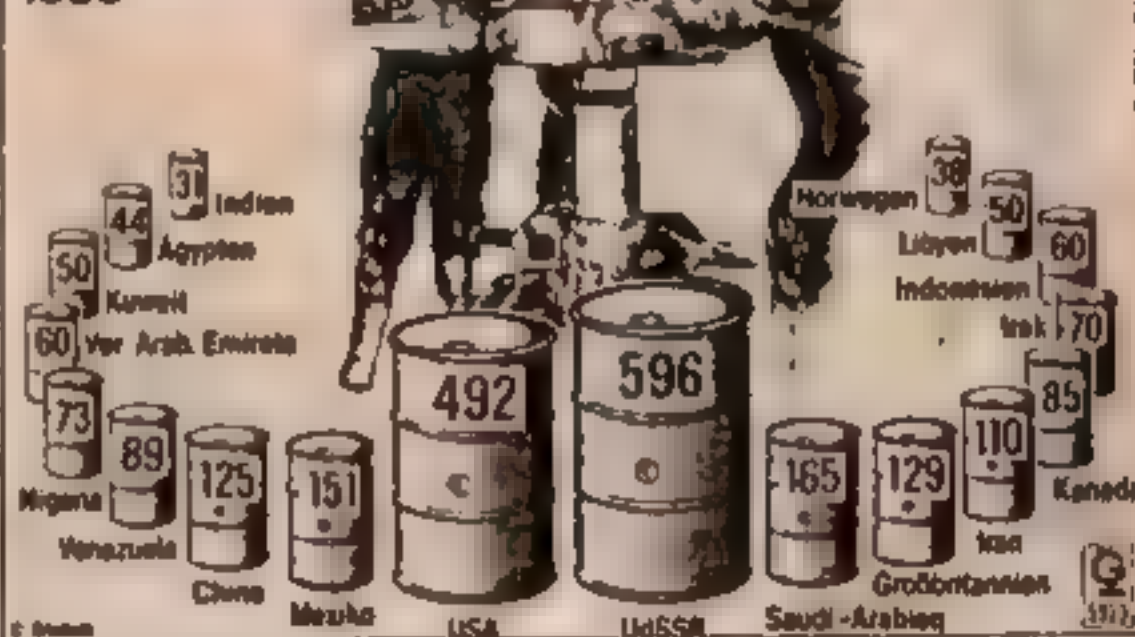
Zum Ende der Ressourcen

Wie man sieht, will man auf die nächste Krise gelassener zusehen. Das ist unsofern interessant, weil gerade die Ölkrise auch zu allerlei Prophezeiungen über das „Ende der natürlichen Reichtümer“ beigetragen hat. Speziell das Öl (und auch Gas) gelten seither als besonders knapp. Natürlich sind alle diese Vorräte nur von endlicher Dauer. Es ist aber so, daß Öl noch für hundert Jahre in ausreichenden Mengen vorhanden ist. Über einen so langen Zeitraum und vernünftige Prognosen unmöglich, es sei denn, man entwickelt dazu ein religiöses Verhältnis. Man rechne doch nur einmal einhundert Jahre zurück. Welche Prognosen für die heutige Zeit sollten denn damals möglich gewesen sein? Schon vor der Ölkrise hatte der von der VW-Stiftung, Fiat und der amerikanischen Ford Foundation ausgehaltene „Club of Rome“ das baldige Ende zahlreicher Ressourcen vorausgesagt und eine schmerzliche Umwälzung kopernikanischer Ausmaßes gefordert, wenn diese Katastrophe noch verhindert werden sollte. Und es ist in der Tat erstaunlich, wieviele Ökologen und Alternativen sich auf diese Studie bezogen haben. Die Politik weg vom Öl bis hin zur Propagierung des Konsumverzehrs gehört heute fast zum alternativen ökologischen Standard. Aber der Denkfehler ist der gleiche wie bei den alten Energieprognosen: Man nimmt an, das Öl würde trotz Verknappung und Verteuerung weiter wie bisher verchleudert. Geht man davon aus, der Ölverbrauch würde sich alle zehn Jahre verdoppeln wie vor der ersten Ölkrise, dann kommt der große Kollaps und Systemzusammenbruch tatsächlich in einigen Jahrzehnten. Die Abflachung

des Energieverbrauchs hat natürlich die Endlichkeit der Ölzene schon ziemlich weit in die ferne Zukunft verschoben. Bleibt der Ölverbrauch konstant, statt sich in je zehn Jahren zu verdoppeln, so reichen allein die damals für dreißig Jahre angenommenen Ölreserven für die kommenden 140 Jahre. Hinzu kommt, daß die Energieverteilung zu erheblichen Anstrengungen zur Erschließung neuer Ölfelder, aber auch zur Suche nach weiteren Reserven geführt hat. Das hat sehr schnell neue Ressourcen und Reichtümer zum Vorschein gebracht.

Gerade weil das Öl nun wieder billiger wird, werden in allen kapitalistischen Rechnungen die Ölreserven nun wieder knapper. Dieses Paradoxon kommt dadurch zustande, daß als Reserve die Ölreserven gelten, die zum jeweiligen Preis profitabel gewonnen werden können. So gab es zu dem hohen Ölpreis, der noch Anfang der 80er Jahre galt, nach derzeitiger Kenntnis noch 100 Milliarden Tonnen Öl zu gewinnen. Zu dem jetzigen Preisstandard sind aber nur noch 20 Milliarden Tonnen Öl zu fördern, was nicht einmal für 10 Jahre reichen würde. Aber so werden Ölreserven nun einmal berechnet. Es gibt aber immer noch astronomische Vorräte beim Öl und allen an-

Die größten Öl-Produzenten 1985



Arabisches Spielzeug
Rassistische Hetze aus der „Bild“ (8.11.73)

deren Energieträgern, wenn man sich auch technisch abgebaut werden könnte, was davon vorhanden ist, wie folgende Übersicht zeigt.

Weltvorräte an Energierohstoffen

— in Mrd. t SKE —

Weltvorräte an Energierohstoffen

— in Mrd. t SKE —

| Energierohstoff | erschlossen | % | potenziell möglich (Reserven) | % | vermutlich technisch gewinnbar | % | technisch ökonomisch gewinnbar (Reserven) | % | derzeitiger jährlicher Verbrauch |
|----------------------------------|-----------------|-----|-------------------------------|-----|--------------------------------|-----|---|-----|----------------------------------|
| Kohle | 2.000 | 50 | 10.000 | 82 | 2.000 | 21 | 640 | 39 | 3 |
| Erdöl | 1993 | 5 | 1.042 | 2 | 394 | 9 | 127 | 11 | (2,7 Mrd t) |
| | (119 Mrd t) | | (725 Mrd t) | | (260 Mrd t) | | (88 Mrd t) | | |
| Erdgas | 99 | 2 | 647 | 3 | 357 | 9 | 96 | 9 | (1.400 Mrd m³) |
| | (74.000 Mrd m³) | | (333.000 Mrd m³) | | (268.000 Mrd m³) | | (74.000 Mrd m³) | | |
| Öl in Ozeanen ¹⁾ | 821 | 21 | 1.198 | 7 | 657 | 17 | 14 | 10 | |
| | (370 Mrd t) | | (832 Mrd t) | | (456 Mrd t) | | (74 Mrd t) | | |
| Öl in Öl-schiefern ²⁾ | 775 | 20 | 2.726 | 1 | 387 | 10 | 12 | 5 | |
| | (538 Mrd t) | | (1.894 Mrd t) | | (269 Mrd t) | | (36 Mrd t) | | |
| Uran ³⁾ | 65 | 2 | 650 | 4 | 11 | 4 | 11 | 8 | (20 Mrd t) |
| | (3,0 Mrd t) | | (130 Mrd t) | | (7 t Mrd t) | | (3,0 Mrd t) | | |
| Total | 3.963 | 100 | 16.000 | 100 | 2.938 | 100 | 1.891 | 100 | |

ANMERKUNGEN

- 1) konventionelle und unkonventionelle Förderkapazitäten
- 2) Öl in Platte
- 3) Abbaufortschritt 20% im Bergbau
- 4) Ölabbau mehr als 40 l/t Schiefer
- 5) Abbaufortschritt 30% im Bergbau
- 6) Uran in der Preisklasse bis 130 Dollar/kg; der Umrechnung in t SKE liegt die Ausnutzung im Leichtwasser-Reaktor zugrunde

Quelle: Materialien der SPD zu Tschernobyl

ANMERKUNGEN

- (1) AK 182, 26.7.80, S. 77: „Wer verdient an den steigenden Ölpreisen?“
- (2) Warum klumpen wir gegen Atomkraftwerke? Broschüre des KB, erschienen im November 1978
- (3) AK 55, 28.1.75 S. 1/29: Marsch in den dritten Weltkrieg und „Morgen beginnt der Krieg um Öl“
- (4) FAZ, 9.9.80
- (5) „Umschau“, 20.7.79
- (6) FR, 3.7.79
- (7) Wirtschaftswoche, 8.8.80
- (8) AK 185, 22.9.80 S. 10: 300.000.000.000 Dollar für die Umsetzung der imp. Energieversorgung
- (9) „VWD“, 22.4.1980
- (10) Spiegel, 26.5.80
- (11) Rudolf v. Bennigsen-Förster bei der VTK-Jahreskonferenz am 18.11.85, aus VTK-Mitteilungen 6/85
- (12) Energiebericht der Bundesregierung vom 26.8.86, Bundestagsdrucksache 108073

- (13) Ernst Bloch schrieb in „Prinzip Hoffnung“: „daß die Atomenergie in der düsteren Atmosphäre des Friedens aus der Wüste Fruchtland aus Eisführung machen kann. Einige hundert Pfund Uranium und Thorium reichen aus, die Sahara und die Wüste wüstenverheiden zu lassen. Sibirien und Nordkanada, Grönland und die Antarktis zur Riviera zu verwandeln.“ (21. nach (4))
- (14) Die Lehren aus Tschernobyl: Materialien und Zwischenbericht der sog. Hüll-Kommission (s. Kommission Sichere Energieversorgung ohne Atomkraft)
- (15) In der Technik gilt: 1 Kilo (K) = Tausend, 1 Mega (M) = Million, 1 Giga (G) = Milliarde
- (16) Spiegel Serie zur Plutonium-Welt, 16.7.87 und 11
- (17) Jahrbuch der Atomwirtschaft 1986, Handverleitet Verlag Düsseldorf
- (18) FR, 26.7.88
- (19) Jahrbuch der Atomwirtschaft 1987
- (20) kg SKE ist die Energieleistung, die aus einem kg Steinkohle gewonnen werden kann
- (21) aus der Grün-Broschüre: „der sofort

- (22) Der Energiebericht der Bundesregierung 8. (1986) sind die Vorausschätzungen von PROGNOSIS, BfE und ESO und der EG-Kommission beigefügt, wonach im Jahre 2000 gegenüber 1985 der Energieverbrauch 24,48 Mrd t und 12,3% abnimmt während der Stromverbrauch sogar kräftig steigen soll
- (23) Dieter Cyon in der Welt, 15.11.1973
- (24) Mit Nazi-Taktik jederzeit überall, mit allen Waffen. Die Enttarnung der neuen Interventionen spricht die USA-Militärpolitik
- (25) WZ, 14.9.80
- (26) FAZ, 6.7.86
- (27) FAZ, 10.4.87
- (28) „...ub of Rome: objektive Wissenschaft oder Auftragsarbeit für Kapital“, aus „Z“, Nr. 6, 26.4.80

111

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift
für liberale Kultur und Politik

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Beibehaltung eines libertären Gegenraums (Libertäre Zentren, Foren, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht das reaktionäre Schlagwort vom «anderen Staat» mit Leben zu füllen, also Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.



Inhalt von Nr. 24

- ★ Anarchosamstag in Arnolds-heim
- ★ VOBÖ - Jo bittel // Exit - Berlin
- ★ Prozesse gegen linke Zeitschriften
- ★ Hausbesetzerprozeß Wuppertal - Prozeßurteilung von Dieter Neid
- ★ Das Tabuthema: Knast in Deutschland - ein Diskussionsbeginn anhand der Knastthesen der GAL Hamburg
- ★ Wahlnachschlag - Unglück, Trude Unruh und die Gestaltfänger
- ★ Über die patriarchalische Struktur unserer Gesellschaft - von Stefan Schulz
- ★ Karl Otten - oder die expressionistischen Wurzeln unserer Tradition von Harby Sachs
- ★ Hans Litten - eine (seltsam-überarbeitete) Neuausgabe in der DDR
- ★ Einmal wieder ein (seltsam-überarbeitete) Neuausgabe in der DDR von Bernd Siegel
- ★ Freilassung von SMOT-Angehörigen in der UdSSR/Libertäre in Ungarn heute - der Versuch einer Kontaktaufnahme

Einzelnummer 5 -DM
 SF-Abonnement: 15 -DM
 Sondernummer ARBEIT: 5 -DM
 Sonderdruck SF 0-12: 10 -DM

Redakt. on Schwarzer Faden
 Postfach
 7031 Grafenau-1

Die Sommerschulung des KB-Bawu/RhPf vom 8. - 16. August hat dieses Jahr das Thema

Wer ist das revolutionäre Subjekt heute?

Wir wollen diskutieren über die Positionen der Klassiker dazu, über die heutige Klassenrealität und die Klassenkämpfe, über die Auswirkungen der neuen Technologien und über heutige Positionen zum revolutionären Subjekt.

Nähere Infos, Anmeldung und Schulungsinfo über: P. Hammer, Kaiserstr. 43 55 Trier, Anmelde-schluß: 17. 87 (Verrechnungsscheck über 50 DM beilegen) Kosten 250 DM (Nichtverdiener 160 DM). Geht bei der Anmeldung an ob ihr MFG sucht oder bietet und ob ihr Kinder mitbringt. Der Urlaub soll dabei auch nicht zu kurz kommen.

Am 13. September wird in Bremen und Bremerhaven gewählt. Anders als bei den Bürgerschaftswahlen 1979 und 1983, als die Alternative Liste bzw. die Betrieblich-Alternative Liste kandidierten, hat es dieses Mal eigenständige Formierungsversuche der Linken nicht gegeben — steht mensch einmal von der ins Haus stehenden Kandidatur der DKP ab.

Für Spannung und Auseinandersetzung ist dennoch gesorgt. Drei aussichtsreiche Bewerber sind angetreten, die absolute Mehrheit der SPD zu brechen: die bisherigen parlamentarischen Oppositionsparteien CDU und Grüne sowie die FDP, die der Bürgerschaft seit 1983 nicht mehr angehört. Das dürfte sich ändern, denn 3,8% hatte die FDP bei den Bundestagswahlen im Januar 1987 erreicht und Wirtschaftsbereitschaft verbunden mit Genschers Außenpolitik liegen im Trend. Gar 14,5% konnten die Grünen im Januar verbuchen. Zusammen mit den 28,9% der CDU konnte der SPD zumindest bei der Bundestagswahl die absolute Mehrheit deutlich abgenommen werden. Das hält die SPD — aus ihrer Sicht verständlich — nicht davon ab, in diesem Wahlkampf auf die neuerliche Bestätigung der absoluten Mehrheit zu setzen und den sich anbietenden Koalitionspartnern FDP und Grünen Absagen zu erteilen.

„Gegenmodell zur neokonservativen Wende“

Vier Papiere lagen der grünen Landesmitgliederversammlung vor, die Ende Mai die politische Erklärung zu den Bürgerschaftswahlen beschließen sollte. Nach den Wahlergebnissen in Hessen und Hamburg war die grüne Öffentlichkeit weniger gespannt auf die inhaltlichen Zielsetzungen rot-grüner Zusammenarbeit, sondern vor allem auf die Form des grünen Angebots. Tolerierung oder Koalition?

„keine Koalition“, aber „ein konstruktives Angebot der Zusammenarbeit und verbindlicher Absprachen in Sachfragen“ wollte der ehemalige Bürgerschaftsabgeordnete Peter Willers der SPD unterbreiten. Die Grünen sollten sich nicht als „Juniorpartner“ in einen der „Blöcke“ einordnen, sondern an „den Notwendigkeiten eines grundlegenden ... Umbaus unserer Gesellschaft“ festhalten. Manko dieses Papiers von Willers war es von vornherein, in keiner Weise die inhaltlichen Grundbedingungen rot-grüner Zusammenarbeit konkret zu bestimmen. Alles offenzulassen, sah der Antrag von Peter Puppe vor. Auf der Grundlage ihres Wahlaktionsprogramms hätten demnach die Grünen Gespräche mit der SPD führen sollen, um anhand der Ergebnisse die Form der Zusammenarbeit, Tolerierung oder Koalition, anzubieten. Ihm wurde in der Debatte vorgeworfen, daß auf diese Weise offensive Politik für reformistische Kurskorrekturen nicht entfaltet werden könne, und die Grünen zum Spielball sozialdemokratischer Niedrigstangebots würden.

Die Bereitschaft, „eine SPD-Minderheitsregierung zu wählen, wenn Ansätze einer politischen Neuorientierung deutlich werden“, signalisierte die Beschlußvorlage von Walter Ruffler und Paul Tiefenbach. Da „relevante inhaltliche Zugeständnisse an einen etwaigen Koalitionspartner ... wenig wahrscheinlich“ seien, müßten die Grünen bei der Minderheitsregierung eines „im Kern sozialdemokratischen Regierungsprogramms“ zum neuen „kleineren Übel“ verkommen.

Genau das wollten die Antragsteller des vierten Papiers, die Bürgerschaftsabgeordneten Ralf Fücks und Uwe Helmke sowie weitere Mitarbeiter des grünen Apparats, vermeiden, indem sie „Kurskorrekturen in zentralen politischen Fragen“ zur Voraussetzung der „Zusammenarbeit auch in Form einer Koalition“ machen. Angesichts der Gefahr einer sozialliberalen Koalition beim Mehrheitsverlust der SPD stimmten zwei Drittel der Versammlung dem Versuch zu, mit einem Angebot für „offensive Reformpolitik“ und einem „bewußten Gegenmodell zur neokonservativen Wende im Bund“ die Initiative gegenüber der SPD zurückzugewinnen. Zugleich soll versucht werden, das in Bremen große Spektrum von Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Projekten, die mit unterschiedlichen Schlagzeilen im rot-grünen Milieu angeworben sind, durch einen großen „Ratschlag“ noch vor

der Sommerpause in die Diskussion und Unterstützung einer reformpolitischen Offensive einzubeziehen.

Linke FDP?

In der Diskussion um die unterschiedlichen Wahlaussagen offenbarten die Befürworter des Koalitions-Papiers erhebliche Unsicherheiten auf ihrem

Versammlung denn doch nicht gestimmt, so daß die Resolution eine deutliche Zustimmung fand.

Bremens SPD befindet sich nun in der komfortablen Position, aus der absoluten Mehrheit heraus das Buhlen von FDP und Grünen um Koalitionsmöglichkeit betrachten zu können. Der Landesvorsitzende Brückner erteilte der FDP ob ihrer inhaltlichen Nähe zur CDU eine Absage, während er immer-

hin zugestand, daß die grünen Positionen „eher diskutabel“ seien. Brückner vergaß jedoch nicht, auf das Problem hinzuweisen, daß „auch unter Bremer Grünen Ideen des fundamentalistischen Flügels Gewicht hätten“. Diese wohlklingenden nachsagenden Avancen werden am ehesten diejenigen in den Grünen stärken, die themen-, Regierungsfähigkeit durch Verzicht auf inhaltliche Bestimmungen zu erlangen, fo-



Koalition macht dick

Soziale und ökologische Reformpolitik statt konservativer Krisenverwaltung

Die kommende Bürgerschaftswahl wird eine Schlüsselwahl für die zukünftige Entwicklung Bremens und Bremerhavens. Mit der künftigen politischen Mehrheit in der Bürgerschaft werden auch zahlreiche Sachentscheidungen vorgeprogrammieren, die weitreichende Bedeutung für die Lebensverhältnisse in unseren Zwei-Städte-Staat haben.

Können wir die Weichen stellen für eine ökologische, soziale und demokratische Zukunft Bremens — oder wird die bisherige, ganz auf Wirtschaftswachstum und Krisenverwaltung ausgerichtete Politik der SPD fortgesetzt, womöglich noch in einer Allianz mit der bloß noch wirtschaftsliberalen FDP?

Als erste Voraussetzung für einen Neubeginn muß die absolute Mehrheit der SPD überwunden werden. Der sozialdemokratische Fiß, der sich durch die ganze Stadt zieht, wirkt wie ein Sperrriegel gegen alles Neue, das sich nicht mit der SPD-Vorherrschaft arrangieren will.

Die GRÜNEN stehen dafür ein, alle regionalen und kommunalen Handlungsmöglichkeiten für eine offensive Reformpolitik zu nutzen, die sich als bewußtes Gegenmodell zur neokonservativen Wende im Bund begreift. Wenn es irgendwo in der Bundesrepublik eine gesellschaftliche Basis für ein rot-grünes Reformprogramm gibt, dann in Bremen.

Für dieses Programm wollen wir mit der Bürgerschaftswahl eine neue politische Mehrheit schaffen — zu seiner Durchsetzung bieten wir der SPD eine Zusammenarbeit auch in der Form einer Koalition an.

Die Bremer SPD wird sich entscheiden müssen, ob sie eine solche Zusammenarbeit mit den GRÜNEN will. Falls die SPD nicht zu Kurskorrekturen in zentralen politischen Fragen bereit ist, werden die GRÜNEN ihre Ziele weiter aus der Opposition heraus verfolgen.

Wir verkennen nicht die Risiken einer Koalition mit der SPD für eine Partei wie die GRÜNEN, die sich als Anwalt für eine grundlegende Neuorientierung von Arbeit und Leben versteht.

Wir wissen um die Gefahr, in einer solchen Koalition mit der Staatspartei SPD in einer Mühle von Kongressen, bürokratischen Zwängen und enttäuschenden Erwartungen verfangen zu werden.

Wir sehen auch die Grenzen einer offensiven Reformpolitik, die durch die Haushaltskrise Bremens, die finanzpolitische Abhängigkeit vom Bund und die wirtschaftliche Irtümlichkeit von Konzernen wie Daimler, MBB oder Krupp gesetzt sind.

Aber eine politische Partei muß sich zu recht an ihrer Bereitschaft und Fähigkeit zur konkreten Gestaltung und Veränderung der Verhältnisse messen lassen. Angesichts der drohenden ökologischen Katastrophen, der Massenarbeitslosigkeit und der sich entwickelnden sozialen Spaltung der Gesellschaft wollen die GRÜNEN jede Chance nutzen, mit den notwendigen Veränderungen heute zu beginnen, ohne unsere programmatischen Ziele aus den Augen zu verlieren.

Es ist klar, daß eine Koalition mit der SPD für die GRÜNEN nicht bedeuten kann, ihre Kritik an Mehrheitsentscheidungen der SPD zu verschweigen. Wir wollen nicht den Juniorpartner der SPD spielen, sondern Differenzen offenlegen, wo eine Einigung nicht möglich ist. Wir wollen nicht mauseichen, sondern für größtmögliche Transparenz sorgen. Und wir wollen nicht hinter dem Rücken der Betroffenen entscheiden, sondern die Beratung mit ihnen suchen und sie in die politischen Entscheidungen einbeziehen.

Wir wissen, daß eine rot-grüne Koalition als offensives Reformprojekt unmöglich ist ohne vielfältige Unterstützung und Mitarbeit außerparlamentarischer Kräfte: Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Berufsgruppen, Arbeitnehmerkammern, Wissenschaftlerinnen und Künstler, Fachleute in Behörden und Unternehmen, alternative Projekte und Arbeitsgemeinschaften.

Wir fördern all diese Gruppen und Personen auf, sich aktiv in den Wahlkampf einzumischen.

Wir verstehen diesen Beschluß deshalb als einen Vorschlag an das „rot-grüne Spektrum“ in Bremen und Bremerhaven, als eine Aufforderung zur Diskussion und Beteiligung. Wir schlagen vor, noch vor der Sommerpause einen „großen Ratschlag“ in den Perspektiven eines rot-grünen Reformprojekts zu veranstalten. Folgt 17 Prüfwerte für eine rot-grüne Zusammenarbeit.

Bremen, 23. 5. 1987

Die GAL/Hamburg

Nach der verlorenen Wahl Niederlage des Ökosozialismus?

Der Sieg hat viele Mütter und Väter, die Niederlage aber nur eine/n. Aber welche/n? Alle zu simple Strickmuster werden fehlgeleitet. Der Hamburger Fundamentismus, Punkt. In der GAL wäre Einschätzung und Diskussion gefragt. Einiges wurde zu Papier gebracht, was wir nachstehend dokumentieren. Aber miteinander diskutiert wird nicht! Die LiAL Mitgliederversammlung vom 24. Mai hat bekannte Kost, mehrstündige Debatte mit dem Ziel festzustellen, wer denn diesmal die Mehrheit hat. Am Ende war es mit 97 Stimmen die Ebermann-, Trautenberg-, Schmidt-Sirömang. Aber die Minderheit kam auf 90 Stimmen. Über den Damm als ein Patt. Wofür? Für die größere Hälfte des Patts kann man das sagen: so in etwa für die alte Linie. Und die kleinere Hälfte? Wofür bleibt unklar, auf jeden Fall gegen die alte Linie. Die AK-Leser mögen uns verzeihen, daß wir das 90-Stimmen-Papier (u.a. von Jürgen Reents, Michael Stamm) nicht abgedruckt haben. Aber es war das inhaltlich Uninteressanteste und Unergebnisste. Zwar betreibt dieses Papier eine klare Schuldzuweisung.

„Mit der ‚harten Tolerierungslinie‘ und dem Motto: solange die SPD sich nicht bewegt, brauchen wir auch nicht nachzudenken, hat die GAL den Erfolg Dohnanyi und ihre eigene Niederlage mit gesteuert.“ Behauptet von sich aber, die Schuld gleichmäßig nach allen Seiten zu verteilen und ist auch ansonsten um Öffentlich-rechtliche Ausgewogenheit bemüht. Sowohl die einen als auch die anderen sollten jetzt nicht übereinander herfallen. Inhaltlich ist dieses Papier positions- und belanglos. Letztlich ein rein taktisches zur Erringung einer Mehrheit, was ja auch fast gelungen wäre. Auch das kennzeichnet die GAL-Diskussion.

Nicht unterschlagen werden soll ein (authentischer) Brief von „Konkret“-Herausgeber Hermann L. Gremli, der der GAL vorschlägt, für die Dauer einer Legislaturperiode einen SPD-Senat zu wählen, den Haushalten und allen Gesetzen, Entscheidungen etc. zu zustimmen, „wenn diese nicht gegen Beschlüsse des Bundestagsrats der SPD verstoßen.“ Damit wäre die GAL in ihren Entscheidungen weiterhin „autonom“ und könnte ihre eigenen



Am Wahlabend kam Bürgerschaftspräsident Willich (CDU) zum Kondolenzbesuch ins GAL Büro. Die Iraculo-Runde (v.l.n.r. Willich, GAL Sekretär Herbert Schalhoff und „Abendblatt“-Redakteur Scholz) war sich über die Schuld der Fundis am schlechten Abschneiden der Grünen einig.

Foto: H. Weyhahn

Vorstellungen ohne taktische Rücksichten entfallen. Das ist zwar nicht ganz neu in der Diskussion, sondern eher ein alter Hut. Besonders witzig ist

der Hinweis auf die Nürnberger Beschlüsse der SPD. Was steht denn da zur Hafensstraße? Da lesen wir doch lieber den einen oder anderen beson-

dern radikalen Kommentar zum Zeitgeschehen in „Konkret“. Oder ist das alles nicht so gemeint?

Ulla Jelpke, Heiner Möller, Ramer Schmidt

Aus alten Fehlern lernen, um neue zu vermeiden

Von der BILD-Zeitung bis zum Fraktionsvorstand der grünen Bundestagsfraktion sind sich Medien und grüne Gegner der Hamburger GAL Politik einig: Die „Verweigerungshaltung“ der Hamburger „Fundis“ ist schuld an der Wahlniederlage der GAL. Die Stunde der Abrechnung mit der Hamburger „Fundis-Linie“ ist gekommen. Jetzt sollen Konsequenzen gezogen werden: Personell und politisch. Eine Koalition von beeindruckender Vielfalt und Breite ist angetreten, um das Hamburger Linkenmilieu endlich „auszu-räumen“. Logisch, denn die GAL gilt als allerletzte Bastion, die dem Durchmarsch der Realos in der Grünen Partei noch im Wege steht. Das 7%-Ergebnis soll der GAL als dominant linkem Landesverband den Rest ge-

ben. Die Schuldzuweisung an die Fundis-Linie ist reine Zweckpropaganda. Wenn eine Partei innerhalb von einem halben Jahr ein rundes Drittel ihrer Stimmen verliert, müssen die dafür ausschlaggebenden Gründe in erster Linie nicht in den Faktoren gesucht werden, die in diesem Zeitraum konstant geblieben sind, sondern in denen, die sich verändert haben.

Die „Hamburger Linie“ ist schon seit einer Reihe von Jahren heftigen Angriffen ausgesetzt, die die GAL bisher dennoch ganz gut überstanden hatte. Die meisten Vorwürfe, die sich ein wachsender Teil von GALerinnen und GALern in den letzten Monaten zu eigen gemacht hat — Verweigerungshaltung, Kompromißunwilligkeit etc. — werden der GAL (und übrigens auch den Grünen insgesamt) von der SPD und den Medien schon seit vielen Jahren entgegengehalten. Die GAL hat ja seit der Bürgerschaftswahl vom 9.11.86, die ihr ein ganz respektables Ergebnis brachte, keine „Fundamentierungs“-Weile erlebt, hat sich nicht plötzlich von bisher bewährten Grundsätzen abgewendet. Im Gegenteil, die „Tolerierungslinie“ ist im Wesentlichen genau die gleiche geblieben. Auch wird wohl niemand behaupten wollen, daß die SPD in diesem Zeitraum die GAL durch besonders geschickte oder sogar sachlich entgegenkommende Manöver als Nebenbeger bloßgestellt hat. Im Gegenteil: Die „Verhandlung“ Dohnanyi mit der GAL war diesmal eine bloße Farce, wie auch Vertreterinnen und Vertreter der GAL-Minderheit ohne Wenn und Aber festgestellt haben. Die SPD hat vor der Neuwahl klargemacht, daß sie eine Koalitionsbildung mit der FDP als Hauptoption anstrebt. Sie hat einen Wahlkampf geführt, der auf alle reformistischen Versprechungen verzichtete, hat keinen Mißverstand mit der GAL bekräftigt und sich auf das Bangemachen mit dem schwarzen Mann reduziert (Appell an „die 68er“: „Wenn

ihr diesmal weder Grün wählt, bekommt ihr Schwarz“). Übrigens: der gleiche schwarze Mann, mit dem außer über den Länderfinanzausgleich und die Multiverschiebung knapp zwei Monate zuvor eine Einigung in 80% der Hamburger Politikbereiche erzielt worden ist.

Die Frage wäre also, warum mit einer GAL-Politik, die sich im Grunde gleich geblieben ist, im November 1986 ein Drittel mehr Stimmen zu holen waren als diesmal. An der vielbesprochenen Fundis-Linie als Ursache kann es kaum liegen, denn die hat die jetzt abgesprungenen Wählerinnen und Wähler vor einem halben Jahr offensichtlich noch nicht abgeschreckt, obwohl die bürgerlichen Medien auch damals gegen die GAL-Verweigerung, Gewaltbefürworter etc. gehetzt haben. Angesichts des Panikgeschreis und der aggressiven Rufe nach „Konsequenzen“ ist überdies daran zu erinnern, daß sich

im Wesentlichen der Vorgang von 1982 wiederholt hat. Auch damals zeigte sich Dohnanyi unwillig, inhaltlich auf die GAL zuzugehen und wollte die GAL nur als Stimmenbeschafferin für die Fortführung von SPD-Politik akzeptieren; auch damals führte Dohnanyi Neuwahlen herbei; auch damals beschimpfte die SPD die GAL als Kompromißunwillig und nicht politikfähig; auch damals gab es einen — allerdings leichten — Stimmenrückgang für die GAL. Anders als in diesem Jahr gelang es durch die vorangegangene öffentliche Auseinandersetzung um die Tolerierungsforderungen, die erreichten Positionen weitgehend zu halten und die Einbußen einzugrenzen.

Daß die GAL auch diesmal wieder Ängstlich gemachte Wechselwähler — von denen ja, was nicht vergessen werden sollte, viele bei der letzten Wahl erstmals ihr Kreuzchen bei der GAL gemacht hatten — verlieren würde,

wurde nach Hessen allen klar. Daß die Verluste deutlich ausfallen würden, war zu befürchten. In der wirklich eingetretenen Höhe sind sie wohl kaum erwartet worden.

Eingemachtes...

Es gibt für diese Verluste objektive Gründe, die auf der Hand liegen. Die 10,4% der GAL bei der letzten Bürgerschaftswahl (11% bei der Bundestagswahl) enthielten ein erhebliches Potential von Wechselwählern, von denen sich viele vor dem Hintergrund aktueller politischer Auseinandersetzungen (besonders das Hin und Her um den „Kessel“) stimmungsmäßig entschieden, der SPD, die nach vier Jahren Regierungspolitik keinerlei positiven Veränderungswillen ausstrahlte, einen Denkzettel zu verpassen und alternativ zu stimmen. Die weit überdurchschnittlichen Einbußen, die die GAL diesmal bei jüngeren Frauen hat, deuten darauf hin, daß im November durch die Frauenliste viele Frauen veranlaßt wurden, erstmals die GAL zu wählen und nun wieder abgesprungen sind, nachdem der Reiz des Neuen verblaßt ist und die Sache „auf Messers Schneide“ zu stehen schien. Diese Teile des GAL-Potentials tendieren offenbar, sobald die Situation der SPD kritisch wird und eine Regierungsübernahme durch die CDU zu drohen scheint, zur SPD-Wahl, ebenso wie sich viele von ihnen unter veränderten Umständen vermutlich wieder bei der GAL einfänden würden. Sie und im GAL-Potential auf der Ebene des Kreuzchenzählens der ausschlaggebende Faktor, andererseits aber auch der unzuverlässigste, am schwersten berechenbare Teil. Die Versuchung liegt nahe, die Politik zukünftig mehr an diesen Wählerinnen und Wählern auszurichten, als an der mittlerweile schon traditionell zu nennenden Stammwählerschaft, deren Stimmen man so wieso sicher hat und die sich aus Loyalität vieles gefallen lassen. Es kann dann leicht zu dem Mißverständnis kommen, als wäre Politik nur eine modische Ware, die jeweils dem aktuellen Geschmack des mobilisierten Wählerteils, den Stimmungs- und Umfahlwählern, angepaßt werden mußte. Das würde bedeuten, das politische Profil der GAL nicht langfristig unter strategischen Gesichtspunkten zu entwickeln, sondern es ständig Augenblicksopportunitäten anzupassen — der sicherste Weg, eine Partei zugrunde zu richten.

(Hessischer Exkurs)

Man wird in der nächsten Zeit sicherlich häufiger das Argument hören kön-

nen, das hessische Beispiel habe doch gezeigt, daß mit einer klaren rot-grün-Option vielleicht keine rot-grüne Mehrheit, wohl aber mehr Stimmen für die Grünen zu holen sind. Der Augenschein, könnte dafür sprechen: 9,4% für die Grünen in einem Flächenstaat sechs Wochen vor den 7% der GAL in Hamburg. Wer diesen Vergleich zieht, muß aber die Frage mit beantworten, ob er die damit verbundenen politischen Implikationen will. Die schrittweise Verabschiedung von den eigenen inhaltlichen Grundlagen, von denen aus man seine Politik machen will und den ständigen innerparteilichen Prozeß der Anpassung und Selbstreduzierung auf Inhalte, die das Bündnis mit der SPD möglich machen. Man muß denen, die diese Politik wollen, ja gar keine Bösartigkeit unterstellen, um zu erkennen, daß die strategische Option auf das Zustandekommen eines Bündnisses als Maß der eigenen Politik, nur diese Entwicklungsrichtung zuläßt. In dem Maße, wie diese Politik unter der Zielsetzung einer Verhinderung der Schwarzen steht, muß sich der Prozeß der inhaltlichen Selbstreduzierung beschleunigen. Um diesen Preis — den unserer Wissens so offen noch niemand in der GAL formuliert hat — läßt sich unter besonderen Bedingungen, auch ein treffliches Wahlergebnis erzielen. Das war am 8. April in Hessen der Fall. Kein rot-grüner Wechselwähler mußte bei der Stimmabgabe befürchten, daß seine Stimme für die Grünen der SPD verorengehen würde. Beide, SPD wie Grüne, hatten ihren Wählern vor der Wahl versprochen, daß sie auf jeden Fall ein rot-grünes Bündnis eingehen würden. Die rot-grünen Wechselwähler bekamen zudem die Gewißheit, daß die Grünen zuverlässiger Bündnispartner sind: Mit der Säuberung ihrer Parliamentsliste von Fundis haben die Realos das Signal der absoluten Verlässlichkeit für ein Bündnis gegeben. Ja, der Grünen-Wähler, der grün als Partner von und Korrektiv zur SPD wollte, konnte sogar stärker darauf vertrauen, daß es bei den Grünen keine Umfaller geben wird als bei der SPD. In der Konstellation kann grün wachsen — allerdings auch nur so lange, wie rot grün eine Mehrheitchance und die SPD keine Chance auf eine andere Option hat, etwa mit der FDP wie in Hamburg.

Wer also eine Korrektur der GAL-Politik wünscht, muß zunächst einmal die Diskussion darum führen, von welchen Grundlagen und Zielsetzungen aus agiert werden soll, innerhalb wie außerhalb der Parlamente. Will man den bisherigen linken GAL-Konsens zum Ausgangspunkt der politischen Interventionen machen, dann muß



Foto: H. Weyhahn

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

man realistisch anerkennen, daß der GAL bei dieser Wahl Grenzen ihrer Einwirkungsmöglichkeiten aufgezeigt worden sind.

Der Gedanke, die GAL müßte unter den Bedingungen eines SPD-CDU-polarisierten Wahlkampfes jede Wahlerwartung aufgeben können, die sich in einer anderen Konstellation einmal bei ihr eingefunden hat, ist illusionär. Darauf aufbauende Schuldzuweisungen und Diskussionen sind nicht nur abzulehnen, sondern einfach falsch. Man sollte dann ehrlicher gleich ans Eingemachte, an die politischen Grundlagen der GAL gehen. Vor dem Hintergrund der Situation zu den diesjährigen Wahlen und 7,0% zu den letzten Novemberwahlen ist zwar sehr erfreulich, aber kein Grund zur Zerknirschung. Man liebt lieber etwas nüchtern reflektieren, daß die 10,4% im letzten November zwar Grund zur Freude, aber nicht zum Übermut waren, sich mallos als „Wahlhager“ zu präsentieren und Statements im Namen der „Wahlmeinung“ abzugeben. Ebenfalls, wie das Auf und Ab der Wahlergebnisse dazu verleiten darf, periodisch das zu wiederholen, was Rudolf Bahro 1984 zur SPD erklärte: sie ist eine „sterbende Formation“. Etwas mehr Gelassenheit in Erfolg und Rückschlag wären zweckmäßig. Immerhin sind 7% Stammwählerinnen und -wähler nach wie vor eine solide Grundlage. Politische Lager entwickeln sich in der Regel langsam und schon gar nicht linear ansteigend.

... und Hausgemachtes

Interessanter als objektive, also wenig beeinflussbare Gründe für den Rückgang der GAL-Stimmen sind subjektive Faktoren, deren Anteil am Ergebnis sich nur schwer einschätzen läßt. Unter diesen hausgemachten Gründen ist an erster Stelle zu nennen, daß die GAL im Wahlkampf eine miserable Selbstdarstellung gegeben hat. Eine Partei, die sich im Wahlkampf mehr mit sich selbst als mit den Gegnern beschäftigt und dies selbst kurz vor der Wahl öffentlich zum Schwerpunkt ihres Streits macht, braucht sich über sinkendes Vertrauen von nicht so harten Parteien in eigentlich nicht verändert. Dies ist mehr, als das bisherige Verhalten der Auseinandersetzungen in der GAL nur im Zerspiegel einer auf Home eingestellten Presse wahrnehmen konnte. Im konkreten Fall kam hinzu, daß sich viele „Minderheits“-Vertreterinnen und -Vertreter, die SPD-Legende von der „Verweigerungspartei“ GAL zu eigen machen und vor allem über das „Hausblatt“ „fax“ transportierten, konnten sich die GAL-feindlichen Medien bessere Kronzeuginnen und Kronzeugen wünschen? Was erwartet man denn wohl, wenn man noch kurz vor der Wahl öffentlich die Mehrheit der eigenen Partei als verantwortungslos, maximalistisch, nicht politikfähig usw. angreift? Ist es nicht logisch, daß viele potentielle Wählerinnen und Wähler solche Aussagen „aus beruflichem Mund“ als Bestätigung der Anti-GAL-Parolen der SPD genommen, oder sie zumindest nicht gerade als Anreiz zur Wahl dieses desolaten Haufens begriffen haben? Es ist doch nur noch zynisch zu nennen, wenn ausgerechnet diejenigen, die im Wahlkampf die GAL praktisch als nicht wählbar hingestellt haben, jetzt mit Triumphgeschrei über die bösen Fundis herfallen.

Sorry, wir können nicht sehen, wie „Minderheits“-Vertreter jetzt nahelegen, daß die GAL in erster Linie einen Fundi-Wahlkampf gemacht hat. Auch ein Fundi-Wahlkampf läßt sich ja gut führen. Nein, die Wahlkampagne der GAL war mit Abstand die schlechteste seit ihrem Bestehen. Sie war nicht fundametalistisch, sondern vor allem dilettantisch und orientierungslos, was angesichts der fast bis zum Wahltag tobenenden internen Streitereien allerdings nicht verwunderlich ist. So ließ sich kein offensiver und flexibler Wahlkampf führen, der ein gemeinsames Konzept erfordert hätte. Mit dieser Kritik meinen wir nicht die technische Seite des Wahlkampfes, sondern seine politische Ausrichtung. Während die SPD ihren Wahlkampf situationsbezogen aufgebaut hatte (Angitmache mit dem Schwarzen Mann) und gezielt das linke Wechselwählerpotential anging („Liebe 68er“), stellte sich die GAL dieser Auseinandersetzung gar nicht oder erst viel zu spät. Die meisten Plakate und Veranstaltungen der GAL waren beliebig, ziellos und lagen neben dem bewegendsten Thema. Das einzige Plakat, das sich auf das Hauptthema dieses Wahlkampfes bezog — „Immer dasselbe: die GAL spielt nicht mit“ — war zwar hübsch, nur leider total daneben, weil es die über die GAL bestehenden Vorurteile eher be-

stärkte, statt zu widerlegen.

Manchmal müssen Zweifel aufkommen, ob es in der GAL noch ein gemeinsames Grundverständnis gibt. Es schien bis zu diesem Wahlkampf so, als wären sich alle Teile der GAL darüber einig, daß die SPD nicht zu einem Reformbündnis mit der GAL bereit ist. Es gab die betonharte Aussage Dohnanys, mit der GAL „keinen Milimeter“ zusammenzugehen. Es gab nach der November-Wahl Dohnanys Pseudo-Verhandlungen, die damals alle als arrogante Farce ansahen. Es gab die hohe Übereinstimmung zwischen den Parteien einer Großen Koalition. Es gab dann die sehr klare Festlegung der SPD, eine Koalition mit der FDP anzustreben. Diese Tatsachen erscheinen inzwischen vielen GAL'ierinnen und GAL'ern als allzu einfach. Sie möchten die Schuld für das Ausbleiben eines „rot-grünen“ Reformbündnisses möglichst gleichmäßig auf GAL und SPD verteilen, zumindest der GAL eine erhebliche Mitschuld zusprechen, da sie sich „verweigert“ habe. „Verweigerung“ mußte sich logischerweise auf ein ausgeschlagenes Angebot, auf eine verpaßte Chance zur Zusammenarbeit mit der SPD beziehen. Hat es da also doch etwas gegeben? Die „Verweigerungs“-Legende ist nicht ungeschickt konstruiert. Daß mit Dohnanyi irgendetwas hätte laufen können, behauptet natürlich niemand, weil es allzu blödsinnig wäre. Aber daß Dohnanyi und GAL-Mehrheit gemeinsam ein Reformbündnis vereitelt haben, daß also prinzipiell mit der SPD eigentlich etwas „drin“ gewesen wäre, falls die GAL sich nicht so verbohrt verhalten hätte, scheint vielen glaubhaft. Thomas Janssen hörte vermutlich über die „fax“-Woche für Woche das Orakel im SPD-Beton wachsen, da er offenkundig engsten Kontakt zu ominösen „bedeutenden SPD-Funktionären“ pflegt. Was Wunder, daß auf diesem Mist bei schwarz verunsicherten Wechselwählern neue Hoffnungen in die SPD aufblühen?

Was Wunder, daß auf diesem Mist bei schwarz verunsicherten Wechselwählern neue Hoffnungen in die SPD aufblühen?

Die Frage kann aber, realistisch betrachtet, nicht sein, ob die GAL sich irgendeiner sinnvollen Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der SPD verweigert hat. Es gab und gibt derzeit keine solche Möglichkeit. Wer etwas anderes behauptet, sollte endlich Sachargumente statt Bierschwammreden vom „unbekannten Sozialdemokraten“ vorbringen. Wenn es aber eine Verweigerung in Wirklichkeit nicht gab — weil die Kompromißfähigkeit der GAL überhaupt nicht auf die Probe gestellt wurde, wie Thomas Ebermann früher einmal formulierte —, dann sollte auch die Politik wieder auf den Boden einer sachlichen Debatte zurückkehren, denn dann kann nur darüber gestritten werden, ob die GAL es verstanden hat, die Verweigerungshaltung der SPD hinreichend deutlich zu machen und sich selbst immer wieder eindeutig und sichtbar für ein inhaltliches Reformbündnis zur Verfügung zu stellen.

Für Tolerierung als Politik

Die Frage, so gestellt, möchten wir bejahen. Es wurde mit dem Tolerierungskatalog nur unzureichend oder fast gar nicht Politik gemacht. Es wurde mit den Forderungen nicht flexibel genug umgegangen. Der Einwand, daß der Tolerierungskatalog zwar Ausgangspunkt von Verhandlungen sein kann, aber vernünftigerweise nicht als Endgültigkeit postuliert werden kann, weil Verhandlungen immer nur auf Kompromisse hinaulaufen können, ist nicht nur berechtigt, er zeugt von einer realistischen Sichtweise. Sach mit dieser realistischen Erwartung auseinanderzusetzen, führt allerdings an — u.E. unnötige — GAL-Tabus. Es kann und darf nicht darum gehen, vom Tolerierungskatalog alle zwei oder vier Jahre ein paar Stücke wegzuschneiden, in der Hoffnung, daß der Rest irgendwann klein genug sein könnte, um von der SPD akzeptiert zu werden. Sondern es kann nur darum gehen, die Tolerierung wieder als politisches Instrument zu praktizieren, mit dem man die eigenen Inhalte befördern will — nicht aber den Tolerierungskatalog so zurechtzuschneiden und zu handhaben, daß er als „antioportunistischer Schutzwall“ für den eigenen Laden fungiert. Wird das — wie im Verlauf der letzten fünfzehn Monaten GAL-Diskussion — zum Hauptmotiv der Tolerierungsdebatte, dann ist das Ziel verfehlt. An der Stelle bekommt man als linker Kritiker der GAL-Tolerierungsdebatte oft zu hören, ihr habt gut reden, aber mit euren nicht uninteressant klingenden Vorschlägen blendet ihr die real bestehende Aufweichung der GAL einfach aus. Das mag sein, bzw. das muß so sein, um wieder ernsthaft darüber diskutieren zu können, wie man aus der bestehenden Sackgasse herauskommen kann. Wie

man die eigene Politik vorrangig mit dem Blick auf die gesellschaftlichen Entwicklungen bestimmt, und nicht immer nach den inneren „Erfordernissen“. Wenn es stimmt, daß zunehmend die Alltagserfahrung im parlamentarischen und bürokratischen Politgeschehen Denken und Handeln der GAL infiziert hat, dann ist die Tolerierung als Impfschutz gegen diesen Virus nicht geeignet. Dagegen hilft nur der offene politische Streit um die Inhalte und die Vorstellungen von Gesellschaftsveränderung.

Wenn es in der Fünfzehner „Erklärung zum Wahlergebnis der GAL“ aus der Wahlkampfzeit heißt, die GAL habe versäumt, „vor der Wahl ein politisches Angebot (an die SPD) zu machen“, stimmen wir zu. Es kommt dann allerdings darauf an, was für einem Angebot die Rede ist. Natürlich sind wir genauso mittrausch wie viele in der GAL, wenn wir den Namen Michael Stamm unter dieser Erklärung lesen, der damit die Billig- oder Nulltolerierung meint, was er — darauf angesprochen — zwar immer sehr bereit bestritt, um es dann in „fax“-Interviews und auf MVs ständig zu wiederholen. Natürlich macht es uns mittrausch, wenn Jürgen Reents seine politischen Absichten anders als Stamm formuliert, um sie dann im Bündnis mit ihm vorzutragen. Solche beliebten Zweckbündnisse — wenn es denn eines ist — haben aus unserer Sicht keine besonders gute Tradition, sie verschleiern, statt Positionen zu klären. Gerade das wäre jetzt aber angesagt. Die Stamm-Position ist aber gerade nicht das fehlende Angebot gewesen, da sie keinerlei positive Zwecke formuliert, sondern nur mit Schwarz verhindern argumentiert und der GAL auch noch diese von der SPD eingenommene Rolle zuschreiben will.

Lafontaine wie nach Duisburg formuliert hat. So wenig bedeutet dies, daß die Leute ihre Sympathien für die Ziele aufgegeben haben, für die sie vorher die GAL gewählt haben. Unsere Kritik ist nicht, daß die GAL diese Leute vorerst als Wähler/innen verloren hat, sondern daß sie mit ihrer Unbeweglichkeit tendenziell den „Kampf um die Köpfe“ aufgegeben hat. Das hätte aber nur ein von diesem Potential unterstütztes Reformangebot an die SPD bewirken können, das realistisch ist. Realistisch gleich Realist? Die es gerne, nur waren die Realos bislang die größten Realos. Sie waren zwar in der Lage, den Weg zu Bündnissen mit der SPD zu gehen, konnten aber bislang nicht vorweisen, wie das zu Veränderungen führt, die den Namen Reform verdienen. Leider geistert ja immer häufiger in der grünen und linkssozialdemokratischen Szene der Irrtum herum, daß das eine oder andere Zugeständnis an alternative Projekte bereits Reformpolitik beschreibt. Wir wollen solche Politik eher mit dem vergleichen, was auch die SPD in der Vergangenheit schon gemacht hat. Klientel-Politik. In dem Sinne macht ja sogar die Westdeutsche CDU „Reformpolitik“. Stellen wir das fest, kann die einzelne Maßnahme ja trotzdem sinnvoll und wertvoll sein, nur ist das deswegen noch lange keine Reformierung, keine Veränderung und Erneuerung der Grundlagen wichtiger gesellschaftlicher Bereiche.

Was das aus unserer Sicht mit den GAL-Tolerierungsforderungen zu tun hat? Man kann es wohl nur am Beispiel erläutern. Nehmen wir die Forderung nach dem Atomausstieg, nach sofortiger Stilllegung. Wer vor allem von der Sorge verfolgt wird, daß jede Flexibilisierung dieser Forderung als Verhandlungsgegenstand mit der SPD heisstische

den, muß sie von ihrer bisherigen Position runterkommen. Mit uns kann man nicht über das Ob eines Ausstiegs, sondern nur über das Wie verhandeln. Bedingung für ein Abkommen in diesem Punkt ist die Festleerung des vollständigen Atomausstiegs in Hamburg als Ziel. Auf dieser Grundlage werden konkrete, verbindliche, terminierte Schritte vor allem für die Atomanlagen, die im Hamburger Zugriff liegen, festgelegt. Mit uns sind keine Abkommen über zu nichts verpflichtende Willenserklärungen, Untersuchungskommissionen und Hearings möglich. Die Qualität dessen, was in Verhandlungen erreicht wurde, ist Beurteilungsmaßstab dafür, ob dies gemessen am Ziel etwas mit Atomausstieg zutun hat. Wir erwarten Angebote der SPD. Dies beschreibt Möglichkeiten und Grenzen von Verhandlungskompro-

Für ein erneuertes Reformprojekt der GAL

Eine solche beispielhafte Beschreibung einer unseres Erachtens sinnvollen Tolerierungspolitik soll keine Aufforderung sein, jetzt in dieser Weise den alten GAL-Tolerierungskatalog zu überarbeiten. Worauf es in den nächsten Monaten ankommt, das ist die Rückgewinnung der Fähigkeit zur politischen Initiative und nicht das „Heulen mit den Wölfen“, die der „Hamburger Linie“ den Garau machen wollen oder der Rückzug auf eine „amal, is beaufin!“-Philosophie. SPD-FDP Regierung, das ist die „bewährte“ SPD-Standortpolitik plus wirtschaftsliberale Verschärfung, das ist die sozialdemokratische Verschiebung vom Verhaussstieg aus der Atomenergie, unverminderter freier und marktwirtschaftlicher Umweltschmutz, weiterhin vorrangig die polizeiliche Lösung sozialer und politischer Konflikte sowie verschärfte Spar-Einschnitte in den sozialen Bereichen und noch sehr

wirtschaftlicher Umweltschmutz, weiterhin vorrangig die polizeiliche Lösung sozialer und politischer Konflikte sowie verschärfte Spar-Einschnitte in den sozialen Bereichen und noch sehr viel mehr sind die sehr bald zu erwartenden Folgen der Mehrheits-Wahlentscheidung vom 17. Mai. Sich verstärkt auf diese alten und neuen Konfliktfelder einzustellen, muß nach der Überwindung des Wahlschocks das Ziel sein. Dabei hilft, allerdings der Zeit und immer richtige Appell an das verstärkte außerparlamentarische Agieren der GAL wenig. Die GAL ist nun einmal in erster Linie eine parlamentarisch wirkende Kraft, die sich die Fähigkeit zur Bezugnahme auf außerparlamentarische Bewegungen bewahren muß (das verstehen wir ein wenig dialektisch). Dabei braucht die Rolle der GAL nicht nur die einer beschiedenen 7%-Opposition sein, sondern rein rechnerisch könnte sie im Parlament auch mehrheitsbildend wirken. Das heißt auch die Ausnutzung parlamentarischer Konstellationen für die konkrete Werbung und das Angebot einer Reform-Alternative. Soll ein solches Projekt aber mehr sein als nur die Präsentation einer Vielzahl von Parlamentsanträgen, soll ein wirklicher Druck ausgeübt werden, dann müssen solche Alternativen vor allem gemeinsam mit Betroffenen und Initiativen, mit Gruppen der bestehenden außerparlamentarischen Ansätze bis hin zu all jenen linken sozialdemokratischen Ansätzen diskutiert und über ihre Umsetzung beraten werden, die mit ihrer Variante von rot-grün in der eigenen Partei in die Isolation gedrängt sind. Auf der Basis solcher Aktivitäten muß die Diskussion um die Ausgestaltung der Tolerierung neu geführt werden — nicht als opportunistischer inhaltlicher Anpassungsprozeß, sondern als fruchtbarer Streit um die Ziele und Möglichkeiten und Grenzen ihrer Durchsetzung, damit Tolerierung wieder zur Politik werden kann, die nicht nur in GAL-Papieren steht und in Form von Anträgen niedergelegt ist, sondern auch tatsächlich von relevanten Teilen getragen wird. Im Gegensatz zu anderen in der GAL halten wir es für eine mögliche Perspektive, aus den diffus vorhandenen rot-grünen Erwartungen von Wechselwählern und aufbrechenden Widersprüchen im SPD-Potential ein mittelfristig angelegtes neues Reformprojekt zu reaktivieren. Zugleich sollten wir gemeinsam festhalten. Die GAL lehnt es nach wie vor ab, sich an der herrschenden Definition von „Politikfähigkeit“ und „Übernahme von Verantwortung“ zu orientieren. Nach dieser Definition ist eine Partei nur dann „politikfähig“ und „verantwortungsbewußt“, wenn sie dazu beiträgt, daß alles weiterläuft wie gehabt. Zugespitzt: In diesem Sinn war die SPD 1914 politikfähig, als sie den Kriegskrediten zustimmte, in diesem Sinn waren die bürgerlichen Parteien 1933 verantwortungsbewußt, als sie dem Ermächtigungsgesetz zustimm-

Fortsetzung nächste Seite



Foto: H. Woyahn

Ketzerisches über die Verhandelfähigkeit von Tolerierungsforderungen

Die Wiedergewinnung der Tolerierungspolitikfähigkeit muß von den eigenen Zielsetzungen ausgehen und kann nicht opportunistisch von Mal zu Mal die Ziele neu definieren. Sie muß auf Überzeugung und Gewinnung des Wechselwählerpotentials abzielen, das in Hamburg zur Zeit zwischen den 7% für die GAL und den 12,7% bei den Bezirksparlamentenwahlen 1986 liegt. In diesem Potential gibt es Reformvermutungen, die in Situationen wie bei der Mai-Wahl anderen Überlegungen, wie dem „kleineren Übel“, weichen. So richtig die Beschreibung ist, daß die SPD jede Chance zu nutzen versucht, verweist von rot-grün wegzukommen und daß sie unter dem Eindruck der Hamburger Wahl alles auf die liberale Karte setzt — bei schroffster Grünen-Abgrenzung, wie

Verhältnisse in der GAL zur Folge hat (Kompromisse à la „Doppelvierer“, Bibis vergessen etc.), der erklärt vor allem: Sofort heißt sofort, hier und heute, eventuell noch übermorgen, in dieser Überlebensfrage gibt es keine Kompromisse. Doch für die Behandlung dieser Forderung auf der parlamentarischen Ebene und als Druckpunkt eines Tolerierungsangebots an eine SPD, die von ihrer eigenen Abhängerschaft mit Aussteigerwartungen konfrontiert wird und Hoffnungen auf den Ausstieg in zehn Jahren im „nationalen Kontext“ zu wecken versucht, ist diese Position nicht geeignet. Wir wollen dagegen sagen: Der sofortige Ausstieg ist notwendig, er ist machbar, technisch kein Problem. Aber: Er ist zur Zeit politisch nicht durchsetzbar, weil außer der GAL keine parlamentarisch-politische Kraft dafür eintritt. Dafür muß außerparlamentarisch weiter mobilisiert, der Druck erhöht werden. Wir wollen aber dennoch so viel wie möglich herausholen. Will die SPD von uns toleriert wer-

Die GAL hat in dieser Wahl eine schwere Niederlage erlitten. Die Verluste an die SPD konzentrierten sich laut Infass vor allem auf Gebiete, in denen die GAL bei der letzten Wahl stark zugelegt hatte, in den „nach Lage, Milieu und Umfeld attraktiven Wohnquartieren“ in Eppendorf, Hoheluft, Eimsbüttel, Rotherbaum, Winterhude. Die GAL habe diesmal besonders Wählerinnen verloren, 6,4% Frauen und 11,3% Männer sollen die GAL gewählt haben. Die GAL verlor dort am wenigsten, wo sich alternatives politisches Bewußtsein mit einer bedrückten sozialen Lage verbindet — Altona-Stadt, Ottensen, St. Pauli, St. Georg — und dort, wo sie eh schon wenig hatte. Das Hauptmotiv war für viele, die „Schwarze Republik“ zu verhindern. Das Motiv kommt in einem Rundfunkkommentar von Udo Landenberg stellvertretend zum Ausdruck. Das Abschneiden der GAL sei zwar bedauerlich, aber die CDU sei verhindert worden.

Es gibt unseres Erachtens eine Reihe von Erklärungen, weshalb wir die Abwanderung nicht aufhalten konnten. Sie sind in einer politischen Stimmungslage, in die diese Wahl fiel, und in den Grünen selber zu finden. Hinweise auf die „Holzköpfe“ in SPD und GAL oder auf die „verheerende Politik des Landesvorstandes“ (Thea Bock) sind zwar strömungspolitisch opportunistisch, erklären aber wenig und bereiten schon gar nicht darauf vor, wie wir mit einer veränderten politischen Situation umgehen können. Auch die Freude einiger Realos auf Bundesebene, die in dem Wahlergebnis einen „heilsamen Aderlaß“ sehen, könnte allenfalls dazu angetan sein, daß eine Stimmung jeweils der anderen einen heilsamen Aderlaß wünscht und nicht mehr begriffen wird, daß alle verlieren, so wie in Hamburg alle verloren haben.

Die Schwarze Republik verhindern

Wie seit der Kandidatur von F.J. Strauß nicht mehr, stand diese Wahl im Zeichen der Verhinderung einer CDU-„Machtergreifung“. Der kleine Unterschied zwischen SPD und CDU wurden von Spiegel bis TAZ gleichermaßen zu einem großen Unterschied aufgeteilt. Selbstverständlich verstärkte eine zu keiner Reform bereit SPD diese Kampagne im Wahlkampf, weil diese Lösung der SPD zu nichts anderem mehr verpflichtet.

Auch aus Kreisen der GAL wurde darauf abgehoben. In einem TAZ-Gespräch erklärte Michael Stamm, selbst wenn die Grünen verlieren würden, die SPD aber dazu gewinnen würde, und beide über 50% bekämen, wäre das ein positives Ergebnis. Nun haben SPD und GAL gemeinsam über 50% erhalten und noch am Wahlabend dankten Hamburgs Wirtschaftsvertreter den Wählern für ihre kluge Entscheidung zugunsten einer stabilen Rente das ein positives Ergebnis. Nun haben SPD und GAL gemeinsam über 50% erhalten und noch am Wahlabend dankten Hamburgs Wirtschaftsvertreter den Wählern für ihre kluge Entscheidung zugunsten einer stabilen Regierung und einer pragmatischen Energiepolitik.

Die GAL hat darunter gelitten, daß die Verhinderung der CDU von außen und innen ins Zentrum gerückt wurde. Wenn es nur noch darum geht, spielen Frauenliste, die gute Arbeit im Parlament, spielen politische Reformwünsche eine geringere Rolle. Zweitens bedarf es zur Verhinderung der CDU objektiv nicht unbedingt der Grünen. Für kommende Parlamentswahlen kann von erheblicher Bedeutung sein, daß die Verhinderung der CDU nicht nur durch eine starke SPD (siehe NRW und Saarland), sondern neuerdings auch durch die Bündnisalternative SPD-FDP erreicht werden kann. Diese mögliche Variante erschwert es uns allen, Druck von links auf die SPD zu machen. Im besonderen aber stellt sie die die Null-Tolerierer und Null-Koalierer vor neue Herausforderungen: Sie müssen sich, was inhaltliche Veränderungen angeht, unter dem Niveau der FDP bewegen, in der Entscheidung aber auf alle Fälle mitregieren zu wollen, die FDP übertreffen.

Es mußte als Motiv aber nicht nur die Angst vor einer CDU/FDP-Regierung sein. Es gab eine zweite



Thomas Ebermann, Christian Schmidt, Rainer Trompert

Das Ausmaß notwendiger Reformen endet nicht bei der SPD

Angst. Die Angst vor der Großen Koalition. Auch die war nicht Wasser auf die Mühlen der GAL. Wer der SPD die „Sauerei“ einer Großen Koalition zutraut, kann mit seiner großen Empörung über diese SPD ebenso das Interesse verbinden, die SPD zu wählen, damit sie wenigstens als starker Partner in die Große Koalition einzieht und noch einiges für den Bundesrat rettet.

Auch soziale Projekte sehen ihre Bedrohung durch die CDU als zentral. Es wurde in den Hintergrund gedrängt, daß sie einst gegen den Rotstift der SPD auf die Straße mußten, und bei der Bundnisentscheidung der SPD, die vor der Wahl kein Geheimnis war, bald gegen den sozial überlieferten Sozialabbau wieder auf die Straße müssen. Es wurde verdrängt, daß allein ein Anwachsen der GAL bzw. zumindest ihre politische Stabilität mithelfen kann, einiges zu retten. Vielleicht sind wir zu wenig auf diese kleinen Übel eingegangen und haben zu wenig erklärt, daß die Wahl der GAL mehr dafür tut als die SPD-FDP-Koalition, weil der Druck wegfällt. Die CDU-Verhinderungswahl muß keine neue politische Stabilität festschreiben. Einige Ereignisse haben dieses Motiv in dieser Wahl in den Mittelpunkt gerückt. Auch vor der November-Wahl war ein rot-grünes Bündnis aussichtslos oder mußte für viele als relativ aussichtslos gelten. Damals hatte der „Adige“ Dohnanyi aber lange mit seiner absoluten Mehrheit „arrogant“ regiert und ihm mußte ein Denkartel verpaßt werden. Viele wurden dann davon überrascht, daß die CDU stärkste Partei in Hamburg wurde und anschließend Hessen umkippte. Fortan ging die Bedrohung „CDU-Staat“ um. Der SPD gelang es zusätzlich, unter Hinweis auf die Bundesversammlung in Duisburg und auf die nicht zur Regierungsverantwortung bereite GAL ihren eigenen Anti-Reformkurs und ihre Absage an rot-grüne Bündnisse der GAL anzulasten. Viele Wählerinnen und Wähler hatten aber in diesem Gesamtklima die Schuldfrage nicht mehr nötig. Diesmal sollte die SPD ran, um die CDU zu besiegen.

Diese Stimmung ist nicht festgeklopft. Sie hat nicht in jeder Wahl diesen Nährboden. Es geht nicht viel Phantasie dazu, sich nach einem Jahr SPD-FDP-Regierung, zumal in der beginnenden ökonomischen Krise, ein anderes Wahlergebnis vorzustellen. Bereits am Wahlabend waren sich einige nicht mehr so sicher als sie das Lob der Wirtschaftsvertreter hörten. Gleiche Erkenntnisse und möglicherweise im linkssozialdemokratischen Spektrum zu erwarten, die sich zwar am Wahlabend über den großen Wahlsieg freuten, aber schon gleichzeitig zu hören bekamen, daß sie überhaupt keine Rolle mehr spielen würden.

Erwartungen dieser Art sollen nicht verdecken, daß die GAL von der reinen CDU-Verhinderung kalt erwacht wurde. Das hat aber bei weitem nicht nur mit einer redaktionell anderen Wahlerklärung zu tun, sondern viel mit ihrer Gesamtdarstellung und der Frage, wie ihre Politik in der Gesellschaft gewachsen war und getragen wurde. Wir selbst haben dieser Zuspitzung zu wenig entgegengetreten. Es spielte in der Auseinandersetzung nur

noch eine geringe Rolle, wie sehr die SPD Steigbügelhalter für schwarze Entwicklungen ist, daß sie nach der Wahl mit der reinen Wirtschaftspartei FDP paktieren würde oder gar mit den Schwarzen direkt. Es wurde zu wenig zum Thema gemacht, daß die SPD in den gemeinsamen Gesprächen mit der GAL provokatorische Inhalte für eine Regierungsbeteiligung angegeben hatte: Eine Wirtschaftspolitik, die zu 80% mit der CDU übereinstimme, ein öffentliches positives Bekenntnis der GAL zur Ausweisung von Ausländern und selbstverständlich Kriegsaufbau bei Blohm und Voss im Rahmen ihrer Standortpolitik.

Anders als vor vier Jahren führte die GAL kaum eine öffentliche Auseinandersetzung mehr darum, für was sie in die Verantwortung gezogen werden sollte bzw. nicht sollte, denn die Bedingungen waren überwiegend zur Abschreckung gedacht. Zu sehr war bereits eine Stimmung verbreitet, auch dafür habe sich die GAL herzugeben oder eine Stimmung, die verhinderte, daß auf so etwas noch geachtet wurde, falls nur Pechschau nicht komme. Wir müssen wieder mehr in den gesellschaftlichen Ansätzen eine gemeinsame Politik entwickeln, die uns etwas unabhängiger macht von Konjunkturen, in denen mal die Differenz zwischen SPD und CDU zu der entscheidenden Frage überhöht wird und mal wieder an Wirkung verliert, nachdem die SPD reperte, wieder ihr Gesicht zeigen mußte und die CDU auf ein noch akzeptables Maß zurückgestutzt wurde.

Die SPD zerschlug systematisch jede rot-grüne Bündnisillusion

Die von der Hamburger SPD schon vormals verfolgte politische Linie, keinen Millimeter mit der GAL, bekam bundesweit Rückenwind. Nach Hessen stellte sich auch die Bundes-SPD abrigt auf diese Linie ein, um mit dem Ausfransen nach beiden Seiten Schluß zu machen. Die rot-grüne Bündnisoption bekam ihr nicht. Anders als in früheren Zeiten, in denen sie ohne grüne Parteienkonkurrenz mit einem Zugehen auf Protestbewegungen recht erfolgreich war, verlor sie diesmal an die Grünen, weil offensichtlich viele Menschen ihr verbales Zugehen auf grüne Anliegen auch als Bestätigung der Grünen werteten und weil sie am rechten Rand dafür bestraft wurde. Aus Meinungsumfragen ging zudem hervor, daß 75% der SPD-Mitglieder gegen rot-grüne Bündnisse seien und rund 65% ihrer Wähler/innen. In der Frage der Umsetzung unserer Ziele sah es noch schlechter aus, weil SPD-Wähler/innen fast übereinstimmend Anzeichen mit denen der CDU angaben: Auch für sie stand in einer zukünftigen Gesellschaft „Sicherheit und Ordnung“, „Wachstum“ und Konsens mit der Wirtschaft ganz oben an und nur ein Viertel konnte sich für „Demokratie“ oder „Reform“ begeistern. Diese Umfragen kennzeichnen keinen wahren Zustand. Der Anteil in der Gesellschaft, der unsere Ziele teilweise gut findet, ist gewachsen und

diese Umfragen kennzeichnen nicht, welche Zustimmung für mehr Demokratie und Reform da wäre, wenn es eine offensiv dafür werbende SPD gäbe. Die SPD handelt dabei nicht nur aus Rücksicht auf ihre Wählermeinung, die sie selber mit erzeugt, sondern auch aus Rücksicht auf NATO und Wirtschaft.

Die SPD kehrte nach Hessen geschlossener zur Rau-Taktik zurück. Schon vorher predigte Lafontaine die Vorzüge der NATO und beschimpfte die Grünen nach Hessen nur noch in wüster Manier. In Hamburg wurde jede Zusammenarbeit mit der GAL abgelehnt und falls sie doch regieren wollte, war sicherheitspolitischer Gewaltverhältnis noch nicht geklärt. In Rheinland-Pfalz erklärte der Spitzenkandidat Scharping, ein Regierungsbündnis mit den Grünen komme überhaupt nicht in Frage, weil die den falschen Bundesvorsitz gewählt hätten, noch keine Distanzierung der Rheinland-Pfälzer von der Grünen Partei erfolgt sei, weil keine Abgrenzung zu den Protestbewegungen erfolgt sei, weil es noch Fundamentalisten in den Grünen gäbe und weil die pfälzischen Grünen eh zu provinziell seien.

Die Taktik, rot-grüne Bündnisillusionen zu zerschlagen — mit dem Argument: Entweder wir (im Zweifel mit der FDP) oder gar nichts — ist nicht neu. Diese Rechnung kann dann aufgehen, wenn die SPD arthmetisch die CDU besiegen kann. Sie ging auf in NRW oder im Saarland. Sie wird nicht aufgehen, wo die SPD aussichtslos im Rennen liegt, etwa in Baden-Württemberg oder in Bayern. Die Grünen verloren in dieser Situation auch mit „welchen“ Bündnisangeboten. Nicht reperte und 100 Mark mehr für Sozialhilfeempfänger und Schließung des Schnellen Bräters in NRW, den die SPD jetzt auch vorgibt, schließen zu wollen, konnte nicht als überaus hart bezeichnet werden. Das Neue, auf eine Kurzformel gebracht: Der Versuch mit Börner ging daneben, Rau ist nachträglich rehabilitiert. Wir stehen gemeinsam vor dem Problem, wie wir verhindern können, daß in einer zuge-spitzten Situation das kleinere Übel SPD gewählt wird, um die Schwarzen zu verhindern, weil rot-grün ausgeschlossen wird. Wir stehen vor dem Problem, wie wir verhindern können, daß ausgerechnet eine „erfolgsversprechende“ rechte SPD einen Sog ausüben kann. Positiv: Wie können wir in der beschriebenen Konstellation Unterstützung dafür gewinnen, daß politische Veränderungen auch im Parlament an erster Stelle stehen und nicht die Regierbarkeit als solche.

Diese veränderte Lage bedeutet nicht, daß sich durch eine offene Rechtfertigung der SPD unser politischer Spielraum automatisch erweitert. Die Absage an rot-grüne Bündnisse bleibt gekoppelt mit Schuldzuweisungen an die Grünen und mit ihrer Bonner Oppositionsrolle.

Die vernünftigen und die unvernünftigen Grünen

Selbstverständlich war den Herrschenden — einschließlich der SPD — nicht

recht, daß auf dem Duisburger Parteitag eine Feministin, eine radikale linke Ökologin und ein Ökonozialist in den Bundesvorsitz gewählt wurden. Solche politischen Entscheidungen sind aus ihrer Sicht bedrohlich und damit „unvernünftig“ und „politikunfähig“. Sie wissen ja, was aus ihrer Sicht vernünftig und Politikfähig ist. Die Grünen waren bundesweit pflichterheftig kommentiert worden, wenn sie eine Befürworterin des Müttermanifestes, eine Befürworterin der Regierungverantwortung für die existierenden Verhältnisse und einen Verfechter für die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols einschließlich einer Akzeptanz der Volksherrschaft gewählt hätten. Die Preise wäre für die Grünen besser gewesen. Die Grünen sind bisher auch mit so etwas fertig geworden, aber derart massiv gab es solche Kampagnen gegen die Grünen lange nicht mehr und derart viele Kronzeugen für die Kampagne der SPD aus den Reihen der Grünen gab es ebenso lange nicht.

Fast täglich wurden die Kronzeugen vorgeführt. Die GAL habe ihr Gewaltverhältnis nicht geklärt, in der GAL hätten die Betonköpfe oder Holzköpfe das Sagen, die GAL dürfe nicht soviel fordern, die GAL allein verhindere ein Bündnis mit der SPD, obwohl die SPD an ihrer Handhabungsweise zugunsten der FDP nie etwas offen gelassen hätte. Die Unterstützung der SPD-Propaganda ging bis weit in links-alternative Lager hinein. So entwickelte T. Jansen in der TAZ über eine ganze Seite hinweg ein Bündnisszenario SPD-GAL, das er angeblich aus der SPD-Zentrale kannte. Ein Jahr lang wollte die SPD mit der GAL über Vereinbarungen verhandeln und nach dem Jahr dann eine Koalition eingehen. Signalisiert wurde mit solchen Hingespinnungen, daß sich die rot-grünen Wechselwähler/innen auf eine nach links offene SPD verlassen könnten; sie müßten allerdings der habstarrigen GAL einen „Denkartel“ verpassen (zu letzterem forderte die ehemalige GAL-Pressesprecherin auf). Es gab so gut wie keine Aufklärung darüber, daß die SPD alles andere wollte, nur nicht mit der GAL, zu 80% mit der CDU übereinstimmte und welche anderen Provokationen die SPD der GAL angeboten hatte.

Rot-grüne Wechselwähler, und es waren immer noch viele, konfrontiert mit der schroffen Bündnisablehnung der SPD, mit der gesuchten Angst vor der Schwarzen Republik, sondern auch mit der täglichen Bestätigung aus links-alternativen Organen: mit der GAL lohne es nicht, die Vorwürfe der SPD seien völlig berechtigt. Das Problem der innere Kronzeuge wirkt glaubwürdiger als wenn nur die SPD die GAL und die Grünen bezichtigte würde.

Ein anderes Bündnisangebot für die Wechselwähler/innen — die veränderte GAL

Ein anderes Bündnisangebot für die Wechselwähler/innen — die veränderte GAL

Die GAL hat Stimmen verloren — weil sie kein klares Angebot einer Regierungsbeteiligung als Form — ohne Inhalt — gemacht hat. Das Angebot einer Regierungsbeteiligung hätte es vermutlich sein müssen, weil die SPD alles unterhalb davon kategorisch ausgeschlossen hatte. Die Absicht war klar: Sie wollte kein Regierungsbündnis mit der GAL und hatte sich werbewirksam als Ablehnungsbegründung das ausgesucht, was der GAL am meisten zu schaffen machen würde, um den „Lieben 68ern“ eine Schuldzuweisung anbieten zu können. In einer Stimmung, allein die schwarze Republik müsse verhindert werden, hatte auch das Angebot der GAL-Minderheit nicht geholfen, den Habitus zu streichen, es käme uns auf die Substanz unserer Forderungen an. Auch damit wäre die GAL eine „Verweigerer-Partei“ geblieben.

Vielleicht hätte ein politisches Signal einige Stimmen mehr gebracht, daß es der GAL nicht nur auf die Streichung des Habitus mit dem Erhalt ihrer Reformsubstanz ankäme, sondern auf das, was Thea Bock am Wahlabend erklärte: Die SPD müsse sich entscheiden, ob sie ihre Politik besser mit der FDP oder mit der GAL durchsetzen könne. Die SPD hatte zwar schon entschieden, dies besser mit der FDP zu können (auch bei einem Nullangebot, weil die FDP staatspolitisch „verlässlicher“ ist), aber es wäre ein Signal gewesen, daß die GAL bereit wäre, jeden Reformansatz zugunsten einer SPD-Regierbarkeit fallen zu lassen, um die CDU zu verhindern. Es kann von Teilen der GAL Minderheit nicht im Anspruch genommen werden: „Ich habe die Wahl nicht verloren“. (T. Bock) es sei denn, dieses Signal war gemeint. Das muß dann offen angesprochen werden, so wie Michael Stamm es in ei-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ten, Realos, die es verlockend finden, mit den Wölfen zu heulen und im Chor mit „Springerpreise“, „MoPo“ und „lab“ über die „Verweigerungshaltung“ der GAL herzugehen, sollten bei ihrer Spekulation auf die günstige Gelegenheit für ihre eigene politische Position nicht darüber hinweggehen, daß die laufende Hetze auf die „Hamburger Linie“ auch ein Modellfall und Exempel dafür sein könnte, wie bei anderer Gelegenheit zur Jagd auf die Grünen insgesamt geblasen werden wird.

Fortsetzung von vorheriger Seite

nem TAZ-Gespräch getan hatte. Wir dürfen dann nicht nur auf redaktionelle Veränderungen reden, sondern darüber, was die GAL zur Disposition stellen will, um eine höhere Wahlwirkung zu erzielen. Die ethische Position ist von der GAL mühsam alles unterbleiben, was nicht der Fortsetzung einer rechten sozialdemokratischen Politik dient.

Das wäre eine strategische Frage. Wollen wir mit unserer Politik im Parlament auf Kursänderungen bestehen und an einem Reformkonzept festhalten, das auch die Bereitschaft behält, kein Bündnis einzugehen, wenn die SPD bei ihrem Anti-Reformkurs bleibt, oder geben wir das auf? Stehen wir im Parlament für das kranke Gegenstück dessen, was wir sonst politisch verändern wollen, um die CDU zu verhindern? Wer unsere Parlamentarierpolitik auch mit politischen Kursänderungen — vom Atom bis zum Sozialhilferezept — verbinden will, wird in einem Gesamtklima, in dem die Hamburg Wahl stand, dieselben Schwierigkeiten bekommen. Alle die, die dabei bleiben, haben insofern das Wahlergebnis zu „verantworten“.

Der für das Wahlergebnis wahrscheinlich hilfreichere Ansatz, die Dohnanyi-Politik nur zu garantieren, hätte aber strategisch weitaus mehr zu verantworten als Stimmenverluste.

Die GAL wird zu einem Verein zur Rettung der SPD-Regierung bestellt (Heiner Möller) und die Leitlinie „Verhinderung der CDU“ kann kein gesellschaftsveränderndes Potenzial — auch mit dem Ziel der parlamentarischen Reform in wichtigen Bereichen — mehr aufbauen. Die Verhinderung der CDU kann von der SPD allein oder in einer Koalition mit der FDP erledigt werden. Die CDU-Verhinderung spricht nicht einmal für die Grünen, zumal dann nicht, wenn die SPD Bündnisse mit den Grünen ausschließt. Diese Entwicklung enthält ein Stufenmodell, die Grünen zur unbedeutenden Sozialdemokratie abzustumpfen zu lassen. Die Trauben für Bündnisse werden von der SPD hochgehängt, um diesen Prozess zu beschleunigen. An die Wiedererreichbarkeit, um diesen Prozess zu beschleunigen. An die Wiedererreichbarkeit von Bündnissen werden wechselseitig die Bedingungen geknüpft (z.B. nachbarschaftliche Zusammenarbeit nach SPD-Gesetzen, Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols, all seiner Gesetze, Akzeptanz der inneren und äußeren „Sicherheit“, ausschließlich NATO-Vertrag, Distanzierung vom Widerstand, Herstellung einer verlässlichen Zusammenarbeit durch „Radikalerienab“ für sogenannte Fundamentalisten).

Dies schwächt eine Politik für gesellschaftliche Veränderungen und parlamentarische Reformen langfristig. Es kann uns passieren, daß die Grünen in Zukunft 1.000 Versenkungen machen, um der SPD zu gefallen, ohne damit einem Bündnis näher zu kommen.

Es bleibt schließlich sogar offen, wie viele Stimmen uns solche Angebote gebracht hätten. Einiges hätte auch dem Angebot beliebiger SPD-Unterstützung im Wege gestanden. Das bundesweit lauzierte Klima, Grün ist bündnisunfähig, zweitens hätte die Verhinderung von Perichau auch dann noch mit der SPD erledigt werden können, drittens wäre die GAL auch damit einem Bündnis nicht viel näher gekommen, weil die SPD auf die FDP festgelegt war, viertens wären innerhalb und außerhalb der GAL einige nicht für eine Politik eingetreten, die existierenden Verhältnisse regierend mitverantwortlich zu wollen oder Politik für die Unterstützung einer rechten SPD zu betreiben. Es gibt auch in diese Richtung einiges arithmetisch zu verbieten.

Wir sind politisch nicht mehr dieselbe GAL

Auf einem anderen Blatt steht eine selbstkritische Erkenntnis: Die GAL hatte Tolerierungsforderungen aufgestellt, die nicht aus einem Dialog mit Initiativen heraus gewachsen waren. Wir haben wenig Politik entwickelt, mit getragenen Reformkonzepten Widerstände eines SPD-nahen Umfeldes zur SPD zu unseren Gunsten zu nutzen. Wir haben in mehreren Landesversammlungen darüber diskutiert, wie wir uns und unsere politischen Veränderungswünsche in Frage stellen können. Es kam durch die Auseinandersetzung um strategische Optionen zu einem Hugelkampf im Wahlkampf, der auf Besitzstandswahrung zielte und einen offensiven Umgang mit der völlig inhaltlosen, ja inhaltlich ausklammernden Lösung von Dohnanyi „Regiert mal schön, sonst nichts“ verhinderte. Es kam dazu, daß aus den Grünen heraus mit Unterstützung der TAZ ein

Vokabular herumgeworfen wurde, das alle, die wirkliche Reformen — realer Atomausstieg, Sanierungen, und was wir noch so fordern — propagierten, als Betonklötze diffamierte. Darauf kann nicht ideologisch geantwortet werden. Hätten wir nur nicht. Wir und politisch nicht mehr dieselbe GAL wie vor vier Jahren. Es war objektiv schwer, mit den unterschiedlichen Optionen, gemeinsam gegen die Stimmung „Schwarze Republik“ anzukommen. Wir müssen selbstkritisch erkennen, die Wirkungen unterschätzt zu haben und zu sehr auf „Volkszahlung“ und andere gesellschaftliche Themen gehofft zu haben.

Die GAL hat sich in vier Jahren erheblich verändert und kam nicht mehr in die Offensive. Die GAL trat vor vier Jahren mit einem vergleichbaren Tolerierungsvorschlag zur Wahl an. Damals gab es eine relativ geschlossene GAL für diese Politik. Die Hauptkritik aus den eigenen Reihen lautete damals, die Tolerierungspolitik würde wegen der Engpässe des Programms auf einige Bedingungen zugunsten der SPD sowohl Programm als auch soziale Bewegungen verraten (Kurt Edler in „Der kleine Bürgermeister in uns“). Als die GAL vor vier Jahren ebenso vor Neuwahlen stand und der Druck auf die GAL wuchs, schrieb Kurt Edler: „Wir müssen ... öffentlich die Frage stellen: Hätten wir auf etwas verzichten sollen? Wenn ja — auf was? Unsere Stärke liegt hier noch wie vor in der Unverzichtbarkeit unserer Tolerierungsforderungen ... so könnte die Wiederholung des Tolerierungsangebots nur glaubwürdig sein unter zwei fatalen Bedingungen, entweder wir fallen um und geben die Mehrheit unserer Forderungen preis oder wir wecken unbegründete Hoffnungen in eine Läuterung der SPD ... So witzig es ist: obwohl die Hamburger Tolerierungsinie gerade aus der Ablehnung der Fundamentallösung entwickelt wurde, wird inzwischen von verschiedenen Kräften versucht, die Tolerierung als bloße Fundamentallösung abzuwerten. Man sieht, wie schnell sich das Weltbild mancher Leute nach rechts verschiebt ...“

Das ist gewißlich wahr und das Weltbild hat sich in den Jahren danach. Das ist gewißlich wahr und das Weltbild hat sich in den Jahren danach noch mehr nach rechts verschoben und ins Parlament hinein, was auch zu einer Überschätzung von Reformpolitik, die von der Länge des Verhandlungsprozesses abhängt, führte. Wir haben nicht selten den Eindruck, an der Autobahn zu stehen und die Karossen verschiedener Baujahre und Typen rasen an uns vorbei, immer in dieselbe Richtung von links nach rechts. Wir wollen nicht zu weit zurückgehen. Noch vor zwei Jahren im April 85 wurde Theo Bock auf der ersten Seite der Hamburger Rundschau zum niederschmetternden Ergebnis im Saarland zitiert: „Wenn es uns nicht gelingt, das, was wir wollen dem Wähler zu vermitteln, dann haben wir nichts dagegen, wenn wir auch mal eine Zeitlang nicht mehr im Parlament sitzen ... Die Ziele sind wichtiger als das Schielen nach Wählern.“

Dieses war besonders sektiererisch und soll hier nur erklären, in welchen kurzen Zeiträumen sich um uns herum einiges verändert hat. Heute werden wir kritisiert, weil wir das Ausmaß unserer Forderungen nicht zurückschrauben wollen und weil wir unsere Forderungen nicht der sozialdemokratischen Form von Machbarkeiten nach und nach anpassen wollen. Heute wird jemand als Betonklotz angegriffen, der unser parlamentarisches Wirken überhaupt noch als Reformansatz verteidigt, weil die SPD doch dadurch gepeinigt werde und so zu Recht mit dieser GAL nichts zusammen machen könne. Vor vier Jahren kam Tolerierung allerdings zumindest in der ersten Wahl als „ernster“ Prozess in Gang, der dann an den Inhalten scheiterte. Dreimal waren alle Bündnisillusionen von vornherein zerlegt. Wir haben die Bedrohlichkeit in dieser Dimension nicht erkannt. Es ist im Zusammenhang mit dem Wandlungsprozess schon erstaunlich, mit welcher Vehemenz von den Real-Grünen die zur „Sau“ gemacht werden, die an parlamentarische Bündnisse wichtige Reformbedingungen knüpfen, und welche Schonung, welche verständnisvolle Behandlung eine antireformistische SPD einbringt, bis hin zum neuen schafften Dialog mit dem Konservatismus.

Was steht jetzt an?

Es besteht wohl kaum ein Bedarf, einige Tage nach der Wahlniederlage festzulegen, mit welcher Wahlausage wir in vier Jahren zur Wahl antreten wollen. Genauso wenig gibt es eine aktuelle Chance, auf die Regierungsbildung Einfluß zu nehmen, weder von uns noch von einem linkssozialdemokratischen Spektrum. Wir haben mit der

Oppositionspolitik in der kommenden Bürgerschaft zu beginnen. Für die Ausrichtung dieser Politik liegt ein Vorschlag von J. Reents und anderen vor: „Die GAL muß eine Politik in der Bürgerschaft entwickeln, die auf die Widersprüche zwischen der FDP und den auf Reformen hoffenden SPD-Wählern und Wählerinnen zielt.“

Warum lautet der Satz nicht, daß wir die Widersprüche zwischen den auf Reform hoffenden SPD-Wählerinnen und Wählern zu der SPD-FDP-Koalition entwickeln müßten? Weshalb fehlt die SPD? Vor nicht allzu langer Zeit wurde die FDP von der SPD als Umfallerpartei geächtet, jetzt freut sich die SPD über das Umfallen, weil sie ihre nichtreformistische Politik für die Hamburger Wirtschaft am besten mit der FDP durchsetzen kann. Das kann doch für uns kein Anlaß sein, die SPD aus den Widersprüchen herauszuweisen. Es muß unseren Interessen extrem entgegenstehen, wenn ausgerechnet wir die SPD für jede ihrer Säuereien präventiv entschuldigen und sie sich dank unserer Unterstützung wie zu Schmidts Zeiten hinter der FDP verbirgt. Das war zu den Schmidts Zeiten schon Aufgabe der SPD-Linken, die SPD mit der FDP zu entschuldigen, während die Rechte um Schmidt offen dasselbe verkündete wie die FDP und davon wird sich Dohnanyi vermutlich nicht groß unterscheiden. Wir müssen als Opposition in allen Politikbereichen gerade die 90% Gemeinsamkeit von SPD und FDP in ihrer Regierungspolitik herausstellen, um den auf Reformen hoffenden Wähler/innen vor Augen zu führen, daß nicht nur ein Bündnis mit der FDP nichts taugt, sondern auch die politische Entscheidung zugunsten der SPD nicht voranbringt. Nicht nur das Bündnis mit der FDP war der Fehler, sondern deren übereinstimmende Politik ist das Problem.

Wir werden in einer Bandbreite der Politik, von Anti-Atom bis Volkszählungsboykott, von Kindertagesstätten bis Arbeitsmöglichkeiten in Kruenbereichen, von Ausbau der Sozialversorgung bis „Ausländerpolitik“ usw. versuchen müssen, die Menschen in Politik mit einzubeziehen, die statt GAL SPD gewählt haben, damit möglichst viel mit einzubeziehen, die statt GAL SPD gewählt haben, damit möglichst unmittelbar erfahren wird, weshalb die rechte CDU-Veränderung noch kein gesellschaftlicher Fortschritt ist, sondern sogar Rückschritt bedeutet. Rechts liegt nicht erst bei der CDU an. Wir müssen versuchen, das Potential auszubauen, das nicht wie ein Kaninchen auf die Schlinge CDU starrt, sondern bereit ist, für gesellschaftliche Veränderungen zu kämpfen und auch so zu wählen. Wenn wir das alte Helmut Schmidt Modell — rechte SPD ist besser als Barzel — nicht eingrenzen können, besteht die Gefahr, daß der emanzipatorische Entwicklungsprozess „weg vom kleinen Übel“ wieder zurückfällt.

Wir werden erklären müssen, daß Reformen in dieser Gesellschaft sehr viel mehr mit gesellschaftlicher Initiative und dem Ausbau konfliktbereiter Potentiale zu tun hat als die „Reparatur“. Das muß durch unsere praktische Hinwendung zu gesellschaftlicher Initiative belegt sein. Das größte Risiko für eine — kurzfristig in keinen Angelegenheiten, strategisch in größeren Veränderungen — durchsetzungsfähige Politik ist die Erpressung der Grünen von außen und innen zu Staatsakzeptanz, NATO-Akzeptanz, Distanzierungspolitik zu sozialen Bewegungen, Distanzierung von radikaler und rebellischer Politik in den eigenen Reihen. Würde diese Entwicklung gehen, käme gerade nichts mehr an Reform. Im GAL-Wahlkampf war insofern ein Problem, daß Menschen und Initiativen, die ein Interesse an mehreren kleineren Übeln hatten, zu wenig erklärt wurde oder erklärt werden konnte, daß auch ihre „kleinen Übel“ durch die Wahl der SPD nicht vertreten und — sei es durch die bekannte Politik der SPD in Zeiten ökonomischer Krisen, in denen sie auch zuerst an den sozialen Topf herangegangen war, sei es durch ihre Festlegung auf eine Koalition mit der FDP. Die Wahl der GAL hätte auch ohne Bündnisoption viel mehr zur Erhaltung „kleinerer Übel“ beigetragen als die Wahl der SPD, die gerade signalisiert, daß die SPD auf diverse Anliegen der GAL weniger Rücksicht nehmen muß, und auch auf Anliegen von Initiativen oder Einrichtungen. Die Empfehlung vieler, durch Bereitschaft zur Regierungsübernahme, d.h. Staatsakzeptanz kurzfristig Wahlerfolge zu sichern, ist jedenfalls langfristig ein sicherer Weg zur Schwächung, Isolierung und Überflüssigmachung der Grünen.

Denn die Erpressung der Grünen von außen und innen zu Staatsakzeptanz oder NATO-Akzeptanz muß Hand in Hand gehen mit einer Distanzierungspolitik zu sozialen Bewegun-

gen, zu Distanzierung von radikaler und rebellischer Politik. Würde diese Entwicklung gehen und der staatstragende Schwenk der Grünen noch mehr in ihre soziale Basis hineinwirken, käme eben nicht mehr an Reform. Und über kurz oder lang wäre auch das nicht mehr „greifbar“, was heißt als Stammwähler innenschaft der Grünen bezeichnet wird.

Absurd sind alle Stellungnahmen, die behaupten, der GAL sei es recht, von 30.000 Menschen nicht mehr gewählt worden zu sein. Die politischen Anliegen aller, die in der GAL sind, wurden durch dieses Wahlergebnis geschwächt. Die Möglichkeiten, mit diesen Menschen gemeinsam über unsere Politik zu sprechen, sind nicht abgerissen und werden bereits am Wahlabend für größere Teile unter ihnen als notwendig erkannt worden sein. Der Teil zumindest, der SPD gewählt hatte in reformerischer Absicht und in der Hoffnung, seine Stimme könnte zu einer rot-grünen Mehrheit verwendet werden, mußte schon am Wahlabend enttäuscht sein, weil die SPD kein Wort mehr über die GAL verlor. Die Koalitionspolitik in der beginnenden ökonomischen Krise wird ein übriges tun.

Wir haben bei dieser Wahl besonders schmerzhaft zu spüren bekommen, daß es immer zwei verschiedene Wahlmotive für die GAL gegeben hat. Das eine: die GAL wählen als parlamentarischen Arm gesellschaftlicher Opposition; das andere: mittels einer SPD-GAL-Mehrheit eine veränderte Senatspolitik erzwingen.

Die 1982 konzipierte Tolerierungspolitik war der Versuch, beiden Motiven Rechnung zu tragen. Heute müssen wir feststellen, daß die durch die Tolerierungspolitik verursachte inhaltliche Polarisierung im Mai 87 wesentlich schlechter gelungen ist als von uns erhofft und vor fünf Jahren mit mehr Erfolg praktiziert wurde. Wir schlagen deshalb vor, schon weit im Vorfeld von Wahlen und in relativer Abkopplung von der Frage aktueller parlamentarischer Mehrheiten so etwas zu erarbeiten wie „Kurzfrist-Alternativen“ zur

sozialliberalen Standortpolitik. In ihnen sind die Forderungen aufzugreifen, die in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen gegen die Senatspolitik erhoben werden und die zugleich spezifische GAL-Anliegen im Sinne einer grundlegenden Kurskorrektur in Hamburg sind. Entwickelt werden mußte eine solche ökologische Reformalternative in ständigem Dialog mit jenem Spektrum, das auch weiter mit uns den Atomausstieg will als mit dem Senat. Politik für die Wirtschaft zu machen. Auf diesem Wege könnte auch die „Asdtenk“ und „Starrheit“ der bisherigen GAL-Tolerierungskataloge überwunden werden.

Es kann auch sein, daß wir uns in zwei oder drei Jahren als lächerlich machen, wenn wir statt „einseitiger Oppositionspolitik“ immer noch oder schon wieder von Alternativen ganz in sam mit der SPD reden. Aber den Versuch, solche Alternativen zu thematisieren müssen wir machen; wobei im übrigen zu erwarten ist, daß die Zahl derjenigen wieder ansteigen wird, die begreifen, daß der Kampf gegen rechts nicht bei der CDU anfängt und das Ausmaß notwendiger Reformen nicht bei der SPD endet.

Wir verstehen diesen Vorschlag auch als Angebot zu konstruktiver Weiterentwicklung unserer Politik an all diejenigen in der GAL-Minderheit, die nicht aus der Wahlmiedelage den Schluß ziehen wollen, daß jetzt inhaltliche Forderungen fallenzulassen sind, daß nur noch Durchsetzung sozialdemokratischer Politik propagiert werden darf oder eine Annäherung an die SPD betrieben werden müsse. Die Aufnahme in die Runde staatstragender Parteien ist nach wie vor nicht unser Ziel.

Es lohnt sich nach dem 17. Mai kein Streik mit uns, ob wir bereit sind, aus Niederlagen zu lernen. Wir wenden uns nur im Sinne grüner Anliegen gegen jene, die Niederlagen zum Anlaß nehmen, alles zu vergessen und von uns Erkenntnisse aus der Niederlage erzwingen wollen, die wir analytisch nicht nachvollziehen oder die nicht in unserem politischen Interesse liegen.

Theo Bock, Martin Schmidt, Erwin Jurtschitsch, Paul Rieckmann

GAL wie weiter? — Zu den nächsten Aufgaben der Partei

Die GAL hat die bisher für die GRÜNEN schwerste Wahlschlappe erlitten. Mehr als ein Drittel der Wähler, die noch im Januar 1987 bei den Bundestagswahlen grün wählen, haben diesmal entweder SPD, FDP oder gar nicht gewählt. Die Stimmen der GAL und auf einen Stand unterhalb ihrem ersten Antritt 1982 geschrumpft.

Die massiven Stimmenverluste geben der GAL aktuell nicht die Möglichkeit, die Bildung einer SPD-FDP-Senats zu verhindern. Die GAL kann auch nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Denn unbestreitbar sind Strategie und Taktik der GAL-Tolerierungskonzepte gescheitert.

Wir müssen deshalb ohne falschen Jammer und Drumhergerede feststellen. Die GAL ist die Verliererin dieser Wahl. Dafür gibt es sicher auch Gründe, die nicht von der GAL beeinflusst waren, nach einer solchen, die politische Substanz der Partei angreifen. Die Niederlage gehört es aber zu unserer ersten Aufgabe, uns mit den Gründen zu befassen, die wir selbst beeinflussen haben bzw. beeinflussen können. Und dabei ist deutlich: Die Niederlage basiert auch auf einem fehlenden politischen Angebot, welches bisherige GAL-Wähler/innen von der Rückende zur SPD abgehalten hätte.

Wir verstehen dieses Verhalten vieler unserer Wähler nicht als ein Abbrücken von den gesellschaftlichen wie ökologischen Zielen, die nach wie vor in den außerparlamentarischen Bewegungen und Initiativen lebendig sind. Vielmehr sehen wir in diesem Verhalten eine radikale Kritik an dem politischen Konzept und Stil der GAL, der Art und Weise, wie die GAL ihre Ziele umsetzen will, und dem Umgang mit den Menschen, welche dieselben Ziele, Utopien und Hoffnungen haben. Diese im Wahlergebnis an der GAL enthaltene Kritik darf nicht einfach von uns umgangen werden. Die nach wie vor zum grünen Potential gehörenden Menschen und Bewegungen dürfen nicht als im Irrtum befindliche Wähler denunziert oder gar „exkommuniziert“ werden. Kellerschall darf sich die GAL den Scheinbus und schweren politischen Fehler leisten, mit den verbliebenen „Stimm-

wählern“ zufrieden zu sein und mit ihnen einfach auf Dauer zu rechnen.

Stattdessen muß in der GAL auf allen Ebenen und in allen Gliederungen ein gründlicher und umfassender Diskussionsprozess beginnen. In dieser Diskussion und alle Teile unserer bisherigen Politik mit aller inhaltlichen Schärfe zu analysieren, zu kritisieren und wenn nötig neu zu formulieren. In diesem Diskussionsprozess müssen wir ernsthaft versuchen, mit den uns nahe stehenden Menschen und Initiativen wieder ins Gespräch zu kommen. Es war falsch, uns in der Vergangenheit allzu sicher auf die Zustimmung unserer Wähler/innen zu Inhalt und Form unserer Politik zu verlassen. Das aufmerksam Zuhören und Eingehen auf andere und außerhalb stehende Meinungen muß wieder zu einem festen Bestandteil unserer politischen Kultur werden.

Was für die Organisation des Diskussionsprozesses nach außen gilt, muß selbstredend für den internen Streik gelten. Der Streik darf nicht weiter zur Lähmung der GAL führen. Neben dem Diskussionsprozess müssen wir unsere Arbeits Schwerpunkte innerhalb wie außerhalb des Parlamentes festlegen und umsetzen. All dies setzt voraus, daß wir die Grünen zwischen den Flügeln nicht durch leichtfertige Stellungnahmen und Verurteilungen künstlich vertiefen.

Zu den Punkten, die notwendigerweise einer inhaltlichen Klärung bedürfen, gehören vordringlich und u.a.:

- das Selbstverständnis der GAL als System-Opposition und die Frage der Differenz zwischen gesellschaftlicher Bewegung und politischer Partei
- das Verhältnis und der Umgang der GAL mit außerparlamentarischen Initiativen und Bewegungen
- der Umgang der GAL mit der Gewalt in Gesellschaft und Staat
- die Frage, was die GAL in den nächsten Jahren in Hamburg politisch tatsächlich (durchsetzen) will
- die zentralen Ziele unserer gemeinsamen Anstrengungen und dabei
- 1. Die abgewanderten Wähler/innen,

Fortsetzung nächste Seite

Die neue politische Kultur: Hau druff!

18.5.87 Der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag erklärt: „Nach der Wahl in Hamburg gibt es nichts zu beschönigen. Die Fundamentalisten haben mit ihrer Politik der Verweigerung einen Denkzettel erhalten, der die ganze Partei trifft. Die 7 Prozent in Hamburg sind ein Ergebnis, das sonst selbst in schwierigen ländlichen Gegenden von Grünen erreicht wurde. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, verlieren die Grünen zukünftig an der Existenzgrenze. Die Verweigerungshaltung der GAL Hamburg hat dazu beigetragen, daß Dohnanyis Option für eine sozialliberale Koalition sich reibungslos durchsetzen konnte. Die Grünen in Hamburg sollten zu ihrem Fehler stehen und nicht im nachhinein ein kleinlautes opportunistisches Angebot an die SPD machen, damit lassen sich zu diesem Zeitpunkt die Kartoffeln nicht mehr aus dem Feuer holen.“

Wolfgang Bach, Sprecher des Landesvorstands der Grünen in Baden-Württemberg erklärt u.a.: „Dieses Ergebnis ist dramatisch, allerdings kommt angesichts der harten Linie der Hamburger GAL gegen jede Art der Zusammenarbeit mit anderen Parteien dieses Ergebnis nicht überraschend. Die Wählerinnen und Wähler hatten keine Lust, den Null-Bock-Tango mitzuziehen.“

„Mit gemächten Gefühlen“ hätten die Grünen Hessen die Wahlausgänge in Hamburg und Rheinland-Pfalz zur Kenntnis genommen, lag ihr Sprecher Wolfgang Schwarz. Denn Freude wurde über beide Ergebnisse ausgedrückt. „Wir hoffen, daß dieses Ergebnis besonders im Vergleich zu dem hervorragenden Abschneiden der Grünen in Hessen bei der QAL und dem Bundesvorstand zu einem Überprüfungs-Führer wird.“ (Alle diese Meldungen wurden über den Ticker gejagt)

Walter Schoppe verspricht Hamburg Hilfe: „Auf jeden Fall werde ich vorsichtiger zu einem Überprüfungs-Führer.“ (Alle diese Meldungen wurden über den Ticker gejagt).

Walter Schoppe verspricht Hamburg Hilfe: „Auf jeden Fall werde ich Thea Bock, Adrienne Göhler und die anderen Frauen, denen es nicht genug ist, als die Wir-haben-es-schon-immer-gewußt-daß-die-Gesellschaft-sich-selbst-verändern-will-Sekte in die Politik einzugehen, mit aller Kraft unterstützen.“ (Interview in Nord-West Zeitung, 23.5.87)

Pressekonferenz der grünen Realos

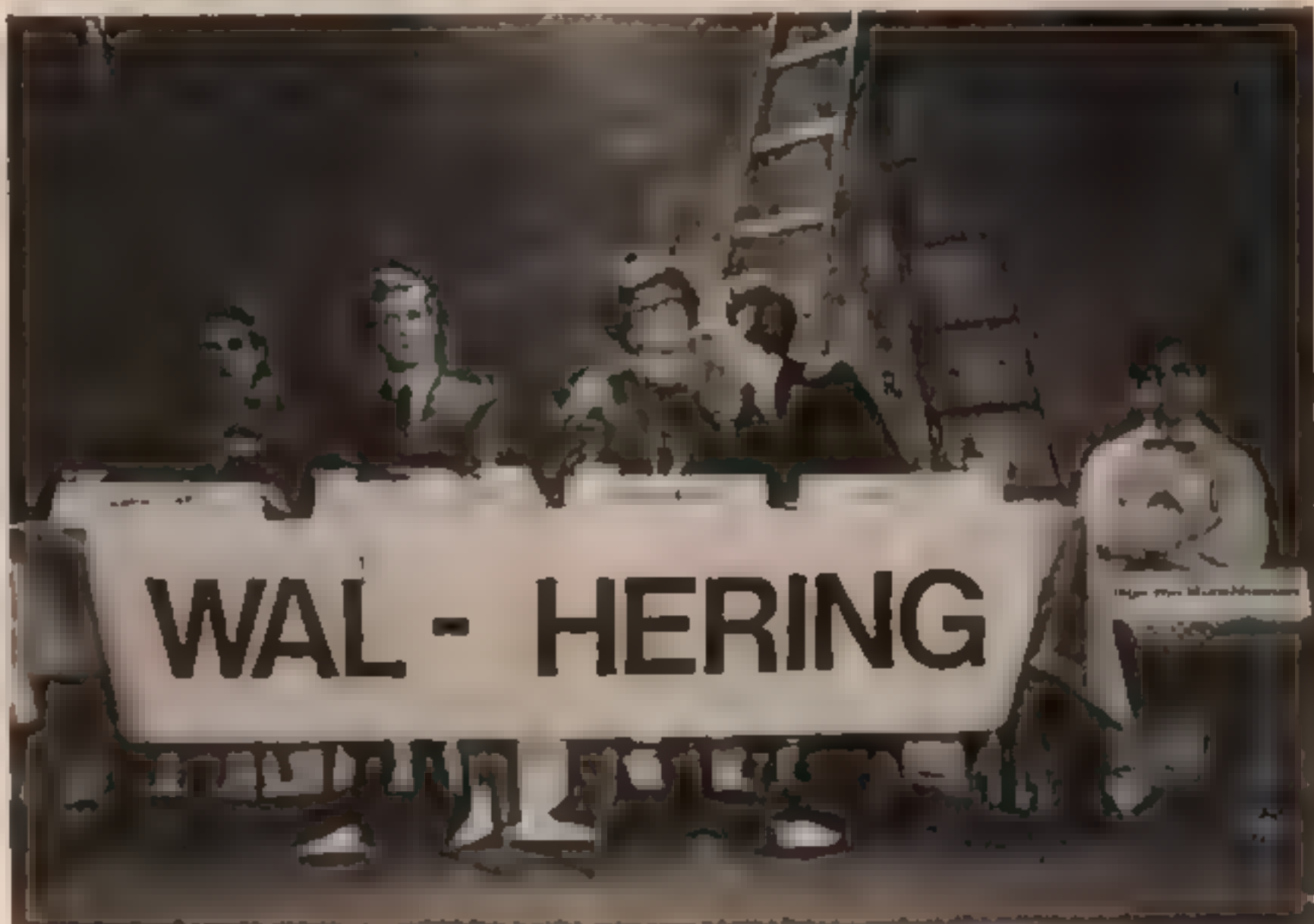
24.5.87 Christa Vennegerts findet, „daß ein unterschwelliger Brand schlimmer ist als ein offenes Feuer.“ Aber: „Eine Spaltung kommt für mich absolut nicht in Frage.“

Hubert Kleinert übt Selbstkritik. Nach Hessen habe er davor gewarnt, daß ein „fundamentalistisches Konzept“ die Grünen auf „Hofnarren im CDU-Saal“ reduzieren würde. Jetzt hätten sie sich in Hamburg, „in die Rolle des Hofnarren bei der Wiedergeburt des sozialliberalen Bündnisses begeben.“ Und noch ein paar Spots: „Es geht nicht um persönliche Schuldzuweisungen, es geht nicht um Aufkündigung der innerparteilichen Solidarität, aber es muß auch klar gesagt werden (...): Ein grünes Projekt, das sich am Gewinnmaximalismus bedient, auf praktische Veränderungschancen verzichtet und dadurch zur Bestandsge-

ranterie der Konservativen oder zum Geburtshelfer von Halbwinden wurde, ein solches Projekt kann keinen Sinn machen. (...) Grüne brauchen ein inhaltliches Profil, das sich von den politischen Themen her eindeutig auf die Ökologie als dem thematischen Mittelpunkt konzentriert, das in den zentralen Fragen Frieden und Abrüstung mehr zu bieten hat als pauschale „Kein Frieden mit der NATO“-Parolen, das in der Gewaltfrage eine unmissverständliche Haltung einnimmt, das Halbwahrheiten dort überwindet und das auch in anderen Grundfragen der Politik mehr auf Wege zur Umsetzung orientiert ist denn auf bloße Gegendemonstrationen. (...) Wir sind nicht ins ideologische Ghetto linker Mythen selber einmauern. (...) Die Realos müssen jetzt um diese Partei kämpfen, nicht nur im Parlament, sondern auch in den Gremien dieser Partei.“

Jochka Fischer: „Das heißt, wir stehen heute vor der Frage, auch und gerade nach Duisburg, ob sich die grüne Partei in Richtung radikaler Sekte entwickelt oder ökologische Reformpartei (...) Die Niederlage (in Hessen) hat uns Realos, vor allem uns Hessen, in die Desorientierung gestürzt. (...) Daß die Überprüfung, wie weit die eigenen Positionen durchsetzbar sind, notwendig ist, steht man daran, daß mit Realos aus der NATO-Beschlüssen niemand geholfen ist. Im Gegenteil, die Grünen stehen relativ daneben in der gegenwärtigen Debatte. Und die große historische Chance, so Gorbatschow erfolgreich im gesamten Osteuropa, aber auch in der Sowjetunion, darf nicht verfallen. Zuerst einmal gibt es realpolitische Hoffnung auf Blockauflösung noch in unserer Generation als eine reale Option, ich sage nicht als Realität. (...) Als praktisches Projekt stellt sich für uns Realos klar die Mehrheitsfähigkeit innerhalb der eigenen Partei.“

Otto Schulz: Niemandem in der Partei ist „damit gedient, diesen Gegensatz zwischen Realos und Fundis zu verkleinern, ihn mit Zuckergruß zu versehen und so mit dem typischen deutschen Harmoniebedürfnis zu vernichten, diesem Konflikt aus dem Wege zu gehen. Ich empfinde es als wenig hilfreich, wenn jetzt aus Bayern die Kunde kommt, man möge den Flügelstreit beenden. Es gibt einen Dissens in der Sache und dieser Dissens muß offen angesprochen werden. Dieser Konflikt muß ausgeglichen werden. Zaghaftigkeit und Halbheiten sind nicht angeht. (...) Objektiv, das ist ja auch der Vorwurf, der aus sozialdemokratischen Kreisen kommt, den man nicht so einfach wegwischen kann, objektiv haben Grüne in vielen Ländern in gewisser Weise auch dazu beigetragen, daß sich schwarz-gelbe Koalitionen oder halbweisse, wie in Hamburg jetzt eine rot-gelbe Koalition etabliert haben. (...) Sehr interessant ist (...) die Diskussion um die doppelte Nutzung, wo manche wiederum nur einem kruden Utilitarismus fröhnen, anstatt sich mal auf die Debatte konkret einzulassen. Gleiches gilt für die Frage der NATO. Auch dort ist ja erfreulicherweise die Zahl der Stimmen gewachsen, die diesen blanken Austritt aus der



Aus dem (Anti-)Wahlspekt der GAL

NATO für einen Unsinn halten.“

„Wahnhall verzerrte Wirklichkeitswahrnehmung“

Schulz hatte noch eine besondere Auseinandersetzung-Variante auszuüben: „Wenn Jutta Dittfurth und andere eigentlich eine Koalition anderer Art beschwören, nämlich die mit außerparlamentarischen Gruppierungen, welcher Art immer, es wird ja keine ausgegrenzt, der Widerstand soll nicht gespalten werden, dann ist das ein Gegenbild zu einer parlamentarischen, sozialökologischen Koalition. Und das hilft es auch nicht, das sozusagen mit schönen Worten zu verzerren. Ich meine auch, das kommt in der Verbots-

kalität zum Ausdruck. Ich denke, es sind sozusagen Antipoden: Zimmermann auf der einen Seite und Jutta Dittfurth auf der anderen Seite. Zimmermann, der nun Volkszählungsgegner, die ja in breiter Form vorhanden sind, als RAF, Terroristen und Faschisten denunziert. Und Jutta Dittfurth, die sagt, die Volkszählung ist die Vorbereitung der Massenvernichtung. Auf dieser Grundlage läßt sich vielleicht eine gewisse Zustimmung erreichen, für Herrn Zimmermann auf der alleräußersten Rechten, und ich weiß nicht, wo Jutta Dittfurth sie erreichen will. Jedenfalls Politik läßt sich auf der Basis wahrhaft verzerrter Wirklichkeitswahrnehmung nicht entwickeln.“

Jutta Dittfurth hatte auf der Landesversammlung der Grünen in Baden-

Württemberg am 22.5. ihre Ablehnung der Volkszählung begründet, u.a. auf dem Skandal hingewiesen, daß Neonazis sich als Zähler melden, um Ausländer aufzuspielen und erklärt, es gebe keine harmlosen Daten, wie die Nazi-Volkszählungen mit der „harmlosen“ Frage nach der jüdischen Religionszugehörigkeit bis in die zweite Elterngeneration gezeigt hätten, die später Grundlage für die systematische Vernichtung von Juden gewesen seien. Die bürgerliche Presse hatte dies so aufgegriffen, daß Frau Dittfurth erklärt hätte, „Volkszähler sind Faschisten“.

Otto Schulz dagegen ließ im grünen Pressedienst am 21.5.87 erklären: „Trotz Bedenken gegen die Erhebung sei er persönlich bereit, den Volkszählungsbogen auszufüllen.“

Grüne Strategien Grüne Strategien in der Sackgasse

Fortsetzung von Seite 1

Rot-Grün ist nicht einfach out, so wenig wie die SPD aus dem Schneider ist. „Rot“ hat nur etwas Luft bekommen und Grün den „Schwarzen Peter“ zugeschoben. Auf daß man sich setze Die Situation dafür war günstig und die Rege hat sie genutzt. Nach der SPD-Niederlage in Hamburg im November letzten Jahres hat nicht einmal die Große Koalition sonderlich geschmerzt. Die SPD-Niederlage bei der Bundestagswahl war programmgemäß. Wo keine Hoffnung ist, kann auch wenig zusammenbrechen. Erst mit dem knappen Scheitern von SPD und Grünen in Hessen schlug die Stimmung im Lager der SPD- und Grünen-Anhänger um, wurde die „schwarze Republik“ als Bedrohung für all jene Errungenschaften betrachtet, die man mit Sozialdemokratie verbindet. Stimmungsumschwung im rot-grünen Lager, denn in Hamburg gab es keine Verschiebung zwischen der Wählerschaft von einerseits SPD und Grünen und andererseits CDU und FDP, sondern innerhalb dieser Lager. GAL und SPD zusammen blieben konstant bei 52 %. Die SPD schaffte es, ohne Änderung ihrer Politik, die im November 1986 fast 10 % Einbußen erlitt, Grünen-Wähler rückzugewinnen, die mit Sicherheit anderswo als das, was ihnen die neue Koalition bieten wird, die aber vorrangig die Verbindung der CDU im Auge hatten. Darauf aber wird die SPD nicht bauen können.

Nun zur Rege. Sie war einmal grün-rot-rot am Werk. Siege, nichts als Siege: Hamburg, Bundestag, Hessenwahl. Vor allem links Siege. Hamburg, Ebermanns Fraktionssprecher und dann der Sprecher-Durchmarsch von Fundis und Ökosozialisten auf dem Duisburger Bundestag. Zu viele Siege können manchmal auch blind machen für die Realitäten. Wieder — wie schon auf und nach dem Hamburger Parteitag 1984 — überwog bei den linken Grünen Euphorie und Sorglosigkeit, überschätzten sie die inhaltliche Substanz und politische Tragfähigkeit dessen, was sich heute in grünen

Wahlergebnissen ausdrückt. Es rächt sich in Situationen wie nach Hessen, daß nicht nur die Fundamentalisten, sondern auch maßgebliche Ökosozialisten die Neigung entwickeln, den politischen Abwärtstrend von den bürgerlichen Parteien allzu gradlinig und bruchartig als Zustimmung zu radikaler Politik einzuschätzen. In Hamburg hat dies — neben der existierenden Strömungs-Paralyse der GAL — auch zur Unterschätzung und Bewegungslosigkeit gegenüber der SPD geführt, ist faktisch die Auseinandersetzung mit dem kleineren Übel und den Wechselwählern nicht geführt worden.

Neben dieser (Fehl-) Rege ist eine andere bemerkenswert: Oskar Lafontaine hat den Braten früh gerochen und Hessen vor Augen unmittelbar nach dem Duisburger Parteitag das Stichwort gegeben. Die Grünen hätten im Parlament offenkundig nichts anderes vor, als „Dienste zu kassieren und die sozialen Einrichtungen zu denutzieren“, formulierte er dröge-reif. Seit her schmeißen die grün-ambivalenten Medien auf Dreck. Die „Spiegel“ Titelseite (11.5.87) gegen die grüne „Kaiserin“ und „Domina im Bundesvorstand“, Jutta Dittfurth, gehört zum schmerzhaftesten. Männer-Journalismus, den sich dieses Blatt so gerne leistet. Chefredakteur Erich Bohne rief dazu auf, ihrer „eiskalten Rege“ eine Absage zu erteilen. „Der Hamburger Wahlausgang ist der letzte Anlaß, verstärkt gegen links zu trommeln: „Stern“, „Spiegel“, „Frankfurter Rundschau“ oder auch die „taz“ (die schon viel länger). „Es gilt Abschied zu nehmen von den Grünen“, fordert das FDP-Mitglied Heiner Bremer im Leitartikel des „Stern“ (21.5.87), voll des Lobes für die „klare Abgrenzung“ Dohnanyis und Scherpings von Jutta Dittfurth „und ihren fundamentalistischen Gesinnungsfreunden“. Beide Blätter hoffen unzweifelhaft auf sozialliberal-Allzu gerne bemühen sie die grünen Kronzeugen. Ob Otto Schulz nun der Dittfurth-Story des „Spiegel“ noch den krönenden Abschluß verschafft und

Jutta „abgesehen von ihren verheerenden politischen Positionen“ das „zielstrebige“ Schüren von „Feindseligkeit und Fanatismus“ attestiert. Oder der Hamburger GALler Kurt Edler, Spezialist für das Aufwerfen „interessanter Fragen“, sich mal so richtig über die grünen Linken im selben Blatt auskotzen darf: „Fundis, die so rebellisch daherkommen, erweisen sich jetzt als Gärtenzweige: auffallend aber harmlos“, wobei sich deren „alternatives Spektakel auch noch für revolutionäre hält“ (25.5.87). Gerade das aber erwartet der „Spiegel“-Leser, echte Revolutionäre und keine Gärtenzweige. Eine dreiviertel Seite wird den Kronzeugen Rieckmann und Jurtschisch aus der GAL in der „FR“ (29.5.87) eingeräumt, um Ebermann/Trampert „und ihre politischen Freunde“ als Anhänger des ganz und gar nicht gewaltfreien Aufstands (wie hätten sich bis heute zur tragenden grünen Säule Gewaltfreiheit „nie eindeutig positiv geäußert“) zu entlarven, ihnen „linke Altmachtphantasien“ und „Revolutionärsmythik“ zu unterstellen. E-nen feuchten Kechnicht können diese Medien die Edlers, Rieckmanns und Jurtschischs, die auf einmal zu publizistischen Nachwahl-Ehren kommen Daß es jetzt, wo Schlachtzeit ist, gegen die radikale grüne Strömung, gegen die Linken geht, das ist ihr einziges Interesse. Daß die „taz“ für die grün-alternative Szene eine noch viel wichtigere Funktion in diesem Kontext hat, ist an anderer Stelle dieser Zeitung zur Hamburger Wahl beschrieben.

Nicht zum erstenmal, aber mit größerer Hingabe als je zuvor, widmet sich die Legende der Grünen ihrer Zerlegung. Gelingt die nicht, hänge noch die Zähmung. Die Rechten ver-zulande halten die Keule „Verfallensangefinde“ bereit. Die SPD träumt vom grünen Niedergang. Und die Grünen? Sie loben, sich gegenseitig die Schuld zuwehrend, durch die Medienlandschaft und hoffen — strömungs-übergreifend — auf das Wunder, genannt „Strategiekongreß“

hr.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Initiativen und Bewegungen zurückzugewinnen. Wir streben damit auch die Wiedergewinnung der Hegemonie der GRÜNEN im öko-sozialen Reformlager an. Wir wollen mit den Initiativen und Bewegungen wieder zu einer Politik der gemeinsamen Aktivitäten zurückkehren.

2. Unsere Oppositionspolitik im Parlament muß die sich etablierende SPD-FDP Koalition in Bedrängnis bringen und sie muß auf eine Ablösung dieser Koalition zielen. Das beinhaltet gleichzeitig ein Angebot der GAL zur Zusammenarbeit an die SPD. Dies Angebot umfaßt die Inhalte wie die Form der Zusammenarbeit.

Die GAL muß ersthaft sowohl eine neue Zusammenarbeit mit Initiativen und Bewegungen als auch ein parla-

mentarisches Bündnis mit der SPD anstreben. Nur so kann die GAL ihrer Rolle gerecht werden, daß gesellschaftliche Mehrheiten für Reformen auch politisch durchsetzen lassen.

Die GAL muß sich bemühen, nach dieser katastrophalen Wahl Niederlage einen neuen Anfang zu machen, indem nicht einfach „alte Rechnungen“ zwischen den Flügeln beglichen werden. Unglaublich wäre auch jeder Versuch, ohne gründliche Debatten alte Positionen über Bord zu werfen. Glaubwürdig ist dagegen ein offener wie öffentlicher und breiter Streit mit dem Ziel eines neuen tragfähigen und nach außen vermittelbaren Konsenses.

Hamburg, 22.5.87

Unterzeichner: Ines Thea Bock, Martin Schmidt, Erwin Jurtschisch und Paul Rieckmann

Mit einem Ohr und einem Bein im Kurt-Schumacher-Haus

Wie die taz für die Hamburger SPD Wahlkampf machte oder, wie die Hamburger SPD über die taz Wahlkampf machte

„Wie aus Hofberichterstattungen Verräter werden“, so ist das Klagenlied des taz-Redakteurs Florian Marten in der Hamburger Regionalausgabe der „taz-Beilage“ überschrieben. „Unberührtliche Machtstellung“, „eine Unterwelt, vor der man Angst haben muß“, sah er gegenüber einer Zeitung am Werk, die „zwar oft partiell, aber nie Parteilich“, ganz bescheiden, „widersprüchlich wie die Wirklichkeit und in letzter Instanz nur dem eigenen Selbstverständnis und der taz internen Selbstverwaltung verpflichtet“ ist (23.5.87).

Die Rede ist von spannungsgeladenen Verhältnissen zwischen der taz und der Hamburger GAL. Die taz hatte es sich in den zurückliegenden Monaten zur obersten Aufgabe gemacht, die Linke Mehrheitsbewegung in der Hamburger GAL zu schlachten, mit allen Mitteln. Hofberichterstattung und Verrat, dieses Pärchen beschreibt zwar nicht die Wirklichkeit, die ja widersprüchlich ist, es kommt ihr aber recht nahe. Vom Pro-SPD- und Anti-GAL-Wahlkampf der taz soll im folgenden die Rede sein. Dabei werden drei Hauptpersonen immer wieder aufzutauchen: Der taz-Redakteur Thomas Janssen, der unbekannte Sozialdemokrat aus dem Kurt-Schumacher-Haus in Hamburg und der Ideelle Gesamt-GALler von der Basis. In Nebenrollen: Die Hamburger taz-Redakteure Ute Scheub, Nikolaus Habitzel und Florian Marten, sowie als special guests: der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Leo Hajen und Klaus Hartung, taz Berlin-West. Wer die Gagen zahlt? Wir wissen es nicht. Wer sie hätte zahlen müssen? Der SPD-Schatzmeister im Kurt-Schumacher-Haus natürlich.

Beginnen wir am 18. Februar 1987. Thomas Janssen beharrt darauf, daß seine Zeitung der GAL zwar nahestehe, „ohne jedoch ihr Gehirn im GAL-Burn abzugeben“. Weil das so ist, deshalb solle diese Zeitung „besonders bestraft“ werden, so seine Replik auf den GAL-Vorwurf, daß die taz ihre privilegierten Beziehungen benutze, um tendenziös und verzerrt GAL-Interne nach außen zu tragen.

Fünf Tage später war die Welt wieder in Ordnung. Die Mitgliederversammlung habe sich deutlich gegen „zentralistischen Verfallsindignation“ des GAL-Vorstands ausgesprochen, statt für ein „stromlinienförmiges Erscheinungsbild“ hätte sie für „Pluralismus“ gestimmt (Tom Janssen-Kommentar am 23.2.87). Nichts davon ist zwar beschlossen worden, doch th.j. (so sein Kürzel) wollte es so sehen. Pech, daß just jene Versammlung einen Vorstand wählte, der im Mai seinem Kollegen Florian Marten mit einer Gesinnung begegnet, vor der er Angst hat.

»Wer will, daß die SPD weiter regiert.

»Wer will, daß die SPD weiter regiert, muß die GAL wählen«

F. Marten

Doch kommen wir zum eigentlichen Thema. Am 23. Februar taucht sie in unserer Geschichte zum erstenmal auf (in der taz schon viel früher, aber man kann ja nicht ganz von vorne anfangen), die Legende vom guten Sozialdemokraten. Sie zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte. Th.j. sah in Hamburg zunächst nur „zwei Befürworter“ der Großen Koalition nach der Novemberwahl: Dohnanyi und Perschau. „Die CDU war verblüfft, SPD und GAL schlichtweg entsetzt.“ Die SPD war entsetzt! Also sprach th.j. an selben Tag mit Leo Hajen, bekannter SPD-Linker in der Bürgerschaft, und ließ ihn aussprechen, was die SPD wirklich denke. „Ich glaube, daß sich in der SPD insgesamt das Bewußtsein entwickelt, daß eine Machtübernahme der Konservativen nur mit der GAL zu verhindern ist.“ „Gespräche im Schatten der Großen Koalition“ stand über diesem Unbewußtsein zu lesen.

Am 28.2.87 steht in der taz Rot-Grün dicht vor dem Durchbruch. Die Pseudo-Gespräche SPD/GAL waren zwar gerade gescheitert, doch gibt es eigentlich nur noch ein Hindernis, das die taz entlarvt: die Mehrheit in der GAL. Die taz-Tagesthemen-Seite klagt die „Tolerierungsverhinderer“ an Ute Scheub, bis vor wenigen Monaten GAL-Pressesprecherin, zitiert die anonyme hässliche Freude in der GAL: „Die Meßlatte liegt so hoch, daß die SPD nie drüberkommt“. Und Tom Janssen kennt die Sorgen der eintönigen „linken SPD“, deren Bürgermeister sich (noch) gegen eine Zusammenarbeit mit der GAL „sträubt“. „Der GAL-Tolerierungskatalog ist eher ein Verhinderungskatalog.“ Dabei hatte die GAL doch je-

nen genialen Schachzug getan: den Theo Bock im taz-Interview so beschreiben: „Wir haben sogar erklärt, daß wir nach einem erfolgreichem Abschluß nicht nur wider besseres Wissens das Arbeitsprogramm der SPD mittragen, sondern auch die durch die Tolerierungspunkte modifizierte Standortpolitik.“ Das war's! Die SPD ist hoffnungslos in der Defensive: „Der klugen Verhandlungstaktik der GAL konnten im wahrsten Sinne des Wortes nur noch Glaubensbekenntnisse entgegenzusetzen werden.“ Hilft es, wenn es geht, es wirklich nicht, schwärmt Tom Janssen. Was man doch wider besseres Wissens so alles erreichen kann.

Am 4.3. prophezeit Tom Janssen in einem taz-national-Kommentar, was stimmungsmäßig viele in dieser Stadt empfanden: „Die letzten 100 Tage — Die Ära Dohnanyi in Hamburg geht zu Ende.“ Die Gespräche mit der CDU waren geplatzt, Jonesome Dohnanyi in der eigenen Partei an einer „Koalition aus rechten Gewerkschaftern und linkem Flügel“ gescheitert. Prognose: „Die jetzt schon existierende GAL-Sperre wird sich höchstwahrscheinlich noch vergrößern.“

Der SPD-Landesvorstand hatte gerade das Vorgehen seines Bürgermeisters gebilligt und ihn einstimmig zum neuen Kandidaten gekürt, da analysiert th.j. messerscharf, daß „innerparteilich noch lange nicht Frieden herrscht.“ Zwar sei „eine rot-grüne Perspektive schütteren eröffnet“, doch noch stehe dem die Hinwendung zur FDP entgegen. Doch auch da weiß wieder „ein Vertreter des linken Flügels“ mit: „Es dürfte dem Bürgermeister schwerfallen, dem Wähler zu erklären, wieso ausgerechnet mit der Partei, die die Wende einleitete, die Wende verhindert werden soll.“ (3.3.87) Florian Marten gibt den Kurs an: „Dohnanyi weg!“, ist sein Rat an die SPD.

Zwischenspiel am 6.3.: „In der Klemme“ überschreibt Tom Janssen in der nationalen Ausgabe seinen Kommentar zu den Schwierigkeiten der „populären Galionsfigur“ der FDP, Ingo von Münch. Hin- und hergerissen sei er zwischen CDU-Befürwortern in der eigenen Partei und der Koalitionsaussage der SPD. Nun stimme zwar nichts davon. Aber: na und, was soll's?

SPD-Landesvorsitzender Ottwin Runde darf im Interview mit Tom Janssen erklären: 1. die SPD macht Wahlkampf gegen die „Wendepartei“ und 2. mit der GAL könnte es gehen, doch derzeit sei „eine verlässliche parlamentarische Zusammenarbeit nicht in Sicht“, und das sei nun einmal eine Koalition. (11.3.87)

12.3.87: Tom Janssen bilanziert zwei Monate vor den Neuwahlen die Lage. Seine Sorge gilt den Folgen von Dohnanyis Politik für die SPD: „Zahnkirschend mußte seine Partei mit ansehen, wie er sich nach dem kapitalen Bock mit der Großen Koalition vollends in Polit-Surrealismus verlor.“ Hamburgs SPD bleibt also das Erpressungssopfer ihres ungerechten und mittlerweile auch unpopulären Spitzenkandidaten. „Rot-Grün ist die Haselnuß“, so geschmackvoll überschreibt Florian Marten am 14.3. seinen Artikel über ein Papir der SPD-Linken das SPD-Arbeitsprogramm und GAL-Tolerierungsforderungen vergleicht. Sein Fazit: „Überraschend“ die breite Übereinstimmung im Grundsätzlichen. „... überall weist die verbale Programmatik in die gleiche Richtung.“ Allein der tumbste Tor Dohnanyi hat nicht gemerkt, daß „auf Basis der Tolerierungsforderungen gemeinsame Politik gemacht werden“ könnte. Die SPD-Linken hätten ihn jetzt „widerlegt“.

Wenn die GAL schon keine Volkspartei ist, dann die taz doch wenigstens eine Volkszeitung. Tom Janssen interviewt — schon langweilig — CDU-Perschau. Wozu? Was soll die Frage? (19.3.87)

Es ist so weit: „GAL-Minderheiten Koalition“ überschreibt der unvermeidliche Tom Janssen am 20.3. seinen Artikel in der taz national. Kaum verhaltenes Jubel, daß die vom der SPD „initiierte Bombe“ — nach der Neuwahl keine Tolerierungsgespräche mit der GAL, sondern gleich Koalitionsverhandlungen — bei den Grünen Alternativen gefunden hat. (Hamburg-Teil) Dagegen wehrte sich die GAL Mehrheit und wollte „nach denken ersticken“, „beachtete eine

Maukorkwirkung“, reagierte mit „dogmatischem Beton“, Rainer Trampert agierte als „Hochhund der reinen Linie“.

31.3.: Die GAL hat jede Koalition abgelehnt und ihr Tolerierungsangebot erneuert. Die Minderheit in der GAL war 1:2 unterlegen. Dennoch entdeckt Tom Janssen das „eigentlich Sensationelle“ der GAL-Versammlung jenseits der bestehenden Koalitionssuggestion der SPD hatte sich die GAL erstmals dem Hauptproblem gestellt: „Können GAL und SPD angesichts einer drohenden Rechtsregierung wirklich etwas bewegen?“ Doch: „Zu spät nachgedacht?“ Die SPD-Linken bestätigen dies in der gleichen taz-Ausgabe. Der unvermeidliche Leo Hajen im unvermeidlichen Interview mit dem unvermeidlichen Tom Janssen: Die GAL habe „den Ernst der Situation noch nicht in vollem Umfang begriffen. Es geht darum, die Wende in Hamburg zu verhindern.“ Andere dito: „Landesvorsitzender Runde ist „enttäuscht über die Reform- und Lernunwilligkeit der GAL.“ „Andere Sozialdemokraten, die nicht genannt werden wollen, zeigten sich zudem noch über den heutigen Vorstoß des Bürgermeisters entsetzt. „Der redet uns noch in die Große Koalition, und die dämliche GAL liefert ihm noch die Stichworte“, hieß es hier.“ Dohnanyi hatte noch einmal einer Zusammenarbeit mit der GAL eine Absage erteilt.

»Die SPD ist das Erpressungssopfer Dohnanyis«

th.j.

6.4.: Hessen hat gewählt und Leo Hajen darf im taz-Kommentar neue Hoffnungen verbreiten: Die Rechten könnten gestoppt werden, wenn SPD und GAL „gemeinsam den Wähler überzeugen können, daß sie umsetzbare Programme haben.“ Dafür müsse die SPD ihre Nichtwähler mobilisieren und die GAL endlich „auch die Bereitschaft zur verlässlichen Mitverantwortung“ erklären. Florian Marten und Tom Janssen assistieren: in der SPD „deutet vieles auf heftige Debatten um die parlamentarische Gestaltung einer rot-grünen Mehrheit hin“, „sowohl innerhalb der GAL als auch bei der SPD sind gegenseitige Annäherungsprozesse viel weiter fortgeschritten als es die jeweiligen Protagonisten einer rot-grünen Zusammenarbeit noch außen deutlich machen wollen/können.“

„Heftige Schockwellen in der GAL“ registriert Tom Janssen nach einer Diskussion der Frauenfraktion. Fraktionsgeschäftsführer Schallhoff wird mit dem denkwürdigen Satz zitiert, daß man die SPD so nehmen müsse, wie sie ist, „auch mit ihren Dohnanyis und Pawelczyks.“ Mit dieser SPD haben wir immer noch Dohnanyis und Pawelczyks. Mit dieser SPD haben wir immer noch mehr als unter einer CDU-FDP-Regierung, die nur noch Erwartung bedeutet.“ (8.4.87)

„Ein skandalöser Fall von Zensur“ im Landesvorstand der GAL ist darüber debattiert worden, daß Theo Bock auf einer rot-grün-Veranstaltung der SPD-Linken (mit Peter von Oertzen) reden soll, und sonst kein GAL-Vertreter eingeladen ist. Die GAL-Mehrheit dagegen wollte, so th.j., einen Vertreter der „reinen GAL-Linie“, zumindest einen „Anstandsraum“ für Theo. (8.4.87) Die Veranstaltung war frustrierend, allein ein Spiegel-Journalist brachte es beim Wein, vermutlich dem süßesten Glas, gegenüber th.j. „auf den Punkt“: alle hätten sich „daran vorbeigemogelt, daß auf Deutschlands langster Autobahnstrecke Flensburg-München mittlerweile nur noch der Elbtunnel sozialdemokratisch regiert ist.“ (9.4.87)

„Abschied von den Mythen?“, die taz annonciert ein Interview mit dem GALliern Herbert Schallhoff und Michael Stamm, in dem diese ihre Position vorstellen „mit einer realistisch eingeschätzten SPD einen Abwehrkampf gegen die Wende zu führen.“ (10.4.87)

13.4. Der SPD-Landespartei-tag hat mit über 90% Dohnanyi gewählt und im Schlußschuß seine Linie bekräftigt. Nachdem zuvor in der Strategiearbeit weniger als ein Drittel der Delegierten sich gegen die Zusammenarbeit mit der FDP ausgesprochen hatten. Tom Janssen und seine linken SPD-Auguren hatten verloren. „Lemminge in Hamburg“ rächt er sich im Kommentar der nationalen taz. Die SPD habe sich für eine Lösung entschieden, an die „weder Demokraten noch Wahlvolk glauben mögen“. Es sei die Situation entgegengesetzt, daß „beide linken Parteien“, „Rot und Grün — stur getrennt marschieren wollen, um so die Wende

zur CDU-FDP-Regierung doch noch zu ermöglichen.“ (13.4.87)

„Die Kooperation mit der SPD muß ehrlich gewollt werden“ — die taz-Redakteure Ute Scheub und Thomas Janssen interviewen Schallhoff/Stamm über eine ganze Seite. Tenor wie angekündigt: sich selbst reduzieren, um die „Wende“ zu verhindern. (13.4.87)

21.4.87: Nach dem „GAL-Theoreti-ker“ Stamm und dem „Fraktionsgeschäftsführer“ Schallhoff kommen mit Rosita Timm und Michael Wunder zwei „GAL-Funktionäre“ auf einer halben Seite der taz zu Wort. Wunder: „Wenn die SPD sich schon nicht ändert, müssen wir uns ändern, das ist die einfache Botschaft von Stamm und Schallhoff.“

Am selben Tag wird Redakteur Nikolaus Habitzel konstruktiv: Er stellt ein GAL-interne Papier zum AKW-Ausstieg vor, das nicht nur die Ausgangsschwierigkeiten beschreibe, sondern auch ihre Kosten. Teuer, sehr teuer. Papiervorfasserin Erika Romborg am 25.4. in einer Rechtsstellung: „Niklaus ist es mit seiner Interpretation des internen Papiers gelungen, von dem konstruktiven Ausstiegskonzept auf die Folgeprobleme abzulenken.“

„Rechtsruck in der GAL?“ fragt Tom Janssen am 22.4.87 listern. Sensationelles hat er zu vermeiden: Für eine interne Mitgliederversammlungsvorbereitung haben GAL-Landesvor-

standmitglieder ein Diskussionspapier erarbeitet. Sensationsjournalist Janssen sieht darin ein Umfallen gegenüber bisherigen Positionen und ein Zugeständnis an die „wachsende Kritik“ all jener, die in der bisherigen Tolerierungspolitik „Verhinderung“ und „Wähler- und Mitgliederbezug“ sehen. Er weht die neue Mehrheit in der GAL: Ein Drittel „Reformer“ oder Realos, ein Drittel „ernsthafte Tolerierer“ um Stamm/Schallhoff und ein Drittel „harte Ökopolitiker“ um Trampen/Ebermann. Damit, prophezeit er, dürfte der Graben zwischen „links-reformistischer Praxis“ in Parlament und Alltag sowie den „bekanntschaffenden, revolutionären Statements auf Mitgliederversammlungen“ zugeschüttet sein.

28.4.87, der Tag der entscheidenden GAL-Versammlung. Tom Janssen interviewt die beiden GAL-Vorstandsmitglieder Susanne Lohmann und Michael Wunder. Am interessantesten an diesem Interview sind die Unterstellungsfragen: „Diese konservative Wende findet ihr nicht tragisch?“ Zur Kritik an rechter SPD-Politik: „Muß aber nicht das noch Schlimmere verhindern, als es ist.“ „... aber nicht das noch Schlimmere verhindern werden?“ Gegen den Versuch, die GAL auf das „kleinere Übel“ zu reduzieren: „Also wollt ihr abwarten?“ Und zur Feststellung, daß innerhalb der SPD sich wenig Links bewegt: „Reduziert ihr da nicht eine so widersprüchliche Partei auf so simpel rechtsgesteckte Naturen wie Dohnanyi und Pawelczyk?“

»In den SPD-Cheftagen wird rot-grüne Heerschau gehalten«

th.j.

30.4.: Die GAL hat mit Mehrheit beschlossen, ihre Tolerierungspolitik vor der Wahl nicht zu ändern. Vermehrt sei von „Selbstbezug“ und „Wahlerlöschung“ die Rede gewesen, schreibt Tom Janssen um seinen Artikel mit dem SPD-Vorsitzenden Runde zu beschließen, der der GAL vorwirft, daß „verblieben an der fundamentalistischen Verweigerungstrategie festgehalten“ werde. Klaus Hartung greift ein, in der nationalen taz entlarvt er „Die Substanz der GAL“ in „als Hort der reinen Lehre.“

4. Mai 1987 In der taz Lokalredaktion ist der Bär los. „Martin L., stadtvieler bekannter GAL-Wähler und Fundus aus Orlans, kommt gestern morgen durch die taz-Redaktionsur, setzt sich an den Konferenztisch und haut auf den Tisch. Ihr müßt mal was machen. So geht das nicht weiter.“ Die GAL muß jetzt ganz klar eine Koalition mit der SPD vorschlagen. So geht doch alles das back runter.“ „Sauer auf die GAL“, so gibt Florian Marten den erkennbaren Stimmungsumschwung in Teilen der Hamburger Szene wieder. „Doch, Martin ist kein Einzelfall.“ Wenn schon die Fundus! „Ob in den Designer-Studios in Potsdamer bei einigen Rathausdienern, der Buchverläuferin am Rathausmarkt, ob bei VoBo-Intreffen oder atomfeindlichen

Erwählern und strahlenbesorgten Eltern“, die „Dohnanyi-Demagogie“ scheint zu verfangen. Diese Wähler wollten kein Tolerierungsgefellschaf, sondern „konkrete Erfolge und GAL-Senatorenposten“. Sie seien „selbstgewollte Sympathisanten einer 15-Prozent-Partei, sie wollen multinationale und bedient werden — durch ökologische Reformen und Stankette.“

15.5.: Did taz, bis dato überwiegend Hofberichterstatlerin der Grünen, erscheint zwei Tage vor der Wahl mit einer Tagesthemen-Seite, die vorwiegend die Stimmung wiedergibt, die in dieser Zeitung und der wählenden Zielgruppe für die bedingungslose Zusammenarbeit mit der SPD, mitproduziert worden ist: „Selbst hartgesottene GAL-Wähler laufen zur SPD über.“ Auch die Schuldzuweisung ist geklärt, jene GAL-Mehrheit, die gegen die „Reformergrieche“ „verblissen durchhauert“, Dagegen stehe die wachsende Zahl jener, die wie „Tempo“-Redakteur Matthias Horn bekennen, „zu den schweinschen Wechselwählern“ zu gehören, um den von ihm gehaltenen Fundus der GAL mal eins auszuwichen.“

Letzter Vorwakt der taz am 16.5.87. Die Redaktion bemüht ihr Lieblingskind, die anti-rot-grüne Totalitarismus-Theorie, nach der die Extreme beider Parteien das greifbare Bandnis verhindert hätten. In der Sprache von Tom Janssen: „Auf der offiziellen Ebene, vom SPD-Bürgermeister bis zum GAL-Landesvorstand, laten die Kontroverien alles, um das rot-grüne Pfändchen zu ersticken (hübsch).“ Die Redaktionsteams hat zwei Exponenten der Extreme zur Verklärung dieses Sachverhalts um Beiträge bemüht. Ein linkes GAL-Landesvorstandsmitglied und einen SPD-Rechten, die „noch einen Tag vor der Wahl die alten Gebetsmühlen beten.“ Zu spät dürften allerdings die letzten taz-Mutmacher für die „schweinschen Wechselwähler“ gekommen sein. Florian Marten verspricht: „Wer will, daß die SPD weiter regiert, muß die GAL wählen“, denn dies eröffne „die Chance für einen späteren Regierungswechsel auch links, egal welche formale Folge (hübsch) das rot-grüne Bandnis annimmt.“ Tom Janssen warnt, daß die FDP an die SPD Forderungen stellen könnte, „die selbst den verschworenen Standortfanatikern in der SPD die Zornesröte ins Gesicht treiben dürfte.“ Und die Redaktion tröstet, daß sich nach der Wahl „eine Eigendynamik“ entwickle, „die bei einflussreichen Funktionären beider Parteien (gemeint sind SPD und GAL, nicht etwa die FDP) bereits vorgedacht wird.“ Was da vorgedacht wird, wußte Tom Janssen am 16.5.87: „Die SPD nimmt Verhandlungen mit der GAL auf, die „spätestens im Herbst abgeschlossen sein müssen.“ Hedding Vöscherau wird dann Bürgermeister, von Hajenau wird dann Bürgermeister, beim Haushalt 1988 und nach einem Jahr Zusammenarbeit sei dann die GAL reif für die Koalition. „In den SPD-Cheftagen wird bereits rot-grüne Heerschau für diesen Fall gehalten. 52 Prozent müßten es zusammen schon sein, damit bei uns und bei denen zwei Dummköpfe je nach Anlaß abspringen könnten, meinte ein nicht unbedeutender

Sozialdemokrat zur taz.

Der Wechselwähler ist klug. Er hat der taz nicht geglaubt und lieber gleich SPD gewählt. Um die zur stärksten Partei zu machen, schien ihm das sicherer zu sein als die Verheißungen der taz.

18.5.87 Klaus Hartung ist immer noch verblüfft: „In Hamburg wird eine SPD regieren, wie sie die Ökopolitiken sich nur wünschen können.“

19.5.87: Theo Bock verurteilt noch einmal „die Hatzkämpfe in beiden Lagern“, die um die Verbindung der Zusammenarbeit „weiterföhrten“.

Und Yappie Freund Florian Marten kommentiert erbost, daß Ebermann und Trampert „ihre eigene Partei an den Rand des Abgrunds taktiert“ haben, daß das „immer schon verurteilte GAL-Milieu, eine von K Gruppenvergessenheit und neuem Dogmatismus geprägte Inzucht“ sei. Köpfe müssen rollen, denn ohne „personelle Erneuerung ihres Apparates“ verkomme die GAL „von einer Volkspartei zum Debattierzirkel verblitterter Enddreißiger“.

Da sei die sozialdemokratische Volkzeitung davon! (Alle Zitate authentisch aus der taz vom 18.5.87 bis 23.5.87).

hr.

Über die Kinder halten sie uns bei der Stange

Bundesweiter Frauenprotest gegen §218 in Frankfurt



von links: Lisa Degener, Melitta Walter, Conny Hühn

Foto AK

Fünf- bis sechshundert Frauen (und eine Handvoll Männer) folgten am 23.5. dem Aufruf der bundesweiten Aktion „Frauen gegen den § 218“ nach Frankfurt zu einer Protestveranstaltung gegen den § 218.

Mit offenkundigem Interesse absolvierten sie ein Mammotprogramm von informativen Referaten, Berichten und einer abschließenden Prominenten-Runde mit Melitta Walter, Katja Leyrer, Verena Krieger und Alice Schwarzer, die über die Funktion der derzeitigen Angriffe auf abtreibende Frauen und mögliche Widerstandsformen diskutierten.

sten Frauen, besonders auch die jüngeren, sind inzwischen schon fast davon überzeugt“, berichtet Conny Hühn aus der Frankfurter § 218-Gruppe und stellt fest, daß der Abtreibungsparagraph und die angekündigten Verschärfungen dazu dienen sollen, daß Abtreibung weitgehend ein „Horrorimp“ bleibt. Eine Abtreibungsoffensive von Feministinnen müsse daher „offensives Denken und Sprechen über Abtreibung“ beinhalten.

paar ungeborene Babies zu retten, als die wirklich lebensbedrohenden Zerstörungsmaschinen anzugreifen.“

Bei aller Theorie kam die Darstellung konkreter Praxis nicht zur kurz. Eindrucksvoll schilderte Eva Böcker (Marburg), wie sich der Gummiparagraph 218 auch in der Praxis gummartig auswirkt. Nicht nur ein Nord-Süd-Gefälle, auch ein regionalpolitisches, ein Stadt-Land-, ein Konfessionsgefälle gibt es. „Zwei vergleichbare mittelgroße Städte unterscheiden sich zum Beispiel so: In der einen Stadt besteht die Möglichkeit, grundsätzlich eine In-

minenten Grünen wie Antja Vollmer und Juchka Fischer, die mit öffentlichen Äußerungen pro § 218 den Frauen in den Rücken gefallen sind. Weil verbreitet sei in ihrer Partei die Ansicht, daß Mutterschaft der Normalfall, Abtreibung ein Verstoß, bestensfalls eine Ausnahme von diesem Normalfall sei. Genau das könne auch in der Programmformulierung der Grünen zum Ausdruck. Verena Krieger appellierte an die Frauenbewegung, Druck auf die Grünen auszuüben, um sie zu einer klaren § 218-Gegner-Partei zu machen.

Frankfurt war bereits zweimal Tagungsort bundesweiter Protestveranstaltungen gegen den § 218 gewesen. Daran erinnerte Sylvia Heibach in ihrem Begrüßungswort: 1974 und 1980 hatten dort „Tribunale gegen den § 218“ stattgefunden. Aus den Vorbereitungsgruppen des letzten Tribunals ist die jetzige „bundesweite Koordination gegen den § 218“ bzw., wie sie sich neuerdings etwas flotter nennt, „Aktion Frauen gegen den § 218“ hervorgegangen. Hintergrund der Protestveranstaltung: die zunehmenden Angriffe auf den § 218 bzw. auf die Abtreibungsmöglichkeiten, die kürzlich ihren Gipfel in den koalitionsvertraglichen „Beratungsgesetzen“ fanden (der AK berichtete), und die Ratlosigkeit der Frauenbewegung und Linken, darauf adäquat zu reagieren.

Nach dem Motto: lieber eine spannende Diskussion und viel Information im gefüllten Saal als eine weitere schlecht besuchte Demonstration auf der Straße, wurde in die Frankfurter Fachhochschule eingeladen. Auch wenn das eine das andere nicht ersetzt, die Entscheidung war richtig. Das Bedürfnis sowohl nach Information als auch nach einigen klärenden Worten scheint groß zu sein.

Selbstbestimmungsrecht ...

Schwerpunkt dieser Veranstaltung war denn auch nicht, wie anno 1980, die Darstellung und Offenlegung alljährlicher Schikane und Demütigung, denen abtreibende Frauen ausgesetzt sind. Im Vordergrund stand vielmehr die Auseinandersetzung mit der Ideologie der Abtreibungsgegner und der Versuch, den Begriff Selbstbestimmungsrecht wieder mehr in die öffentliche § 218-Diskussion zu bringen.

„Daß es überhaupt noch notwendig ist, auf einer Veranstaltung wie dieser etwas zum Selbstbestimmungsrecht der Frau zu sagen, kennzeichnet die Situation, in der sich der Kampf gegen den § 218 heute befindet. Der von den Konservativen seit Jahren beschworene Bewußtseinswandel „zugunsten des Lebens“ findet ja tatsächlich statt“, beschrieb Conny Heinecke von der § 218-Gruppe Hamburg das Anliegen der Veranstaltung.

Einig waren sich die Anwesenden, daß die drohenden und auch die bereits stattgefundenen Verschärfungen der Abtreibungssituation alle im Rahmen der bestehenden Indikationsregelung des § 218 bleiben. Das gilt auch für das Beratungsgesetz, das eben nicht, wie selbst kampferregend § 218-Gegnerinnen behaupteten, ein nichtgehaltene Versprechen Rita Susmuths darstellt (nämlich am § 218 nichts zu ändern). Gerade das Beratungsgesetz zeigt ja, daß es den Rechten zur Zeit „nur“ darum geht, alles „Schlechte“ aus der Indikationsregelung rauszuholen und per Richtlinien, Urteilsprüfungen, Begleitgesetzen festzuklopfen. Not tut also eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Indikationsregelung, mit dem § 218 und warum er immer noch ein Dauerbrenner konservativer Politik ist.



Foto AK

„Selbstbewußte Frauen, deren Lebenssinn und -lust nicht vom Muttersein abhängt, sind nicht erwünscht“, lautet dazu das Urteil der Hamburger § 218-Frauen. Es ist inzwischen oft genug gesagt, daß verschärfte Abtreibungsgesetzgebungen keinen Einfluß auf die Abtreibungszahlen haben. Es geht in der Auseinandersetzung um den § 218 nicht um Bevölkerungspolitik, sondern um Frauenpolitik. Es geht um die Frage, wie Frauen zu sein haben. Daß die Trennung, wie die guten Mütter — da die bösen Abtreiberinnen, eine künstliche ist, weil die meisten Frauen in ihrem Leben beides einmal (oder auch öfter) erleben, eine ausgetragene und eine abgebrochene Schwangerschaft, muß in der Öffentlichkeit dringend deutlich gemacht werden.

„Das Schreckliche und das Schreckliche an der Abtreibungsdiskussion ist, daß Abtreibung fast ausschließlich als etwas depressiver Zerstörerisches dargestellt wird. Die mei-

... und „Lebensschutz“

Das Recht auf Selbstbestimmung wird aber nicht nur von eindeutig konservativen streng gemacht. Die zunehmende Aufweichung einesmal klarer Positionen auch in der Frauenbewegung wurde in verschiedenen Beiträgen aufgegriffen und als ein Grund für die Defensivität der Frauenbewegung angesehen. Aktuellste Beispiele: die „Tschernobyl-Mütter“ und das grüne „Muttermanifest“. Die sogenannten Lebensschützer, die sich mit besonderer Vorliebe bei den Grünen und in der Friedensbewegung mit der Abtreibungsfrage beschäftigen, waren ebenfalls Gegenstand der Auseinandersetzung. Dazu noch einmal Conny Hühn: „Die einfache und bestechende Rettungsparole alle Bäume, Tiere, Babies und Blumen sollen leben, tut uns in der augenblicklichen Situation überhaupt nicht“. Warum kommen diese Lebensschützer trotzdem an? „Es ist leichter durchführ- und vorstellbar, ein

Beispiel so: In der einen Stadt besteht die Möglichkeit, grundsätzlich eine Indikation zu bekommen, bei 50 % der Gynäkologinnen und Gynäkologen. Dreißig Kilometer weiter ist die Wahrscheinlichkeit ca. 5 %. Im bisher roten bzw. rot-grünen Hessen.“ Ihr bitteres Fazit: „Die Bedingungen sind für Frauen teilweise noch schlechter als vor 1975. Wir sind abhängig vom herrschenden politischen Interesse. Und das ist für uns nicht kalkulierbar.“

Tatsächlich zeigten weitere Berichte, daß Frau sich in der Abtreibungsfrage auf nichts verlassen kann. Ein SPD-regiertes Bundesland ist keine Garantie für die Existenz von „Alles-unter-einem-Dach“-Zentren. Siehe Profamilia Bielefeld. Und eine Groß- bzw. Universitätsstadt garantiert keine liberale Abtreibungspraxis, siehe München, siehe Hannover, siehe Münster.

Mutterideologie

Die Prominentenrunde wurde eingeleitet von Melitta Walter, der ehemaligen Bundesvorsitzenden von Pro Familia, die das bürgerliche Frauenbild zum Schwerpunkt ihres Beitrages machte. Dieses Frauenbild werde von den Frauen selbst verinnerlicht, sich damit die Wei und die Aggression für den Protest nehmen ließen. Oft habe sie in Beratungssituationen erlebt, daß Frauen „meinten, mich davon überzeugen zu müssen, daß sie die Ausnahme sind, daß sie sonst verantwortlich sind, daß sie die anderen schuldig sind“.

Katja Leyrer, bundesweit bekannte „Rabengmutter“, erntete viel Beifall mit ihrer harten Auseinandersetzung mit der konservativen und auch alternativ aufgewärmten Mutterideologie. Sie rief in Erinnerung, welche Positionen vor zehn Jahren unabdingbar ins Repertoire der Frauenbewegung gehörten: Positionen, die heute von Feministinnen selbst aufgeweicht werden wie, daß geschlechtsspezifisches Verhalten sozialisationsbedingt ist, daß der angebliche Urinstinkt Mutterliebe von vielen, nicht zuletzt von gesellschaftlichen Bedingungen abhängt. Eine der zentralen Forderungen war die nach Veränderung der sozialen Mutterschaft und nach kollektiver Kindererziehung. Diese Forderungen treten heute in den Hintergrund angesichts der Aufwertung von Mutterschaft. „Über die Kinder halten sie uns bei der Stange.“ Und dazu genau diene auch der § 218.

Verena Krieger beschäftigte sich mit den Lebensschutz-Positionen in ihrer Partei. Scharf rechnete sie ab mit pro-

sie zu einer klaren § 218-Gegner-Partei zu machen.

Zugabe: Auch erhielt Alice Schwarzer das Wort, die es dazu nutzte, noch einmal für ihre Idee einer Normenkontrollklage zu werben. Es sei noch nicht zu spät, die Parteien zu diesem Schritt zu bewegen. Auch wenn sie zugab, daß der Erfolg, den sie sich vor der Bundestagswahl damit erhofft hatte, eine Fehleinschätzung war. Trotzdem: „Wir werden diesen Weg zu Ende gehen. Gegebenenfalls bis zum bitteren Ende.“ Gemeint ist damit, daß eine betroffene (= schwangere) Frau den Weg zum Bundesverfassungsgericht gehen wird. Kernpunkt der „EMMA“-Kampagne sei die Auseinandersetzung mit SPD und Grünen, mit Liberalen und Progressiven. Diese müßten zum Handeln gezwungen werden, diese müßten Frau feinsinnig auf ihre mehr oder weniger fortschrittlichen Positionen zum § 218, die bislang nur auf dem Papier stünden. „Papier ist immerhin mehr als nichts.“ Mit der CDU/CSU dagegen solle Frau sich nur bedingt abgeben. Es sei wichtig, ihre Punkte anzuprangern und — falls überhaupt nötig — zu entlarven. Aber die Hauptauseinandersetzung müsse mit dem linksliberalen Spektrum laufen.

Die abschließende Diskussion mit dem Auditorium fiel etwas mager aus, was aber auch der fortgeschrittenen Zeit zuzuschreiben war. Einleuchtend wurde, daß es eine ganze Reihe von Vorschlägen für weitere Proteste gibt, die es zu koordinieren und weiter zu diskutieren gilt. So will die „Aktion Frauen gegen § 218“ im Herbst zu einem erweiterten Koordinationstreffen einladen, auf dem die an diesem Tag vorgelegten Thesen und Überlegungen ausführlicher diskutiert werden können. Die „EMMA“ wird im Spätsommer ein Treffen zum weiteren Vorgehen mit der Normenkontrollklage veranstalten. Und über eine größere Demonstration gegen das Beratungsgesetz wird auch in mindestens drei Organisationen nachgedacht (Jusos, DFL, IO Metall). Hoffentlich gelingt es, die Gegner der § 218-Politik der konservativen Regierung zusammenzubringen, ohne daß die SPD-Linie (Verteidigung der Indikationsregelung) den Protest diktiert.

Der Veranstaltung gingen einige erfreuliche Großadressen zu. Vom Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte, vom Hauptvorstand der GEW, von der DFL u. a. Auch die Presseberichterstattung konnte sich sehen lassen. Alles in allem: eine hoffnungsvolle Protestveranstaltung.

8.

Klerikale Abtreibungsgegner auf Frauen-Info-Börse zugelassen

Gegenaktionen auf einem Schweigemarsch zur Verschärfung des §218

In Bremen gab es in den vergangenen Wochen verschiedene Versuche radikaler Abtreibungsgegner ihre Hetzpropaganda an die Frau zu bringen. Höhepunkt ihrer Aktionen war dabei ein „Schweigemarsch für das Leben“, zu dem die „Deutsche Evangelische Allianz“ und die Gruppe „Recht auf Leben“ (REAL) aufgerufen hatte.

Die Gruppe REAL nutzte die Info-Börse u.a., um für ihren Schweigemarsch am 23.5. zu werben und zugleich auf ihr neues „Mutter-und-Kind-Haus“ aufmerksam zu machen. Dieses Heim bietet elf Frauen und deren Kindern die Möglichkeit, eine Wei-

le dort zu wohnen, um sie von Abtreibungen abzuhalten.

Wer steckt hinter der Sache?

Die „Evangelische Allianz“ (und die Gruppe REAL) kommt aus dem rechten Spektrum evangelischer und evangelikaler Kreise. Seit Mitte der 60er Jahre hat sich innerhalb der EKD ein reaktionärer Verband gebildet, der zunächst in erster Linie revanchistische Politik betrieb.

Ab Mitte der 70er Jahre verstand sich diese Strömung dann mehr als Zusammenschluß aller „Bekennnistreuen“, der offensiv eine andere Politik als die als zu liberal empfundene EKD durchsetzen wollte.

1979 veröffentlichte der „Initiativkreis evangelischer Frauen der Konfessionsbekenner Gemeinschaften“ einen „Notruf“ unter dem Motto „Rettet die Familie“, in dem u. a. mit höchst völkischen Argumenten (die „Wehrhaftigkeit“ des Deutschen Volkes sei gefährdet) gegen die Abtreibungen gehetzt wurde.

Die Gruppe REAL ist eine Initiative bekennender Gemeinden innerhalb der EKD; diese arbeiten mit freikirchlichen Gemeinden und Evangelikalen zusammen.

Die „Deutsche Evangelische Allianz“ wiederum ist ein Zusammenschluß eben dieser Freikirchler und Evangelikaler. Während ihrer ganzen Kampagne waren beide Gruppen ständig bemüht, den Eindruck einer Zusammenarbeit mit rechten Kräften vom Tisch zu wischen. Es kamen dann aber die braunen Wurzeln der „Beken-

nenden Bewegung“ an's Licht (in den Anfängen ihrer Bewegung waren führende NPDler u. a. federführend beteiligt), und um dem ganzen die Krone aufzusetzen, rief am 24.4. auch noch Freys „National-Zeitung“ zu dem Schweigemarsch auf.

Schweigemarsch? Nein danke!

Am 23.5. versammelten sich vor dem Bahnhof etwa 500 bis 600 Abtreibungsgegner unter Parolen wie „Abtreibung ist frauenfeindlich“ (!), „Auch du warst mal vier cm groß“ (leider sind sie's nicht geblieben ...) u. a.

Die § 218-Gruppe hatte unter dem Motto „Wir schweigen nicht!“ zu einer „Beteiligung“ an der Demonstration aufgerufen — möglichst unter Mitnahme von Tröten, Rasseln und ähnlichen Gegenständen, die für einen Schweigemarsch unentbehrlich sind.

Ungefähr 300 Frauen (auch ein paar Männer) kamen zusammen, um die Demo leicht zu verändern. In prächtiger Stimmung und unter ohrenbetäubendem Lärm zog der Zug los — das Transparent „Ob Kinder oder keine vorneweg. Auf Seiten der Frauen gab es recht nette Ideen — z. B. hatten sich zwei Frauen als Vögel verkleidet (mit Eierpackungen auf dem Kopf) und trugen ein Transparent „Schutz des ungeborenen Lebens — Nie wieder Kugel!“

Die Abtreibungsgegner zogen ihre Kundgebung dann dank einer phantastischen Anlage durch — trotz der lautstarken Begleitung. Trotzdem gelang es manchmal, sie zu überhören. Gegen Ende der Kundgebung flogen dann noch vereinzelt Eier nach vorne. Im ganzen — eine gelungene und hübsche Aktion mit viel Spaß.

A./Bremen

Auftritt bei der „Infobörse“

In Bremen findet jedes Jahr die „Info-Börse für Frauen“ statt. Sie wird von der „Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau“ (vom Senat) organisiert und soll allen Frauengruppen (und solchen, die sich dafür halten) die Möglichkeit geben, sich eine Woche lang allen interessierten mit Info-Blättern vorzustellen. Dabei hatte es schon immer ein Problem mit der pluralistischen Auffassung der Gleichstellung gegeben, die u. a. Gruppen wie den „Weißen Ring“ und die „Frauengruppe der Landsmannschaft Ostpreußen“ zugelassen hatte. Diesmal aber kam das Paß zum Überlaufen, denn trotz der Proteste zahlreicher Gruppen wurde der Gruppe REAL eine Standgenehmigung erteilt.

Bei der Eröffnung der Infobörse am 6.5. kam es zu Gegenaktionen; u. a. wurde (unter Anwesenheit der Medien) ein Transparent entrollt — „Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine“ —, die § 218-Gruppe verteilte Flugblätter, und einige Gruppen, z. B. das Autonome Frauenhaus, hatten sich zu einem Boykott der Infobörse entschlossen.



Frank...

Bayrische Nächte

Mit Gauweiler gegen Männergewalt?

Mitte März flatterte den bayerischen Notrufen für vergewaltigte Frauen eine Einladung von Gauweiler — Staatssekretär im bayerischen Innenministerium — ins Haus. In diesem Schreiben hieß es — unter Berufung auf die Regierungserklärung von F.-J. Strauß: „Die Polizei muß die in empörender Weise gestiegene Gewalt gegen Frauen verstärkt bekämpfen.“ Gemeinsam mit den Notrufen wollte Gauweiler nun über polizeiliche Maßnahmen beraten und lud sie deshalb ins Innenministerium ein. Nach Bekanntwerden der Einladung setzten die nordbayerischen Notrufe sich zusammen und verfaßten gemeinsam eine Erklärung, in der die Teilnahme an diesem Gespräch abgelehnt wird. Darin wird anhand des §218 und der Frauenhausfinanzierung begründet, daß die bayerische Staatsregierung mit emanzipatorischer Politik und dem Schutz von Frauen vor Gewalttätigkeit nichts im Sinn hat. Auch die bekannte frauenverachtende Haltung von Polizeibeamten und die Tatsache, daß Gewalt gegen Frauen und Mädchen am häufigsten in geschlossenen Räumen stattfindet, zeigen auf, daß polizeiliche Maßnahmen Gewalt gegen Frauen gar nicht bekämpfen können. Weiter heißt es: „Angesichts der frauenfeindlichen Politik der bayerischen Staatsregierung können wir dieses Gesprächsangebot nur als den plumpen Versuch verstehen, uns und unsere Arbeit für den Kauf nach mehr Polizei einzukaufen. Wir lassen uns weder als Vorwand für die Aufblähung der Polizei mißbrauchen, noch dazu, das lädierte Image eines reaktionären Staatssekretärs aufzupolieren.“ Eine solche Haltung ist doch eigentlich selbstverständlich, sollte Frau meinen — denn ist aber nicht so: Bei einem Treffen aller bayerischen Notrufe am Tag vor dem Gespräch (14.3.) stieß es heraus, daß die nordbayerischen Notrufe diese Einladung völlig ablehnen. Im Sinne der „Politik der kleinen Schritte“ sei dies eine Chance, daß Gauweiler als oberster Chef der Polizei die gesamte bayerische Polizei z. B. anweisen könne, vergewaltigte Frauen bei der Anzeigenerstattung besser zu behandeln. Diese Chance gelte es zu nutzen, schließlich wolle Frau Verbesserungen für die betroffenen Frauen erreichen, Gauweilers Angebot müsse deshalb unabhängig von seiner sonsti-

gen Politik betrachtet werden.

Da diese beiden Positionen unvereinbar waren, lief das Gespräch so ab: Die nordbayerischen Notrufe legten Gauweiler und den anwesenden Vertreter/innen verschiedener Ministerien die Erklärung mit einer angehefteten Dokumentation über Polizeigreiffe gegen Frauen (Hausdurchsuchung beim Berliner Notruf 1981, Berichte vergewaltigter Frauen über die Anzeigenerstattung, dienstliche und private sexistische Übergriffe von Polizisten) auf den Tisch und verließen den Sitzungssaal. Die süd-bayerischen Notrufe diskutierten mit Gauweiler über Forderungen aller Notrufe zur Verhinderung vergewaltigter Frauen, zum Schulunterricht und zu Gesetzesänderungen. Gauweiler hat sich bei diesem Gespräch kaum eine Blöße gegeben, konkret äußerte er sich nur zu Maßnahmen, die sowieso schon angefallen sind (Merkblatt für vergewaltigte Frauen, Frauenbeauftragte bei der Polizei, kriminologische Arbeitsgruppe zu Gewalt gegen Frauen beim LKA) ansonsten blieb er eher vage und unverbindlich. Hier noch einige Kostproben — Zur Forderung nach Gesetzesänderung (u. a. die Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe zu stellen): Die Diskussion laufe schon in mehreren Bundewandern, die „allgemeine Liberalisierungsdiskussion“ sei jedoch ein Hindernis. Die allgemeine Meinung im Innenministerium sei: „Strafen für Vergewaltigte allgemein sind zu niedrig.“ — Zu dem Vorwurf in der Erklärung (Polizeiaufstockung): Selbstverständnis brauchen wir mehr Polizei, aber nicht nur im Zusammenhang mit ihrem Anliegen. Die Kripo sei allgemein unterbelegt, der Polizeibestand müsse aufgrund der Größe der zu schützenden Fläche in Bayern aufgestockt werden, auch für Großeinheiten.

Außerdem müsse man bedenken, wenn das Anzeigenaufkommen (wenn nicht vergewaltigte Frauen Anzeige erstatten) steigt, brauche man selbstverständlich mehr Ermittlungsbeamte, und nicht zuletzt müßten die Frauen nachts auf der Straße oder in U- und S-Bahnen verstärkt geschützt werden durch mehr Präsenz der Polizei. Gauweiler wörtlich: „Wir erobern uns die Nacht zurück.“

— Zur Forderung „Hand und Fuß-verteidigung statt Handarbeiten“

(Schulunterricht): „Selbstverteidigung für Mädchen — was machen dann die Jungs?“ (Gauweiler) und „Soll Handarbeiten — wer strickt mir dann die Strümpfe?“ (Häring, Leiter der Abteilung Polizei im Innenministerium)

Das Gespräch wurde von den nordbayerischen Notrufen trotzdem als Erfolg betrachtet. Für die nordbayerischen Notrufe hingegen hat sich genau das bestätigt, was sie zuvor erwartet hatten.

„Notruf an Gauweiler“

hieß dann auch die Überschrift eines Artikels, in dem in den „Nürnberger Nachrichten“ über dieses Treffen berichtet wurde.

Eine Woche nach diesem Treffen beschloß der Haushaltsausschuß mit den Stimmen der CSU (und SPD und Grünen) den Notrufen noch für das Jahr 1987 eine Million DM zur Verfügung zu stellen.

Der Versuch, ehemals autonome Projekte zu verstaatlichen, kann als gelungen bezeichnet werden.

Die Tatsache, daß es Notrufe gibt, die meinen, selbst noch mit Gauweiler verhandeln zu können, resultiert auch daraus, daß die Notrufe als Bewegung (wie übrigens auch die Frauenbewegung insgesamt) ihre Position zu diesem Staat und seinen Organen nie geklärt haben, und ist im Prinzip nichts anderes, als die Debatte um Staatsknete — die derzeit wohl in allen Projekten läuft — auf die Spitze getrieben.

Es ist an der Zeit, innerhalb der Frauenbewegung — oder dem was davon noch übrig ist — eine Auseinandersetzung darüber zu führen, welche Ziele und Inhalte in der Frauenpolitik heute noch vertreten werden. In grauer Vorzeit, da soll es doch mal die Vorstellung gegeben haben, die bestehende Gesellschaft grundlegend zu verändern.

Es stellt sich auch die Frage, wie weit das Sich-Arrangieren mit den Herrschenden schon geht, um keine feministische (?) Involuntät aufrecht zu erhalten?

Gy/KB Nürnberg

Vom alternativen Umgang mit der Polizei

Die AL mit der Staatsgewalt gegen „Randle“-Jugendliche?

Am 26.3.87 vertreibt die Polizei im tiefsten Kreuzberg direkt an der Mauer rund 200 Platzbesitzer von einem Stück Weideland. Auf die Wiese, die bis dahin vom benachbarten Kinderbauernhof genutzt worden war, soll nach dem Willen des Bezirksamt Kreuzberg eine Kindertagesstätte (KiTa) gebaut werden. Kinderbauern und Freunde hatten sich bis zuletzt hartnäckig gegen den Plan zur Wehr gesetzt und wichen erst dem brutalen Polizeinsatz. Seither kommt es auf dem inzwischen planierten und eingezäunten Gelände immer wieder zu Zusammenstößen zwischen Polizei und den Kinderbauern. Bemerkenswert an der Entscheidung gegen die Kinderbauern und für die KiTa ist die große Koalition aller Parteien des Kreuzberger Kommunalparlamentes. Auch die AL (25% Wählerstimmen in Kreuzberg) hatte sich für das KiTa-Projekt ausgesprochen.

Das macht stutzig. Ausgerechnet die Partei der Hausbesitzer und der sozialen Basisbewegungen soll — mit allen gewaltstaatlichen Konsequenzen — sich mit dem Staat gegen einen Teil der Bewegung entschieden haben? Sie hat.

1981 wird im Rahmen der Hausbesetzerbewegung ein verwahrlostes Mauergelände an der Kreuzberger Adalbertstraße besetzt. Die Besetzer begründen das Gelände und schaffen Tiere an. Das Kinderbauern-Projekt wird legalisiert und erhält seit etwa 1984 eine geringfügige staatliche Unterstützung. Im Rahmen der „Internationalen Bauausstellung“ (IBA) wurde von fortschrittlichen Architekten geplant, eine dringend benötigte KiTa in das Kinderbauern-Gelände zu integrieren. Ein solches Modell, sollen auch die Kinderbauern anfanglich befürwortet haben, wenigstens diese Informationen keineswegs gesucht sind. Jedenfalls war spätestens seit Anfang des letzten Jahres das anfängliche Konzept eines Nebeneinander von Kinderbauern und KiTa gescheitert, weil die Kinderbauern sich dagegen aussprachen.

Der für den 1.8.86 vorgesehene Baubeginn der inzwischen vom Kreuzberger Bezirksamt einhellig beschlossenen KiTa wird daraufhin auf Wunsch der Kreuzberger AL verschoben. Eine gemeinsame Kommission aus AL und Kinderbauern kommt zu keiner Einigung. Im Ergebnis sprach sich die Kreuzberger AL für den KiTa-Bau aus, die Kinderbauern blieben dagegen.

Am 26.3.87 erfolgen brutale Polizeieinsätze am geplanten KiTa-Gelände, um den Bau durchzusetzen. Es gibt zahlreiche Verletzte, das Gebiet wird eingezäunt und planiert.

Die Ereignisse des 26. März haben die Kreuzberger AL aufgeschreckt. Zunächst meldete sich die Realo-Rathausfraktion um den Baustadtrat Orłowsky zu Wort. Von einer „traurigen Erfahrung“ war da die Rede, aber auch von den „verbohrten und offensichtlich fauchen Argumenten“ der rechten Verpöhlten.

Am 31.3.87 macht die Bezirksgruppe Kreuzberg einen eindeutigen Rückzieher. Sie fordert einen sofortigen, unbefristeten Baukopp und freien Zu-

gang zum Gelände. Den Bau der KiTa hält sie an diesem Ort „für politisch nicht durchsetzbar“. Dem stimmt der Delegiertenrat der gesamten Westberliner AL am 1.4.87 zu. Von Rücktrittsbedingungen oder Rüfen an die Verantwortlichen wird jedoch abgesehen. Die kritisierten Realos wandten sich in einem Brief an den Delegiertenrat, in dem sie alle Vorwürfe zurückwiesen. Schließlich habe die gesamte Kreuzberger AL einer für den KiTa-Bau maßgeblichen Vorlage des Bezirksamtes mit großer Mehrheit zugestimmt. In der Bezirksamtsvorlage, so heißt es weiter, „war bereits die Möglichkeit eines Polizeischutzes für die Bauarbeiten ausgesprochen worden“ (Brief von Orłowsky und Häring an den Delegiertenrat, 1.4.87).

Häring setzt den Polizeieinsatz einige Tage später in einem Gaskommentar für die „taz“ noch eins drauf, in dem er Orłowsky zitiert: „Wenn der Bau Berlins derzeit behaupteter KiTa gewaltsam verhindert wird, steht die Polizei in Kreuzberg zum ersten Mal auf der richtigen Seite“. Und Häring ergänzt: „Diesmal war der Polizeieinsatz zur Sicherung des KiTa-Baus richtig, das Vorgehen der Polizei aber zu verurteilen“, denn die AL mache „Politik mit dem Staat und gegen den Staat — je nachdem“, die AL sei ohnehin „längst ein Teil des Staatsapparates“ („taz“, 6.4.87).

Zweifellos befand sich die Kreuzberger AL in einem Konflikt, auf der einen Seite die Interessen der Kinderbauern als Repräsentanten der „alten“ Hausbesetzer-Szene und ihre verbliebenen, selbstverwalteten Besitzstände zu repräsentieren, auf der anderen Seite in den staatlichen Exekutivorganen für eine „behausante Stadterneuerung“ und den von allen im Prinzip unbestrittenen — Bau einer KiTa abwägen zu müssen. Es bleibt bis heute ein Rätsel, wieso kein alternativer KiTa-Standort ausgelotet wurde, um beiden berechtigten Interessen und Bedürfnissen gerecht zu werden.

Inzwischen haben sich die Fronten allseits verhärtet. Auf dem Gelände des Kinderbauernhofes haben die Bauarbeiten begonnen, die Kinderbauern sind nach wie vor gegen das KiTa-Projekt auf ihrem Gelände. Ausgerechnet der Architekt, der die Planungen für das KiTa-Projekt vornahm, ist den Kinderbauern bei der Suche nach einem Alternativ-Standort behilflich. Und die AL? Der Parteivorstand, in Westberlin „Geschäftsführender Ausschuss“ genannt, der Delegiertenrat, die Mehrheit der AL-Bezirksgruppe in Kreuzberg — sie alle fordern den Baukopp, weil eine KiTa „politisch nicht durchsetzbar“ sei.

Auf der anderen Seite Baudepartement, Baudepartament hier, haben die „gestalteten Realos im Kreuzberger Bezirksparlament in ihrem Modell fest nachdenklich die brutalen Polizeieinsätze heuchelisch beklagt und als „Teil des Staatsapparates“ (Häring) einen lockeren Umgang mit der Polizei pilgerten, Zwangsraumungen in Kauf nahmen.

ci. und jw., Westberlin

Wie es sich für eine Berichterstattung gehört, habe ich mich redlich bemüht, mich bei der Schilderung der Kreuzberger 1. Mai-Randale streng an den Kriterien von Objektivität und Sachlichkeit zu orientieren. Der/die Leser/in möge im einzelnen beurteilen, ob mir dies gelungen ist.

Quvertüre, Aufzug und erster Akt oder: wie alles anfing

Zwei offenbar zueinander unabhängige Ereignisse rund um den Lausitzer Platz schaukelten sich gegenwärtig hoch und verschmolzen zum ersten brillanten Höhepunkt des Abends. Zum einen eine Spontandemonstration der autonomen Szene wegen der Vorgänge rund um den Kinderbauernhof (s. Artikel in diesem AK) und wegen der Mehringhofdurchsuchung nach Völsch-Material, die sich in der Waldemarstraße formierte. Zum anderen zwei umgekippte Bauwagen am Lausitzer Platz, die die Bullen zum Vorwand nahmen, das dortige Fest mit Tränengas und Schlagstockeinsatz aufzulösen, zu einer Zeit, als sich noch Kinder auf dem Platz befanden. Inzwischen war es den Demonstranten gelungen, die in der Waldemarstraße postierte Bullenkeile wegzudrängen und zum Lausitzer Platz zu gelangen, und bald ging's gar heftig los. Bullen feuerten mit CN-Granaten, die sie z.T. sofort wieder zurückbekamen, von Seiten der Szene flogen Steine auf Bullen, aber auch auf Teilnehmer des im Abbruch begriffenen Festes (!). Barrikaden brannten am Lausitzer Platz, am Gölitzer Bahnhof, später auch in der Manteuffelstraße, es stank fürchterlich. Daß alles, was kracht, nicht gleichzeitig auch gut riecht, hatte schon Karl Valentin bemerkt. Er hatte diese Feststellung jedoch eindeutig auf ein Feuerwerk bezogen, wohingegen der Gestank in diesem Abend ebenso eindeutig vom CN der Bullen stammte. Anzumerken ist allerdings, daß sich brennende Barrikaden (West) und 1. Mai-Feuerwerk (Ost) in ästhetischer Hinsicht sehr wirkungsvoll ergänzten. Das Geschehen rund um den Lausitzer Platz ebte schließlich ab und ging nah einiger Zeit über in den

Zweiter Akt: Klagelied der Bullen oder: „Heinrichplatz, mir graut vor Dir!“

Friedlich loderten bzw. kokelten die Barrikaden auf allen Zufahrtstraßen zum Heinrichplatz, unter anderem auch ein Bagger, der seinen ungeheuren Gebrauchswert als Barrikade offenlegte. Gedämpfte Stimmung, für einige Zeit keine Bullen in Sicht. Gegen 22.30 Uhr kamen dann von der Nauynstraße her ca. sechs Wannen und ein Feuerwehrauto vorgefahren. Offensichtliche Intentionen: Eroberung des Heinrichplatzes und Löschens der Barrikaden. Behelmt, beschützt, beschlagsstockt postierten sich die Bullen in zwei Reihen, dazwischen das Feuerwehrauto, und rückten zum Platz vor. In den nächsten zehn Minuten waren in den dichten Rauchschwaden nur behende sich hin- und herbewegende Menschen sowie eine beträchtliche Lärmentwicklung wahrzunehmen, die auf Knüppel- und Steinewerfen schließen ließ. Binnen zehn Minuten kamen „unsere Freunde und Helfer“ jedenfalls eifertig zurückgerannt, stiegen in die Wannen und machten die Biege. Die Beute dieser Aktion, das Feuerwehrauto, ward von den Streetfightern schließlich einer gebührenden Behandlung mit einem Bolzenschneider unterzogen, dann abgefuckt. Die Mehrzahl der umherstehenden Bürger, vor allem Türken, betrachtete das Ge-

schähen mit unverhohlener Schadenfreude. Faschistoide Rufe nach Ordnung blieben hier eindeutig in der Minderheit.



schähen mit unverhohlener Schadenfreude. Faschistoide Rufe nach Ordnung blieben hier eindeutig in der Minderheit.

Abrupter Szenenwechsel. Höhepunkt des zweiten Aktes: „Tag der offenen Tür“ bei BOLLE

Unabhängig von der Heinrichplatz-Aktion war es BOLLE, dem mittlerweile wohl berühmtesten (ehemaligen) Supermarkt Kreuzbergs, an den Krügen gegangen. Und spätestens zu diesem Zeitpunkt schlug bei vielen Bürgern die bisherige wohlwollend-passive Duldung der Vorgänge in aktives Handeln um. Ausgehend von der Tatsache, daß BOLLE sowieso versichert sei (O-Ton einer ca. 50-jährigen Frau) schleppten außer Rand und Band geraffene Bürger, besonders Türken mit Einkaufswagen, Wäschekörben und Müllsäcken alles ab, was nicht mit- und nagelfest war. Die Szene und die Kreuzberger „Normalos“ setzten zusammen das am Lausitzer Platz abgebrochene Fest mit anderen Mitteln fort. SO 36 war zum rechtsfreien Raum geworden, die nur mehr in kleinen Bezugsgruppen agierenden Bullen in die Rolle von recht belämmert dreinblickenden Operettensoldaten gedrängt.

Dritter Akt: Finale mit Fragezeichen

Dritter Akt: Finale mit Fragezeichen

Es kam halt einfach alles anders als erwartet: sonst kreuzbrave Rentner, die plünderten, was das Zeug hielt, Polizisten, ihrer Funktion als „Ordnungsmacht“ enthoben, und eine Szene, die das Geschehen längst nicht mehr überblicken, geschweige denn kontrollieren konnte. Ja, teilweise sahen sich Autonome selber in die Rolle einer „Ordnungsmacht“ gedrängt: als nämlich nach 24 Uhr die total „fertigen“ des Bezirks (Alkis, arbeitslose Jugendliche), auch Szene-„Kuds“ unter erhöhtem Alkoholspiegel darangingen, Einzelhandelsgeschäfte zu demolieren bzw. kleinere Autos zu Barrikaden umzufunktionieren. Versuche der Feu-

erwehr, den inzwischen leergekäuteten und in Brand gesteckten BOLLE zu löschen, scheiterten ebenfalls an massiven Steinwürfen von Teilen der schon wutbesessenen Szene. Um der Wahrheit halber das Bild von den zu mitternächtlicher Stunde ziellos vandalierten Horden etwas zurechtzurücken: türkische Jugendliche nahmen z.B. Kebab-Buden unter Beschuß, deren Besitzer mit den faschistischen „Grauen Wölfen“ in Verbindung stehen sollen.

Bilanz des Abends: „Schnee war's und gekracht hat's oft“ (um nochmal Karl Valentin zu zitieren), das unvergessliche Erlebnis eines kleinen Erfolges, mit denen Linksradike hierzulande bekanntlich ja nicht gerade gesegnet sind. Andererseits: 51 Festgenommene, denen wahrscheinlich Saures gegeben wird, ohne auf Rauche sinnende Polizei, was sich unter anderem erstmal dann ausdrückt, daß sich SO 36 mittlerweile in einem Quasi-Belagerungszustand befindet.

Von den „Anti-Berlinern“ bis zur Kreuzberger Front im anti-imperialistischen Kampf: Einschätzungen

Die Rauchschwaden waren kaum verzogen und Kreuzberg noch nicht richtig zur „Normalität“ zurückgekehrt, da machten sich schon die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte und Parteien eifrig daran, nach den Gründen für die Randalen zu forschen. Am einfachsten machten es sich erwartungsgemäß die CDU, der von ihr gestellte Senat, Arm in Arm mit der Springer Presse: Sie brachten das Kunststück fertig, trotz der massiven Beteiligung der Bevölkerung an den Plünderungen, das ganze nächtliche Geschehen den Autonomen, den „Anti-Berlinern“ in die Schuhe zu schieben.

Demgegenüber legten andere Kräfte eine differenziertere Sichtweise an den Tag: Ein bemerkenswert breites Spektrum von SPD über AL bis weit ins autonome Lager hinein kam in seltener Übereinstimmung zu dem Ergebnis, daß die Ursachen für das Ausmaß der Plünderungen und Verwüstungen sowie die Teilnahme „normaler“ Bürger

daran recht treffend aufzeigen dürfte die Konzentration der sozialen Randgruppen in diesem Bezirk, die von den materiellen Segnungen der BRD-Gesellschaft weitgehend ausgeschlossen sind. Nun ist aber die Tatsache, daß es in Kreuzberg halt etwas elender noch zugeht als z.B. im Wedding mit seiner ähnlichen Sozialstruktur noch keine hinreichende Erklärung für den fulminanten Gewaltausbruch; ebenso wenig die Tatsache, daß die Polizei in Kreuzberg gerade bei „normalen“ Bürgern schon länger quasi das Äschen einer Besatzungsmacht hat (und sich auch dementsprechend verhält!). Die vollständige Ursachenanalyse mußte u.E. nach lauten: das Zusammentreffen von Aktionen eben gerade in Kreuzberg lebender militant-staatsfeindlicher Gruppen und einer verbreiteten „Lohnrecht's“-Stimmung in der Bevölkerung zur günstigsten Stunde.

Wie anders ließe sich begreifen, daß aus einer für SO 36 vergleichsweise gewöhnlichen Sommerrandale ursprünglich sich ein derartiger Ausbruch von lang angesauter Wut, Haß und Gewalt entwickelte, der für alle sozialen Gruppen, auch die Kreuzberger Kiezbewohner, überraschend kam?

Nur zur Verdeutlichung: wie oben geschildert, hatten die Autonomen nach stundenlangen Kämpfen die Staatsmacht aus dem Gebiet zwischen Schlessischem Tor, Kottbusser Tor und Mariannenplatz vertrieben. Die Gunst der Stunde erkennend, nahmen die Bürger die Gelegenheit wahr, die gewaltam geöffneten Geschäfte zu plündern. Die Perspektive der marginalisierten Bevölkerungsschichten, am der Stunde erkennend, nahmen die Bürger die Gelegenheit wahr, die gewaltam geöffneten Geschäfte zu plündern. Die Perspektive der marginalisierten Bevölkerungsschichten, am der Stunde erkennend, nahmen die Bürger die Gelegenheit wahr, die gewaltam geöffneten Geschäfte zu plündern.

Anderer Gruppen — Alkis, junge Türken, Arbeitslose, aber auch „ganz normale“ Jugendliche „vergnügen“ sich auf ihre Art. Der ganze Frust des normalen Wochenendaufbaus, die Wut über ihre ausweglose Situation, ihre Perspektivlosigkeit — all dies entlud

sich in a.T. blinder Zerstörungswut und unterschiedsloser Plünderung kleiner Geschäfte in einem Ausmaß, daß am Ende die Autonomen sich gewonnen sahen, in die Rolle der „Ordnungsmacht“ zu schlüpfen und Schadensbegrenzung vorzunehmen. Da aber keine/r unter ihnen mit einer derartigen Eskalation der Ereignisse gerechnet hatte, gelang dies natürlich nur zum Teil.

Am nächsten Tag und in der gesamten nächsten Woche setzte von Seiten der bürgerlichen Presse und des Senats eine massive Hetze gegen die aus ihrer Sicht für das Geschehen alleinverantwortlichen Autonomen ein. Die Tatsache, daß ohne das Vorgehen dieser Gruppen die Ereignisse der Nacht nicht möglich gewesen wären, gereichte den Herrschenden zum Anlaß, ihnen schlechthin alles anzuhängen, während man sich zu der Teilnahme von „Normalbürgern“ an den Plünderungen (und eventuell daraus zu ziehenden Schlüssen) peinlichst berührt ausschwiege. Die Antwort von Innensenator Kewenig auf die laue Mai-Nacht bestand denn auch in einem einfachen und dumpfen Konzept: „Mehr Polizei!“ — was aus CDU-Sicht schon von jeher das geeignetste Mittel zur „Lösung“ sozialer Probleme war. Das Konzept von Prävention und Repression, die Abkommandierung weiterer Hundertschaften in ein ohnehin schon bis an die Grenze des Erträglichen mit Bullen beglücktes Gebiet, willkürliche Festnahmen und Provokationen, nächtliche Hetzjagden — all dies erinnert in der Tat an Bilder aus London-derry. Ob Kewenigs Konzept geeignet ist zu verhindern, daß die 750-Jahr-Jubiläum-Feier der Nicht-Anti-Berliner erneut mit solchen Ausbrüchen spontaner Lebenslust konfrontiert wird, bleibt abzuwarten.

„Differenzierter“ da schon die Einschätzung der SPD (deren Vorsitzender Momper selbst in Kreuzberg wohnt) als „wahren Grund“ bezeichnete sie die „sozialen Probleme“ des Bezirks. Trotzdem übte Momper Kritik am unzureichenden Vorgehen der Polizei und daran, daß sie weder personell noch konzeptionell in der Lage gewesen sei, der Lage Herr zu werden. Schwer getroffen zeigte sich die SPD von der Teilnahme solcher Menschen an Plünderungen, „denen man solche Abhandlungen außerdem nie antrauen würde“. Bei zahlreichen Bürgern sei die soziale Tüchche abgefallen, nachdem ein rechtsfreier Raum entstanden sei, was Momper in einem Interview als „eigentlichen Schaden“ dieser Nacht bezeichnete, den wiederzugutmachen Jahre kosten würde. Sein „Lösungskonzept“ besteht denn auch in einer typischen sozialdemokratischen Doppel-Nuß-Lösung, mehr Polizeipräsenz einerseits und die verstärkte Entsendung von Sozialarbeitern andererseits. Als ungeeignetes Mittel zur Befriedung des Stadtteils beurteilen Pfarrer und kirchliche Stellen die verstärkte Polizeipräsenz. Sie distanzieren sich auch von der Senats-Wortschöpfung von den „Anti-Berlinern“. Viel eher mit den örtlichen Bedingungen und den sozialen Mangelkrankheiten im Kiez vertraut als der Ku'damm-Senat, weisen sie darauf hin, daß hinter blankgeputzten Fassaden Arbeitslosigkeit, Elend und Perspektivlosigkeit vieler Bewohner weiterexistiere.

Bei den Autonomen, die in der ersten Euphorie ihres militärischen Sieges über eine zahlenmäßig mindestens gleichstarke Polizeimacht Triumphgefühle hegten (das übrigens auch von vielen nicht-militanten Linken geteilt wurde), machte sich im Laufe der Woche dann doch eine gewisse Nachdenklichkeit breit. Die Erfahrung, plötzlich selber Leute von zielloser Randalen abhalten zu müssen, wollte erstmal verarbeitet werden. In teilweise deutlich offenen Selbstaussagen und überall im Kiez kursierenden Flugblättern wurden die Angriffe auf kleine Läden, auf die Feuerwehr generell, auf die Rettungsdienste und das willkürliche Abfucken von Privatwagen verurteilt („Mit Feuer umzugehen und Steine zu schleudern ist 'ne verantwortliche Sache“). Auch der Zusammenhang zwischen den sich kostenlos betrinkenden Leuten und deren späterem Verhalten wurde von den Autonomen erkannt. „... deshalb wird das nächste Mal der Alk zerdeppert und nicht gewoffen.“ Inzwischen wird an mehreren Stellen in Kreuzberg für die kleineren Läden gesammelt, die in der Nacht Steine kassiert hatten oder geplündert worden waren. Die bemerkenswerte Selbstkritik der Autonomen drang sogar bis in Teile der bürgerlichen Presse (FR vom 5.5.87).

Am zufriedensten mit dem Ablauf der Nacht waren wohl die Anti-Inps Frisch, fromm, fröhlich, frei nach der Devise: El Salvador — Philippinen — Kreuzberg — eine Front! war aus die-

Fortsetzung nächste Seite



Was bisher passierte

Schon am 2. Mai glich Kreuzberg einem Heerlager, woran sich bis heute nichts geändert hat. Die Wannen fahren im Doppelgespann und im Fünf-Minuten-Takt durch die Stadt. An jeder Kreuzung stehen zusätzliche Einsatzwagen, deren Besatzungen bei schönem Wetter im Kampfanzug herumlungern und einzelne Leute zu provozieren versuchen. Nachts wird auf den Straßen wahllos abgegriffen, kontrolliert, festgenommen, und es kommt auch schon mal vor, daß ein Wasserwerfer „just for fun“ einen Motorradfahrer aus dem Sattel spritzt.

In diesem Klima, von dem die meisten Kreuzberger recht abgenervt sind, kam es in der Nacht vom 16.5.87 erneut zu einer Randal. Einsatzkräfte mit Wannen und Wasserwerfern provozierten anlässlich eines Punkkonzertes auf dem Heinrichplatz stehende Leute so lange, bis einzelne Steine flogen, worauf der gesamte Platz geräumt

und ganz SO 36 zum freien Jagdgebiet erklärt wurde. Bilanz: 70 Festnahmen. Soviel waren es nicht einmal am 1. Mai gewesen. Die Provokationen der Polizei wurden eindeutig vom Einsatzleiter zentral gesteuert mit dem Zweck am Ende laut ASOG (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz) alles, was auch nur entfernt nach Alternativszene ausah, einzusacken (siehe Dokumentation).

Was den Eingefahrenen droht, läßt sich aus dem ersten Urteil über einen am 1. Mai Beteiligten ablesen. Obwohl auch vom Gericht als Mitläufer und eher kleine Nummer eingestuft, wurde am 19.5.87 ein 22-jähriger Mann, der zum Zeitpunkt der Festnahme auch noch einen Blutalkoholgehalt von 2 Promille hatte, zu einem Jahr und neun Monaten Haft auf Bewährung verurteilt!

U., KB Westberlin

„Alles, was auf der Straße da rumläuft, einfangen ...“

Mitschnitt des Polizeifunks

481 — Heinrichplatz — nahezu normal
481 nicht jetzt hier am Heinrichplatz, wir beobachten, wer eventuell Wasserwerfer angreift, diese Personen werden dann festgenommen

83 84

Es bleibt dabei auch, wir bleiben weiter auf dem Heinrichplatz

(...) und hin und her

(...) gerade jetzt die anderen Kräfte aus unserem Raumschutzabschnitt (...) wegzuschieben

(...) versuchen Sie zu ermitteln, woher WaWe Heinrichplatz — der sollte hier langsam abzählen. Wie provozieren 181 für 137, der WaWe wird abgezogen.

(...) 81.

2011 (12) mal fliegt ein Stein, dann ist wieder wichtig, es ist ein Hochschulzulaufwächler

137 hört mit Wieviel Störer sind denn da? Sind denn da überhaupt Störer zu erkennen?

Ja ja, verteilt 100 bis 150, aber alle unschlüssig, ein, zwei Kamikaze, aber sonst — keiner weiß, was er will.

(...) 81.

137 hört

Hier eine typische Eskalation. Ohne Sinn wird Tränengas abgeschossen, kein Grund erkennbar, Wasser marsch, ohne Sinn, hier geht jetzt die Eskalation von Seiten der Polizei. Bitte PFDE sofort aufordern, diese Kräfte jetzt zurückzuziehen, das ist eine sinnlose Provokation nur durch Polizei

(...) 181 und 250. Es ist Folgendes gekommen vom PFDE. Sämtliche Ansammlungen sind aufgelöst. Es ist also nicht gegeben, das ist eine sinnlose Provokation nur durch Polizei

(...) 181 und 250. Es ist Folgendes gekommen vom PFDE. Sämtliche Ansammlungen sind aufgelöst. Es ist also nicht gestattet, irgendwelche Störer irgendwo sich sammeln zu lassen und es sollen Festnahmen gemacht werden. Daher wahrscheinlich diese Botschaft

(...) Bravo! (Zwischenruf)

Alle Personen am Heinrichplatz sind passiv. Die Polizei

Fortsetzung von vorheriger Seite

der Richtung keine nennenswerten (Selbst)Kritik zu hören (vielleicht kommt's ja noch!). Auch die Ursachen für die Kreuzberger Mai-Nacht werden von den Anti-Impu u. B. nach faßlich eingeschätzt: Wenn sich jahrelang zu kurz Gekommene einfach mal das militärische nehmen, was sie brauchen und sich freuen, so ist das noch lange kein Indiz für eine „gezielte Bereitschaft zur allgemeinen Revolte“. Und wenn im Grunde politische Jugendliche im Rausch Läden von Kunge-wehretreibenden, Telefonzellen und Stromverteilerkästen kurz und klein schlagen, so finden wir dies erklärlich und verständlich, wir halten es aber für nicht vertretbar, wenn auch solche Handlungen unter die „positiven Aspekte“ des Abends eingereiht werden und als Ausdruck „rebellischer Genierung“ mißdeutet werden.

Was zuletzt die Stimmung in der Kreuzberger Bevölkerung angeht, offensichtlich es vereinzelte Demonstrationen über „Plünderer“ gab, und Gerüchte im Umland und daß sich Ansetze einer Bürgerwehr gebildet hätten, so ist die Stimmung allgemein eher auf der Ebene angewandelt „Wir lassen uns von unseren Punks nicht einschüchtern“.

U., cl./ KB Westberlin

Hier 137 Eine Wetzung vom PFDE (...). Wer hat Kommando zum Absetzen gegeben?

481 an die Kräfte, es sitzt kein über Wagen ab

(...) in Ordnung 81 verstanden

81, 85 87, sitzen auf dem Wagen, sitzen und sitzen nicht mehr ohne Kommando ab. Hier fangen sie an selbst zu provozieren.

83 mit

83 mit

85 mit

85 mit

87 mit

87 mit

Ab sofort keine Kamikaze-Aktionen mehr

137, 181, vollkommen Hellig. Der Randalbefehl gilt nicht für uns, das war nur über Befehlsstelle an alle durchgegeben.

Wir werden jetzt sinnlos die Wege (...)

137 (für 81)

137 hört

Am Heinrichplatz stehen ca. 120 bis 150 Personen, aber verteilt, ohne Aktivität, ohne Steinwurf, Potential ist vorhanden, aber keine Aktivität

137 hört mit

Schlage vor, wir ziehen wieder ab, wir provozieren, aber es ist nicht

137 hört

Hier haben wir eben aktiven Steinwurf, unsere Frontscheibe hat eine starke Splitterung, der Wagen wurde beworfen nur wegen der Aktivitäten.

Für 137: Wo war das gewesen?

Am Heinrichplatz

Verstanden. Ja dann, hin zum Heinrichplatz

137, 181, 83 und 87

Neue Richtlinie gegeben vom Direktionsleiter

Bitte wiederholen

Folgende Richtlinie vom Direktionsleiter: Auch Gruppen, die ihr auf der Straße seht, also alles, was auf der Straße ist, wenn möglich einfangen, und dann schick ich BB (Einsatzbefehl) zur Übernahme der ASOG. Frage verstanden?

Verstanden. Bist dann sind wir ja in wenigen Minuten ausgeschaltet

Qua, aber einfach Gruppen einfangen, die auf der Straße sind. Alles, was auf der Straße ist, soll eingefangen werden

(...) dann sind wir ausgeschaltet in wenigen Minuten

Okay, und dann schick ich auch den BB, die sie Euch abnehmen

(...) Fahr zum Heinrichplatz

87 für 137

181 hört

Jetzt folgende Richtlinie: Alles, was auf der Straße da rumläuft, einfangen und wenn der Wagen voll ist, Reichenberger Straße Ecke Skulpturen südlich Hochbahn, dort werden sie festgenommen. Nicht nur raunen, sondern auch ASOG, alles einfahren jetzt

Allen klar

Okay, 215 noch mal für 137

Zu. Sie bitte, wenn fertig, Standort Reichenberger Ecke Skulpturen, südlich Hochbahn, dort alle uns abnehmen, was wir einfangen

Verstanden, Reichenberger Ecke Skulpturen, südlich von der Hochbahn. Davon ja noch einen Moment

Hier 137 an alle 137 an alle Moment

Funkstelle bitte. An alle: (...) SIPO-Festnahmen (...) Krankenhaus, Reichenberger Ecke Skulpturen, südlich Hochbahn, dort alle uns abnehmen, was wir einfangen

Verstanden, Reichenberger Ecke Skulpturen, südlich von der Hochbahn. Davon ja noch einen Moment

Hier 137 an alle 137 an alle Moment

Funkstelle bitte. An alle: (...) SIPO-Festnahmen (...) Krankenhaus, Reichenberger Ecke Skulpturen, südlich Hochbahn, dort alle uns abnehmen, was wir einfangen

Verstanden, Reichenberger Ecke Skulpturen, südlich von der Hochbahn. Davon ja noch einen Moment

Hier 137 an alle 137 an alle Moment

Funkstelle bitte. An alle: (...) SIPO-Festnahmen (...) Krankenhaus, Reichenberger Ecke Skulpturen, südlich Hochbahn, dort alle uns abnehmen, was wir einfangen

Verstanden, Reichenberger Ecke Skulpturen, südlich von der Hochbahn. Davon ja noch einen Moment

Hier 137 an alle 137 an alle Moment

Funkstelle bitte. An alle: (...) SIPO-Festnahmen (...) Krankenhaus, Reichenberger Ecke Skulpturen, südlich Hochbahn, dort alle uns abnehmen, was wir einfangen

Verstanden, Reichenberger Ecke Skulpturen, südlich von der Hochbahn. Davon ja noch einen Moment

Hier 137 an alle 137 an alle Moment

Funkstelle bitte. An alle: (...) SIPO-Festnahmen (...) Krankenhaus, Reichenberger Ecke Skulpturen, südlich Hochbahn, dort alle uns abnehmen, was wir einfangen

Verstanden, Reichenberger Ecke Skulpturen, südlich von der Hochbahn. Davon ja noch einen Moment

Hier 137 an alle 137 an alle Moment

Funkstelle bitte. An alle: (...) SIPO-Festnahmen (...) Krankenhaus, Reichenberger Ecke Skulpturen, südlich Hochbahn, dort alle uns abnehmen, was wir einfangen



Tod im Knast

Ein Opfer der Strafjustiz

Der 29-jährige Norbert Kubat ist tot. Er wurde in der Kreuzberger Randal-Nacht vom 1. Mai verhaftet und verurteilt 26 Tage Einzelhaft im Untersuchungsgefängnis Moabit. Am frühen Morgen des 26. Mai erhängte er sich in seiner Zelle mit einem Halbtuch.

Norbert Kubat war in der besagten Nacht in stark angetrunkenem Zustand von der Polizei festgenommen worden. Am 2. Mai erhielt er als Hafttrichter fungierender Verkehrsrichter einen Haftbefehl wegen des Verdachts auf schweren Landfriedensbruch, weil Norbert Kubat einen Stein gegen ein Feuerfahrzeug geworfen haben soll, was nach Angaben seines Anwalts sehr zweifelhaft ist. Nach Angaben des Anwalts ist Kubat unter den Bedingungen der Einzelhaft, die für ihn 23 Stunden Einschluss und nur 14-tägigen Besuch bedeuteten. Nach eigenem Wunsch hat er Psychopharmaka zu sich genommen. Für ihn war es unerträglich, als er seitens der Staatsanwaltschaft erfuhr, keine Haftverschöpfung zu erhalten. Ihm wurde eine Haftstrafe von 2 Jahren ohne Bewährung angedroht, da er bereits 1985 eine Strafe von einem halben Jahr auf Bewährung bekommen hatte. Damals

lautete der Vorwurf gegen ihn, einen Bauwagen angezündet versucht zu haben.

Norbert Kubat ist das Opfer der sogenannten „harten Linie“ des Westberliner Innensenators Kewenig, die dieser nach den Kreuzberger Auseinandersetzungen am 1./2. Mai und 16./17. Mai erließ. Dazu gehört nicht nur die äußerste „Rigorosität“ und „Härte“, „Prävention und Repression“ der Westberliner Polizei (Kewenig), wie sie in der Nacht des 16. Mai durch das willkürliche „Abgreifen“ (Polizeijargon) von über 60 Menschen praktiziert wurde. Bestandteil der repressiv-polizeistaatlichen Lösung ist ebenso der Justizapparat, der gemäß dieser Senatslinie mit der gleichen Härte gegen alle Menschen vorgeht, die mittelbar oder unmittelbar in die Kreuzberger Auseinandersetzungen involviert waren.

So besuchen alle erlassenen Haftbefehle der Staatsanwaltschaft aus Vordruck, die stereotyp alle Anträge auf Haftverschöpfung mit der angeblichen „Fluchtfähigkeit“ abwenden.

Und so wurde ein 22-jähriger Mann zu 21 Monaten Haft auf Bewährung wegen seiner Beteiligung an der Randal-

le am 1. Mai verurteilt, obwohl selbst die Polizei von einem „Mitläufer“ sprach, der zudem unter erheblichem Alkoholeinfluss stand.

Insgesamt befinden sich noch sieben Menschen wegen der Ereignisse des 1. Mai, 16 weitere Personen wegen der Auseinandersetzungen vom 16. Mai in Untersuchungshaft.

Noch am gleichen Abend des Todes von Norbert Kubat demonstrierten etwa 600 Menschen auf dem Ku-Damm — und am 28.5. fanden sich rund 1.500 Menschen zu einem Marsch der Trauer und Anklage zusammen zu dem die Vorbereitungsgroup zur Reigen-Demonstration über 120 Organisationen aufgerufen hatte. Die Demonstrationroute war symbolträchtig, sie führte von dem Punkt, wo vor knapp 6 Jahren Klaus-Jürgen Ray im Rahmen der Hausbesetzerrevolte starb, über das Oberverwaltungsgericht, wo sich der Asylbewerber Kemal Aktun aus dem Fenster gestürzt hatte, zur Westberliner Oper, wo vor fast genau 20 Jahren der Student Benno Ohnesorg von der Polizei erschossen wurde.

D./Westberlin

Sieben Monate Knast für „radikal“-Verkauf

Sieben Monate Knast auf Bewährung kassierte der erste Angeklagte der Prozessreihe gegen „radikal“ Vertreterinnen Eine knappe Indizienlage

reichte dem 4. Senat des Oberlandesgerichts Frankfurt aus, Herwig P. in gerade mal zwei Verhandlungstagen zu verurteilen. Der kurze Prozess hat Bedeutung über die Landesgrenzen des „gemütlich-liberalen“ Hessen.

(„tar“) hinaus. Immerhin sind allein in Westberlin weitere 13 Anklagen erhoben worden und auch in anderen Regionen Westdeutschlands stehen noch etliche Gerichtsverfahren (die genaue Zahl ist nicht bekannt, dürfte aber mindestens noch einmal so hoch liegen) aus. Interessant ist das erste Verfahren in Sachen „radikal 132“ aber nicht nur wegen der Fülle der Anklagen. Bemerkenswert ist auch der Charakter der Verhandlung selber.

Herwig P. wurde zur Laie gelegt, 24 „radikal 132“ im Handverkauf vertrieben zu haben. Indiz: ein Lieferchein über 25 Exemplare der „radikal“ und die Tatsache, daß bei der Hausdurchsuchung bei Herwig am 6.6.1986 nur ein Exemplar der Zeitschrift gefunden wurde. Im Verlauf der Verhandlung ging es dem Vorsitzenden Richter Adam aber weniger um den Verbleib und die Strafbarkeit der „radikal“, als um Herwigs Zugehörigkeit zur „Hannover Autonomen Szene“. Mit der damit verbundenen „grundsätzlich staatsfeindlichen Gesinnung“ wurde implizit begründet, warum man der Entlassung der Angeklagten, er habe die 24 Exemplare der

„radikal 132“ aus Angst vor strafrechtlicher Verfolgung verbrannt, keinen Glauben schenkte.

Herwig wurde verurteilt, weil er durch die Verteilung der „radikal“ für die „terroristische Vereinigung RAF“ geworben habe. Als Begründung dafür wird ein auf der Rückseite abgedruckter Gruß an die „Genoss/innen aus der Stadtguerilla, die Siemens-Vorstandsmitglied Beckurts liquidiert haben“ aufgeführt. Damit wird der Straftatbestand des Werbens für eine „terroristische Vereinigung“ in der üblichen Weise ausgelegt. Es kommt dabei auf keinen „nachweisbaren Erfolg“ an, wird aber doch vorausgesetzt, daß der Angeklagte die „radikal“ vertrieben hat. Auch ansonsten zeigen die anfangs 76 Ermittlungsverfahren gegen 150 Leute im gesamten Bundesgebiet und in Westberlin die typischen Kennzeichen der 129a-Verfahren:

Benutzt wurden die im Sommer letzten Jahres von der Bundesanwaltschaft veranstalteten Hausdurchsuchungen vor allem, um Informationen über die linke Infrastruktur einzukassieren. Besonders die in der zweiten Welle im August durchsuchten Buchläden konzentrierten, daß auch Rechnungsordner vergangener Jahre, Liefer- und Adressenlisten sowie Briefwechsel und mit der „radikal“ in keinem Zusammenhang stehende Kundenkarten oder Broschüren durchsucht und teilweise auch beschlagnahmt wurden. Dazu paßt, daß, wie oft in denartigen Fällen, die Bundesanwaltschaft nach den Durchsuchungen die Ermittlungen an

die Generalstaatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten abgab: „wegen geringfügigkeit“. Auch daß die meisten Ermittlungsverfahren schließlich eingestellt wurden, lediglich einzelne Personen und Projekte bzw. Handverkaufer exemplarisch herausgegriffen und angeklagt wurden, deckt sich mit bisherigen Erfahrungen bei 129a-Verfahren. Neu allerdings ist das Ausmaß der Ermittlungen und der öffentlichen Versuch, möglichst flächendeckend einen Teil der linken Infrastruktur einzuschächtern und zu erfassen. Das muß deswegen vor allem bedenklich stimmen, weil seit dem 1.1.1987 der Geltungsbereich des 129a durch die Erweiterung der Deliktpalette erheblich ausgedehnt worden ist, künftig derartige Ermittlungswellen auch bei geringfügigeren Vorwürfen durchgezogen werden können.

Bemerkenswert ist bei allem auch, daß die „radikal“-Ermittlungen ihren Zweck weitgehend erfüllt haben. Weder ist es zu einer Solidaritätswelle mit den Angeklagten gekommen, wie das noch 1984, als Benny Harlin und Michael Klöckner verurteilt wurden, der Fall war — noch hat es eine entschiedene Aktion der Buchläden gegeben um zu zeigen, daß sie sich das Recht auf den Verkauf auch linksradikaler, teilweise politisch fragwürdiger Broschüren nicht nehmen lassen. Im Gegenteil: Weder die „radikal Provinzausgabe“ noch die „radikal-info“, beide Anfang 1987 erschienen, sind in der Regel von linken Buchläden noch verteilt worden.

Polizei sucht Bombenmaterial bei KB und GAL im Schießfach

Für vier Mitglieder der GAL- und der KB-Hochschulgruppe kam es völlig überraschend: Am 29. April, morgens um neun, stürmten Beamte der Politischen Polizei (FD 7) vor den Wohnungen und verlangten Einlaß. Ausgerüstet u.a. mit einem drei Wochen alten Durchsuchungsbefehl durchsuchten sie die Schließfächer und Betten, konnten jedoch das, was sie vorgeben zu suchen — Sprengstoff und Zünder — nicht finden. Stattdessen ließen sie einige Adressenlisten, vier Schlüssel, einen Waschmaschinenmotor und sonstigen Elektroschrott mitgehen. Und obwohl (oder weil?) die Beamten nicht richtig fundig geworden waren, mußten die vier Durchsuchten anschließend noch mit zur ED-Behandlung.

Offizielle Begründung für den Überfall ist der Verdacht, daß es sich bei den vier um Leute handelt, die sich in einem Schließfach in der U-1 eine *Demopumpe für Atomkublen zur Herstellung von Sprengstoffen* eingerichtet hätten (so der Durchsuchungsbefehl). Offizieller Hintergrund des Verdachtes: Am 25. Februar dieses Jahres sollen in der U-1, bei einer Routineüberprüfung von 40 Schließfächern im Phil-Turm, in einem Schließfach 11,5 kg Natriumchlorat/-chlorid und 2 kg Kaliumnitrat, gefunden worden sein.

Den Zusammenhang zur GAL- und zur KB-Hochschulgruppe konstruierte die Staatsanwaltschaft allein aus der Tatsache, daß sich das Schließfach mit dem Sprengstoff auf dem gleichen Flur befand, wie auch die drei Fächer, in denen GAL und KB ihr Bombenmaterial gelagert hatten und die, wie das „Sprengstofffach“, mit einem Zählzeitschloß gesichert waren. Nicht gerade „durchdringende“ Indizien, wie selbst der Pressesprecher der Staatsanwaltschaft gegenüber der „Hamburger Rundschau“ eingestehen mußte.

Die Unhaltbarkeit dieses konstruierten Zusammenhangs zwischen GAL/KB und Sprengstoff wird auch noch an weiteren Details deutlich. Nachdem die GAL- und KB-Studenten festgestellt hatten, daß ihre Schließfächer in den Semesterferien geräumt worden waren, hatten sie sich sofort an das zuständige U-1-Sekretariat gewandt. Dort erfuhren sie von der Beschlagnahme ihrer Materialien. In Telefonat mit dem U-1-Sekretariat...

das zuständige U-1-Sekretariat gewandt. Dort erfuhren sie von der Beschlagnahme ihrer Materialien. In Telefongesprächen mit der Staatsanwaltschaft war ihnen bereits am 10.4. mitgeteilt worden, daß sie das Material zurückbekommen könnten, wenn sie eine ordentliche Aufstellung über den Inhalt ihrer Schließfächer anfertigen würden. Diese Aufstellung schickten die beiden Gruppen dann in einem gemeinsamen Brief. Doch statt des beschlagnahmten Materials kamen die Beamten des FD 7 zur Hausdurchsuchung.

Daß sich die Staatsanwaltschaft aus dem großen Kreis von GAL- und dem kleineren Kreis von KB-Aktivisten/innen an der Hamburger U-1 ausgerichtet diese vier Leute ausgesucht hat, scheint auf den ersten Blick recht willkürlich. So gehören bspw. die derzeit presserechtlich Verantwortlichen der „Fliegenden Blätter“ (Zeitung der GAL-Hochschulgruppe) nicht zu den Durchsuchten. Bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch, daß die Staatsanwaltschaft mit ihrer Aktion durchaus eine Absicht gehabt haben könnte. Denn drei der vier Bewohner der durchsuchten Wohnungen waren im „Hamburger Kessel“ und hatten die Innenbehörde erfolgreich auf Schmerzensgeld (200 Mark plus Zinsen) verklagt. Prompt eine Woche nach diesem juristischen Erfolg der Eingekesselten unterzeichnete der sonst als „liberal“ geltende Richter Masch den Durchsuchungsbefehl. Zufall? Muß die Aktion im Rahmen einer Rachestrategie der Polizei gesehen werden, nach der bestimmte Erfolge der Bewegung (die Innenbehörde hatte sich in puncto Kessel eine politische Niederlage eingehandelt) mit gewissen Schlägen gegen Einzelne beantwortet werden?

Für diese Interpretation spricht auch das Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen einen Hamburger Jung, Ulli Harms, der im U-1-ASTA im Kessel-Referent ist, was ebenfalls im Kessel. Gegen ihn wird jetzt u.a. wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt, weil er im Rahmen einer Solidaritätsaktion zur Hafenstraße in der Ham-

Am 20.12.86 fand in Hamburg die Demonstration „Solidarität — Hafenstraße muß bleiben“ mit ca. 10.000 Teilnehmern statt. Bereits im Vorfeld der Demonstration konnte vermutet werden, daß der Verlauf — von staatlicher Seite aus — nicht friedlich bleiben sollte. Mit Schlagzeilen wie „Gewalt so sicher wie sie zuvor“ (Welt vom 20.12.) und „Angst in der City — 1000 Gewalttäter im Anmarsch“ (Hamburger Abendblatt vom 19.12.) wurde in der Presse darauf eingestimmt. Und es kam wie es kommen sollte. Vier Menschen wurden verhaftet, um sie als „Gewalttäter“ vorzeigen zu können, einer davon der 25jährige Student Andreas P. aus Dortmund. Er wurde jetzt vom Amtsgericht Hamburg zu 22 Monaten Knast ohne Bewährung verurteilt. Der folgende Artikel beruht auf einem längeren Gespräch mit Andreas.

Andreas befand sich gegen 13 Uhr in der Demo auf dem Karl-Muck-Platz, als dort die Polizei versuchte in den

Andreas befand sich gegen 13 Uhr in der Demo auf dem Karl-Muck-Platz, als dort die Polizei versuchte in den Demozug einzudringen, wohl in der Absicht, den Lautsprecherwagen abzufahren. Um eine Gruppe Dortmunder zu erreichen verließ er die Demo, erreichte sie aber nicht mehr. Da er wegen einer inzwischen aufmarschierenden Polizeikette nicht mehr zurückkam, hielt er sich am Rand der Demonstration auf. Wenig später sah er eine Gruppe Polizisten auf sich zukommen und versuchte noch, sich abzusetzen. Dies gelang ihm jedoch nicht mehr, er wurde verhaftet.

Auf der Wache erfuhr Andreas dann, er habe drei Steine und eine Flasche in Richtung der Polizeikette geworfen. Am nächsten Tag wurde er dem Haftnichter vorgeführt, der wegen der Schwere des Tatvorwurfs und der zu erwartenden Strafe, sowie wegen „fehlender sozialer Bindungen“ (Andreas hatte sich nach seinem Umzug im November noch nicht angemeldet) auf Fluchtgefahr erkannte und Haftbefehl erließ. Bis Mittwoch morgen saß Andreas in U-Haft, dann wurde er gegen eine Kautions von 10.000 DM freigelassen, die von der GAL gestellt wurde und gegen die Auflage, sich jeden Montag auf dem Polizeirevier zu melden. Diese Auflage führte dazu, daß Andreas eine geplante Arbeit auf Montage nicht antreten konnte. Zudem ließen die ganzen Umstände nichts Gutes für den Prozeß erwarten.

Andreas wird schließlich in der Anklageschrift vom 9.2.87 wegen schwerem Landfriedensbruch, versuchter Körperverletzung und Widerstand angeklagt. Die Verhandlung fand an drei Tagen zwischen dem 30.4. und 6.5. vor dem Amtsgericht mit dem Vorsitzenden Richter Beyer und Staatsanwalt Klein statt. Vom Staatsanwalt aufgeboten waren fünf Zeugen, am zweiten Verhandlungstag wurde auf Antrag der Verteidigung noch der Polizeibeamte Schlecht vernommen. Bei der Vernehmung dieser Zeugen ergaben sich schwerwiegende Widersprüche, die eigentlich zur Entlastung von Andreas hätten führen müssen. Aber so sollte es nicht sein.

Nicht viel anders beim Zeugen Ba-

ron, der bei seinen Kollegen „Nachtra-

gen zur Unterstützung der eigenen Wahrnehmung“ machte. Einige Hinweise gab ihm Heinitz. Das müssen jedoch merkwürdige Hinweise gewesen sein. Denn Baron sah keinen Steinwurf von Andreas, auch keinen Flaschenwurf, dafür aber wie Andreas einer anderen Person mit seinem Feuerzeug einen brennbaren Gegenstand anzündete, den diese Person dann auf die Polizeikette warf. Etwas, was kein anderer Bulle — trotz intensiver und lückenloser Beobachtung — gesehen hat. Baron war offensichtlich schlecht auf den Prozeß vorbereitet, was er wohl auch selbst bemerkte, denn zum Erstaunen aller entschuldigte er sich damit, daß er sich wegen seines Urlaubs nicht habe vorbereiten können.

Vergleichsweise weniger Krauser

sagte Polizist Wittrock aus, der sah nämlich, wie Andreas einen Stein warf, sonst nichts. Der ebenfalls geladene Zugführer des Festnahmetrupps konnte zu Andreas gar keine Angaben machen.

Eine reiche Auswahl für das Gericht an „Wahrnehmungen“ und Tatvorwürfen, von denen aber wenig zusammenpaßt und einiges sich direkt widerspricht. Doch damit nicht genug: Der von der Verteidigung eingeführte Polizeizeuge widersprach den bisherigen Aussagen in zwei Punkten. Zum einen sah er Andreas, nachdem er von Kollegen auf ihn aufmerksam gemacht wurde, die ganze Zeit am Rande der Demonstration, nicht in der Gruppe der „Gewalttäter“ auf dem Grünstreifen. Zum anderen habe er bei seiner Festnahme keinen Widerstand geleistet.

Widersprüche und Ungereimtheiten zuhauf. War das nun Grund für einen Freispruch oder Einstellung des Verfahrens, oder — unterstellt man habe verurteilen wollen, komme was da wolle — wenigstens Grund für eine geringe Strafe aus Scham über die mehr als dünne Beweislage? Weit gefehlt. Unbeeindruckt von alledem forderte der Staatsanwalt 18 Monate Knast ohne Bewährung. Der nämlich sieht Heinitz und Wittrock als glaubwürdig an und läßt die Aussagen von Menzel und Baron sowie den Vorwurf des Widerstands unter den Tisch fallen. Nachdem er sich wie im Selbstbedienungsladen herausgepickt hat, was noch zusammenpassen könnte, bildet er davon offensichtlich das arithmetische Mittel und kommt so zu zwei Steinwürfen. Dieser Rechnung schließt sich das Gericht an und geht mit 22 Monaten Knast noch über die beantragte Strafe hinaus.

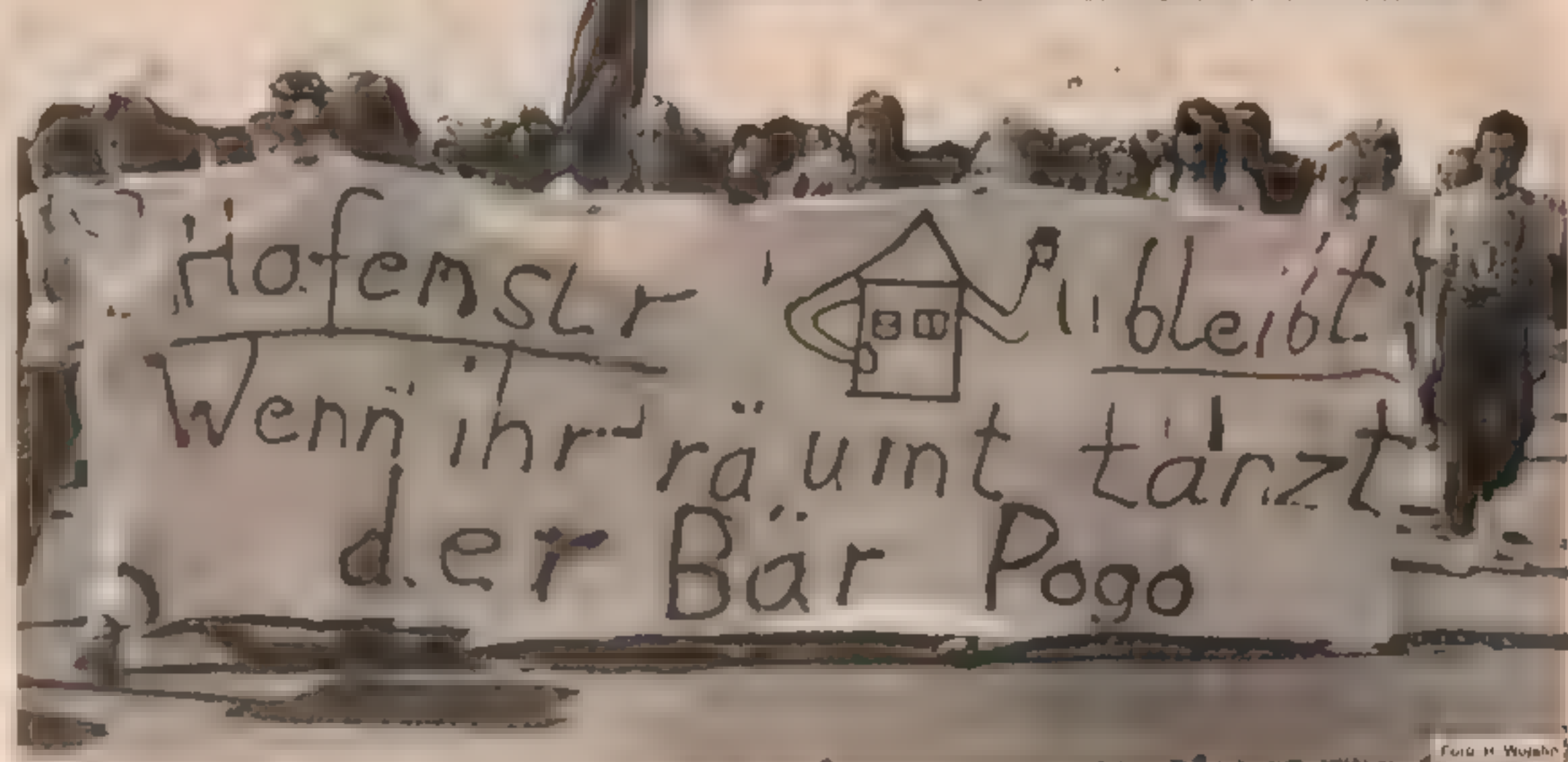
Wie ging nun das Gericht in der Urteilsbegründung mit den Zeugenaussagen um, denn das muß es ja in irgendeiner Art und Weise tun? Nun, recht einfach, nach vier Monaten seien detaillierte Aussagen nicht mehr zu erwarten. Zudem beruhten die Widersprüche darauf, daß der Anwalt so detailliert nachgefragt habe und (den Zeugen) „den Strick um den Hals gelegt“ habe. Worin die Rolle eines Strafverteidigers in einem Prozeß außer in der optischen Verschönerung der Szenerie denn nun besteht, erläuterte das Gericht nicht. Damit nicht ge-

Zwei Zeugen, beide sahen Andreas auf dem Grünstreifen, beide sahen ihn Steine bzw. einen Stein werfen, beide verloren ihn nicht mehr aus den Augen. Nur, der eine sah noch einen Flaschenwurf, der andere nicht. Wo kam die Flasche bei Heinitz her, oder wo ist sie bei Menzel geblieben? Das Ganze wird noch merkwürdiger, wenn man sich in das Kurzprotokoll, von Menzel kurz nach der Vernehmung gefertigt, schaut, denn da erwähnt er durchaus, einen Flaschenwurf von Andreas bemerkt zu haben. Wie das? Nun, Menzel, der wie er angibt nicht wußte, daß er sich bei der Abfassung eines Protokolls nicht mit seinen Kollegen absprechen darf — sagt aus, daß er bei seinen Kollegen nachgefragt habe und sie sich gegenseitig auf den „Sachverhalt“ aufmerksam gemacht haben. Der vermerkte Flaschenwurf geht dabei auf eine solche Gedächtnisstütze seitens Heinitz zurück.

Nicht viel anders beim Zeugen Baron, der bei seinen Kollegen „Nachtra-

Im Zweifel für die Staatsräson

Unbewiesener Steinwurf mit 22 Monaten Knast bestraft



nug, wertete das Gericht die Widersprüchlichkeit der Aussagen auch noch positiv, denn diese zeigten, daß die Zeugen tatsächlich ihre eigenen Wahrnehmungen geschildert hätten, also keine Absprachen getroffen hätten. Die Aussage dieses Salto mortale werden deutlich, wenn man sich an die diesbezüglichen Aussagen erinnert!

Über die geforderten 18 Monate ging das Gericht deshalb hinaus, weil es besonders verwerflich gewesen sei, die angeblichen Steine von hinten auf die Bullen zu werfen und außerdem: „Es geht um Abschreckung“. Die Einschätzung von Andreas Rechtsanwalt, in jedem normalen, juristischen Verfahren hätte ein Freispruch erfolgen müssen, ist sicherlich richtig, nur gerade die letzte Äußerung zeigt, daß es sich eben nicht um ein solches Verfahren handelt, sondern um ein politisches. Und in einem solchen bleibt — wie so oft erlebt — notfalls jeder Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit, der immer wieder gerne der Öffentlichkeit vorgegaukelt wird, auf der Strecke. Was letztlich zählt ist die politische Opportunität, in diesem Fall die Absicht, davor abzuschrecken, weiterhin Solidarität mit den Bewohner/innen der Hafenstraße öffentlich zu bekunden.

Damit war der Staatsanwaltschaft nicht, davor abzuschrecken, weiterhin Solidarität mit den Bewohner/innen der Hafenstraße öffentlich zu bekunden.

Damit war der Staatsanwaltschaft aber noch nicht genug getan. Andreas, wie auch die meisten Zuhörer hatten bereits vor der Begründung des Urteils den Saal verlassen. Aus dieser Menge heraus wurde Staatsanwalt Klein, als er selbst den Gerichtssaal verließ, angeblich getreten und forderte gegenüber den anwesenden Bullen lauthals „Pestnehmen“. Sofort brach durch das Vorgehen der Polizei, an dem sich nach kurzer Zeit auch SEK-Einheiten beteiligten ein Tumult aus, in dessen Verlauf die Bullen gewalttätig wurden. Dabei hatten sie offensichtlich von Anfang an Leute aus der Hafenstraße im Visier, auf die sie sich zielstrebig stürzten. Die anderen Prozeßbesucher ließen sie dabei völlig unbeachtet. Zwei Bewohner der Hafenstraße wurden dabei verhaftet und müssen mit einem Verfahren wegen Körperverletzung und Gefangenenerleichterung rechnen. Während der von den Bullen provozierten Auseinandersetzung wurden sämtlich Zu- und Ausgänge des Gerichts verschlossen, so daß niemand das Gebäude betreten oder verlassen konnte. Nach ca. zehn Minuten wurden die Türen wieder geöffnet und die Prozeßbesucher konnten ungehindert abziehen. Auch dieser Vortall gehört wohl zu dem, was das Gericht Abschreckung nennt.

Der Berufungsprozeß gegen Andreas, der gegen die erwähnte Meldeauflage Haftverhinderung erhielt, wird nach der Sommerpause vor dem Landgericht in Hamburg stattfinden. Neben der Wirkung des Gerichts wird für den Ausgang dieser Verhandlung entscheidend sein, ob eine öffentliche Meinung gegen eine Verurteilung besteht, oder ob das Gericht seinen dunklen Geschaften in aller Stille nachgehen kann. In Hamburg, aber auch in Dortmund gibt es diese Öffentlichkeit zu schaffen. Nicht zuletzt ist hier die GAL gefordert, die sich bisher recht wenig um diesen Prozeß gekümmert hat.

R., KB Dortmund



Betriebsratswahlen

und Linke

— Eine Übersicht —

Die alle drei Jahre stattfindenden Wahlen zu den Betriebsräten sind Ende Mai abgeschlossen worden. Der DGB meldet „außergewöhnliche Erfolge“, sein betrieblich-gewerkschaftliches Vertretungsmonopol ist nicht gefährdet, sondern bekräftigt worden. Die politischen Spaltungstendenzen von rechts, wie sie vor allem unter der Strauß-Kandidatur 1980 eine Rolle gespielt haben, spiegeln sich in den Wahlergebnissen nicht wieder. Im Gegenteil scheint es so, daß Gruppen der Rechten um die CDU-Sozialausschüsse durch die Auseinandersetzung um den Paragraphen 116 eher geschwächt wurden oder sich in dieser Frage von der CDU abgesetzt und mit den DGB-Gewerkschaften solidarisiert haben. Auch die ganz rechts angesiedelten „christlichen“ Gewerkschaften des CGB konnten von der Polarisierung nicht profitieren, sondern haben offensichtlich verloren — am stärksten in den VW Werken, wo die Zahl ihrer Sitze von 26 auf 10 absank, während die IG Metall von 201 auf 228 zunahm (bei insgesamt 244 Mandaten).

Die Betriebsratswahlen sind für die gewerkschaftliche und betriebliche Linke auch wieder Gelegenheiten, die Entwicklung bei der Auseinandersetzung um konsequente gewerkschaftliche Interessenvertretung zu bilanzieren. Bismarck in den letzten Jahren waren oppositionelle Gruppen vor allem in der Metallindustrie als Protestbewegung gegen betrieblichen Filz und Sozialpartnerschaft angetreten und konnten beachtliche Erfolge erzielen. Die gewerkschaftlichen Apparate reagierte gegen betrieblichen Filz und Sozialpartnerschaft angetreten und konnten beachtliche Erfolge erzielen. Die gewerkschaftlichen Apparate reagierte gegen betrieblichen Filz und Sozialpartnerschaft angetreten und konnten beachtliche Erfolge erzielen.

Zum einen: Eine große Zahl der vor mehr als zehn Jahren entstandenen Gruppen konnte sich in der konkreten Arbeit durchsetzen und stabilisieren, sie sind aus dem betrieblich-gewerkschaftlichen Geschehen kaum noch wegzudenken.

Andererseits sind nahezu alle diese Gruppen beim Stand der Konfliktsituation in den Betrieben nicht mehrheitsfähig (vergleiche dazu z.B. die Berichte aus Hamburg und HHLA, Daimler, Lufthansa und Texaco), sondern bleiben im Status der Opposition. Zum dritten: Die harten Konfrontationen mit den DGB-Gewerkschaften sind vielfach abgeklungen. Das liegt sicherlich an der in der Linken gesunkenen Attraktivität der betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit, deren Vorankommen oft mühsame, behärdliche Kleinarbeit bedeutet, statt großer Sprünge und Erfolge. Viele der nachstehend beschriebenen Oppositionsgruppen sind daher in ihrer Entstehung auch älteren Datums. Es liegt aber auch an der Verfälschung der Reibung mit den Gewerkschaftsapparaten in dem Maße, wie die Konflikte mit den Kapitalisten und ihren Verbänden zunehmen.

Vor allem im Bereich der IG-Druck, aber auch in der IG-Metall, stützte sich vielfach dankbar auf die konfliktbereiten Gewerkschaftslinken. Die einstmaligen „Spalter“ wurden nicht selten dankbar als konsequente Gewerkschafter in den Auseinandersetzungen um die Arbeitszeiterhöhung und den Paragraphen 116 aufgenommen. Unter anderem ist dies auch erkennbar an dem, was in unserer Aufstellung nicht enthalten ist: die vielen Betriebe, in denen konsequente linke Gewerkschafter heute auf den offiziellen gewerkschaftlichen Listen oder bei Persönlichkeitswahlen kandidierten und gewählt wurden. Beispiele für den Abbau von Listenkonkurrenz sind u.a. Hoechst Union, HDW in Hamburg und Siemens in Wien.

Nichtdestotrotz sind die alten Konfliktlinien zwischen Sozialpartnerschaft und konsequenter Interessen-

vertretung ebenso erhalten geblieben (am krassen bei BMW in Weibersheim erkennbar), wie die Konflikte mit der Gewerkschaftsbürokratie die nach wie vor mit Unversöhnlichkeit beschworen und Gewerkschaftsausschüssen gegen unbefähigte linke Kritiker vorgeht. Dafür steht immer noch der Stuttgarter Daimler-Konflikt mit der „Plakat-Gruppe“ und als Neuaufgabe dieses Gewerkschaftsvorgehens die Auseinandersetzungen bei Daimler in Hamburg und Bosch in Reutlingen. Diese Ausschlußpraxis muß weiterhin angegriffen werden und Gegenstand linker Solidarität mit den Betroffenen sein. Gehört es doch zu den kuriosen Seiten linker Gewerkschaftspolitik heute, daß die Betroffenen zumeist konsequenter für die Verwirklichung gewerkschaftlicher Forderungen eintreten, als diejenigen, die im Schutze des Apparates die Linke mundtot machen wollen. Was wiederum auch Stand und Verankerung linker Gewerkschaftspolitik heute mitbeschreibt.

(Die Zusammenstellung zu den Betriebsratswahlen stammt von No. Hamburg).

Kommision Betrieb & Gewerkschaft



Hamburg

Hamburg

Lufthansa

Mit mittlerweile über 8.000 Beschäftigten einer der drei größten Hamburger Betriebe. Während andere Hamburger Großbetriebe eher für kontinuierlich negative Schlagzeilen stehen, gehört die Lufthansa zu den Vorzegebetrieben. Bei ihr ist ungebrochenes Wachstum angesagt und das selbst bei den Arbeitsplätzen (1.500 Neueinstellungen in den letzten Jahren).

Nichtdestotrotz werden auch bei der Lufthansa vor dem Hintergrund verschärften weltweiten Konkurrenzkampfes der Luftfahrtgesellschaften immer neue Rationalisierungskonzepte entwickelt. „Lufthansa 2000“ ist das Motto, unter dem „Entbürokratisierung“ und Kostensenkung stehen sollen. Dazu sollen Betriebsrat und Belegschaft mobilisiert werden. Nicht ohne Erfolg.

Die „Betriebliche Liste“ (BL), die in dieser Form, als Zusammenschluß von Sozialdemokraten, DKP-Mitgliedern, zum Teil aus der ÖTV ausgeschlossen, „Alternativen“ und kritischen ÖTVern zum zweitenmal nach 1984 kandidierte, errang wie schon bei der Wahl zuvor 7 von 32 Mandaten (3 Arbeiter und 2 Angestellte). Das Ergebnis von 28% liegt geringfügig unter dem von 1984.

Ein wenig enttäuscht wurde das Ergebnis bei den Kolleginnen und Kollegen der BL zur Kenntnis genommen. Immerhin hatte man aufgrund guter betrieblicher Arbeit, teilweise Erfolge, z.B. beim Kampf gegen die illegale Leiharbeit, einen deutlichen Stimmenzuwachs erhofft. Andere Themen mit zum Teil erheblicher Resonanz im Betrieb waren Grundwasserverschmutzung, Gesundheitschutz/bremsenregende Arbeitsstoffe, Leiharbeitergruppen (für vornehmlich ausländische Kollegen) und neue Technologien im Angestelltenbereich.

Darauf hat die Lufthansa flexibel reagiert: Umweltschutz und Gesundheitsschutz wurden „anerkannt“ und wenn möglich praktiziert. Auch die gegenüber der Opposition früher starke Betriebsratsmehrheit der ÖTV stürzte mittlerweile Seminare zum Gesundheitsschutz an. Nach wie vor besteht für die BL nur geringer Einfluß auf

den seit Monaten schwebenden Streit um eine beabsichtigte Nullrunde beim Lohn. Wegen der geringen Präsenz in der ÖTV sind ihre Einflußmöglichkeiten darauf begrenzt.

Die Wahlbeteiligung von 65% bei den Arbeitern und 38% bei den Angestellten ist zusätzlich ein Zeichen für geringeres Interesse und ein verbreitetes Sicherheitsdenken in der Belegschaft. So gesehen sollten 7 Mandate und deutliche Anzeichen für eine positive Entwicklung der Zusammenarbeit mit der ÖTV eine solide Basis für die weitere Arbeit sein.

| Arbeiter | 1987 | 1984 |
|-------------|------|------|
| ÖTV | 1753 | 1176 |
| BL | 811 | 681 |
| DAG | 217 | — |
| Angestellte | | |
| ÖTV | 1130 | 1173 |
| BL | 331 | 284 |
| W.G. | — | — |
| DAG | 383 | 447 |

(1981 erhielten die „Informativen“ — Vorläufer der BL — bei Persönlichkeitswahl 1 Sitz, 1978 bei Listenwahl 15,8% und 2 Sitze. Bei den Angestellten wurde 1984 zum erstenmal oppositionell kandidiert.)

Hamburger Hafen und Lagerhausgesellschaft (HHLA)

Hamburger Hafen und Lagerhausgesellschaft (HHLA)

Die Belegschaft des größten Hamburger Hafenbetriebes, der senatsgeordneten HHLA, wählte „traditionell“. Bei der HHLA kandidierten zum fünften Male seit 1975 oppositionelle Gewerkschafter/innen zu den BR-Wahlen. Während 1978 und 1981 Listenwahlen stattfanden, bei denen die „Alternative“ ca. 30% der Stimmen für sich verbuchte, konnte 1984 eine Persönlichkeitswahl durchgesetzt werden, bei der selbst zwei aus der ÖTV ausgeschlossene Kollegen kandidierten. Sie erreichten 6 Sitze.

In diesem Jahr stand wieder die Forderung nach einer Betriebsliste und Persönlichkeitswahl. Mit Verweisen auf die ÖTV-Richtlinien zu den BR-Wahlen wurde die Belegschaftsliste diesmal abgelehnt. Der ÖTV-Sekretär und Bürgerschaftsabgeordneter Rumpel setzte sich persönlich ein, um einen entsprechenden Beschluß des HHLA-Vertrauensleitekörpers sicherzustellen.

Der Wahlkampf brachte eine Flut von Flugblättern der ÖTV-Vertrauenskörperlern, der BR-Mehrheit und dem BR-Vorsitzenden. Mit wussten Beschimpfungen wurde die Liste als Spalter, gewerkschaftsschädigend usw. angegriffen: „Eine Truppe, die seit 1975 geboren aus dem „Kommunistischen Bund Gruppe Hamburg“ und ihnen nahestehenden Sympathisanten, angetrieben ist, diesen Betrieb HHLA und dessen Betriebsrat in ihrem Sinne zu verändern, kann und will nun einmal nicht gemeinsam Betriebsratsarbeit machen. Nicht alles was angeblich wichtig vorgetragen wird, entspricht immer der Wahrheit.“

Die Betriebsratswahl 1987 stand vorrangig im Zeichen von sozialen Verschlechterungen und Entlassungen im Rahmen des Rationalisierungskonzeptes der HHLA, die seit Mitte 1985 ein „41 Punkte Programm“ zur „Konsolidierung“ nach und nach mit Zustimmung der Betriebsratsmehrheit durchgesetzt hat. Drastische Verschlechterung des Betriebsrenten-Tarifvertrags, Privatisierung der Containerreparatur, Lohnangleichung nach unten an das Hafeniveau sowie die Fremdvergabe von Handwerkerarbeiten.

Bis 1990 sind außerdem ein neues Schichtsystem mit Einbeziehung der Wochenendarbeit als Pflichtarbeit, es-

ne Nullrunde bei Lohn und Gehalt 1987 sowie eine Reduzierung der verbleibenden 3300 Arbeitsplätze auf 2700 vorgesehen.

In dieser Situation kandidierte die Liste „Alternative Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter“ mit 37 Kandidaten gegen die Liste der ÖTV mit 26 Kandidaten. Die Liste der „Alternativen“ war ein breiter Bündnis der Betriebslinken. Trotz des guten Ergebnisses von 31,5% und 7 Mandaten (das entsprach in etwa den Ergebnissen in den Jahren davor seit 1978) war die Wahl für die „Alternative“ ein wenig enttäuschend, da sie sich für die kommenden Auseinandersetzungen einen neuen Schub erhofft hatte.

| | 1987 | 1981 | 1978 |
|---------|------|------|------|
| ÖTV | 16 | 68 | 18 |
| Altern. | 7 | 32 | 8 |
| BLG | — | 4 | 1 |
| Gesamt | 23 | 23 | 27 |

(1984 bei Persönlichkeitswahl 23 Sitze, davon 6 für Alternative und 17 für ÖTV.)

12 Kandidaten der Liste der „Alternativen“ haben mittlerweile die gewerkschaftlichen Mandate des Vertrauensleitekörpers überkonfirmiert bekommen. Dies war möglich nach einem im Dezember 1986 gefällten Beschluß des Bezirksvorstandes der ÖTV: „Nach, wer auf anderen Wahlvorschlägen zur Betriebsratswahl kandidiert als auf der Vorschlagsliste, die von der Vertrauensleiteversammlung als ÖTV-Liste beschlossen wurde, nicht als Vertrauensmann tätig werden kann.“ In der Vergangenheit waren die aufgeführten Begründungen für den Funktionsverlust Ausschlußgründe.

Daimler-Benz

Bei Daimler-Benz in Hamburg-Harburg kam es wie schon bei den Wahlen seit 1975 zu einer Listenwahl. Dennoch verliefen die Wahlen am eintägigen Wahltag sehr ruhig. Die 1976 aus der Gewerkschaft ausgeschlossenen „Alternativen“-Betriebsräte waren nämlich im Februar 1985 wieder in die IG Metall aufgenommen worden, nachdem sie im Streit um die 35-Stunden-Woche 1984 (Daimler-Benz gehörte zu den kalt ausgesperrten Betrieben) zu den aktiven Gewerkschaftern im Betrieb gehörten. Die Hamburger Ortsverwaltung der IG Metall wagt — mehr schlecht als recht — das „Experiment“ des Zusammenführens der beiden verfeindeten Gruppen im Betrieb (8 IG-Metall- und 7 „Alternativen“-Betriebsräte). Schon 1985 gab es heftige Auseinandersetzungen innerhalb des Vertrauensleitekörpers und unter den IG-Metall-Betriebsräten, wenn es darum ging, gewerkschaftliche Forderungen betrieblich umzusetzen. Diese eskalierten beim Kampf gegen die Änderung des § 116 AfG, als rechte IG-Metall-Funktionäre demonstrativ an ihren Arbeitsplatz gingen, während andere mit ihren Kollegen vor dem Tor streikten. Der vorläufige Höhepunkt war dann die Listenaufhebung zur BR-Wahl 87. Der Vorschlag der VK-Leitung, auf dem auch 6 ehemalige „Alternativen“-Betriebsräte nicht mehr. Der Kompromißverzicht der VK-Leitung war von den Rechten so boykottiert worden. Es wurde daraufhin eine weitere Liste von IG-Metall/Inn- und Außengliedern, die Liste „Deutsch-Ausländische Metalllerinnen und Metalller“ (DAMM), auf ihr kandidierten 16 IG-Metall-Mitglieder, die meinten davon

Vertrauensleute (darunter 5 Mitglieder der VK-Leitung, die VK-Vorsitzende, die auch Mitglied der IG-Metall-Ortsverwaltung ist).

Die DAMM erzielte bei der BR-Wahl ein gutes Ergebnis. Sie erreichte 34,3% der Stimmen und 6 Sitze, die IG Metall 35,1% und 9 Sitze.

| | 1987 | 1984 |
|--------------|------|------|
| Alternative | 9 | 8 |
| IG Metall | 35,1 | 49,6 |
| CMV | 1 | 1 |
| DAMM | 6 | 10,6 |
| Ausländische | 2,1 | — |

| | 1981 | 1978 | 1975 |
|-------------|------|------|------|
| Alternative | 28,0 | 21,6 | 35 |
| IG Metall | 64,0 | 67,2 | 64,9 |
| CMV | 7,9 | 9,2 | — |

Noch vor der Wahl wurde ein Untersuchungsverfahren nach § 11 der Satzung wegen Verdachts auf „gewerkschaftsschädigendes Verhalten“ eingeleitet. Auch die Hamburger IG-Metall-Führung hatte sofort ihre „neutrale“ Position aufgegeben und eindeutig Partei für die Rechten ergriffen. Sie beschloß außerdem das Ruhen der Rechte und Pflichten der 16 IG-Metall-Mitglieder der DAMM.

Daß auch nach der Wahl nichts zumutet und die rechte BR-Mehrheit durchzieht, wurde bei der Besetzung der BR-Ausschüsse deutlich. Während die 9 Vertreter der IG Metall mit 48 Posten bedacht wurden, kamen die 6 Mitglieder der Opposition auf ganze 10 Plätze.

Während anfangs nur zögerliche Reaktionen in der Betriebslinken zustanden (positive Ausnahme die leidgeprüften Kollegen von HDW Hamburg), existieren mittlerweile verschiedene Stützgruppen von VKs, BRs und Kollegen mit der Forderung nach Einstellung des Verfahrens und Rücknahme des Beschlusses nach Ruhen von Rechten und Pflichten.

Die größten Wogen schlug allerdings eine vierteilige Stellungnahme von 35 Funktionären aus dem linken Hamburger IG-Metall-Spektrum anlässlich einer Vertreterversammlung im März. In ihr wurde neben der Dokumentation der Ereignisse bei Daimler-Benz die Ortsverwaltung scharf angegriffen. Sie „unterstütze das Konzept eines Streikbrechers“ (ein führendes Mitglied der rechten BR-Mehrheit arbeitete, als die IG Metall 1986 am „Tag X“ zum Streik gegen die Änderung des § 116 AfG aufrief), „unterstütze das Konzept eines Streikbrechers“ (ein führendes Mitglied der rechten BR-Mehrheit arbeitete, als die IG Metall 1986 am „Tag X“ zum Streik gegen die Änderung des § 116 AfG aufrief), „opferne die Kampfkraft der IG Metall in einem wichtigen Schlüsselbetrieb“. Außerdem wird Kritik an dem formalen und bürokratischen Vorgehen („Wir sind uns die Sitzung gebunden“) geübt.

Nachdem schon auf der Vertreterversammlung mit scharfen Angriffen und Drohungen gegen die Kritiker vorgegangen wurde, fand mittlerweile ein Gespräch mit den 35 nach „Vorladung“ durch die ÖTV statt. Versuche, die Gruppe zu spalten und Einzelne als Verantwortliche mit Sanktionen zu belegen, scheiterten ebenso wie Versuche, sie in ihren Betrieben zu isolieren, so daß es zur Zeit so aussieht, als ob zwar furchtbar Stimmung gegen die Unterzeichner gemacht wird, es zu mehr aber auch nicht reicht. Die erste Sitzung des gewerkschaftlichen Untersuchungsausschusses gegen die DAMM-Kollegen, die von ca. 50 IG-Metallern besucht wurde, um gegen das Verfahren zu protestieren, mußte verlagert werden. Die ÖTV hatte einen in den Konflikt verwickelten rechten Kollegen als Beisitzer benannt. Dies wurde von den Mitgliedern der Deutsch-Ausländischen Metalllerinnen und Metalller (DAMM) mit Erfolg mo-

HDW-Hamburg (ROSS-Industrie)

Bei HDW spielen die einseitig erbitterten ausgefochtenen Kämpfe zwischen „Aktiven Metallern“ und IG-Metall keine Rolle mehr. I. d. h. haben sich seit 1984, wo es auch schon Persönlichkeitswahl stattfand, wesentliche Dinge geändert. Zum einen ist der ehemalige „Spalter“ der IG-Metall- und VK-Vorsitzende Otto Kock aus dem Betrieb ausgeschieden. Er hat einen wohlverdienten Posten beim Hamburger Amt für Arbeitsschutz angetreten (der Filz hat grünen). Zum anderen wurde HDW-Hamburg selbstständig, an die Konkurrenzfirma Blohm & Voß verkauft und existiert heute als Restbetrieb unter dem Namen ROSS Industrie. Aktuell liegt ein Konzept

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

vor, daß die Fusion des Standortes Rost mit seinen vertriebenen 1700 Beschäftigten auf dem Gelände von Hohen & Voss vorsieht. Auseinandersetzungen sind in Zukunft eher mit dem ständigen auf IGM-Kurs wegschleichen Betriebsrat von Hohen & Voss anzunehmen.

Die Belegschaft wählte die ehemaligen „Aktiven Metalller“, „Alt“-IGMler und Betriebsräte einheim. RGOler und DKPler in den BR. Holger Mahler wurde wieder BR-Vorsitzender.

Texaco

Während 1984 die Kandidatur der DAG eine Listenwahl erzwang, fand 1987 wie schon 1978 und 1981 eine Persönlichkeitswahl statt. Gefördert durch die schlechten Erfahrungen von 1984, die DAG verlor 2 ihrer Mandate, fand sich niemand, der sich für eine Listenwahl starkmachte. Überhaupt hatte sich einiges gegenüber 1984 geändert. So ging damals die linke Betriebsgruppe relativ geschwächt in die Wahl, immerhin war ihr prominentestes Mitglied Rainer Winkler ausgerechnet.

Kurz nach der Wahl 1984 ging das Haus und Stechen in der IG Chemie-Gruppe los. Rechte IG Chemie-Betriebsräte forderten den Rücktritt und schließlich die Abwahl des langjährigen BR-Vorsitzenden Helmut Kynast, ihres eigenen Kandidaten, aus dem Gesamtbetriebsrat. Dies wurde mit den Stimmen der Betriebsräte der Betriebsgruppe knapp abgelehnt. Das führte zu der Situation, daß einer heillos zersplitterten IG Chemie-Gruppe eine kontinuierlich arbeitende Betriebsgruppe gegenüberstand.

Das Ergebnis der diesjährigen Wahl war dann auch erfreulich. Die Betriebsgruppe erhielt wieder 3 BR-Mandate (es auf 11 Plätze zusammengegruppften Betriebsräte). Ernst Stuckert, von 1984-86 Abgeordneter der GAL in der Bundesversammlung, errang sogar die meisten Stimmen bei der Persönlichkeitswahl. Helmut Kynast, sein bitterster Gegner bei der Texaco, errang 40 Stimmen weniger und damit die zweitwenigsten Stimmen. Nach dem ungeschriebenen Gesetz, daß diesmal nicht angelastet wurde, wählte der Betriebsrat mit den Stimmen der Rechten, die in dem neuen Betriebsrat die Mehrheit haben, Stuckert zum BR-Vorsitzenden. Kynast aber bekam die Rache der rechten IG Chemiker zu spüren. Er wurde nicht mehr freigestellt. Ausschlußanträge sind gegen die Mitglieder der Betriebsgruppe wie schon 1984 nicht zu erwarten.

| | 1987 | 1984 | 1981 |
|----------------|------|------|------|
| IG Chemie | 3 | 8 | 6 |
| Betriebsgruppe | 3 | 3 | 3 |
| DAG | 3 | 4 | 6 |
| Sonstige | 2 | — | — |
| Gesamt | 11 | 15 | 15 |

(1981 und 1987 fand Persönlichkeitswahl statt.)

| | 1987 | 1984 | 1981 |
|----------------|------|------|------|
| IG Chemie | 3 | 8 | 6 |
| Betriebsgruppe | 3 | 3 | 3 |
| DAG | 3 | 4 | 6 |
| Sonstige | 2 | — | — |
| Gesamt | 11 | 15 | 15 |

(1981 und 1987 fand Persönlichkeitswahl statt. 1987 waren die Kandidaten der IG Chemie heillos zersplittert, nur noch 3 Rechte der IG Chemie arbeiten zusammen und sind vergleichbar mit der IG Chemie-Liste von 1984.)

HDW Kiel

Bei HDW Kiel fand diesmal Persönlichkeitswahl statt. 1984 kandidierte die RGO, weil die IGM eine Persönlichkeitswahl verhinderte. Sie gewann damals 3 Sitze.

Dies Jahr war das eigentlich Sensationelle nicht nur, daß der alte BR-Vorsitzende Krüger bei der Persönlichkeitswahl viele Stimmen verlor, sondern gar nicht mehr in den BR gewählt wurde. Bereits bei der Listenaufstellung im VK wurde Krüger, nachdem die VK Leitung ihn für Platz 7 vorschlug, nur noch auf Platz 18 nominiert. Die Belegschaft wählte ihn dann mit nur noch 350 Stimmen auf Platz 29 (bei 19 Sitzen). Ähnlich erging es einem weiteren Freigestellten der Rechten mit Platz 23. Neuer BR-Vorsitzender wurde der VK Leiter Er hatte mit ca. 1000 Stimmen etwa 50% der Stimmen erhalten. Neuer VK Leiter wurde der Linke Ulrich Stangen.

Sowohl die Aufstellung als auch die Wahl fand unter erfreulicher Berücksichtigung der Linken statt. Die 3 RGO-Betriebsräte waren 1986 von ihren BR-Mandaten zurückgetreten und dafür wieder in die IGM aufgenommen worden. (Dies soll der Stimmung im Betrieb entsprechen haben). Ein RGOler ist erstes Ersatzmitglied, die beiden anderen landeten auf Platz 25 und 32 der 40-köpfigen Kandidatenliste. Das Wahlergebnis wird von den Betriebsräten als Erfolg gewertet.

Hintergrund für den positiven

Trend: Der alte BR-Vorsitzende Krüger hatte sein Amt vor vier Jahren von dem alten BR-Otto Böhm übertragen bekommen ohne jemals dessen Einfluß zu erreichen. Die Belegschaft quittierte damit aber auch die extreme Sozialpartnerschaft. So hatte Krüger z.B. wochenlang ein neues Unternehmenskonzept in der Tasche, ohne es dem BR mitzuteilen. Auch der letzte Jahr abgeschlossene, um ein Prozent niedrigere Haustarif, der von der IGM ausgehandelt wurde, wird ihm angelastet.

Bei den Angestellten hat es ebenfalls ein gutes Ergebnis gegeben. Unter den 5 gewählten IGMern (es gab Listenwahl) befinden sich drei engagierte Betriebsräte.

Die Belegschaft mit der Wahl Bettelhausers ein deutliches Gegenwärtig zur sozialpartnerschaftlichen Politik des BR-Vorsitzenden Schönberger und der BR-Mehrheit haben wollte. Mit entsprechendem Unmut wurde seitens der Belegschaft registriert, daß Schönberger dennoch wieder zum BR-Vorsitzenden gewählt wurde. Es war allgemein die Wahl Bettelhausers erwartet worden.

Das gute Abschneiden Bettelhausers ist für ihn und die „Echolo“-Gruppe eine Rückenstärkung im Kampf gegen Sozialpartnerschaft und für eine konfliktbezogene Interessenpolitik, zumal auch im Bremer Werftenverbund und speziell für den Vulkan neue Unternehmenskonzepte in Arbeit sind.

ne Listenwahl statt. Allerdings konnte die Spaltung der IGM-Liste von 1984 überwunden werden. 1984 kandidierte eine Gruppe fortschrittlicher Kollegen als Liste „Aktive Metalller“, weil sie bei der Listenaufstellung mit der knappen Mehrheit von 48 : 42 Stimmen nur auf aussichtslose Plätze gewählt wurden. Die „Aktiven Metalller“ erzielten 6 von 27 Mandaten. 1987 kandidierten wieder alle Strömungen der IG Metall auf einer Liste, mit einer Ausnahme: Der BR-Großke grünte eine „MBB-Wahlgemeinschaft“ aus Protest gegen die seiner Meinung nach zu linke IG Metall-Liste. Diese rechte IGM-Abspaltung brachte es allerdings nur auf ein, blamables Mandat, das von Grottker

Zustimmung des BR-Chefs nach der Tarifrunde '84 den Arbeitanfang um eine dreierlei Stunde vorverlegt, um den Arbeitsauftrag durch Streik und Aussperrung nachträglich auszuweichen.

Mit dem guten Ergebnis ihrer Gruppe im Rücken werden nun die beiden Betriebsräte Weisels und Drieling die Wiederaufnahme in die IGM beantragen. Sie sind seit 1981 ausgeschlossen.

Klöckner

In der Bremer Klöckner-Hütte haben seit Jahren die linksgewerkschaftlichen Kräfte (u.a. Arbeiterpolitik, DKP, linke Sozialdemokraten) eine deutliche Mehrheit in den betrieblichen Gremien. 1981 gab es Persönlichkeitswahlen, 1984 erzwangen rechte Sozialdemokraten um die Zeitung „Hüttenlochs“ eine Listenwahl. Die Absichten damals, die linke Mehrheit zu knacken, scheiterten kläglich. Die linke IGM-Liste erhielt 19 Sitze, die beiden rechten Listen kamen auf zusammen 4 Mandate.

1987 konnte das linke IGM-Bündnis seine absolute Mehrheit noch ausbauen und erhielt 22 der 23 Sitze. Der CMV bekam erstmals keinen Sitz.

Westberlin

BMW

Bei BMW wurde schon im Februar die mit Erfolg angefochtene BR-Wahl von 1984 wiederholt. War dies an sich schon ein Erfolg für die Kandidaten der Liste für „Fairness und Demokratie“, so brachte die Wahl selbst, ein ebenfalls sehr erfreuliches Ergebnis. „Fairness und Demokratie“ errang 43% und gewann damit 6 von 15 Mandaten. Die anderen 9 Mandate erzielte die Liste „Vernunft“, deren Hauptziel in den letzten Jahren darin bestand, sich gemeinsam mit der BMW-Geschäftsleitung ihrer Kritiker zu entledigen.

Der Konflikt bei BMW begann nach der Betriebsratswahl 1984, als die auf Platz 16, 17 und 26 gewählten Kollegen Vollmer, Kirsch und Köbrich die Wahl wegen massiver Beeinflussung der BMW-Unternehmensleitung anfochten.

Mit mehrfachen Enklagen der drei und über 100 Prozessen versuchte BMW, die Kritiker hinauszuschieben und klein zu kriegen. Das ist gründlich danebengegangen.

Jahrelanges Prozessieren brachte diesen Kollegen jedoch Teilerfolge. So konnte die Wahl erfolgreich angefochten werden und seit dem 9. Januar arbeitet wenigstens der Kollege Vollmer wieder bei BMW. Auch bei dieser Wahl bestand eine extrem schwierige Ausgangslage: Die drei anderen Spitzenkandidaten der Liste mußten sich durch Androhung gerichtlicher Schritte halbstundenweise den Zutritt zum

Wahllokal verschließen lassen. Die drei anderen Spitzenkandidaten der Liste mußten sich durch Androhung gerichtlicher Schritte halbstundenweise den Zutritt zum Wahllokal verschließen lassen. Die drei anderen Spitzenkandidaten der Liste mußten sich durch Androhung gerichtlicher Schritte halbstundenweise den Zutritt zum Wahllokal verschließen lassen.

„Zeigt, daß ihr wieder Ruhe und Ordnung im Betrieb haben wollt“ forderten die Betriebsräte der „Vernunft“ in diesem Wahlkampf, und forderten, „diese Leute müssen weg“.

Zu einer eher peinlichen Haltung hatte sich die IGM-Ortsverwaltung durchgerungen. Sie faßte den Beschluß, beide Listen als IGM-Liste anzuerkennen. Dadurch blieb ihr wenigstens erspart, nach allen Ecken und Werten zu fragen, auch noch ein Verfahren wegen Verdachts auf gewerkschaftsschädigendes Verhalten gegen die Vertreter von „Fairness und Vernunft“ einzuleiten.

Letzter Stand: Auch die anderen 3 Kollegen haben nun endlich ihre Kandidaturverfahren gewonnen und arbeiten wieder bei BMW.

KWI

Bei KWI (Siemens) kandidierten im Arbeiterbereich wie schon 1984 zwei Listen. Eine klassenkämpferisch orientierte Liste erzielte 39% der Stimmen und 4 Mandate. Die IG-Metall-Liste

Fortsetzung nächste Seite



Bremen

Bremer Vulkan

Beim Bremer Vulkan fand traditionsgemäß Persönlichkeitswahl statt. Die „Echolo“-Gruppe mußte weitere Verluste hinnehmen. Von 1981 14 und 1984 6 schrumpften ihre Mandate 1987 auf nunmehr 3 zusammen.

Ein Trostpflaster ist das Abschneiden der beiden bekanntesten „Echolo“-Vertreter, Fritz Bettelhäuser, bis 1984 Betriebsratsvorsitzender von „Echolo“, erhielt mit 1265 die meisten Stimmen und kam auf Platz 1. Rolf Spalek wurde auf Platz 4 gewählt.

Auf den ersten Blick erzielte „Echolo“ ein enttäuschendes Ergebnis. Doch die Gruppe befindet sich im Umbruch. Einmal sind langjährige „Echolo“-Betriebsräte inzwischen in Rente gegangen. Ein BR von „Echolo“ ist ausgeschieden und hat eine Vorgruppeneinstellung eingenommen. Zwei weitere „Echolo“-Betriebsräte haben die Gruppe verlassen und kandidierten diesmal alleine. So jedenfalls mußte „Echolo“ mit Kollegen antreten, die zum Teil einfach nicht genügend betriebsbekannt waren. Ein Selbstgänger dürfte sein, daß Forderungen nach konsequentem Gesundheitsschutz, wie von „Echolo“ immer wieder eingefordert, (zum Beispiel Asbest, Umgang mit Lösungsmitteln, Montagearbeiten an AkW's usw., für mehr Datenschutz, gegen Überstunden, Schichtauswertung und Akkordkürzungen) heute auch beim Vulkan nicht mehrheitsfähig sind.

Dennoch oder gerade deswegen ist das Ergebnis für Bettelhäuser positiv zu bewerten. Drückt es doch aus, daß

Seebachwerft, Bremerhaven

Die BR-Minderheit bei der Seebachwerft hat eine Niederlage erlitten. Bei der Persönlichkeitswahl 1984 wählte die 2500-köpfige Belegschaft noch völlig überraschend 6 Kandidaten in den BR, die sich um einige Mitglieder der DKP gruppieren. Diese Gruppe hatte damals nur einen Sitz weniger im BR als die Mehrheit. Die inzwischen auf 2000 geschrumpfte Belegschaft wählte bei der hohen Wahlbeteiligung von 85% nur noch 3 Vertreter der Minderheit in den BR.

Während 1984 die Minderheit noch einen „Überraschungscoup“ landen konnte, sie ersuchen trotz Persönlichkeitswahl mit einem Programm und einer Bilderliste einzelner Kandidaten, ließ sich die BR-Mehrheit 1987 auf keine gemeinsame Bilderliste mehr ein. Es wurde von vornherein ein Gruppenwahlkampf geführt. Während die Mehrheit für mehr Schiffbaubetrieb stand, forderte die Minderheit eine Standortgarantie auch für den Fall, daß gar keine Schiffe mehr gebaut werden sollten.

Ob hierzu und in der geänderten wirtschaftlichen Lage, wie gemutmaßt, die Ursachen für das Ergebnis zu suchen sind, sei dahingestellt. Zusätzlich entdeckte die Minderheit einige Unregelmäßigkeiten im Vorfeld der Wahl zu Gunsten der Mehrheit. Da es sich dabei um eine Fülle kleiner Verstöße handelt, bleibt trotz günstiger Rechtsprechungslage abzuwarten, wie das Arbeitsgericht die Wahlanfechtungsklage der Minderheit beurteilt.

MBB

Bei MBB fand 1987 wie schon 1984 ei-

| | 1987 | 1984 | (1981)* |
|--------------------|------|------|---------|
| IGM | 14 | 15 | (19) |
| „Aktive Metalller“ | — | 6 | — |
| DAG | 2 | 2 | (2) |
| GLB | 10 | 8 | (6) |

MBB-Wahlgemeinschaft

* 1981 kandidierte eine IGM-Liste

(GLB = Gemeinschaft Unabhängiger Betriebsräte, ein Zusammenschluß leitender Angestellter MBB-Wahlgemeinschaft = rechter IGM Betriebsrat)

Die IGM-ÖV steht nun vor der Frage, ob sie gegen Grottker ein Ausschußverfahren einleiten soll oder nicht. Ironie der Geschichte: Grottker war es, der 1981 ein Untersuchungsverfahren mit durchführte, das mit dem Ausschuß der oppositionellen Kollegen von Daimler-Benz endete. Übrigens wurden die Verfahren gegen die „Aktiven Metalller“ von 1984 ohne Ausschuß eingestellt.

Daimler-Benz

Die Kollegen um die Zeitung „Kollegen von Daimler informieren“ erzielten ein sehr gutes Ergebnis. Während 1981 und 1984 4 bzw. 3 Mandate erreicht werden konnten, gewann die Kollegenliste diesmal 7 Plätze. Bei der Persönlichkeitswahl konnte sie von den 9419 abgegebenen Stimmen ca. ein Drittel auf sich verbuchen. Bei einer Listenwahl wären das immerhin 12 der 35 BR-Mandate gewesen. Besondere Verantwortung für das Abschneiden der Kollegenliste hatte offenbar der BR-Vorsitzende, der noch einen Tag vor der Wahl in 2 Betriebsversammlungen die Geschäftsleitung in Schutz genommen hatte. Die hatte nämlich mit

Fortsetzung von vorheriger Seite

gewann 61% (1984 70%) und 6 Plätze. 1984 gewann die RGO 28,8% und 3 Sitze. Trotz leichter Verbesserung hat sich an den Mehrheitsverhältnissen nichts geändert (nach SoZ, 21.5.87).

Qillette

Bei Qillette traten bei den diesjährigen Wahlen gleich 3 Listen an. Es gab keine offizielle IG-Metall-Liste. Auf allen 3 Listen kandidierten IG-Mitglieder. Die Liste der fortschrittlich orientierten Kollegen errang auf der Liste „Samstags — Neu Danke“ 6 von 15 Sitzen (nach SoZ, 21.5.87).

Nordrhein-Westfalen

Hoesch-Union / Dortmund

Im Gegensatz zu 1981 und 1984 fand bei Hoesch-Union in diesem Jahr eine Persönlichkeitswahl statt. Die beiden letzten Male kandidierte eine RGO-Liste. Dieses Mal entfiel diese zweitbeste Lösung, weil die IGM zugestimmt hatte, auch die beiden bisherigen RGO-Betriebsräte auf einer gemeinsamen Liste kandidieren zu lassen. Die beiden erhielten prompt mit 693 und 566 Stimmen das zweit- und dritbeste Ergebnis. Schon seit längerem läuft ein Verfahren zur Wiederaufnahme in die Gewerkschaft.

Mannesmann Röhrenwerke / Duisburg-Huckingen

Das Ergebnis von Mannesmann gehört mit zu den wenigen herausragenden bei den diesjährigen Wahlen. Das lag an den besonderen Bedingungen dort.

1984 hatte eine Listenwahl stattgefunden. Eine Gruppe „Konsequente Gewerkschafter“ hatte eine eigene Liste eingereicht, weil ein sauberes, gleichberechtigtes Wahlverfahren bei der beschlagnahmten Persönlichkeitswahl nicht gewährleistet war. Und dies, obwohl es sich schon um eine Wiederholungswahl handelte. Die erste Wahl war wegen Fälschung erfolgreich angefochten worden.

Trotz des guten Abschneidens, die „Konsequente“ errangen auf Anhieb 6 der 29 Mandate, wurden 9 Vertreter der Gruppe aus der IGM ausgeschlossen. Sie sind es bis heute. Das Landgericht Frankfurt hat die Ausschlüsse im November 1986 zwar für rechtsunwirksam erklärt, die IGM hat allerdings Berufung eingelegt.

Das eigentlich Kuriose an der Wahl 1987 war, daß eine Persönlichkeitswahl stattfand bei der Just auf die Vorstellungen der „Konsequenten“ von 1984 eingegangen wurde.

Die „Konsequente“ verloren zwar ein Mandat an die Mehrheitsgruppe um Rolf Stommel, trotzdem wird das Ergebnis von den „Konsequenten“ als Erfolg gewertet. 5 Sitze wären bei einer Persönlichkeitswahl 1984 nämlich nicht denkbar gewesen. Dieses Jahr landete der „Konsequente“ Richter mit 1.659 Stimmen sogar auf Platz 3 im Arbeiterbereich. Im Angestelltenbereich ging der dritte Platz ebenfalls an die „Konsequenten“.

Die „Konsequente“ verloren zwar ein Mandat an die Mehrheitsgruppe um Rolf Stommel, trotzdem wird das Ergebnis von den „Konsequenten“ als Erfolg gewertet. 5 Sitze wären bei einer Persönlichkeitswahl 1984 nämlich nicht denkbar gewesen. Dieses Jahr landete der „Konsequente“ Richter mit 1.659 Stimmen sogar auf Platz 3 im Arbeiterbereich. Im Angestelltenbereich ging der dritte Platz ebenfalls an die „Konsequenten“.

Die „Konsequente“ verloren zwar ein Mandat an die Mehrheitsgruppe um Rolf Stommel, trotzdem wird das Ergebnis von den „Konsequenten“ als Erfolg gewertet. 5 Sitze wären bei einer Persönlichkeitswahl 1984 nämlich nicht denkbar gewesen. Dieses Jahr landete der „Konsequente“ Richter mit 1.659 Stimmen sogar auf Platz 3 im Arbeiterbereich. Im Angestelltenbereich ging der dritte Platz ebenfalls an die „Konsequenten“.

Die „Konsequente“ verloren zwar ein Mandat an die Mehrheitsgruppe um Rolf Stommel, trotzdem wird das Ergebnis von den „Konsequenten“ als Erfolg gewertet. 5 Sitze wären bei einer Persönlichkeitswahl 1984 nämlich nicht denkbar gewesen. Dieses Jahr landete der „Konsequente“ Richter mit 1.659 Stimmen sogar auf Platz 3 im Arbeiterbereich. Im Angestelltenbereich ging der dritte Platz ebenfalls an die „Konsequenten“.

Krupp-Stahl / Duisburg-Rheinhausen

Bei Krupp fand, ganz außergewöhnlich für Duisburger Verhältnisse, eine Persönlichkeitswahl statt. Der rechte BR-Vorsitzende hatte die CMVler bewegen können, keine eigene Liste einzureichen. Beachtlich war, über die Persönlichkeitswahl, die drohenden Zugewinne der Linken zu verhindern. Die Rechnung ging aber nicht auf. Die CMVler gewannen kein Mandat, und die linken Kräfte um den VK-Sprecher Theo Stegmann errangen mit 18 von 31 Mandaten sogar die Mehrheit.

Thyssen-Edelstahl / Krefeld

Bei Thyssen gab es Listenwahl. Eine fortschrittliche Liste mit dem Namen „Glück Auf“ kandidierte zum ersten Mal und errang auf Anhieb 45% der Stimmen. Die Ortsverwaltung hat inzwischen auf Intervention der Frankfurter IGM-Zentrale die Untersuchungsverfahren als auch die Funktionsverbote aufgehoben.

Siemens / Witten

Bei Siemens fand diesmal wieder eine Listenwahl statt. Allerdings konnten

die Linken auf der IGM-Liste mitkandidieren. Das war möglich geworden, weil die BR-Vorsitzende wieder in die IGM aufgenommen worden war und die Funktionsverbote der anderen Vertreter der „Vereinigten Belegschaftsliste“ ausliefen. Es gelang den fortschrittlichen Kräften (überwiegend Frauen) auf den vordrigen Plätzen zu kandidieren. Im Arbeiterbereich kandidierten noch rechte IGMler und die CDA auf einer eigenen Liste. Die fortschrittliche IGM-Liste erhielt 70% der Stimmen und 9 Sitze, die rechte IGMler und die CDA je einen Platz.

Opel / Bochum

Bei Opel kandidierten im Angestelltenbereich 2, bei den Arbeitern 10 (!) Listen. 1984 waren es erst 5.

Das Ergebnis Wahlbeteiligung bei den Arbeitern 82,4%

| | 1987 | 1987 | 1984 |
|--|---------|---------|---------|
| | Stimmen | Stimmen | Stimmen |
| IGM-Liste | 22 | 7676 | 25 |
| Aktive Metallarbeiter (Hochschulabsolventen) | 4 | 1443 | 3 |
| Liste für Betriebsratforderungen (in GIGK) | 3 | 1174 | 3 |
| A.G. christl.-demokr. Metallarbeiter (d. K.M.) | 1 | 495 | — |
| Liste „Haj Kader“ (Islamische Arbeiter) | 1 | 418 | — |
| Aktive Türk. Arbeiter (rechter Metall-Abzweig) | 1 | 415 | — |
| Türk. entlassene | — | — | 2 |

(Die drei übrigen Listen, darunter der CMV, erhielten keinen Sitz. Bei den Angestellten erreichte die IGM 3 und die DAG 2 Sitze.)

Ford / Köln

Bei Ford kandidierten bei den Arbeitern diesmal 4 Listen. Die IGM erreichte 28 Sitze, der CMV 1, und die türkisch-religiöse Liste 2. Die linke Liste „Metaller und Automobilarbeiter“ konnte zwar geringfügig Stimmen hinzugewinnen, zu mehr als 2 Mandaten wie schon 1984 reichte es aber nicht (Angestellte: IGM 6, DAG 2 Sitze).

Bayer / Leverkusen

Seit 1978 ist die Opposition im BR vertreten. Mit 8 bzw. 9% erreichten die „Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit“ 1981 und 1984 jeweils 4 Sitze. Innerbetriebliche Auseinandersetzungen hatte es vor allem wg. der radikalen Position zum Umweltschutz gegeben. Die „Durchschaubaren“ traten z.B. gegen betriebliche Auseinandersetzungen hatte es vor allem wg. der radikalen Position zum Umweltschutz gegeben. Die „Durchschaubaren“ traten z.B. gegen die Mehrheit der Betriebsräte gegen die Dünnsäureverklappung in der Nordsee ein.

Trotz Stimmengewinnen im Arbeiterbereich (von 9 auf 14%) konnten die „Durchschaubaren“ die Zahl ihrer Sitze gegenüber der IG Chemie nicht verbessern, sie erreichten auch 1987 wieder 4 Betriebsratsitze (2 Arbeiter, 2 Angestellte).

Hessen

VDO / Frankfurt

Bei VDO kandidierten 3 Listen: Die Liste um die BR-Mehrheit erreichte 10 Sitze, eine mit ihr zusammenarbeitende Liste 1 Mandat. Die linke „Internationale Liste“ erhielt 8 Mandate. 1984 hatten die Linken bei der Persönlichkeitswahl 4 Mandate errungen. Als klar war, daß es bei VDO zu einer Listenwahl kommen würde, verzichtete der VK auf eine IGM-Liste, so daß das Problem „konkurrierender Listen“ mit dem üblicherweise folgenden Untersuchungsverfahren vermieden wurde. (nach SoZ, 21.5.87)

Flint

Im Hauptwerk in Frankfurt steigerte sich die „Liste für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit“ um 2 auf 9 Mandate. Seit 1981 war sie mit rund 15% der Stimmen und 7 Sitzen vertreten. 1987 erreichte sie bei den Arbeitern 25% der Stimmen und verdoppelte die BR-Mandate von 3 auf 6. Bei den Angestellten erzielte sie 16,4% und 3 Sitze.

Im 43köpfigen Frankfurter Hoechst-Betriebsrat hat die IG Chemie mit 22 Sitzen noch knapp die absolute Mehrheit. 12 Sitze entfielen auf die DAG.

Die oppositionelle Liste hat die Wahl inzwischen angefochten. Die Verhandlung findet am 30. Juli statt. Bei Hoechst soll es eine unzulässige

Auswertung der Deflation der „leidenden Angestellten“ gegeben haben. Dadurch wären 1.600 weniger Wahlberechtigte, entsprechend 2 BR-Mandate, gewesen.

Die Betriebsratsmehrheit und Hoechst wollen durch alle Instanzen gehen, um dieses Anliegen abzuwehren.

Baden-Württemberg

Bosch / Reutlingen

Bei Bosch in Reutlingen kam es anläßlich der BR-Wahlen zu einem Eklat mit ähnlich gewerkschaftlicher Brisanz für die Region wie 1981 bei HDW-Hamburg.

Anlaßlich der notwendigen Listenwahl, die durch die Kandidatur des CMV provoziert wurde, entschloß sich eine Gruppe fortschrittlicher Kolleginnen und Kollegen zur Bildung einer weiteren Liste. Sie waren z.T. auf der IGM-Liste so schlecht platziert, daß sie nur bei einer Persönlichkeitswahl gute Chancen gehabt hätten, in den BR gewählt zu werden. Auf der Liste „Aktive Metaller“ kandidierten eine Reihe bekannter Funktionäre, z.B. der stellvertretende BR-Vorsitzende. Obwohl die zu den Aktivisten im Betrieb gehörten und maßgebliche Kräfte beim Streik in der Tarifrunde 1984 waren, fanden sie diesmal keine Berücksichtigung auf den oberen Plätzen der IG-Metall-Liste. Betriebliche und gewerkschaftspolitische Streitigkeiten mit dem Vorsitzenden und der BR-Mehrheit waren hierfür die Ursachen. Die zunehmende sozialpartenchaftliche Orientierung im BR war wiederholt von der BR-Mehrheit kritisiert worden.

Die Wahl brachte einen großen Erfolg für die „Aktiven Metaller“. Sie erhielten 43% der Stimmen, nur 140 weniger als die IGM im Arbeiterbereich, und damit 10 Mandate.

| Arbeiter 1987 | Stimmen | Sitze |
|-----------------|---------|-------|
| IGM | 1665 | 12 |
| Aktive Metaller | 1525 | 10 |
| CMV | () | 1 |

| Angestellte | Stimmen | Sitze |
|-------------|---------|-------|
| K.M. | 541 | 4 |
| DAG | 355 | 2 |

Auf Antrag von zwei IGM-Vertrauensleuten von Bosch wurde von der Ortsverwaltung noch vor der Wahl ein Untersuchungsverfahren nach § 11 der Satzung wegen Verdachts auf „gewerkschaftsschädigendes Verhalten“ eingeleitet.

Daimler-Benz / Untertürkheim

Daimler-Benz / Untertürkheim

Die „Plakat-Gruppe“ errang 23,4% der abgegebenen Stimmen und 7 Sitze im Arbeiterbereich. Die IGM konnte sich um einen Sitz auf 19 Sitze verbessern. Wie schon bei der letzten Wahl erreichte der CMV 3 Sitze. Mit 42% und 47% der abgegebenen Stimmen für die „Plakat-Gruppe“ stehen die Ergebnisse in den Betriebsstellen von Mettingen und Hedelfingen besonders hervor. Im Werk Untertürkheim selbst erhielt Plakat 11% der abgegebenen Stimmen. (aus SoZ, 21.5.87)

Endress und Hauser / Lörreth

Endress und Hauser ist ein Elektronikbetrieb mit 780 Beschäftigten. Hier fand eine Listenwahl statt. Mit massiver Heize reagierte rechte Betriebsräte auf die Existenz der Linken Liste 3 mit ihren 15 Vertretern. Einen Tag vor den BR-Wahlen schrieben sie in einem Flugblatt:

„Morgen ist Betriebsratswahl. Es ist eine Entscheidungswahl für E + H oder gegen E + H. Zur Wahl stehen R. Herrmann und seine marxistisch-leninistische Richtung oder Endress und Hauser und ihre Zukunft.“

Die Liste 3 kam auf 34% der Stimmen und wurde stärkste Fraktion im neuen BR. (aus Rote Fahne 16. 1987)

Frauenberg / Weinhelm

In diesem größten Betrieb im Bereich der IG Leder fand im Gegensatz zu 1981 und 1984 Persönlichkeitswahl statt. Dies, obwohl die 5 Betriebsräte der Liste „Frischer Wind“ noch aus der Gewerkschaft ausgeschlossen sind. Im Arbeiterbereich erreichten die fortschrittlichen Kandidaten die Mehrheit. Die Rechten stellen aufgrund des Ergebnisses im Angestelltenbereich die Mehrheit im Betriebsrat. Die meisten Stimmen im Arbeiterbereich errang ein Vertreter der früheren Liste „Frischer Wind“.



Jetzt doch Großaktion in Wackersdorf Aufruf gegen die WAA im Herbst

Liebe WAA-Gegnerinnen und Gegner!

Die Ereignisse der vergangenen zwei Jahre in der Oberpfalz im Zusammenhang mit dem Bau der WAA Wackersdorf haben gezeigt: Die Durchsetzung solcher lebensfeindlichen Großprojekte gegen den erklärten Widerstand der Mehrheit der Bevölkerung führt in den Polizei- und Überwachungsstaat. Die neuen sogenannten Sicherheitsgesetze weisen bereits den Weg dahin.

Energetisch und ökonomisch ist die Technik der Wiederaufbereitung in der Plutoniumwirtschaft bedeutet letztendlich die Verfügbarkeit von atomwaffenfähigem Material. Die Erprobung dieser bisher nicht beherrschbaren Großtechnologie dient aber auch einem weiteren Ziel: Milliardenprofite durch den Export in Drittländer, welche damit in die Lage versetzt werden, eigene Atomwaffen zu bauen.

Den Herrschenden ist zur Durchsetzung dieses Vorhabens jedes Mittel recht: Verbotsterror, pauschale Kriminalisierung, Abbau demokratischer Grundrechte, Ausgrenzung und Unterdrückung jeglichen Widerstands gegen das Atomprogramm. Das Bevölkerungsgesetz gegen den Widerstand gegen das Atomprogramm Ausnahmezustand in der Oberpfalz. Die Bevölkerung wird in den Würgegriff des Atomstaates genommen.

Dem gilt es entschlossen entgegenzutreten, denn: Wackersdorf kann morgen überall sein!

Es reicht nicht mehr, lediglich verbal oder vereinzelt zu protestieren. Gerade jetzt geht es darum, den örtlichen Widerstand durch massenhafte praktizierte Solidarität zu ermutigen und zu unterstützen. Die Ergebnisse der Treffen der Anti-AKW-Bewegung von Nürnberg, Bielefeld und Frankfurt zeigen breite Übereinstimmung in dieser Frage. Der Aufbau eines strömungs- und bewegungsübergreifenden Bündnisses muß die entscheidende Weichenstellung im Kampf gegen das Atomprogramm sein. Die Anti-Atom-Bewegung muß aus der Defensive heraus und wieder handlungsfähig werden. Wir müssen unsere Ängste überwinden und den Widerstand in breite gesellschaftliche Schichten tragen. Voraussetzung ist jedoch Einigkeit über die Eckpfeiler eines solchen Konzepts.

— Eigenständigkeit ohne parteipolitische Einflüsse und Ablehnung staatlicher Spaltungs- und Kriminalisierungsversuche, aber auch sektiererischer Selbstbegrenzungsintendenzen

— Übereinstimmung bezüglich Widerstandsformen auf der Grundlage verbindlicher Beschlüsse, die vermittelbar sein und sich nicht gegen die Bevölkerung richten dürfen.

— Keine Preisgabe bisheriger Positionen: Wir lassen uns nicht das Recht nehmen, am Bauort der WAA, einem Symbol des sozialen Unfriedens und Mauer durch die

Herzen der Menschen, unseren entschlossenen Widerstand zu zeigen. Die Bannmeile um das Baugelände kann nicht akzeptiert werden.

Die Oberpfälzer Bürgerinitiativen rufen deshalb die Anti-AKW-Bewegung, die Friedens-, Frauen-, Dritte-Welt-Bewegung und andere in- und ausländische Gruppen und Organisationen auf, im Oktober dieses Jahres massenhaft vor Ort ihren Widerstand gegen den Bau der WAA zu zeigen.

Grundlage ist das von der Anti-AKW-Bewegung beschlossene Konzept für Herbstaktionen in der Oberpfalz gegen den Bau der WAA, das von der großen Mehrheit der Oberpfälzischen BI's bestätigt wurde. Wesentliche Bestandteile dieses Konzepts sind: massenhafte Behinderungs- und andere phantasievolle Aktionen und eine Großdemonstration in Wackersdorf.

Als Terminvorschlag wurde wegen der Herbstferien in mehreren Bundesländern die Zeit vom 7. - 9.10. für die Aktionstage und der 10.10.1987 für die abschließende Demo eingebracht.

— Massenhafte Behinderungs- und andere phantasievolle Aktionen, weil der Widerstand über Demonstrationen und sonstige Proteste hinausgehen muß, um die WAA tatsächlich zu verhindern.

— Großdemonstration zur Unterstützung der Aktionstage und um möglichst viele Menschen mit der ganzen Tragweite des Komplexes WAA im Hinblick auf gesundheitliche, energiepolitische, soziale und militärische Bedeutung, sowie der Situation in der Oberpfalz vertraut zu machen.

— Vorbereitung der Aktionstage und der Großdemonstration erfolgt durch den noch zu bildenden Trägerkreis und Aktionsbüros vor Ort, die entsprechend finanziell und personell gestärkt werden müssen.

— Aktionstage und Großdemonstration stehen gleichberechtigt nebeneinander und ergänzen sich sinnvoll. Es soll gemeinsam dazu aufgerufen werden.

Wir rufen Euch auf, unseren Vorschlag für ein gemeinsames Bündnis zu besprechen und im Fall der Zustimmung am 6.6.87 zur Bildung des Trägerkreises „nach Frankfurt“ zu kommen!

Mit atomfeindlichen Grüßen Eure BI Schwandorf

1. Trägerkreistreffen am 6./7. Juni 1987 in Frankfurt, Mainzer Landstr. 147 (KBW-Haus), Nähe Hauptbahnhof, ab 13.00 Uhr

Kontakt: Bürgerinitiative Schwanndorf c/o Erna Wellshofer, Waldgasse 9, 8440 Schwanndorf, Tel. 09431/216 48

Studenten 1987:

Von der empörten Elite zur neuen Bewegung?

Thesen zum Charakter der neuen Studentenkämpfe

Die einen reden von einem Neuaufbruch der Studentenbewegung — vergleichbar mit den Anfängen der 60er Studentenbewegung —, die anderen hoffen, daß diese Bewegung bald ein Ende hat, weil sie mit den Zielen linker Politik unvereinbar sei. Tatsache ist, daß die linken Bauchschmerzen mit der derzeitigen studentischen Protestbewegung groß sind. Worin liegen die Chancen und Schwierigkeiten, wo müßte linke Politik ansetzen, was macht diese Bewegung aus, worin liegen ihre Perspektiven? Um den Antworten auf diese Fragen näher zu kommen, sollen zunächst einige Charakteristika der Bewegung skizziert werden. Wie reagieren die Herrschenden auf die Proteste, wie entwickeln sich die Widersprüche und wie greift die Linke in die politische Entwicklung ein — diese Fragen sollen im zweiten Teil behandelt werden.
Ein Bericht aus Göttinger Perspektive.

1. Die Bewegung

Noch vor zwei Monaten hatte sich jede/r an den Kopf gefaßt, hatte man/frau das Wort Studentenbewegung überhaupt in den Mund genommen. Und nun, wie aus dem Boden gestampft, der größte Streik seit über zehn Jahren. Am Anfang standen die Kürzungsbeschlüsse der niedersächsischen Landesregierung (siehe Kasten). Zwei Flugblätter, eine Veranstaltung, in Göttingen die Weidutsche Rektorenkonferenz (WRK) unter massivem Polizeischutz und dann eine Uni-VV mit Streikbeschuß ohne Widerspruch. Was zeichnet diese Bewegung aus.

Rätesystem

In Göttingen ist seit Streikbeginn der ASiA praktisch außer Kraft gesetzt. Nicht, weil ihm vorher von der Unileitung Streikverbot erteilt wurde, sondern weil seine Funktionen von einem Zentralen Streikrat wahrgenommen werden, der aus Vertreter/innen der Fachstreikräte und der Hochschulgruppen zusammengesetzt ist. In dieser Organisationsform treffen völlig gegensätzliche Interessen aufeinander. Zum einen die Ablehnung der parlamentarisch gewählten Organe und damit des Delegationsprinzips von Interessen. Das Schlagwort der Hildeheimer Streikenden z. B. heißt „selbstbestimmt und solidarisch“. Widerstand soll nicht vor irgendeinem politischen Karren gespannt und damit funktionalisiert werden.

Zum anderen insinuierten diejenigen auf dem Rätesystem, die propagieren, ihr Streik hätte mit Politik nichts zu tun, hier ginge es nur um ihre Interessen, der ASiA und die Hochschulgruppen seien für die Politik als schmutzige Geschäfte da. Auch hier dominiert die Angst, von Hochschulgruppen instrumentalisiert zu werden. Von diesen Leuten wird vor allem abgelehnt, sich mit Fragen, die nicht unmittelbar im Zusammenhang mit dem Streik stehen (z. B. Volkszählung) zu befassen. Auf jeden Fall verbindet sich mit dem Rätesystem ein Bewußtsein von selbstbestimmter Politik und Autonomie, das identitätsprägend für die Bewegung ist.

Machtvoller Streik

Sei einen Streik hat es seit mindestens zehn Jahren in Göttingen nicht gegeben. Tatsächlich konnten überhaupt keine Lehrveranstaltungen durchgeführt werden. Teilweise waren die Institute inklusive Bibliotheken ganz geschlossen, so daß auch die Forschung lahm lag. Klausuren mit 1.000 Leuten wurden auf unbestimmte verschoben, nur Examenprüfungen fanden statt. Morgens ab 6.00 Uhr waren die Eingänge aller Institute blockiert, so daß nicht die Not bestand, maffindende Vorlesungen sprengen zu müssen.

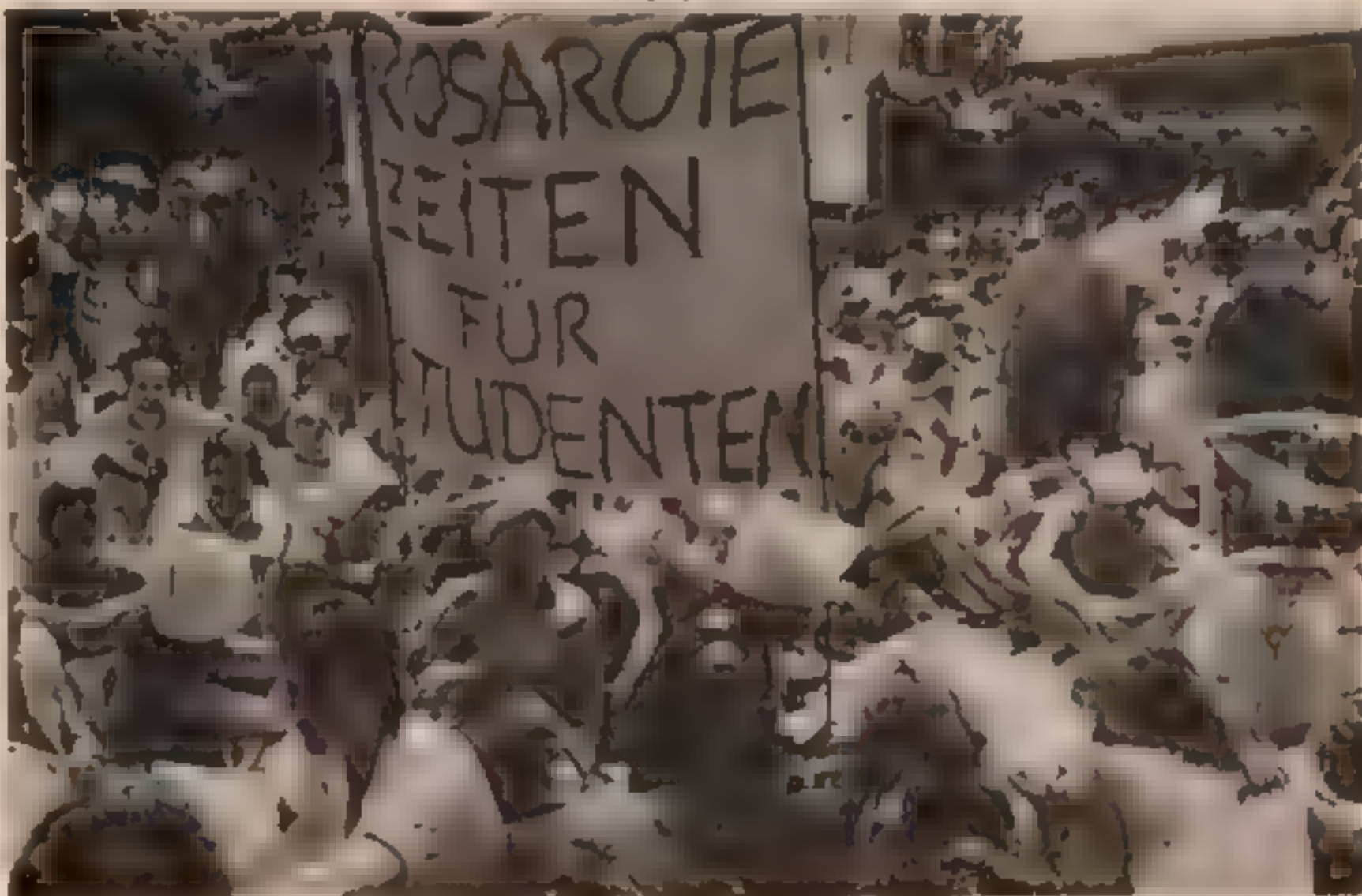
Vor allem aber hatte dieser Streik keine Gegner. Bereits am ersten Tag verteilte der RCDS ein Flugblatt mit der Überschrift „Vorlesungsboykott statt Volkszählungsboykott“ (welch eine dankenswerte Verbindung, die leider von der Linken nicht ausgebaut wurde) und insinuierte auf der Freiwilligkeit des Streiks. Studentische Streikbrecher zeigten sich gar nicht, eine Handvoll Professoren inszenierte kleine Schlägereien. Mitten in der Woche dann eine Uni-VV mit über 4.000 Leuten (auf der anschließenden Demonstration waren es dann 15.000), die die Verlängerung des Streiks beschloß. Ein Streik also ohne Gegner, der nicht etwa deshalb das Attribut „kampferisch“ nicht trägt, weil er so ein freundliches Gesicht hatte, sondern

erleichtert, sondern Umfunktionieren der Veranstaltung. Gleichzeitig sollte das Gespräch mit den Profs gesucht werden. Als der erste Jubeltag dann gleich mit einer Blockade der ersten Veranstaltung begann, kam erstmals ein Deeskalationsversuch: Der Senat beschloß eine gemeinsame und öffentliche Diskussion aller Uni-Angehörigen. Diese Veranstaltung entpuppte sich als Versuch aller nichtstudentischen Beteiligten, den Studenten in den Jubelstürmen auszuweichen und den Streik zu diskreditieren. Der beste Protest gegen die Sparbeschlüsse sei die Demonstration wissenschaftlicher Arbeit durch Symposien und Ausstellungen, sondern Umfunktionieren der Veranstaltung. Gleichzeitig sollte das Gespräch mit den Profs gesucht werden. Als der erste Jubeltag dann gleich mit einer Blockade der ersten Veranstaltung begann, kam erstmals ein Deeskalationsversuch: Der Senat beschloß eine gemeinsame und öffentliche Diskussion aller Uni-Angehörigen. Diese Veranstaltung entpuppte sich als Versuch aller nichtstudentischen Beteiligten, den Studenten in den Jubelstürmen auszuweichen und den Streik zu diskreditieren. Der beste Protest gegen die Sparbeschlüsse sei die Demonstration wissenschaftlicher Arbeit durch Symposien und Ausstellungen.

Weitzäcker wie auch die Kundgebung des Senats. Diese Tatsache ist sicher der größte Erfolg der Bewegung, mehr als die Großdemonstrationen, weil mit der Verhinderung des Jubels tatsächlich etwas erkämpft wurde und nicht nur Empörung zum Ausdruck gebracht wurde.

Sozialkampf — einmal anders?

Das Ausmaß der studentischen Bewegung gegen die Sparbeschlüsse — die (objektive) Schärfe und die Vielfalt ih-



weil die Masse der Streikenden es ablehnt, ihre Aktionsform mit Kampf und Konfrontation in Zusammenhang zu bringen.

weil die Masse der Streikenden es ablehnt, ihre Aktionsform mit Kampf und Konfrontation in Zusammenhang zu bringen.

Zauberwort: „Fantasievoll“

Die Fülle der Aktionen war — und ist es ja zum Teil noch — überwältigend. Nahezu jeden Tag fanden in allen niedersächsischen Hochschulstädten größere und kleinere Demos statt, es gibt Schuhputz-, Scherbenputz-, Beratungsaktionen, unzählige Musik-, Theater- und Bastelgruppen, jede/r kann sich einbringen, alle machen mit. So kam es zu den seit Jahrzehnten größten Demonstrationen in Göttingen — 15.000 während der Streikwoche und 35.000 aus ganz Niedersachsen am 26.5. gegen den geplanten Festakt zum 250jährigen Jubiläum der Universität. Die Demos waren geprägt durch zahlreiche Transparente, aber kaum Parolen, durch Farbigkeit, Fröhlichkeit und witzige Ideen. Entsetzen bei den aufrufenden Gruppen machte sich breit, als ein Trupp farbentragender Korporierter in dem kilometerlangen Zug sich wiederfinden und es nicht gelang, diesen Haufen aus der Demo herauszudrängen, weil die Menge der Umstehenden bereit war, das zu verhindern. Fantasievoll ist nun das Zauberwort für akzeptable Aktionen: So durfte nicht dazu aufgerufen werden, Veranstaltungen zu stören oder zu blockieren, obwohl genau das eine Woche lang getan wurde; es wurde das Bündnis mit der Professorenschaft gesucht, gegen die die Blockade der ersten Woche durchgeführt wurden. Fantasievoll ist ein Armentruthuck vor dem Hörsaal, das die Besucher vom Betreten des Hörsaals abhält, militärisch und abzulehnen ist es, dies Blockade zu nennen. Fantasievoll ist auch das Zauberwort, mit dem die (sicher auch fruchtlose) Gewaltdebatte umgangen wurde.

Höhepunkt Jubiläum

Die offiziellen Jubiläumseinfestlichkeiten der Uni Göttingen dauerten zwei vorlesungsfreie Wochen. Hatte die Unileitung noch gehofft, sie könnte die Proteste aus dem Jubiläum heraushalten, indem sie zu der vorangehenden Streikwoche die Augen zudrückte, entpuppte sich nun gerade das Jubiläum als ein komisches Forum. Ein Uni-VV-Beschluß ergab: Keine Störung der Fei-

lungen. Für den zentralen Jubel-Tag am 26.5. beschloß der Senat die Kombination von Festakt und Kundgebung (mit Rede des Präsidenten) als probateste Maßnahme gegen Mittelkürzung und gegen studentische Streiks!

Bei der Studentenschaft wird allein die Tatsache professoraler Äußerungen zu den Regierungsbeschlüssen schon honoriert. Muß die Professorenschaft für das eigene Anliegen gewonnen werden, oder suchen sie durch ihre Motive — Sicherung der eigenen Pflichten — und ihr Auftreten — Entschiedenheit gegen den Streik, weniger gegen die Kürzungen — im anderen Lager; diese Frage blieb bis zum Schluß offen.

Ähnliches Gewicht, wie es dem Professorenwort zugewiesen wird, weshalb diese nicht verprellt werden dürfen, wird vom großen Teilen der Studentenschaft auch auf das Ansehen der eigenen Aktionen in der Öffentlichkeit gelegt. Hauptargument gegen eine Resolution zur Volkszählung war die Befürchtung, sich dadurch in der Presse als „linkradikal“ zu diskreditieren. Ähnlich erging es auch anderen Versuchen, brennende Themen in die ureiökofentliche Diskussion zu bringen. Dahinter steht der Gedanke, wenn einmal die öffentliche Meinung für die gute Sache gewonnen ist, wird sich auch die Regierung den Wünschen der Mehrheit nicht mehr verschließen können. Allen Erfahrungen der Friedensbewegung zum Trotz grassiert maßloser Opportunismus gegenüber der wie auch immer definierten Öffentlichkeit, wenn auch das Bemühen, Mehrheiten für die eigene Sache zu gewinnen, anzuerkennen ist.

Auf diesem Hintergrund wird natürlich vermieden, Widersprüche in der Bewegung auszutragen und Gegner der Bewegung zu benennen. Aus dem selben Grund ist es auch unangenehm, von Kampf oder Konfrontation zu reden.

Der studentischen Linken, die die Publikationsfähigkeit zu Streik und Jubel fest in der Hand hat und durch Redebekträge und Pressearbeit unahänglich die Bewegung dominiert, ist es zu verdanken, daß nach und nach prominente Politiker wie Cassens und Sußmuth ihre Teilnahme an den Jubelfestlichkeiten zurückzogen, daß erst die Gewerkschaften, SPD und Grüne, dann auch die gesamte Landesregierung absagten (wenn auch aus unterschiedlichen Motiven) und daß schließlich der Festakt insgesamt ausfiel, ebenso, wie die Ehrendoktorwürdenverleihung an

rer Kampfformen — ist und war wohl für alle — Beteiligte und Beobachter — überraschend und nicht ohne weiteres zu erklären. Die Sache selbst, also der tatsächliche Grad studentischer Be-

roter Kampfformen — ist und war wohl für alle — Beteiligte und Beobachter — überraschend und nicht ohne weiteres zu erklären. Die Sache selbst, also der tatsächliche Grad studentischer Betroffenheit durch die beabsichtigten Maßnahmen, reicht zur Erklärung des Phänomens jedenfalls nicht hin. Da war so manche Bafög-Kürzung oder -Umstrukturierung der letzten Jahre, gegen die der MSB nebst schmalen Anhang mit bekannter Öde zumeist allein angetreten war, gewiß einschneidender für die Masse der Studenten/innen als die jetzt vorliegenden Planungen — gleich in welcher endgültiger Form sie später umgesetzt werden. Auch ein Blick auf die Motive der Akteure, soweit sie denn anhand von Forderungen, Parolen und anderen öffentlichen Äußerungen ablesbar sind, hilft da kaum weiter. Zwar ist man/frau sich noch einig, wenn es um die Verhinderung der Studiengebühren geht, doch danach wird's kunterbunt. Befürchtet die einen die „Austrocknung des Forschungslandes Niedersachsen“, so wollen die anderen die Auslese nicht sozial, sondern gefälligst nach Leistung, der nächste glaubt, „der Untergang der 'Sonne Wissenschaft'“ münde im Haus, Studentinnen bangen um die Zukunft ihres (kleinen) Faches oder beklagen den „Abbau von Arbeitsplätzen im strukturschwachen Südniedersachsen“.

Die „revolutionäre“ Hochschullinke — bei der Organisation der Kämpfe fraglos führend und akzeptiert — ist darob höchst ungehalten und zudem enttäuscht, wenn ihre Bemühungen, in zahlreichen sogenannten Analyse-Flugblättern und -Statements aufzulegen, daß die beabsichtigten Maßnahmen mit dem „Umbau des Sozialstaats“, der „Umstrukturierung an den Unis“, der „Kapitalisierung der Ausbildung“, letztlich mit dem Kapitalismus und also auch mit Umweltzerstörung und Kriegsvorbereitungen zu tun haben, der Kampf gegen die Maßnahmen mithin „Arbeitskampf“ oder „Klassenkampf“ sei — wenn also diese Erklärungsversuche schon der Angesprochenen mit schlichtem Deutungsrezeption honoriert werden.

Das hatte man/frau sich anfangs ganz anders vorgestellt, schon es doch, als seien die Studentermassen nun weitaus ansprechbarer für die neuen/alten Debatten und Analysen, als all' die Jahre zuvor. Doch gefühl. Und schon kommen Zweifel auf an der Bewegung ob ihrer ständigen Borniertheit, die in ihrer krassen Form zu

Worum geht's?

Ab 1.4. wurde ein Kürzungsprogramm der niedersächsischen Landesregierung bekannt. Die wesentlichen Punkte waren:

- Nicht Neubesezung freierwerdender Stellen ab 1.5. für anderthalb Jahre danach Neubesezung nur jeder dritten Stelle. Bis Ende 1988 sollen so 3.500 Stellen eingespart werden, davon 600 im Hochschulbereich.
- 500 DM Studiengebühren für alle, die die Bafög-Förderungshöchstdauer um mehr als drei Semester überschreiten. Diese Maßnahme soll derzeit 11.200 Studenten/innen betreffen und 10 Mio. DM bringen.
- Bei der Schulerförderung (Bafög) sollen 10 Mio. DM eingespart werden.
- Die Weihnachtsgeldbeihilfe für Sozialhilfeempfänger/innen und die Winterbeihilfe für Arbeitslose sollen gestrichen werden. Einsparung von 12 Mio. DM.

Bei der Nichterfüllung entfiel bei der Förderung des sozialen Jahrs noch einmal 12 Mio. DM eingespart werden.

Inzwischen wurden diese Beschlüsse dahingehend modifiziert, daß Studiengebühren erst ab Sommersemester 1988 erhoben werden und die „Fälligkeitssachen“ von Fach zu Fach unterschiedlich festgelegt wurden. Bei den Einsparungen im Hochschulbereich gibt es nun ein gestaffeltes System, bei dem die Unis selber entscheiden, in welchen Fächern gespart wird. Alle anderen Kürzungen bleiben erhalten.

GÖTTINGEN

27. Mai 1987

Kommentar

Göttingen hat gestern die größte Demonstration seit Jahren erlebt. Und die war nicht gewalttätig, wie mehr oder minder absichtsvoll befohlen!

Göttingen hat gestern die größte Demonstration seit Jahren erlebt. Und die war nicht gewalttätig, wie mehr oder minder absichtsvoll befohlen wurde. Sie war nicht verbissen, sondern selbstbewußt und eher fröhlich. Wer Göttingen aus Furcht vor einem blutigen Uni-Geburtsstag bundesweit in die Schlagzeilen gebracht hat, hat zumindest überzogen.

Der selbstbewußte Widerspruch gegen die Landesherrilichkeit ist Tradition der Göttinger Universität. Gestern haben Studenten und Lehrer gemeinsam gegen Sparentscheidungen der Landesregierung protestiert. Auch eine Art, den Geburtsstag der Georg-Augusta zu würdigen.

Die nächsten Wochen werden zeigen, welche Wirkung eine demokratische also friedliche Demonstration in diesem Lande noch hat. Die Wiederaufbauarbeiten werden nicht in der Nähe von Göttingen gebaut, weil die Regierung Albrecht das Projekt für politisch nicht durchführbar gehalten hat. Demas hat Albrecht sich nicht, dem Druck der Straße gebeugt, sondern auf das Wahl-Jubiläum genot. Gut wäre, wenn die Signale des gestrigen Tages aus der Sudprovinz in Hannover gehört würden, jetzt und nicht erst, wenn Gewalt Ausruferzeichen hinter diskutablen Forderungen setzt.

RAINER WIESE

wüsten Beschimpfungen die die Masse (wie in Braunschweig z. B.) führen, ihren fruchtbaren Ausdruck aber auch in einer Diskussion zur Neubestimmung unseres Verhältnisses zu den Bewegungen und zu den Massen finden können. Dieser Diskussionsprozeß ist in Göttingen in Gang gekommen.

2. Die Gegenseite

Nun wurde in Göttingen mit dem zeitlichen Zusammenfallen der Kürzungsbeschlüsse und der Jubiläumseinfestlichkeiten ein recht sensibler Punkt getroffen: Die Herrschenden feiern gern ungestört, und sie schaffen durch die Publizität des Jubiläums selber ein Forum für die Forderungen der Studenten/innen. Insofern sollte die Gegenseite auf Deeskalation, Ließ die WRK sich Schnitten und Schampus

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

noch unter Polizeischutz servieren, wollte es wohl — besonders nach dem Desaster von Heidelberg — niemand darauf ankommen lassen, den Bundespräsidenten per prägende Polizeikolonie durch die blockierenden Massen zum Buffet zu manövrieren, zumal nachdem das Wort von den „Schnittchen“, mit denen sich die Oberen quasi auf Pump von unseren Studiengebühren die Plautze vollhauen“ die Runde machte. Ein letzter Versuch zur Rettung des Festaktes war wohl der Versuch des Ministerpräsidenten, mit dem ASiA ein Gespräch zu führen, das aber abgelehnt wurde.

Was Landesregierung und Unteilung tatsächlich von der Bewegung fürchten, konnten die Demonstrationsteilnehmer/innen am 26.3. in Göttingen beobachten: So ist Göttingen ja ein gewohnter Ort für Polizeipräsenz, aber solche Polizeimassen hat es hier wohl bisher nicht gegeben. Schwere Gerüst und Ausrüstung befanden sich an allen möglichen Aufmarschplätzen und hinter den Hauszeilen. Sichtbar wurde vielleicht die Hälfte der eingesetzten Beamten mit Helm und kurzem Schiagstock, diese Hälfte stand allerdings an allen möglichen kritischen Orten, und daß die Polizei deren viele findet, kann man/frau sich ja denken. Charakteristisch für die Entwicklung der Bewegung ist, daß einer Konfrontation wie auch immer — sei es mit den Professoren, der Polizei oder anderen Vertretern der Herrschenden — bisher aus dem Weg gegangen wurde, und zwar von allen Seiten. Im Ergebnis werden Fantazie und Friedfertigkeit der Aktionen in den höchsten Tönen gelobt (siehe Kommentar der örtlichen Zeitung), wäh-

rend sich bei der Landesregierung nichts bewegt hat.

Die Landesregierung hat nun einmal wieder eine Gelegenheit vertan, der unwiderlegten These „Nur durch Putz wird in diesem Land etwas verändert“ den Boden zu entziehen.

Was nun?

Was tun mit der Masse der Bewegten? fragt sich derzeit die Linke. Folgende Kritik wird laut — Ein Großteil der Studentenbewegung 1987 sei in seiner Art ständisch und reaktionär, habe nur die Studiengebühren im Kopf und schere sich einen Dreck um die anderen Betroffenen. Die Linke könne trotz größter Anstrengungen mit ihren Inhalten nicht landen, unter ihren Aufrufen könnten auch RCDS und Korporierte mitmachen. Die Linke mache die ganze Rodelarbeit, Inhalte blieben dabei auf der Strecke.

Konsequenterweise wird daher von den bisherigen Aktionsformen Abstand genommen, da diese der inhaltlichen Arbeit wohl abträglich gewesen seien. Tatsächlich ist es der Linken bisher auch kaum gelungen, andere politische Fragen in die Streikdiskussion einzuführen. Versuche in dieser Richtung sind allerdings auch nur sehr wenige und zudem sehr zaghaft unternommen worden (zum Teil wegen der Angst, den Grundkonsens damit in Frage zu stellen), bzw. reduzierten sich auf das zum Teil gebetsmühlenhafte Vortragen der Zusammenhänge der Sparbeschlüsse mit dem Kapitalismus (wobei der Verweis auf die anderen Betroffenen von der Sache her nicht mehr als ein moralischer Appell sein kann, denn die Solidarität hat ja keine praktische Seite, weil Sozialhilfeempfänger/innen,

Penner etc. keine eigenen Widerstandsformen entwickeln).

Auch mußte innerhalb der Linken diskutiert werden, ob und wie auf der Aktionsebene die Konfrontation mit den Regierungsverantwortlichen verschärft werden könnte. Der Widerspruch zwischen dem Lob der Presse an die Demonstranten einerseits, der Zufriedenheit mit den gelungenen Aktionen bei den Studenten/innen andererseits und demgegenüber, daß sich an den Kürzungsbeschlüssen faktisch nichts geändert hat — dieser Widerspruch schreit ja geradezu nach Ausbruch gleich einer explosiven Mischung, die gezündet werden muß.

Wie könnte es gelingen, die Schwelle von der allgemeinen Empörung zu einem kämpferischen Bewußtsein „wer auch nicht wehrt, lebt verkehrt“ zu überschreiten? Wie kann die Erfahrung vermittelt werden, daß wir nur gegen die Landesregierung etwas erreichen, wie kann diese Erfahrung auch sinnlich gemacht werden? Niemand sieht gerne ein, daß er/sie kämpfen muß, um etwas zu erreichen. Das ist eine schmerzliche Erkenntnis. Aber es ist die Aufgabe der Linken, eine Bewegung genau auf diese Erfahrung mit der Nase zu stoßen.

Bei all' der Ausgewertheit der Aktionen zur Zeit ist die Versuchung sehr groß, in die eigenen Zirkel zurückzukehren, neue Flugblätter mit alten Weisheiten zu schreiben und die Bewegung abzutun. Der alte Spruch „Wir gehen nicht durch unsere Niederlagen zugrunde, sondern durch die Kämpfe, die wir nicht führen“ gilt nicht nur für die Bewegung, er gilt in diesem Fall vor allem auch für die Linken und ihre Aufgaben in der Bewegung.

KB Gruppe Göttingen

In Verteidigung
meines Anteils:
Summes
Sparprogramm
— verdammtes!



Eliteförderung braucht das Land

Eliteförderung braucht das Land

— Schulpolitik von CDU und SPD —

Seit diesem Frühling ging und geht es heiß her an den Schulen wie an den Konferenztischen der Kultusministerkonferenz (KMK) und in den Hinterzimmern der Geheimdiplomatie. Anlaß ist ein von CDU/CSU vorgeschlagenes Paket von Änderungsmaßnahmen, die die gymnasiale Oberstufe betreffen. Die Kursbelegungs- und Einbringungspflichten (1) sollen verschärft, die Grundkurse sollen gegenüber den Leistungskursen höher gewichtet werden. Dazu kommt, daß die Schüler und Schülerinnen des Nordrheinwestfälischen Modellversuchs Kollegschule, die gleichzeitig eine Berufsausbildung und das Abitur machen, statt wie bisher drei nun vier Jahre an der Schule bleiben sollen. Außerdem sollen für alle Schulen, die zur Hochschulreife führen, die Prüfungsinhalte enger und bundeseinheitlich gefaßt werden, ein erster Schritt zum Zentralabitur.

Jede Verschärfung für sich genommen ist eher gering, als ganzes aber scheint von ihnen der weitere Bestand dieses Bildungssystems abzuhängen — so jedenfalls gebürdet sich die Kontrahenten in dieser Auseinandersetzung, die in der ersten Runde die Fronten abgesteckt haben. Die CDU/CSU spielte sich als Retterin „einer breiten Grundbildung und damit einer allgemeinen Studierfähigkeit“ (1a) der Gymnasialen auf. Die SPD hingegen gebürdet sich als Retterin der Bildungsreform vom Anfang der 70er Jahre. Und alle handeln sie natürlich im Interesse der Schüler und Schülerinnen. Die aber vertrauen seit diesem Frühjahr nicht mehr den Politikern und gingen auf die Straße, bestreikten oder besetzten sogar ihre Schule. Die zweite Runde der Auseinandersetzung eröffneten, die Schülerinnen und Schüler in Hamburg am 11. Mai mit einer Aktionswoche. Höhepunkt dieser zweiten Runde wird das Show-down auf der KMK am 11./12. Juni sein.

Um die CDU/CSU These von der „mangelnden Studierfähigkeit“ wissenschaftlich zu untermauern, wurde im Frühjahr 87 noch schnell eine Untersuchung durchgeführt, die feststellte „Rund 70 Prozent der Professoren und der Studienräte sowie etwa 60 Prozent der Studenten beklagten, daß zu wenig an gründlicher Allgemeinbildung (im Gymnasium) vermittelt werde. Kritisiert wird, präzisierend, daß die „Bewahrung und Weitergabe kultureller Werte“ zu kurz komme.“ Na bis-

te, so hat es die CDU/CSU gerne. Aber: „In diesem speziellen Punkt äußern sich allerdings die Lernenden deutlich zurückhaltender als die Lehrenden.“ Ob sie ihr Studium mehr von überfüllten Seminaren als von mangelnder Allgemeinbildung beeinträchtigt sehen, wurden die Studenten dann auch lieber gar nicht erst gefragt. Vertrauen auf diesen Rückhalt unter den Lernenden mag die CDU/CSU nicht, zumal die Studenten eine klare Absage an die „Auslesefunktion des Gymnasiums“ erteilen. Sie ist bemüht, ihre Forderungen nicht als Wende, sondern als Fortschreibung zu verkaufen und bezeichnet die Verschärfungen als „Konkretisierung bzw. Änderung der Vereinbarung über die neugestaltete gymnasiale Oberstufe“ (3).

Die SPD vermischt zunächst, an diesem Punkt zu polarisieren und die CDU/CSU Verschärfungsvorschläge als das zu benennen, was sie sind. Im SPD-Jargon heißt das: „der Unionsseite mit hoher Konsensbereitschaft zu begegnen“ (4). So reiten der Bremer Bildungsminister Franke und der saarländische Kultusminister Breitenbach im geheimen Mission durchs Land um ihren CDU/CSU-Kollegen eben diese „hohe Konsensbereitschaft“ zu bekunden. Damit auch ja keiner aus der Reihe tanzt, wurde am 30. Januar, eine Woche vor der KMK, auf einem ebenfalls geheimgehaltenen Treffen der fünf SPD-Kultusminister diese Marschroute festgeklippt. Doch der Opportunismus nützte nichts, die Unionsländer ließen mit einem knallharten Forderungskatalog die KMK am 3./6. Februar platzen. Auf der nächsten KMK am 2./3. April zeigte sich diesmal Franke trotzig, war sein Entgegenkommen doch so übel belohnt worden. Und auch Hamburgs Schulsenator Grolle mochte sein tags zuvor 10.000 Schülerinnen und Schülern gegebenes Versprechen „hart zu bleiben“ nicht gleich am nächsten Tag brechen. So wurde das Problem erst einmal in den Schulausschuß verlagert. In Hamburg konnte die SPD mit Grolle Wahlversprechen einfahren, umso leichter wird es dann auf der nächsten KMK im Juni, anzukippen und einen faulen Kompromiß zu schließen. So wie 1983 ein ähnliches Verschärfungspaket für die gymnasiale Oberstufe gegen die Anerkennung des Gesamtschulabiturs „getauscht“ wurde, bahnt sich heute ein Tauschhandel „Kollegschule gegen Abverschärfung“ an.

Erst die Schülerinnen und Schüler mußten kommen, um das Verschärfungspaket der CDU/CSU als das zu benennen, was es ist: Abi-Deform. Sie wollen sich ihre Bildungschancen nicht noch weiter einschränken lassen und gehen auf die Straße. Dabei misseren

sie jedoch ihren Kampf gegen die Abi-Deform zur Entscheidungsschlacht schlechthin hoch. Bisherige Verschärfungen werden verniedlicht. So schreibt beispielsweise die Hamburger Schülerkammer (von SDAJ und Jusos dominierte offizielle Vertretung der Hamburger Schülerinnen und Schüler) in ihrer Klassensprecherzeitung zur 1983 in Hamburg eingeführten APOgyO (Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die gymnasiale Oberstufe), sie betreffe „nur die Abiturprüfungsbedingungen“. (5) Fakt ist, daß die APOgyO zahlreiche Verschärfungen der Einbringungs- und Belegungspflichten und der Versetzungsbestimmungen enthält, ähnlich der Abi-Deform. In der Klassensprecherzeitung heißt es: „Es ist offensichtlich im Gegensatz zur APOgyO geht Abi-Deform an die Fundamente der gesamten Oberstufe!“

Die Schüler- und Schülerinnenbewegung „läuft“ also, und die „Schülerfunktionäre“ aller Couleur freuen sich, ist ihnen nach langem Ausharren doch endlich wieder eine Existenzberechtigung und Selbstbestätigung beschieden. Gerne werden da die vergangenen Niederlagen, die vielen durchgesetzten Verschärfungen vergessen. Laßt sich in Hamburg in einigen Streikaufrufen noch eine wens auch sanfte Kritik an Grolles APOgyO finden, so ist die Forderung „Hamburg soll den Anfang machen! APOgyO vom Tisch — Bildungsreform statt Abi-Deform!“ (6) schnell ausgehöhlt. Am Streiktag ist es dann soweit, daß Grolle himself vor den streikenden Schülerinnen und Schülern verkünden darf, er stehe standhaft auf ihrer Seite. Und die Schüler — applaudieren.

Dabei gäbe es genug zu beklagen an Verschärfungen, an denen die SPD (mitgebastet hat 1979 führte sie in Hamburg z.B. den Zeugnisreiß ein, der die Versetzungsbestimmungen verschärfte und die traditionellen Hauptfächer faktisch wieder einführt. Anfang der 80er zog sie den Schulentwicklungsplan, der zahlreiche Sparmaßnahmen enthielt, zunächst aufgrund starker Schülerinnen- und Schülerproteste zurück, um ihn dann unter anderem Namen scheinbarweise durchzusetzen. Bereits ein Jahr vor der bundesweiten Schüler BAFOG-Streikung wurde das Hamburger „Erziehungsgeleit für Zehntklässler“ gestrichen. 1983 wurde besagte APOgyO eingeführt und sollte im Herbst 1986 noch einmal verschärft werden. Sie wurde aufgrund von Schülerprotesten um ein Jahr verschoben. In anderen Ländern sieht es ähnlich aus. Und jetzt, ein halbes Jahr nach der letzten Verschärfung, kämpft die SPD plötzlich auf der Seite der Schüler?

„Notwendige Expansion und notwendige Begrenzung ...“

So weit liegen SPD und CDU/CSU bei der Bestimmung der Marschroute ihrer Bildungspolitik nicht auseinander. Die „linken“ SPDler, die Anfang der 70er mit echtem Reformwillen an die Neugestaltung des Bildungssystems gegangen sind, stehen heute vor der Alternative, sich entweder den „Sachzwängen“ zu beugen und rechte Politik mitzutragen, oder aus der SPD auszusteigen. Je mehr die Umstrukturierung des Bildungssystems zu spüren ist, umso schwieriger wird es den in der SPD verbleibenden ihre rechte Politik mit linken Inhalten zu verkaufen.

Die CDU/CSU hat es da leichter. Sie übernahm 1982 die faktische Politik von der SPD bruchlos, schloß dafür das ganze reform-ideologische Gedöns über Bord und verpaßte ihrer Politik eine offensive Ideologie. Aus „Chancengleichheit“ wird „Chancengerechtigkeit“. Denn, so Strauß in einer Rede am 30.1.83: „Die Forderung nach Chancengleichheit würde zuerst eine Reform am lieben Gott“ erfordern, da die Menschen nicht gleich seien“ (10).

Begabtenförderung im Sinne einer Eliteförderung

Nicht die Klagen der Uni-Profis über mangelnde Studierfähigkeit bewegen die CDU/CSU, sondern die Klagen von Kapitalisten über mangelnde Führungsfähigkeit und Bereitschaft des jungen Elitennachwuchses. Wie z.B. die Klage des Ex-Flick Managers und Spendenverschleiers E. v. Braunschweig geäußert im November 80: „sollte die Begabtenförderung im Sinne einer Eliteförderung wieder die ihr zustehende Bedeutung erhalten“. Denn er fürchtet um den Führungsnachwuchs. „Die älteren Jahre werden den Hochschulabsolventen der Wirtschaftswissenschaften mehr und besser Führungserfahrungen abverlangt.“ Und: „Die gegenwärtigen Fähigkeiten auf diesem Gebiet und bei den meisten Jungakademikern unzureichend ausgebildet.“ (11)

Die Kapitalisten wollen auf der einen Seite eine kleine Führungselite heranzüchten, auf der anderen Seite wird, um dieses Vorhaben durchzuführen, der Mehrzahl der Jugendlichen der Weg zu mehr Bildung verbaut, wird das Bildungssystem in kleinen Schritten, aber konsequent umstrukturiert.

nen Eliteförderung umgeschichtet. Im Jargon des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) heißt das: „Zu mehr eigenverantwortlichen Bildungsentscheidungen trägt auch eine Beteiligung an den Ausbildungskosten bei.“ Denn „das Bundesausbildungsförderungsgesetz führte in der Vergangenheit zwangsläufig zu kapazitätsunabhängiger Nachfragerausweitung ohne Rücksicht auf Beschäftigungsmöglichkeiten. Deshalb ist die Umstellung der Studentenförderung auf Darlehen ein richtiger Ansatz, eigenverantwortliche Bildungsentscheidungen zu stärken.“ (12)

Da kommt Freude auf: Wer sein BAFOG als Darlehen bekommt, wird „eigenverantwortlich“ zusehen, daß er was studiert, wo's hinterher viel Geld zu verdienen gibt. So heißt es im Parteipolitikbeschluss der CDU von 1980: „Die knapper werdenden öffentlichen Mittel sind bevorzugt dort einzusetzen, wo die Empfänger nach Leistungsfähigkeit und Leistungswillen einen solchen Einsatz gerechtfertigt erscheinen lassen. Eine so verstandene Heranbildung von Eliten muß als Aufgabe des gesamten Bildungssystems begriffen werden.“ In Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wurde eine solche Eliteförderung in die Tat umgesetzt. (13), „In Baden-Württemberg sind nur 15% der Jahrgangsbesten, in Bayern die 20% Jahrgangsbesten förderungsberechtigt. In Rheinland-Pfalz setzt die Gewährung von Begabtenförderung voraus, daß der Schüler durch hervorragende Leistungen eine Förderung rechtfertigt und sich nach seiner gesamten Persönlichkeit ihrer würdig erweist.“ (15)

Flankiert wird diese Förderung durch die „Hochbegabtenförderung“. Dazu gab das Bundesbildungsministerium 1985 den Ratgeber „Begabte Kinder finden und fördern“ heraus. Im Ankündigungstext heißt es: „Die intensive Förderung der Begabten ist eine pädagogische und gesellschaftspolitische Aufgabe mit hohem Stellenwert“ (16), denn — so der Ratgeber — „Sie sind es schließlich, die die führende Position in Wirtschaft und Wissenschaft, Politik und Kultur einmal übernehmen sollen. Je kompetenter diese Positionen besetzt sind, desto besser für die Gemeinschaft.“ (17) Und es bleibt nicht nur bei schönen Worten: „Das Bundesbildungsministerium gibt mittlerweile über drei Millionen DM im Jahr für Leistungswettbewerbe aus, der Anteil von Schülerinnen und Schülern auf Privatschulen hat sich von 1980 bis 1983 von 4,5 Prozent auf 5,6 Prozent gesteigert. In Baden-Württem-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

berg gibt es Zusatzkurse, in Rheinland-Pfalz gar D-Zug-Klassen, die die 7. bis 10. Klasse in zusammen drei Jahren durchlaufen sollen. In Niedersachsen steht mit der privaten Jugenddorf-Christopherus-Schule in Braunschweig eine Internatschule für angeblich 'Hochbegabte' mit mehr Pflichtfächern und scharfen Aufnahmeprüfungen (18). Auch Gralle rühmt sich seiner Hochbegabtenförderung durch Leistungswettbewerbe und erwidert im Mai 87 auf den CDU-Vorwurf, Hamburg fördere den Leistungswillen zu wenig: „Im Wettbewerb der Länder nimmt Hamburg in etlichen Leistungssparten eine Spitzenstellung ein. (...) Die Wettbewerbsergebnisse (...) zeigen von Leistungswillen und Leistungsförderung weit über das gewohnte Maß hinaus. Zur Schule gehört Leistungshierarchie — in Hamburg macht sie vielen sogar Freude.“ (19)

2. Inhaltlich Die Schülerinnen und Schüler sollen lernen, die neuen Technologien als „Sicherer des Wohlstands“ zu akzeptieren und wieder Disziplin und Ordnung üben. So mischt sich der BDI im Februar 87 mit einer Broschüre in die bildungspolitische Diskussion ein: „Technischer Fortschritt kann sich aber in einem Land auf Dauer nur durchsetzen, wenn er als Mittel zur Verbesserung der Lebensbedingungen nicht nur anerkannt, sondern auch gewollt wird.“ Schüler und Schülerinnen sollen also die Computerisierung und Rationalisierung mit all ihren Folgen nicht nur passiv hinnehmen, sondern auch noch aktiv unterstützen.

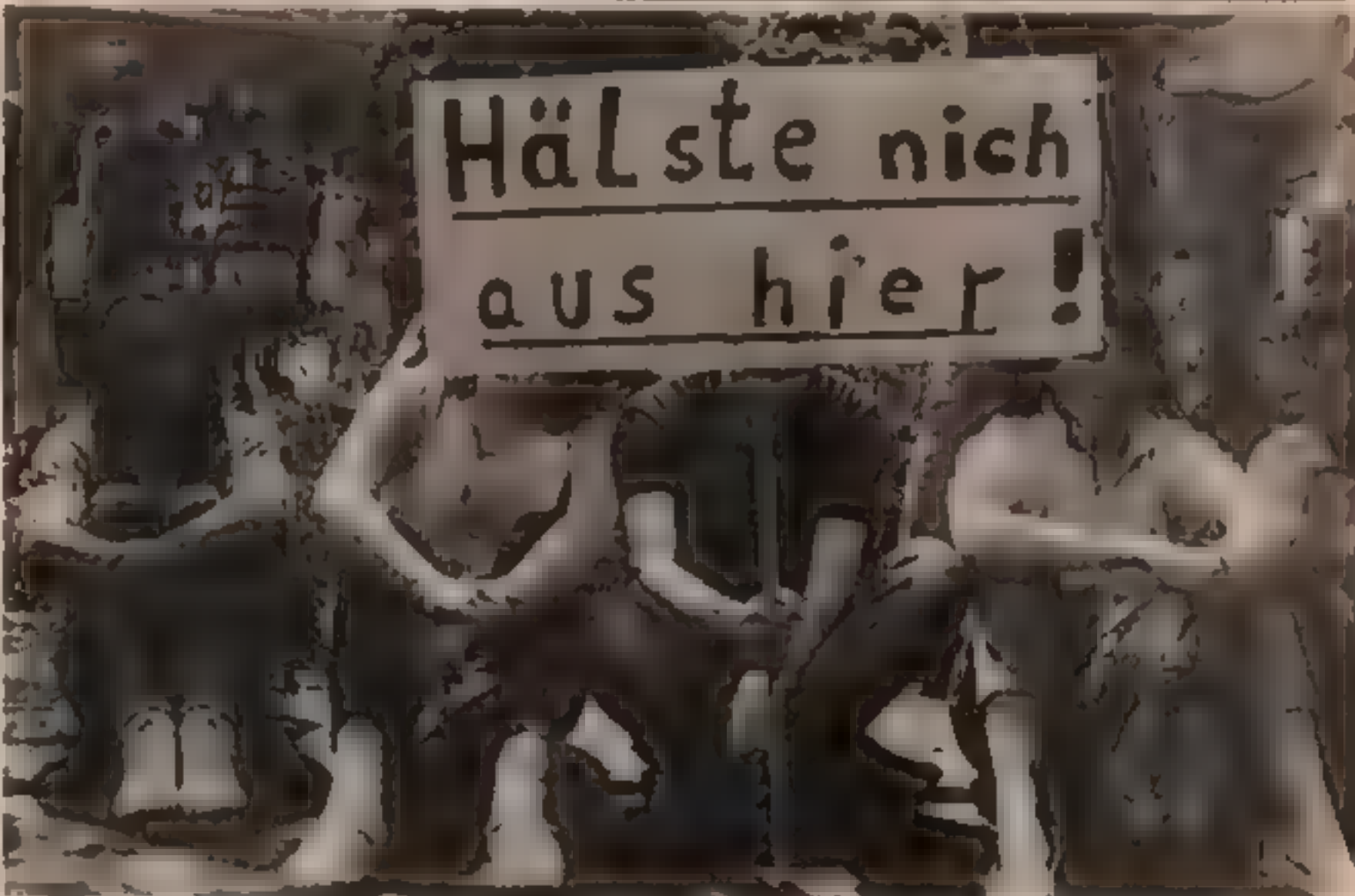
Die Folge solcher Forderungen ist eine wahre Computerschwemme, mit der die deutschen Schulen überzogen werden, dem BDI ist das natürlich noch zu wenig. Möglichst früh und möglichst alle sollen den Computer akzeptieren lernen. Daß das in der Schule vermittelt werden kann, ist in der Realität nicht viel nützlich, weil es nicht aktuell genug ist, geben die Kapitalisten indirekt selbst zu, wie z.B. Philippsvorstand Dr. Lorenz: „In fünf Jahren werden 30% der heute produzierten Produkte durch neue ersetzt sein. Die Innovationen scheitern ungefähr konstant zu bleiben, und wenn wir das einleiten auf eine Lebensarbeitszeit hochrechnen, dann bedeutet das, daß in einem Arbeitsleben drei bis vier mal neu zu lernen ist, neu zu verstehen ist.“ (21) Eine Umfrage des Instituts der Deutschen Wirtschaft bei 161 Datenverarbeitungs-Anwendern kommt folgerichtig zu dem Schluß, daß „das Vertrautwerden mit der Bedeutung der Tastatur, die Arbeit mit fertigen Pro-

grammen, die Einführung in typische Arbeitsgebiete und die Förderung der Akzeptanz“ (22) in die Lehrpläne gehört. In den Schulen kann nur eine Grundakzeptanz geschaffen werden, damit später im Betrieb der Computearbeitsplatz akzeptiert wird.

Gerade in Verbindung mit der Forderung nach „modernem“ dem „technischen Wandel Rechnung tragenden“ Unterricht wird auch das in die Köpfe geprügelt von „neuen“ Werten gefordert. Der BDI: „Es ist in der Bildung der Grundstein für die geistig-moralische Bewältigung dieses Wandels zu legen. (...) Erziehungsaufgabe muß vielmehr sein, Kindern und Jugendlichen die Werte unserer freiheitlich-demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu vermitteln. Um die anstehenden Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft meistern zu können, muß die Fähigkeit zur Übernahme von Verantwortung, zum bewußten konstruktiven Handeln (...) frühzeitig entwickelt werden.“ (23)

3. Strukturell Durch Verschärfen von Abwahlmöglichkeiten und Versetzungsbedingungen usw. sollen immer weniger das Abi schaffen. Dem Rest soll die Hauptschule durch deren „Aufwertung“ schmuckhaft gemacht werden. So fordert auch hier von Brauchitsch, die „Quantitätsnormen“ für die Hochschulreife neu festzulegen. „Notwendig wäre eine stärkere Aufwertung der Allgemeinbildung, der Grundfächer, der mathematisch-naturwissenschaftlichen“ (27). Noch konkreter wird der „Bundesverband der Deutschen Industrie“ (BDI) in einer von ihm 1981 herausgegebenen Broschüre: „Um die Leistungsfähigkeit der gymnasialen Oberstufe zu erhöhen spricht sich der Bundesverband der Deutschen Industrie für folgende Maßnahmen aus: (...) In den Jahrgangsstufen 12 und 13 sollte ein für alle Schüler verbindlicher Kanon von Unterrichtsfächern festgelegt werden, die kontinuierlich belegt werden müssen und unter denen Deutsch, Mathematik, zwei naturwissenschaftliche Fächer und Fremdsprachen (zumindest Englisch) angemessen vertreten sind.“ (28)

Wenn nur wenigen ein Studium ermöglicht werden soll, muß dem Rest der Schülerinnen und Schüler und deren Eltern die Hauptschule und die Realschule schmuckhaft gemacht werden. Der BDI: „Es muß ein Zukunftsglücken, die Jugendlichen und ihre Eltern davon zu überzeugen, daß eine gute Hauptschulausbildung ein sicheres Fundament für die berufliche Aus- und Fortbildung liefert. (...) Deshalb ist die Hauptschule so zu reformieren, daß sie die Chance erhält, gegenüber Realschule und Gymnasium ein eigen-



ständiges Profil zu entwickeln.“ (19)

Wo eine Überqualifizierung hinführt, sagt uns Baden-Württemberg Kultusminister Mayer-Vorfelder: „Wir dürfen bei allem nicht vergessen, daß derjenige, der irgendwas studiert hat und hinterher Kraftfahrer ist, daß der unzufrieden sein wird, ewig und drei Tage unzufrieden, mit dem was er tut. Daß aber ein Facharbeiter, der seine Erfüllung findet in dem Beruf, für den er ausgebildet ist, zufrieden sein wird auch in der Selbsterfüllung, die er findet in diesem Bereich.“ (32) F. J. Strauß ergänzt: „Überqualifikation hat aber weitere, fatale Folgen, über die jahrelang geschwiegen wurde, nämlich die Halb- und Viertelbildung (...) wächst die Zahl der Fehlt- und Vorurteile so stark an, daß sie politische Bedeutung erlangen und sich bei Wahlen als Stimmabgabe für irrationale Bewegungen niederschlagen.“ (33)

Aber trotz aller Versuche, den Schülerleiden und -schmerzen abzuwehren, ist eine Protestbewegung gegen die „Abi Deform“ entstanden. Vor einem halben Jahr war das noch die angepaßte „Wendjugend“, aber die linke Lehrer verzweifeln und alte Schülerkämpfer am Stammtisch die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Mit denen war nichts los, die ließen

sich alles bieten. Nur ein paar hundert Schüler demonstrierten im Herbst 86 in Hamburg gegen die Apogee-Verschärfung. Heute klopfen die selben Leute Sprüche über Paris, Madrid, ...: „Hamburg ist nicht Madrid, München nicht Paris, aber das Aufbrechen der Lethargie ist ein hoffnungsvolles Zeichen“

ol.

Anmerkungen

- (1) Die Pflicht, bestimmte Kurs-Zeurenen in das Abiturzeugnis einbezogen zu lassen
- (2) Positionspapier der CDU/CSU-regierten Länder zur KMK am 5.6.87 zitiert nach zwd 387 S.5
- (3) Untersuchung der „Hochschul-Informations-System GmbH“ in Hannover, die von Bund und Ländern gemeinsam getragen wird in Zusammenarbeit mit der 51. Volkswagenwerk Zitat nach „Welt“ vom 7.4.87
- (4) Positionspapier der CDU/CSU, s.a.o.
- (5) zwd 387 S.3. Der „zweiwöchentliche“ ist ein SPD-naher nhäthent
- (6) Klassenspracherziehung 2/87, S.1 ff.
- (7) ebenda
- (8) entfällt
- (9) entfällt
- (10) entfällt
- (11) F.J. Strauß, nach FR vom 31.1.83 Bericht über den Kulturpolitischen Kongreß der CSU
- (12) von Brauchitsch, FAZ, 1.11.80
- (13) Bildungspolitische Aufgaben in einer sich wandelnden Gesellschaft, BDI 2/87, S.12
- (14) CDU-Jugendprogramm, nach SSB-Flugblatt zu BafoG (Nr.1)
- (15) entfällt
- (16) Kurzfassung einer Studie über die Sozialen Folgen der Ausbildungsinszenierung im Auftrag der Hans Böckler Stiftung des OGB, nach zwd 187 S.5 ff.
- (17) Informationen Bildung Wissenschaft 7-8/86, S.149, Hrsg. BMBW
- (18) Begabte Kinder finden und fördern, Hrsg. BMBW, Juli 1985, S.85
- (19) Schwarzbuch Bildung, Hrsg. Bundes-schülervertretung 1986, S.75
- (20) Aufsatz von Jost Gralle, in zwd 9/87, S.201
- (21) entfällt
- (22) Neue Technologien in der beruflichen Bildung — Ergebnisse einer Fachtagung des Berufsbildungszentrums Essen e.V., Hrsg. Norbert Meyer Köln 1984, S.241
- (23) Umfrage des IWW bei 161 Datenverarbeitungs-Unternehmen und Anwendern vom Mai 87 zitiert nach „Welt“ v. 7.5.87
- (24) Bildungspolitische Aufgaben, s.a.o., S.37
- (25) entfällt
- (26) entfällt
- (27) von Brauchitsch, FAZ, 1.11.80
- (28) zwd 387 S.3. Der „zweiwöchentliche“ ist ein SPD-naher nhäthent
- (29) Klassenspracherziehung 2/87, S.1 ff.
- (30) ebenda
- (31) entfällt
- (32) entfällt
- (33) Rede Mayer-Vorfelders, s.a.o.
- (34) Rede F.J. Strauß am 30.1.83 vor dem Kulturpolitischen Kongreß der CSU, zitiert nach Redemanuskript

Am 11. Juni wählen die Briten ein neues Parlament. Premierministerin Thatcher hat diesen Termin vorfristig festgesetzt, weil eine Reihe gewonnener Kommunal- und Nachwahlen sowie stabile Meinungsumfragen günstige Voraussetzungen für einen erneuten Wahlsieg ihrer konservativen Partei signalisierten. Nach 1979 und 1983 steht also möglicherweise eine dritte Tory-Regierungsperiode, und damit die längste konservative Amtszeit, bevor.

Wurde der 31er Sieg von der sozialdemokratischen Labour-Partei und der übrigen Linken vielfach mit einem „Bank and Bonus“ begründet, der eine tatsächliche Abstimmung über den „Thatcherismus“ angeblich verunmöglichte, wird sich diesmal zeigen, ob acht Jahre Thatcher nicht doch tiefere Wurzeln in Great Britain geschlagen haben.

„Power to the People“ (Thatcher Wahlslogan)

In diesen acht Jahren haben die Tories ein Programm durchgezogen, das dem Inhalt und der Durchsetzungsweise nach in Westeuropa ohne Beispiel ist. Die Privatisierung staatlicher Betriebe und Dienstleistungsbereiche, Programmpunkt fast aller konservativen Parteien, ist unter Thatcher weitgehend verwirklicht worden. Glasverpackung und Fernmeldewesen wurden genauso privatisiert wie das Nordseeöl und „British Airways“. Wenn, wie im Tory-Wahlmanifest '87 angekündigt, auch noch die Wasser- und Stromversorgung verkauft wird, hat sich der britische Staat aller „positiven“ Dienstleistungsbereiche entledigt.

Zur umfangreichen „Entstaatlichung“ der Thatcher-Ära gehörte (und gehört) neben der Privatisierung die systematische Liquidierung der traditio-

nenen Industriezweige. Der Niedergang der Bergbau-, Kohle-, Stahl-, Schiffbau- und Druckindustrie, der im wesentlichen ohne „soziale Abfederung“ oder gar Ersatzarbeitsplätze vorantreiben ging, hat zu einer rasanten Verdrängung der entsprechenden Industriezweige geführt. Der Norden der Insel, die Regionen jenseits der berühmten Bristol-Norwich-„Grenze“, mit Städten wie Liverpool, Manchester oder Glasgow bietet seinen Bewohnern kaum noch eine gesicherte Existenz. Dort lebt auch der Großteil der 3,2 Millionen Arbeitslosen (die „Dunkelziffer“ ist allerdings erheblich höher). Daß die Arbeitslosen, Sozialhilfsempfänger usw. von einer künftigen Tory-Regierung nicht zu erwarten haben, ist in Britannien völlig unumstritten, würden doch staatliche Eingriffe in diesem Bereich den „schleichenden Sozialismus“ (Thatcher) vergangener Labour-Regierungen wiederbeleben und der „Entstaatlichung“ entgegenstehen.

Weniger staatliche Zurückhaltung zeigten die Tories bei der Beschneidung gewerkschaftlicher Rechte und Spielräume. Mit den Gesetzen von 1980, 82 und 84 hat die konservative Regierung eine umfassende Reglementierung und staatliche Kontrolle der Gewerkschaften — von veränderten Wahl- und Urabstimmungsmodalitäten bis hin zur möglichen Beschneidung des Gewerkschaftsvermögens — erreicht. Die beiden großen Abwehrkämpfe, der Bergarbeiter- und der Druckerstreik, die in deprimierenden Niederlagen endeten, symbolisierten drastisch, daß die Thatcher-Regierung auch bei Verlust des „sozialen Konsenses“ willens und fähig ist, ihr „Umbauprogramm“ durchzusetzen.

Wie nachhaltig die ehemals bedeutenden britischen Gewerkschaften durch die kontinuierliche Tory-

Offensive demoralisiert sind, zeigte sich anlässlich des Druckerstreiks, als Mitglieder der Elektriker-Gewerkschaft Streikbrecherjobs übernahmen, was innerhalb des Gewerkschaftsdachverbandes weitgehend ungeahndet blieb.

In der Verteidigungspolitik bewegte sich Thatcher schon eher in der Kontinuität britischer Politik. Enge Einbindung in die Nato, besonders gute Beziehungen zu den USA (v.a. was die übrige Außenpolitik betrifft) und natürlich das eigene Nuklearpotential. Die Thatcher-Regierung hat intensiv die Modernisierung der U-Boot-gestützten strategischen Atomraketen (Polaris) betrieben. In den 90er Jahren soll Polaris gegen das Trident-System ausgetauscht werden, das auf vier U-Booten mit je sechzehn Raketenstößen stationiert werden und acht atomare Sprengköpfe (bei Polaris zwei) tragen soll. Das erste U-Boot des „Trident-Programms“ befindet sich bereits im Bau, ein weiteres soll nach der Regierungsplanung diesen Sommer in Auftrag gegeben werden.

Zurück zu „Papa's Armee“?

Die „Verteidigungs“politik ist der am heftigsten umstrittene Punkt im laufenden Wahlkampf. Die oppositionelle (sozialdemokratische) Labour-Party fordert in ihrem Wahlmanifest „Britain will win“ den Ausstieg Britanniens aus dem „nuklearen Club“, die Streichung des Trident-Programms und den Ausstieg aus Polaris. Zudem soll eine künftige Labour-Regierung bei den Vereinigten Staaten um den Abzug der US-Nuklearpotentiale drücksuchen. Absichtserklärungen, die für die Tories und die sozialliberale „Alliance“ (drittstärkste Partei) unpatristischem Kapitulantentum gleichkommen. So

Großbritannien vor der Wahl: Thatcher zum Dritten?

mußte sich Labour-Spitzenkandidat Neil Kinnock vom Alliance-Chef Owen fragen lassen, ob er nicht wisse, was während der „Iwan-Besatzung“ Berlins mit den Frauen geschehen sei. Ein „Zurück zu Papa's Armee“, so Owen, biete keinen Schutz vor einem sowjetischen Einmarsch, der als durchaus möglich behauptet wird. Und Thatcher warf Labour vor, mit dem Versuch auf Nuklearwaffen eine Guerilla-Armee einführen zu wollen.

Keine Chance für die Linke

Mit Ausnahme der „Verteidigungs“ bietet das Labour-Wahlmanifest wenig Konfliktstoff. Mehr Bobbies und Parkwächter gegen Kriminalität, mehr Beschäftigungsprogramme und Bildung zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit. Viele Linke hatten sich den von der Labour-Führung mit reichlich Parolen ausgerufenen „Kampf gegen den Thatcher-Extremismus“ auch programmatisch entschlossener vorgestellt. In der für Labour besonders brisanten Frage der Gewerkschaftsgesetzgebung z.B. hat man sich bewußt nicht auf die Aufhebung der Gesetze festgelegt.

Ein Zurück nach „vor '79“ wird es weder in dieser noch in anderen zentralen Fragen geben. Neil Kinnock, seit '83 Parteichef, hat dies in den vergangenen Jahren immer wieder beteuert. Auch der Gewerkschaftsdachverband TUC hat sich mit der gegenwärtigen Situation abgefunden. Auf dem TUC-Kongreß '86 wurden alle Anträge, die zu Veränderungen vor '79 zurück wollten, klar abgelehnt. Linke Gewerkschafter wie Arthur Scargill sind derzeit fast gänzlich isoliert und haben Schwierigkeiten genug, ihre eigenen Einzelgewerkschaften vor größten Spaltungen zu bewahren.

Für die britische Linke, die sich nach wie vor hauptsächlich in, an und um Labour orientiert und dort zahlreiche Fraktionen, Gruppen und „Tendenzen“ unterhält, ist das Wahlmanifest eine kalte Dusche. Jener Teil der Labour-Linken, der sich in den vergangenen Jahren verstärkt den „neuen sozialen Bewegungen“ geöffnet hat, wird öffentlich und auch innerparteilich für das negative Labour-Image und diverse Wahlminderlagen verantwortlich gemacht. „Loony-left“ (übergeschnappte Linke) ist zum stehenden Schimpfwort für diese Richtung geworden, die mit ihrer angeblichen Orientierung auf „Randgruppen“ den Normalwähler verschrecken. Das endgültige Aus für „loony-left“ kam im Februar dieses Jahres, als die Linke Kandidatin Doreen Wood die Labour-Hochburg Greenwich bei einer Nachwahl verlor. Daß dieser Wahlsieg ausgerechnet an die rechte Labour-Abspaltung Social Democratic Party (SDP) ging, die zusammen mit der Liberalen Partei die „Alliance“ bildet, hat die Labour-Führung endgültig veranlaßt, von einem „left-wing“-Wahlkampf Abstand zu nehmen.

Dies ist um so bedeutsamer, als das britische Mehrheitswahlrecht (es gibt ausschließlich Wahlkreise, deren gewählte Direktkandidaten ins Parlament kommen; die für die unterlegenen Kandidaten/Parteien abgegebenen Stimmen zählen nicht) kleineren Parteien nicht den Hauch einer Wahlchance läßt und so erfolversprechende linker/alternativer Kandidaturen (vergleichbar den BRD-Örten) ausgeschlossen sind. Wenn es um parlamentarische Einflußnahme geht, konzentriert sich die Linke Hoffnung (traditionell und fast zwangsläufig auf Labour) Traditionell ist allerdings auch die Enttäuschung

b., m./Kiel

Wahlkampfmanifeste zitiert nach „The Guardian“ vom 20. Mai. Bonal britische Presse und „New Statesman“

Innen- und aktuelle Antifapolitik

Thesen, vorgetragen auf einem Antifakongreß in St. Augustin

9. Mai: antifaschistische Konferenz in St. Augustin/Bonn. Veranstalter: Initiative „Gemeinsam gegen Neofaschismus“ in Bonn, „Forum gegen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit“, Rhein-Sieg-Kreis/Bonn, „Antifaschistische Initiative St. Augustin“ sowie — als Finanzier und offizieller Gastgeber — die Stadt St. Augustin, vertreten mit einer Begrüßungsansprache ihres CDU-Bürgermeisters.

Ca. 200, hauptsächlich junge Menschen aus unterschiedlichsten Spektren der antifaschistischen Linken waren dem landesweiten Aufruf gefolgt, gegen die in letzter Zeit zunehmend militanten NS-Umtriebe in St. Augustin, in deren Folge inzwischen auch Todesopfer zu beklagen sein sollen, ein deutliches Zeichen zu setzen. Zu den Hintergründen und den Ergebnissen des Kongresses berichtet unsere Bonner Gruppe.

Im Namen des KB beteiligten wir uns — über die Vorbereitungen der örtlichen Gruppe hinaus — durch Vortrag der nachstehend abgedruckten Thesen zum Thema „Das Konzept der Bundesregierung seit 1982“, in dem wir aktuelle Positionen zur antifaschistischen Politik zur Debatte stellten. Die Thesen erscheinen in den Nachbereitungsprotokollen zur Konferenz, die zugleich Vorbereitungsspiere für die Folgekonferenz am 14.11.87 in Bielefeld sind. Auf dieser Konferenz soll es eine spezielle AG zur Frage der „Wende“ seit 82 geben, auf der die angeführte Kontroverse vertieft werden soll.

F.

These 1: Das Konzept

Das Konzept

Das Konzept und die konkrete Politik der CDU/CSU/FDP-Koalition steht seit Amtsantritt '82 bis heute voll und ganz in Erbe und Kontinuität der von der SPD 68/9 eingeleiteten „Reform von oben“, deren Ergebnis die Stabilisierung des „Modell Deutschland“ war.

„Modell Deutschland“, das ist das Modell des befriedeten parlamentarisch-demokratischen Sozialstaats autoritär-etatistischer Prägung, der auf dem Grundkonsens der Klassenverbündenden Zusammenarbeit von Kapital, DCB und Regierung beruht. Unter dem Motto „Modell Deutschland, Modell für Europa“ machte die SPD/FDP-Koalition es seit Mitte der 70er zum westdeutschen Exportobjekt Nr. 1.

Politische Grundlinie dieses Modells ist die auf der Grundlage relativer sozialer Befriedung durchgeführte konfliktdämpfende Integrations-Politik gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung bei gleichzeitiger exemplarischer Isolation nicht integrationswilliger politischer, kultureller und ethnischer Minderheiten, deren Ausgrenzung und ggf. Zerschlagung, wie z.B. an der RAF exemplarisch demonstriert, Grundlage dieser Politik ist die relative soziale Befriedung der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung.

Diese Grundlinie drückt sich in Begriffen wie „Politik der Mitte“ oder — im Bereich der „Inneren Sicherheit“ — „Sicherungsstrategie“, „Deeskalationsstrategie“ etc. aus.

Der bisherigen Kontinuität dieser Politik entspricht die bisherige Kontinuität der politischen Lager in der Wahlerlandschaft der BRD. Seit Gründung der BRD, erst recht seit Mitte der 60er bis heute, hat es keine extremen Lagerverschiebungen im politischen Verhalten der Gesamtbevölkerung, soweit es sich in den Wahlen ausdrückt, von links nach rechts oder von rechts nach links gegeben. Die Gesamtposition des konservativen Lagers unter Einfluß der extremen Rechten wie auch des sozialdemokratischen und unter Einfluß der linksradikalen sind viel mehr bisher im Großen und Ganzen gleich geblieben, konkret, haben sich rund um eine Größenordnung von 3%

gegenseinander verschoben. Die CDU/CSU selbst schwankt um einen Mittelwert von 46% (bestes Ergebnis 1952 50,2%, bisher schlechtestes 1987 44,3%).

Der Übergang von der CDU/CSU-Regierung auf eine der SPD/FDP in den Jahren 66-69 war so wenig ein Produkt eines Linksrutsches im Massenbewußtsein, wie 1982 der von der SPD/FDP-Koalition auf die der CDU/CSU/FDP das Ergebnis eines Rechtsrutsches war. Es war vielmehr das Ergebnis entsprechender Kursänderungen von oben mittels der FDP als koalitionshaltende Manöverniasse. Auch die Tatsache, daß die Republik demnächst wahrheitsgemäß „schwarz“ werden könnte, ist nicht etwa einem Rechtsrutsch in der Bevölkerung, sondern der Regierungsbildung von oben anzurechnen. Der in den Wahlen geäußerte „Volkswille“ spielt bei den Regierungsbildungen offensichtlich nur eine untergeordnete Rolle. Bei den Wahlen von 1969, wohlgemerkt also bei den Wahlen, in deren Ergebnis die Brandt-Regierung antrat, verfügte die CDU/CSU zusammen mit den damals besitzlichen Ergebnissen der NPD von 4,3% über eine rechnerische Mehrheit von 50,2%. Bei der von „Wende“-Theoretikern immer wieder ins Feld geführten „Rechtsverschiebung“ von 1976 (48,6% CDU/CSU + 0,3 NPD) bis zum Antritt der „Wende“-Regierung 1982 (48,8 % CDU/CSU + 0,2% NPD) handelt es sich real um eine Steigerung von 0,1% für die Rechte — einschließlich der NPD! Bei der letzten Bundestagswahl kam die CDU/CSU zusammen mit den 0,6% der NPD auf ganze 44,9% der Stimmen. Dies deutet wohl eher auf einen Abbau von Wählersympathie für das rechte Lager. Aber auf die Regierungsbildung hat das ebenso wenig Einfluß wie die rechnerische Mehrheit für die Rechte 1969.

Von „Rechtsrutsch“ in der Bevölkerung kann nicht, jedenfalls nicht die Rede sein, eher schon — wenn man sich das unterschiedliche Waschmittel-Niveau der Wählerlagen und die hohe Wahlenthaltung bei den Bundestagswahlen (mit 84,3% die niedrigste seit 49) bedenkt — von zunehmender Nivellierung und Entpolitisierung.

vellierung und Entpolitisierung

These 2: Die aktuelle Politik

Die von der CDU/CSU/FDP-Koalition seit '82 zugelassene innenpolitische Situation ist in einigen Punkten bisher sogar liberaler als die während der SPD/FDP-Regierungszeit — und sowieso als die unter damaliger CDU/CSU-eigener Regierung hergestellte des „kalten Krieges“ in den 50ern und 60ern.

Mensch denke zum einen an das KPD-Verbot und seine verheerenden Folgen für die demokratische Kultur der BRD 1956ff., zum andern an die Terrorismus-Hysterie und K-Gruppen-Heize mit ihrem Höhepunkt im „deutschen Herbst 77“. Etwas Vergleichbares hat die CDU/CSU/FDP-Koalition seit ihrem Antritt bis heute nicht aufzuweisen.

Mensch denke andererseits an die parlamentarische Realität der GRÜNEN als mögliche neue reformistische Kraft, mit der große, ja die größten Teile der Innovationspotentiale der APO als Erneuerungsschub in Staat und Gesellschaft der BRD integriert wurden und weiter werden. Auch die Integration der APO im Form der GRÜNEN ist nicht auf dem Mist der CDU/CSU-Politik gewachsen, sondern Ergebnis der sozial-liberalen Politik von „Zuckerbrot und Peitsche“ seit 68/69, insbesondere der noch von der SPD/FDP-Koalition nach dem „deutschen Herbst 77“ wieder eingeleiteten relativen Liberalisierung. Selbstverständlich wird heute auch auf die GRÜNEN Druck ausgeübt — mensch denke an die aktuellen Kriminalisierungs- und Illegalisierungsdrohungen im Rahmen der Volkszählungs-Ausnahmssetzung. Aber bisher zielen Drohungen mit der Kriminalisierung, gar dem Verbot der Partei, wesentlich auf Verbot der Integration, nicht auf Zerschlagung der Organisation. Ein Verbot der GRÜNEN wäre bei der immer noch steigenden Popularität der GRÜNEN und gleichzeitiger Krise der SPD aus der Sicht der Herrschenden z. Zt. eine ziemlich dumme Idee, die nicht erwünschten Feuer aus der Asche relativ politischer Ruhe locken würde.

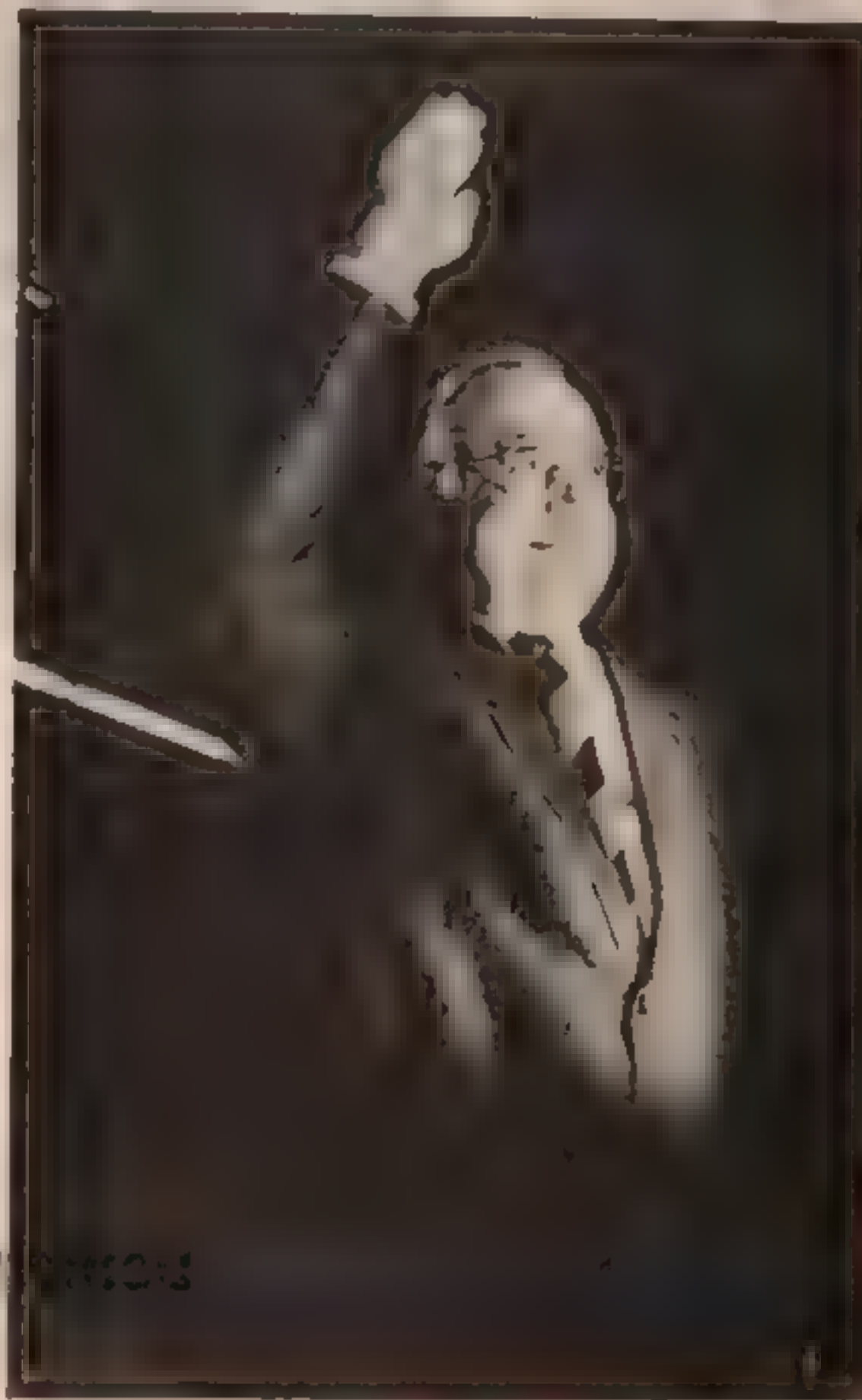


Foto: H. Wosjan

Unbeschadet dieses aktuellen liberal-konservativen Konzepts ihrer prakti-

Unbeschadet dieses aktuellen liberal-konservativen Konzepts ihrer praktischen Politik bemüht sich die CDU — und vor allem die CSU — selbstverständlich, die Regierungsgewalt für eine langfristige Umgestaltung im Sinne konservativer „Werterneuerung“ zu nutzen. Im Kern heißt das: Versuch der Überwindung der „Wunde Hitler“ durch weitere Verdrängung, um Raum für neues konservatives Gedankengut und eine neue Legitimation reaktionärer Großmachtpolitik etwa nach Art der in Kohls letzter Regierungserklärung geforderten Groß-Europäischen Patriarchat zu schaffen. Dies ist ja der Kern des konservativen Traums der „Mitte“, der aber zu seiner Verwirklichung von dem Schatten Hitlers befreit werden muß. Hierhin gehört u.a. „Burg“ ebenso wie der aktuelle sozialistische Streit, d.h. die Versuche der Nivellierung der historischen Verantwortung des deutschen Faschismus für den 2. Weltkrieg, wie der des deutschen Kapitals für den Faschismus. Hierhin gehören allerdings auch Vorgänge wie der Besuch des arischen Ministerpräsidenten Chaim Herzog, eine Geste der CDU/CSU-Politik, die es an populistischer Wirksamkeit in Sachen „Normalisierung“ durchaus mit Brandts Kniefall in Warschau aufnehmen kann. Hierhin gehört auch die konservative Familienpolitik, das Rüsteln am § 218. Hierhin gehört die privatisierende Bildungs-, die Asylpolitik usw. usf. Aber all dies geschieht eben i.d.R. bisher nicht in Konfrontation, sondern nach Möglichkeiten in klassenübergreifender oder parteiübergreifender Kooperation, flankiert durch relativierende Maßnahmen (wie in der Familienpolitik z.B. die geplante Einführung eines Paragrafen gegen die Vergewaltigung in der Ehe), was ein konformistisches schrittweises Durchsetzen der jeweiligen Absichten erleichtern soll. Auf Einzelheiten kann ich hier nicht eingehen.

These 3: Von Sonthofen nach Bonn

Die bisherige Politik der CDU/CSU als Regierungspartei ist wesentlich zu rückhaltender und pragmatischer als ihre aus der Opposition seit 68/69 propagierte Linie, wie sie aus der 1974 be-

kannntgewordenen „Sonthofener Rede“ von Strauß hervorging: Die

kannntgewordenen „Sonthofener Rede“ von Strauß hervorging: Die „Sonthofener Linie“ setzte auf Zuspitzung der ökonomischen und politischen Krise mit allen Mitteln, einschließlich der Mobilisierung der äußersten Rechten in den Jahren 71 und 72 („Aktion W“) als „Hilfsgruppen“ gegen den „Ausverkauf Deutschlands“ seitens der SPD. Später folgten die Strauß-Drohungen mit der „4. Partei“. Im Zuge der Propagierung einer „Politik der Mitte“ setzt die rechte Regierungspolitik dagegen bisher in der Hauptlinie auf Herunterspielen der Krise, auf Integration und zu diesem Zweck sogar auf exemplarische Illegalisierung einer der wütendsten Spitzen der äußersten Rechten wie der NS-Organisationen-Versuche eines Kohlen usw. Dem entspricht die Wandlung der aktuellen Selbstdarstellung der CDU/CSU von einer konservativen Kampfpartei des Kapitals zu einer Volkspartei. Dieser Wandel vollzog sich schrittweise entlang ihrer Niederlagen mit dem alten CDU/CSU-Kampfprogramm noch während der Oppositionszeit. Niederlage mit dem Mitternachtsvotum gegen die 1. Wahl Brandts 1972 Niederlage in der direkt aus der Sonthofener Strategie begründeten Parole „Freiheit oder Sozialismus“ im Wahlkampf '76. Niederlage von Strauß im Wahlkampf '80. Das Programm, mit dem die CDU/CSU/FDP-Koalition dann '82 die SPD ablöste, wurde von der CDU/CSU zwar noch als „Wende“-Programm verkündet, unterschied sich aber in seinen konkreten Vorhaben kaum noch von der realen Politik der SPD — Der Unterschied zwischen SPD und CDU/CSU bestand derzeit nicht mehr im konkreten politischen Konzept, sondern in der Durchsetzungsfähigkeit eines im wesentlichen gleichen Konzepts.

Die programmatischen, ideologischen und sozialen Unterschiede zwischen CDU/CSU und SPD waren da mal nicht aufgehoben. Allerdings werden sie seitdem zunehmend nivelliert. Inzwischen ist die Nivellierung zwischen den Parteien auf der Linie der von der SPD vorerzählten „Reform von oben“ so weit vorange-schritten, daß die SPD selbst in der Opposition gegenüber der aktuellen CDU/CSU/FDP-Politik keine Ideen

mehr findet — wenn sie nicht nach links rückt, was sie offenbar z. Zt. nicht will.

Kurz gesagt: die '82 angekündigte „Wende“ blieb bisher ein Propaganda-Coup, mit dem sich die CDU/CSU die für eine Mehrheit nötigen Stimmen von rechts sicherte. Vollzogen wurde die „Wende“ bisher nicht.

These 4: Erneuerungswünsche von rechts

Spätestens auf der Hälfte der Legislaturperiode 83-87 begann die Rechte die ausgebliebene „Wende“ einzuklagen. Im Wahlkampf '87 konnte sich die CDU/CSU nicht zur offenen Einberufung rechter und rechtsradikaler Positionen durchringen. Diesbezügliche Kontroversen zwischen Strauß und Kohl blieben unentschieden. Ergebnis: die NPD sammelte 0,6% der rechten Proteststimmen, die sich durch die CDU/CSU-Regierungspolitik nicht mehr vertreten sehen. D.h. nach einer Legislaturperiode von vier Jahren hat die CDU/CSU zugunsten einer Sinnbilligung der „Mitte“ gegenüber ihrem rechten Klientel an Integrationskraft eingebüßt, im z. Zt., wie die CDU/CSU-internen Wahlauswertungen zeigen, auch nicht bereit, sich nach rechts zu öffnen. Vielmehr wird — mehr seitens der CDU, versteht sich, als seitens der CSU — das schlechte Ergebnis bei den Bundestagswahlen in der Union hauptsächlich auf das Verscheitern potentieller „Mitte“-Wähler durch die Rechts-Auffälle von Strauß und Co. zurückgeführt und für die Zukunft eine konsequentere „Politik der Mitte“ gefordert.

Das Bonner Wahlergebnis könnte sich als Trend in den kommenden Landtagswahlen fortsetzen. Erfolge des Republikanismus in Bayern noch vor der Bundestagswahl, Bemühungen eines gemeinsamen Kandidaten von Frey und NPD in Baden zeigen darauf hin, die „Formierung einer neuen Rechten“ im Zuge einer allgemeinen Rechtswendung des politischen Klimas der BRD und einer allgemeinen Kräfteverschiebung aber ist das ganz sicher nicht. Zwar stimmt es, daß rechte Ide-

verschiebung aber ist das ganz sicher nicht. Zwar stimmt es, daß rechte Ideologien aktiv an einer „Kulturrevolution von rechts“ arbeiten, d.h. an einer ideologischen Erneuerung des rechten Lagers. Dies tun sie aber erstens bereits seit Mitte der 70er Jahre, nämlich genau seitdem die orthodoxe Neo-Rechte mit der CDU/CSU zusammen durch die SPD-Reformpolitik in die Krise kam. Zum zweiten ist die Absicht eines ideologischen Aufbruchs noch keine politische Realität im Sinne einer neuen Mobilisierungsfähigkeit. Was im rechten Lager gärt, ist ein ideologisches und politisches Potential für eine gesellschaftliche Eventualität, die denkbar, allerdings z. Zt. nicht absehbar ist. Die rechten Ideologen und z. Zt. „Offiziere ohne Mannschaft“, (wie Klaus Arndt) die im AK 281/282 genannt hat). D.h. nicht, daß sie ungefährlich seien. Aber ihre Gefahr liegt z. Zt. nicht in ihrem praktisch politischen Einfluß, nicht in der angeblichen Formierung einer neuen rechten Bewegung, sondern in ihrer ideologischen Kaderfunktion, d.h. in dem Versuch, eine neue, zeitgerechte rechte Alternative zu dem verbrauchten NS-Schrott zu entwickeln, um die herum zum einen das eigene Reiten ausgerichtet, zum andern der konservativen politischen Intelligenz Perspektiven angeboten werden können. Diese Versuche dürfen nicht unterschätzt werden, sondern bedürfen einer aufmerksamen Untersuchung und Auseinandersetzung — wesentlich mehr als das z. Zt. geschieht!

These 5: Der „doppelte Kohl“

Ein Bruch der aktuellen politischen Lage des „Modell Deutschland“ ist bei Veränderung der Grundlagen der sozial-politischen Befriedungsstrategie, d.h. evtl. krisenhafter Zuspitzungen der politischen oder ökonomischen Grundsituation der BRD, prinzipiell selbstverständlich eintreten möglich. Die entsprechenden staatlichen Apparate für eine solche Krisenbewältigung stehen mit den Notstandsgeräten und dem hochzentralisierten Si-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

cherheitsapparat, wie er im „deutschen Herbst“ erkennbar wurde und wie er seitdem ständig „dynamisiert“ wird, sichtbar bereit. Auch in dieser Beziehung stellt die CDU/CSU voll im Erbe der SPD wie in ihrer eigenen Kontinuität aus den 50er Jahren. Im „deutschen Herbst“ demonstrierte die SPD/FDP-Regierung am Modell der RAF, was die Essenz des „Konsenses der Demokratie“ zur Aufrechterhaltung des Rechtsstaats unter dem Motto „wehrhafte Demokratie“ im Zweifelsfall heißt: rückichtslose, auch Tote (die Landhut-Geiseln, die RAF-Gefangenen, Schleyer) in Kauf nehmende Durchsetzung der Staatsräson gegen Minderheiten als integraler Bestandteil der Befriedungspolitik gegenüber der Mehrheit. In Kalkar wurde diese Bereitschaft zum rückichtslosen Einsatz des Unterdrückungsapparats auch gegenüber Massen demonstriert. Die CDU/CSU/FDP-Koalition führt diesen Apparat heute nicht voll aus. Er steht ihr aber genau so wie mit der SPD-regierten Bundesländer für jederzeitigen Einsatz voll zur Verfügung. Im Sinn des von W. F. Haug (AK 280, S. 33) benannten „doppelten Koll“, ist der sozial-konservative Pragmatiker Kohl wohl prinzipiell durchaus bereit und vielleicht sogar in der Lage ggf. zu Krisen- und Kriegspolitik überzugehen. Mindestens wäre seine Partei dazu bereit, wenn er selbst einen solchen Wechsel nicht schaffen sollte. Konkret allerdings sind derzeitige Entwicklungen erstens trotz aller Freiheiten der Herrschenden bei Regierungsumbildungen von oben nur über Machtumbrüche im herrschenden Block und Konfrontation nach unten möglich und zweitens für die kommende Legislaturperiode bei normalem Gang der Dinge nicht absehbar. Das Regierungsprogramm für die 2. CDU/CSU/FDP-Legislaturperiode versucht vielmehr Kontinuität und Stabilität des „Modell D.“ festzuschreiben, (siehe dazu AK 282, S. 30 ff.) Daran ändert auch der aktuelle Flip des Zimmermann-Ministeriums in Sachen Verfassung nichts. Der dort riskierte Konflikt greift in keiner Weise in den klassenversöhnenden Grundkonsens des „Modell D.“ ein, sondern ist — klassenversöhnender Grundkonsens des „Modell D.“ ein, sondern ist — daran gemessen — ein Randkonflikt. (Deswegen aber nicht weggelassen, um zu nehmen zur Schaffung, bzw. Stärkung demokratischen Bewusstseins in der Bevölkerung)

Konkrete Untersuchungen, wo und ggf. womit und wie Regierungspolitik den bisherigen Konsens des „Modell D.“ verschiebt oder gar zu brechen beabsichtigt, sind notwendig, um Klarheit für politische Handeln zu gewinnen. Spekulationen über angebliche „Wenden“, die real z. Zt. weder geplant sind, noch stattfinden, bewirken jedoch das Gegenteil, nämlich die Verbreitung von Einschätzungsnebeln, in denen weder die Bewegungen des politischen Gegners, noch die eigenen richtig bestimmt werden können.

These 6: „Wende“, ein Begriff der Verharmlosung

Die Politik der CDU/CSU/FDP-Koalition seit '82 als Wende zu bezeichnen, bedeutet, gleich in mehrfacher Hinsicht auf Tricks bürgerlicher Politik hereinzukommen — zum einen auf die Selbstlob-Propaganda der CDU/CSU, die ihre Fortsetzung der SPD-Politik selbstverständlich als originale CDU/CSU-Erfindung verkaufen möchte, solange diese Politik erfolgreich ist, — zum zweiten auf die Wiederbelebungs-Propaganda der SPD, die den Buhmann einer „schwarzen Republik“ und das Vergessen der „schwarzen“ Linie ihrer eigenen Poli-

tik in den 70ern braucht, um neben einer CDU/CSU, die die Erbin dieser Politik ist, als „kleineres Übel“ ein neues Profil zu gewinnen. — zum dritten ist die Charakterisierung dessen, was die CDU/CSU an unbestreitbarer Fortschreibung von Verschlechterungen für das sozialstaatliche Versorgungsniveau oder in einigen politischen Fragen wie dem § 218 oder dem Asylrecht gebracht hat als „Wende“ eine gefährliche Verharmlosung dessen, was eine „Wende“ im Sinne eines Abbruchs des aktuell klassenversöhnenden Grundkurses tatsächlich bedeuten würde. Ich will über die möglichen konkreten Formen einer solchen Entwicklung aber nicht spekulieren.

These 7: Gefahren neu vermessen! Beobachtung der rechten Erneuerungsversuche organisieren!

Antifaschistische Politik kann (entsprechend dem hier Gesagten) heute nicht darin bestehen, weiter gebetsmühlenartig die angebliche bisherige und die Gefahr einer kommenden „Wende“ durch die CDU/CSU/FDP-Regierungspolitik zu beschwören.

Allererste Voraussetzung für die zeitgerechte Weiterentwicklung antifaschistischer Politik — ich denke, mensch liegt sogar trotz vielfältiger Aktivitäten richtig, von Wiederbelebung zu sprechen — ist heute: Mit Diskussionen über die konkrete politische Situation und das, was auf uns zukommt, gründlich aufzuräumen, d. h. die Ausgangsbedingungen des Kampfes neu zu vermessen. Wir müssen analytisch aufarbeiten und in unseren Schriften klarmachen, daß die CDU/CSU/FDP-Regierung bis heute in der vollsten Kontinuität der von der SPD seit Mitte der 60er eingeleiteten Politik steht, und was das für eine Politik ist: eben eine autoritär-etatistische, z. Zt. liberal-konservative Stabilisierung des „Modell D.“. Das ist der aktuelle Ausgangspunkt zukünftiger gesellschaftlicher und staatlicher Veränderungen. Diese Analyse beinhaltet auch die Beschreibung der Grenzen dieses Modells und der möglichen oder geplanten Grenzüberschreitungen seitens der herrschenden Kräfte und die dafür geltenden Bedingungen.

Das beinhaltet über die Untersuchung der Politik der jetzigen Koalition hinaus auch eine Kritik der SPD, die seit 68/9 die Grundlagen für die jetzige Politik der CDU/CSU legte und sowohl als Opposition wie auch in den Länderregierungen ihren Vollzug heute ermöglicht. Ohne eine solche Kritik der historischen und aktuellen Verantwortung der SPD ist jedes Gejammer über „Wende“-Politik der CDU/CSU/FDP-Koalition nichts anderes als Hilfssarbeit zur Wiederbelebung der verhassten SPD, und zwar zum Nulltarif auf Kosten demokratischer Substanz und der Entwicklung eigener Alternativen.

Angesagt ist auf dieser Grundlage des weiteren die Ausnutzung der aktuellen parlamentarischen (und zunehmend auch bürokratischen und finanziellen) Möglichkeiten der GRÜNEN für die Entwicklung und Umsetzung konsequent antifaschistischer Forderungen an die Adresse der bürgerlichen Parteien. Hauptziel solcher Forderungen muß selbstverständlich die SPD sein. Auch aus der Verantwortung für praktische antifaschistische Politik darf sie nicht entlassen werden. Im Gegenteil ist Kritik an ihren diesbezüglichen Versäumnissen, Halbheiten und den von ihr selbst getragenen repressiven Maßnahmen zum ewernen Bestandteil antifaschistischer Politik zu machen. Mit Abwandelungen gilt die Notwendigkeit der Kritik auch gegenüber den GRÜNEN: Sie dürfen nicht aus dem Bausdruck entlassen werden.

Eine derartige Politik mußte sich entlang der Hauptkomplexe der bisherigen antifaschistischen Politik entwickeln, an einigen Punkten aber deutlich zulegen.

Erstens: Komplex „Nie vergessen!“ Das bedeutet wie bisher: Aufklärung und Mobilisierung gegen die Entlastung der Herrschenden durch das Schließen der „Wunde Hitler“, einschließlich aktiver antifaschistischer demokratischer Erziehung. Hinzu kommt aber muß die Auseinandersetzung mit den Versuchen der ideologischen Erneuerung autoritärer Staatsideologie im Zuge neuer Weltgeltungs-Strategien des (west)deutschen Imperialismus, Stichwort: Europa-Patriotismus. Darüberhinaus: Okofaschismus, neue technische Herrschaftsstrukturen etc. pp.

Zweitens: Komplex „Eindämmung von Neofaschismus“. Auch hier wie bisher Mobilisierung der öffentlichen Wachsamkeit gegen solche Gruppen,

Forderung nach Verbieten entsprechender Organisationen, ggf. aktive eigene Aktionen. Aber über das „Stiefelzählen“ hinaus muß mehr als bisher die Auseinandersetzung mit den politischen, den ideologischen und auch den kulturellen Inhalten gesucht werden, mit denen diese Kräfte vor allem bei jungen Leuten landen können.

Drittens: Komplex „Verteidigung demokratischer Rechte“. Es gilt wie bisher: Kampf gegen die Illegalisierung antifaschistischer Aktionen, generell des außerparlamentarischen Widerstands. Der Kampf gegen die Einschränkung und Illegalisierung der parlamentarischen Opposition kommt unter den aktuellen Bedingungen hinzu. Aber an einigen Punkten kann und sollte heute, wo das möglich ist und solange und soweit das geht, der „Kampf gegen“ durch „Kämpfe für“ ergänzt, bzw. solche unterstützt werden, nämlich Kämpfe für den Ausbau rechtsstaatlicher und basisdemokratischer

Positionen gegen die Staatsbürokratie vor allem wohl im kommunalen, aber auch im nationalen Bereich.

In der Auseinandersetzung um eine solche konsequent radikal-demokratische reformorientierte Antifa-Politik werden sich dann wohl sehr schnell die Grenzen des auch von der CDU/CSU/FDP-Koalition vor sich hergetragenen staatstragenden antifaschistischen, sozial- und rechtsstaatlichen Grundkonsenses zeigen, ebenso wie die Reformunfähigkeit, bzw. auch -unwilligkeit der SPD, wie auch die Grenzen der GRÜNEN. Mit den Grenzen werden auch die Illusionen über den gegenwärtigen Charakter der BRD-Demokratie sichtbar und die Entwicklung entsprechender öffentlicher Diskussionen möglich und notwendig. Anders als über das konsequente und praktische Einklagen demokratischer Rechte werden Diskussionen über Grenzen des „Rechtsstaats BRD“, das ist der Inhalt von antifa-

schistischer Überzeugungsarbeit unter den gegenwärtigen Bedingungen, aktuell bei uns nicht zu haben sein. Dies ist Schwierigkeit und Chance zugleich. Es ist keinesfalls ein Grund zum Abschaffen, im Gegenteil, es ist eine Aufforderung und eine Gelegenheit, die gegebenen Spielräume kräftig zu nutzen.

Letztlich ist die Grundlage einer solchen Antifa-Politik natürlich die organisierte Beobachtung der gesellschaftlichen und staatlichen Potentiale, die an möglichen Grenzüberschreitungen der aktuellen liberal-konservativen parlamentarischen Demokratie des „Modell Deutschland“ entweder heute selbst aktiv arbeiten oder ggf. dafür mobilisierbar wären. In diesem Sinne plädiere ich entschieden für eine Reaktivierung einer in den letzten Jahren sichtbar zellend gewordenen antifaschistischen Untersuchungsbewegung.

Vorgetragen am 9. 6. 87, F.



Foto: pan Foto

Demonstration und Kongreß

Zur Erinnerung: am 23. 10. 83 fand in Berlin das Europameisterschaftsspiel Türkei-BRD statt. Dorthin hatte vor allem die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) „zum Kampf gegen das stinkende Türkenpack“ mobilisiert. Vom Verfassungsschutz wurde der ANS/NA bescheinigt, unter den „im Grunde unpolitischen Teds, Räckern, Skinheads, Punks und Fußballfans“ die intensivste Werbung betrieben zu haben. Am 7. 12. 83 verbot das Innenministerium die ANS/NA zusammen mit der „Aktion Ausländerückführung — Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung“ (AAR), veranlaßt aber gleichzeitig, daß die SS-HIAO im Verfassungsschutzbericht nicht mehr als rechtsradikale Vereinigung auftauche. Kleiner Kuhlhandel!

Durch diese Entwicklung erhielt die 1979 in Stuttgart durch den Rechtsextremisten Martin Pappe gegründete und bis dahin bedeutungslose „Freiheitliche Arbeiterpartei“ (FAP) starken Zulauf aus der ANS/NA. Mit dem Ziel der Kandidatur zur Landtagswahl 1985 eröffnete die FAP im August 1985 ihre Bundesgeschäftsstelle in der Schlosserstraße in Dortmund. Eine spontane Demo am 23. 8. 85 forderte das Verbot der FAP; der Landtag befand sich auf Antrag der SPD-Dortmund am 14. 11. 85 damit und kündigte seine Entscheidung für Juli 1986 an. Eine durch den Koordinierungskreis antifaschistischer Initiativen und Organisationen aus NRW organisierte Demo am 21. 6. 86 in Duisburg gab der Verbotsforderung Nachdruck.

Zur Beurteilung des politischen Klimas muß man sich daran erinnern, daß am 28. 9. 85 der Autonome Günter Sare bei der Führung einer Demo zur Verhinderung des NPD-Parteitages in Frankfurt durch einen Wasserwerfer der Polizei gezielt überfahren worden war, und daß am nächsten Tag an Hauswänden geschrieben stand: „Das war der Erste“ (vgl. AK 263). Man muß sich an den Frankfurter Kessel erinnern; man muß sich an die Eierkiste des heussischen Innenministers, der SPD und der Grünen erinnern, mit denen das Wort und der Tatbestand „Mord“ umgangen wurde.

Das war das Klima, in dem die Antifa-FAP-Demo in Duisburg stattfand. Die vereinigten zunächst einmal alle Spekulationen der Antifa-Szene. Auf der Demo hielt ein Autonomer noch einen Redebeitrag. Kernsatz: „Das FAP Verbot

— von DKP und VVN ausgetüftelt — zieht (nicht) auf ein Verbot als faschistische Partei ... Wir rufen auf zu einer autonomen Demonstration, da wir die Forderung nach einem Verbot der FAP nicht unterstützen. Inhaltlich wie auch praktisch distanzieren wir uns von der Reformstrategie“.

Dabei blieb es bei der Auswertungskongferenz zur Demo, dabei blieb es bei allen anschließenden Antifa-Aktivitäten und auch bei der letzten Konferenz am 9. Mai 87 in St. Augustin/Bonn. Das wurde von nicht wenigen Teilnehmern und Mitveranstaltern bedauert, weil auch dort die Differenzierungen unter Autonomem gesehen werden und weil man sich eine solche Spaltung nicht leisten könne. (Wie mensch das kürzliche Bielefelder Antifa-Bündnis von Junge Union bis Autonome deuten soll, ist uns zunächst einmal rätselhaft.)

Der Kongreß bewältigte sein Mammut-Programm auf äußerst friedliche Weise. Vom einfachen Informationsangebot an Einsteiger in die Antifa-Arbeit über zielgruppengerechte Erfahrungsaustausch (Frauen, Lehrer, Gewerkschafter, Jugend- und Sozialarbeiter, Kirchen, Historiker) bis zu spezielleren Fragen (Rechte Tarnkappen in Friedens- und Ökologiebewegung, kommunale Antifa-Arbeit und Faschierungsdiskussion) war so ziemlich alles abgedeckt. Die Thematisierung der europäischen Geopolitik und der europäischen paramilitärischen Eingreifstruppe unter bundesdeutscher Führung mit nicht auf Europa begrenztem Einsatzgebiet und deren Integration in das NATO-Kriegskonzept (der Kampf gegen die innere Subversion wird dort als die 5. Front bezeichnet neben der Atlantikfront und den 3 Landfronten in Europa) — das war von dem Kongreß auf dieser Stufe der politischen Auseinandersetzung nicht zu erwarten, ist jedoch für die Zukunft anvisiert.

Der Kongreß forderte — vom Kultusminister NRW ein landesweites Lehrerfortbildungsprojekt „Neofaschismus — Antifaschismus“; Richtlinien der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer über die Behandlung von Ursachen, Zielen und Strategien des Neofaschismus; Auflistung und Verbot von als Unterrichtsmaterial kuratierenden Propagandaschriften.

— von den Jugendämtern in NRW Arbeitskreise zur Indizierung neofaschistischer Medien,

— von den Städten: die konsequente Anwendung des Art. 139 GG gegenüber FAP, Nationale Front, Junge Nationaldemokraten, Deutsche Volksunion und Wiking Jugend (Aachen, Bielefeld, Bottrop, Dortmund, Stolberg und Wuppertal sollen bereits entsprechende Beschlüsse gefaßt haben, von Bielefeld speziell wurde die Schließung des Hauses der Nationalen Front in der Bleichstraße 143 gefordert).

— von der Leitung des Evangelischen Kirchentages (17.-21. Juni 87 in Frankfurt): Ausschuß der evangelischen Verbände INKATHA, United Christian Action, Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland, Kreuz im Süden und des direkt mit dem HfK-Komitee Südliches Afrika zusammenarbeitenden Arbeitskreises für Partnerschaft statt Gewalt.

Das vielleicht erfreulichste Ergebnis der Konferenz war die deutsche Absicht für die Spaltungsmanöver des internationalen Linke Deutschland Diskussions (LDD) und ähnlicher Infiltrationsprojekte der Neuen Rechten in Friedens- und Ökologiebewegung. Unter wesentlicher Beteiligung des Bonner Friedensplenums erging an alle friedenspolitisch Engagierten die Aufforderung, sich nicht mit Gruppen einzulassen, die eine Wiedervereinigungsdiskussion eröffnen wollten. „Offenbar verfolgen diese Gruppen also durch die Einbeziehung nationaler und neofaschistischer Kräfte ein politisches Ziel“, heißt es in dem Beschluß der AG „Rechte Tarnkappen in Friedens- und Ökologiebewegung“.

Erfreulich war auch, daß die Arbeitsgruppe „Sicherheitsgesetze und Faschierung des Staatapparates?“ die „Thesen zum innenpolitischen Konzept der Bundesregierung seit 82“ nach anfänglicher Skepsis ernstnahm und eine Fortsetzung auf der nächsten Konferenz plant. Verständlich, daß die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg diese Aussagen so nicht akzeptieren konnte, hatte sie doch, mehrheitlich BWK bestimmt, das Antifaschismus für sich entdeckt und für den 16./17. Mai nach Köln zu einem bundesweiten Kongreß „Faschierung — was ist das? Aktuelle Aufgaben des antifaschistischen Kampfes“ eingeladen.

Konferenz-Reisende zu beziehen über H. Meyer, c/o ASIA Uni Bonn, Nassestraße 11, 5300 Bonn 1.

wh KR-Mann



„Demokratisierung“ — Zauberwort der Salven! Einige sehen sie schon verwirklicht, Andere hoffen. Dritte sind skeptisch.

Hoch liegen die Fantasien. Hoch fliegen auch schon die Felsen. Nicht zuletzt im AK. Aber worüber, bitte sehr, wird eigentlich bläher gestritten?

Über den konkreten „Umbau“ in der UdSSR über sozialistische Perspektiven für die BRD? Über die revolutionäre Erneuerung des Sozialismus? Über einen demokratischen Weg zum Sozialismus?

Diskutieren wir über eine nachrevolutionäre oder über eine vorrevolutionäre Gesellschaft?

Bisher herrscht Chaos in diesem Punkt. Differenzierung und Konkretisierung tut not, wenn irgendjemand überhaupt irgendwas von Gorbatschow lernen soll.

E.

„Der bisherige Sozialismus“, schreibt Jb. im letzten „Arbeiterkampf“ unter der Überschrift: „Was macht die perestrojka so attraktiv?“, habe „die Marx'schen Hoffnungen in das Proletariat und den Sozialismus stets bitter betrogen“. Sozialdemokratismus, Stalinismus, Kulturrevolution: Der Beweis, daß Sozialismus mehr Freiheit realisieren könne als der Kapitalismus, habe empirisch bisher nicht angetreten werden können.

„Somit schien Mitte der 70er Jahre der Sozialismus passé zu sein. ... Und nun die perestrojka! Die UdSSR bewegt sich, die KPdSU-Führung (oder genauer: ihre Mehrheit) wagt den ersten ernsthaften Angriff auf den Stalinismus. Es kommt Bewegung in die Geschichte, die nach Meinung vieler Linken nur noch die Alternative zwischen Stagnation und Weltkrieg zu bieten hatte. Der Sozialismus gewinnt an Attraktivität zurück und zwar rasant.“

In der Programmatik der neuen KPdSU-Führung deutet sich eine Alternative zum Kapitalismus an, die nicht von einer Sekte, sondern von den Inhabern der Macht projektiert wird, die zwar keine Garantie, aber immerhin doch die Chance, hat, gesellschaftlich etwas zu bewegen“. Für die Linke, meint Jb., habe die perestrojka als „umfassende sozialistische Erneuerung“ eine Perspektive, „weil sie seit langem die erste große sozialistische Diskussion ist, die praktische gesellschaftliche Relevanz hat, deren Wahrheitsgehalt daher auch empirisch überprüfbar wird“.

Mit dieser Position teilt Jb. offenbar die Hoffnung vieler Linken, auch im KB. Vermutlich auch die von Lesern und Leserinnen des AK, die theoretische und politische Stagnation sozialistischer Politik hierzulande — als Utopieverlust, als Krise des ML usw. in den letzten Jahren hinreichend beklagt — könne nun durch Gorbatschows Initiative für den „Umbau“ der sowjetischen Gesellschaft aufgebrochen werden.

und Leserinnen des AK, die theoretische und politische Stagnation sozialistischer Politik hierzulande — als Utopieverlust, als Krise des ML usw. in den letzten Jahren hinreichend beklagt — könne nun durch Gorbatschows Initiative für den „Umbau“ der sowjetischen Gesellschaft aufgebrochen werden. Die Erwartungen variieren dabei von Erneuerung der historischen Initiative des Jahres 1917 noch über die Ansätze der chinesischen Kulturrevolution hinaus bis zu Überwindung des „dogmatischen Marxismus-Leninismus“ einschließlich der Fehler der Kulturrevolution.

Eine Kritik an Stalin sucht mensch vergebens in seinen bisherigen Reden.

Woran das zukünftige Plus an Sozialismus auf der Welt allerdings gemessen wird, außer an mehr zu erwartender Rechtsstaatlichkeit in der UdSSR, war schließlich von Gorbatschow für den Weg zum Sozialismus hierzulande gelernt und wie das auf kleine Verhältnisse umgesetzt werden soll, bleibt diffus.

Es ist sogar zu befürchten, daß die Initiative Gorbatschows bei oberflächlicher Vernehmung und „Anwendung“ durch die hiesige Linke zu ebenso oberflächlichen Imitationen führt wie während der „Anwendung“ des „ML“ und der „Mao-Tse-Tung-Lehre“, nur diesmal nicht unter den Parolen wie „Stieg im Volkskrieg“ und „Für die Diktatur des Proletariats usw.“, sondern unter Parolen wie „Demokratisierung“. Unter den 2. Gegebenheiten hiesigen Verhältnissen, ganz ungenügend davon, was sich in der UdSSR tatsächlich abspielt und in welchen, auch revolutionären Wendungen die Debatte hier zunächst erscheint, könnte das Konsequenzmerkmale nur auf eine weitere Sozialdemokratisierung der linken Sozialismustheorien hinauslaufen.

„Faktor Mensch“

Kritisches zur Gorbatschow-Debatte

Kommt hinzu, daß der beklagte Orientierungsverlust in der Linken nicht in erster Linie durch einen Anstoß von außen zu knachen sein wird, sondern durch die knackende Aufarbeitung der eigenen Situation, d.h. die bisherige und zukünftige Entwicklung der Klassenkämpfe hierzulande.

Gorbatschows „Erbe“

Stellen wir also klar: Der „Umbau“-Prozeß in der UdSSR findet in einer nachrevolutionären Gesellschaft statt. Er läßt sich mit Sicherheit nicht unmittelbar auf eine vorrevolutionäre Gesellschaft wie die der BRD oder anderer heutiger kapitalistischer Metropolen übertragen. Anders gesagt: Weder aus der seit langem sich erweisenden Notwendigkeit, genauer Überfälligkeit der Demokratisierung des real existierenden Sozialismus sowjetischer Prägung, noch aus der vom 27. Parteitag demonstrierten Entschlossenheit, sie jetzt in Angriff zu nehmen, lassen sich irgendwelche unmittelbar übertragbaren Schlüsse auf die Möglichkeit oder Notwendigkeit eines demokratischen Sozialismus oder gar eines „demokratischen Wegs“ zum Sozialismus hier und heute ziehen.

Für die Theorie des Herrankommens an den Sozialismus, d.h. die Frage nach der Rolle der Gewalt beim Übergang zur sozialistischen Gesellschaftsordnung, die Unvermeidlichkeit einer Übergangsphase der „Diktatur des Proletariats“, um es klar auszudrücken, bringt der gegenwärtige Demokratisierungs-Prozeß in der UdSSR nichts Neues hervor und die erneuten Angebote der Koexistenz zum „evolutionären Marxismus-Leninismus“ zum ändern. Eine Korrektur der Leninistischen Revolutionstheorie durch Gorbatschows Initiative ist nicht in Sicht.

Bewegung kommt nicht in „konzeptionelle“ Fragen der vorrevolutionären Leninischen Revolutionstheorie, wie Jb es uns z. B. nahelegen möchte. Bewegung kommt in Theorie und Praxis der nachrevolutionären Entwicklung der UdSSR. Salopp gesagt: 70 Jahre gesellschaftlicher Ausnahmezustand sind genug, sind zuviel. Die Verschärfung der Übergangsphase der Diktatur des Proletariats zum gesellschaftlichen Dauerzustand ist das Problem, die Überwindung der daraus resultierenden Folgen der Gegenstand der aktuellen „Umbau“-Kampagnen, nicht etwa eine prinzipielle Kritik an den historischen und aktuellen Machtgrundlagen

der Übergangsphase der Diktatur des Proletariats zum gesellschaftlichen Dauerzustand ist das Problem, die Überwindung der daraus resultierenden Folgen der Gegenstand der aktuellen „Umbau“-Kampagnen, nicht etwa eine prinzipielle Kritik an den historischen und aktuellen Machtgrundlagen der UdSSR. Salopp gesagt: 70 Jahre gesellschaftlicher Ausnahmezustand sind genug, sind zuviel. Die Verschärfung der Übergangsphase der Diktatur des Proletariats zum gesellschaftlichen Dauerzustand ist das Problem, die Überwindung der daraus resultierenden Folgen der Gegenstand der aktuellen „Umbau“-Kampagnen, nicht etwa eine prinzipielle Kritik an den historischen und aktuellen Machtgrundlagen

Der Ausbruch der KPdSU nach 70 Jahren, der auch der Ausbruch einer neuen Generation ist, die den Stalinismus und den 2. Weltkrieg nicht mehr persönlich erlebt und auch nicht mehr historisch zu verantworten hat, sondern das Erreichte sichern und ausbauen will, könnte sich unter günstigen Umständen durchaus zu einer Erneuerung für demokratische Kräfte, insofern auch für Sozialisten innerhalb der UdSSR und auch über ihre Grenzen hinaus entwickeln. Bei näherem Hinsehen erweist sich die aktuelle Entwicklung des realen Sozialismus in der UdSSR aber keineswegs als beispielhaft für die allgemeinen Entwicklungsmöglichkeiten „des“ oder zum Sozialismus, sondern als ein Produkt besonderer historischer Umstände, die sich sehr von denen der heutigen hochentwickelten kapitalistischen Metropolen unterscheiden: Ich meine den fast unmittelbaren Übergang von feudalländlich-frühkapitalistischen Verhältnissen mit kaum entwickelter Industrie und unterentwickelter demokratischer Tradition zur sozialistischen Gesellschaftsordnung der jungen Sowjetrepublik 1917.

An diesen historischen Voraussetzungen: Unterentwickelte Produktivkräfte zum einen, kaum vorhandene demokratische Kultur zum anderen und die historischen Prozesse in der UdSSR zu messen. Das gilt für den Kriegskommunismus nach 1917, das

gilt für die „Neue ökonomische Politik“ (NEP), das gilt für die Industrialisierung unter Stalin und für die schrittweisen, z. T. steckengebliebenen Reformschübe seit dem 20. Parteitag 1956 bis heute. Das ist auch das „Erbe“, das Gorbatschow heute bewältigen muß.

Das Problem der „ursprünglichen Akkumulation“

Kern des Problems ist der bis heute nicht überwundene Prozeß der „ursprünglichen Akkumulation“, den die junge UdSSR ab 1917 im Rahmen der Planwirtschaft mit Gewalt nachholen mußte und das damit verbundene Auseinanderklaffen von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, d.h. der Organisation der Arbeit und der Lebensumstände.

„Unter der ursprünglichen Akkumulation versteht man“, schreibt Leo Kofler in einem aktuellen Beitrag zur Entwicklung der UdSSR, den im Übergang zu jeder neuen Gesellschaftsordnung (z. B. Frührenaissance, Manufaktur, industrielle Revolution) unvermeidlichen ökonomischen Prozeß der Erstellung der für die Lebenskraft dieser Ordnung unverzichtbaren wirtschaftlichen, d.h. technischen und finanziellen Mittel, und dies ebenso unvermeidlich auf Kosten der Arbeitskraft, der sozialen, gesundheitlichen — im industriellen Frühkapitalismus Durchschnittsalter der Arbeiter 29 Jahre (Friedrich Engels) — moralischen und kulturellen Substanz des Volkes.“

Bei den genannten Voraussetzungen der frühen Sowjetrepublik und angesichts der Systemkonflikte entwickelte sich dieser Prozeß der ohne hin schmerzlichen ursprünglichen Akkumulation — nach dem kurzen Zwischenstadium der NEP Anfang der 20er Jahre — unter Stalin zur gigantischen Industrialisierung mittels terroristischer Methoden (politischer Terror zur Durchsetzung einer entsprechenden Zentralisation, Zwangsrekrutierung, Massenrekrutierung von Arbeitskräften zu ausbeuterischen Bedingungen).

Gegenstand seiner Kritik ist unzweideutig die Breschnew-Ära der 70er und 80er Jahre.

Gegenstand seiner Kritik ist unzweideutig die Breschnew-Ära der 70er und 80er Jahre.

Theoretisch wurde das Problem (im wahren Sinn des Wortes) bewältigt, indem man die Sowjetunion zur unmitteibaren Vorstufe der kommunistischen Gesellschaft erklärte, in der sich Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse im Unterschied zum Kapitalismus automatisch aneinander angleichen. Das offensichtliche Auseinanderklaffen von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, d.h. die Ungleichmäßigkeit der gegenseitigen Kapitalakkumulation zum einen, die ungeheure materielle Auspowierung und politische Entrechtung der arbeitenden Bevölkerung zum anderen, wurde auf diese Weise schlicht bezeugt. Es wurde behauptet, eine beschleunigte Entwicklung der Schwerindustrie zöge automatisch eine entsprechende Beschleunigung in der Entwicklung der Lebensqualität nach sich. Praktisch führte der Diktator der Industrialisierung zur Herausfindung einer die ganze Gesellschaft durchziehenden almighty Zentralplan-Bewältigung des neuer privatisierter Wirtschaft auf dem Hintergrund der feudalen Traditionen quasi oligarchische Herrschaftsstrukturen wiederbelebte.

Aber mensch muß es ausgesprochen. Nicht trotz, sondern aufgrund des stalinistischen Terrors und der „Opferbereitschaft“ ihrer Bevölkerung entwickelte sich die UdSSR bis zum Tode Stalins 1953 zu einer der führenden Industrienationen und zur Weltmacht Nr. 2 nach den USA. Dies ist keine politische und erst recht keine moralische Rechtfertigung des Stalinismus. Dies ist eine historische Feststellung. Die trotz aller Hindernisse einschließlich des 2. Weltkrieges, erfolgreiche Organisation der „ursprünglichen Akkumulation“ der UdSSR in historisch nie dagewesenem Ausmaß und Geschwin-

digkeit ist der sozialpolitische Kern des Stalinismus, demgegenüber die KPdSU wie auch die sowjetische Gesellschaft insgesamt bis heute eine äußerst ambivalente Haltung einnimmt.

So kritisierte Chruschtschow 1956 in seiner „Geheimrede“ auf dem 20. Parteitag zwar Stalins „Personenkult“, wählte sich aber andererseits voll und ganz in die Kontinuität der Leistungen des „sozialistischen Aufbaus“, was selbstverständlich nichts anderes als volle Akzeptanz eben jener Phase der Terrorist (oben) genannter der „ursprünglichen Akkumulation“ bedeutet. Entsprechend halbherzig blieben, trotz aller Verurteilung Stalins, Schritte zur Dezentralisierung der Wirtschaft und Demokratisierung des öffentlichen Lebens. Das 3. Programm der KPdSU, das unter Chruschtschow angenommen wurde, verkündete noch, bis 1980 den Kommunismus in der UdSSR verwirklichen zu wollen.

So definierte Breschnew zwar die UdSSR neu als „entwickelten Sozialismus“ und projektierte weitere Reformprogramme, die sozialistische Theorie von der Gesellschaft set aber unter seiner Führung aber auf dem Niveau der 30er und 40er Jahre stagniert, wie den heutigen Kritikern Gorbatschows zu entnehmen ist. Andropow hielt sich in diesen Fragen bedeckt, obwohl er andererseits personalpolitisch den Schrittmacher für Gorbatschow machte. (2) Ebenso Tschernomyrdin, unter dessen Interimsführung Gorbatschows bereits am 2. Generalsekretär seinen Machtantritt vorbereitete. Auf dem Weg über das Aprilplenum des ZK der KPdSU 1985 war es, der wesentlich die Vorbereitungen für den 27. Parteitag bestimmte.

Von Stalin redet er wenig...

Ambivalent zeigt sich in diesem Punkt schließlich auch der Neuerer Gorbatschow selbst, der nicht müde wird zu betonen, was die Grundlage jeglicher „Umgestaltung“ sei: „Der von unserm Land zurückgelegte Weg, seine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Errungenschaften bestätigen überzeugend die Lebenskraft der marxistisch-leninistischen Lehre und das dem Sozialismus innewohnende riesige Potential, das im Fortschritt der sowjetischen Gesellschaft realisiert ist. Wir können auf das, was in diesen Jahren, den Jahren angespannter Arbeit, den Jahren des Kampfes, geleistet wurde, durchaus stolz sein“. So Wortlaut und Tenor kategorischer Feststellungen Gorbatschows im „Politischen Bericht“ an

den 27. Parteitag. Auch in jener vielbeachteten Rede „Über die Umgestaltung und die Kadepolitik der Partei“, die hierzulande unter dem Titel „Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen“ inzwischen berühmt geworden ist (3), bleibt Gorbatschow in diesem Punkt unumwunden: „Unter der Führung der Partei hat das Sowjetvolk den Sozialismus aufgebaut, den Sieg über den Faschismus im großen Vaterländischen Krieg errungen, die Volkswirtschaft wieder aufgebaut und gefestigt sowie seine Heimat zu einer starken Macht entwickelt. Unsere Leistungen sind gewaltig und unbestreitbar, und die sowjetischen Menschen sind zu recht stolz auf ihre Erfolge. Sie sind die stabile Grundlage für die Realisierung der heutigen Pläne sowie unserer Vorhaben für die Zukunft“.

Aber damit nicht genug. Nicht nur beruft Gorbatschow sich schon beinahe penitrat beständig auf Lenin, er wehrt sich auch betont — und dies in der Regel mehrere Male im Verlauf seiner jeweiligen Reden — in die Kontinuität des „sozialistischen Aufbaus“ und der großen Tradition des „Marxismus-Leninismus“. Der Name Stalin kommt bei ihm nicht vor. Eine ausdrückliche Kritik an Stalin sucht mensch vergebens in seinen bisherigen (auf deutsch zugänglichen) Reden.

Wo Gorbatschow, wie in dem „Politischen Bericht“, von „immer neuen Problemen“ spricht, „die wir als Erbe der Vergangenheit übernommen“ haben, deren Wiederholung nicht zugelassen werden dürfte, das geht es nicht in erster Linie um die Aufarbeitung des historischen Stalinismus, nicht um die 20er, nicht die 30er, nicht die 40er, ja nicht einmal um die 50er Jahre (ja geht es darum, „die Ursachen für die

gegenwärtige Lage zu erklären und die Gründe für das zu analysieren, was sich an der Wende von den 70er zu den 80er Jahren im Lande vollzog“.

Und wo Gorbatschow, von westlicher Presse und internationalen Verehrern der Linken stark beachtet, „konservative Haltungen“ kritisiert, da findet sich die schon erwähnte interessante Wendung: „Die theoretischen Vorstellungen vom Sozialismus blieben in vielerlei Hinsicht auf dem Niveau der 30er und 40er Jahre, einschließlich der „theoretischen Vorstellungen vom Sozialismus“, speziell der Vorstellungen von der UdSSR als Gesellschaft, in der sich die Produktionsverhältnisse automatisch an den Stand der Produktivkräfte angleichen, keine Interessenkonflikte“ darum ständen usw.

Hier fallen harte Worte über die Ersetzung der lebendigen Diskussion und des schöpferischen Denkens durch „autoritäres Einschätzungen, ... die man nur noch kommentieren konnte“, „oberflächliche Vorstellungen vom Kommunismus“, „scholastisches Theoretisieren“ in „jener konkreten historischen Situation“, die die Ursache für diese theoretische Verflachung gewesen sei.

Der 27. Parteitag steht in der Tradition bisheriger Wirtschafts- und Innenpolitik.

Wer will, kann dies als Kritik des Stalinismus verbuchen. Vermutlich mit recht. Entscheidend ist allerdings: Der Stalinismus selbst ist für Gorbatschow offenbar unter der Haut geblieben. „Völlig andere Aufgaben“ abgelehnt, jedenfalls ist weder der Stalinismus, noch „der ML“, wie viele Linke glauben möchten, Thema für eine aktuelle politische Kampagne von seiner Seite oder seitens der Partei. Gegenstand seiner Kritik ist unzweideutig die Breschnew-Ära der 70er und 80er Jahre, in denen es die Partei trotz aller Anläufe nicht geschafft hat, von der Phase der „ursprünglichen Akkumulation“ zur Phase der „erweiterten Reproduktion“ voranzukommen. „Ah“, mit den „quantitativen“ Pfünden der Stalinzeit, „qualitativ“ zu wache, „Niemand sollte sich täuschen, mahnt Gorbatschow in seinen Reden immer wieder: es gehe bei der „Umgestaltung“ nicht um die Bewältigung der Vergangenheit, sondern um die der Gegenwart und der Zukunft!

Scharf gesprochen: Mit der bloßen Verabschiedung der „Konzeption der Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung des Landes“ (4), mit seinen Aufträgen zur „Modernisierung aller Bereiche der Volkswirtschaft“, zu intensiver Produktion, statt extensiver, zu mehr Qualität, statt Quantität, zu mehr Leistung, mehr Disziplin im Dienst an der Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung unserer Gesellschaft“ usw.

steht der 27. Parteitag voll und ganz in der Kontinuität der bisherigen Traditionen sowjetischer Wirtschafts- und Innenpolitik. Schon Chruschtschow hatte unter dem Motto „Weg von der Tonnendeologie“ versucht, diesen Übergang zu schaffen. Zeitweilig konnte er, später auch Breschnew, damit neue Energien der sowjetischen Volkswirtschaft freisetzen. Unter Breschnew allerdings, d.h. eben seit der 70er Jahren, entwickelte sich das Wirtschaftswachstum konstant rückläufig. Zwar hat (nach sowj. Angaben, verweist sich) beispielsweise das Nationaleinkommen im 11. Fünfjahresplan noch um 17% zugenommen, zwar liegt auch die Realloohnommen von 1985 noch 12% über denen von 1980. Seit 1970 ist der Zuwachs des Nationaleinkommens aber insgesamt von 41% auf 17%, die jährliche Zuwachsrate der Realloohnommen von 1970 4,7% auf 1985 2,3% gesunken, Tendenz: weiter fallend. (5) Eine Fortsetzung dieses Entwicklungsrends birgt für die UdSSR die Gefahr ihrer Schwächung als Weltmacht und der Entstehung innerer Spannungen.

Und nicht nur das: Unter dem Druck der rückläufigen Wachstumsdynamik, der wachsenden internationalen Konkurrenz, der scharfen Systemkonkurrenz sieht sich die Führung der UdSSR heute gezwungen, alle Reversen des sowjetischen Volkes für eine gegenwärtige Lebensveränderung zu mobilisieren, deren Kern die radikale Automatisierung und Rationalisierung aller Bereiche der Volkswirtschaft ist. Die Beschleunigung des 27. Parteitags wie auch die Reden Gorbatschows sind gespickt mit Beispielen über erfolgreiche Nationalisierungsmaßnahmen, über Freisetzung und Umwertung von Arbeitskräften etc. Dazu gehört übri-

gens auch die z. T. schon stattfindende, aber für das ganze Land geplante Umstellung der Produktion vom Ein- oder Zwei- auf den Dreischichtbetrieb. Dazu gehört nicht zuletzt der beschleunigte Ausbau des Atomenergie-Programms, sowie all der bekannten Technologien, die in den kapitalistischen Metropolen Objekt linker Fortschrittspolitik sind. Ich will das hier nicht weiter ausführen. Ein Blick in die beschriebenen und Berichte vom 27. Parteitag wird genügen.

Die Führung der UdSSR steht heute in ähnlicher Weise vor einer Schallmauer wie seinerzeit die junge Sowjetrepublik bei Beginn der Industrialisierung. Heute ist es nicht mehr die „ursprüngliche Akkumulation“, sondern die Überwindung dieser Phase, mit der der Sprung ins 3. Jahrtausend gesichert werden soll. Allemal geschieht es aber immer noch im Aufholzwagen gegenüber der Entwicklung des Kapitalismus. Insoweit wäre der Aufbruch des 27. Parteitags über die routinemäßige Bekanntgabe des zwölften 5-Jahresplanes hinaus nicht prinzipiell etwas Neues.

„Stachanowarbeiter der Umgestaltung“

Neu ist die Einsicht der sowjetischen Führung, daß die bloße Modernisierung der Produktionsmittel die notwendige Angleichung der Produktionsverhältnisse an die veränderten Produktivkräfte nicht von selbst bewirkt wird, sondern daß der „Faktor Mensch“ (4) als Motor der Effektivierung mobilisiert, besser genutzt und für die Zukunft besser qualifiziert werden muß. Als Aufruf zur Entwicklung einer „Volkinitiative“ zur Mobilisierung aller „gesunden“ Reserven des Sozialismus findet sich diese Einsicht im „politischen Bericht“ Gorbatschows zum 27. Parteitag. Neu ist auch die Einsicht, mindestens die Bereitschaft, dieser Einsicht entsprechend zu handeln, daß eine solche Mobilisierung angesichts der realen Demotivation und Entfremdung in der arbeitenden Bevölkerung der UdSSR nicht durch neue Appelle und Versprechungen erreicht werden kann, schon gar nicht durch terroristische Methoden wie während der Industrialisierung unter Stalin, sondern nur über spürbare Verbesserung der sozialen Verhältnisse: durch materielle „Simulierung“, mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Verwendung der Produkte und Erweiterung der Individualrechte. Neu ist die Einsicht, daß die Bedingungen dafür in der sowjetischen Gesellschaft inzwischen auch herangereift, gewissermaßen „überreif“ sind und daß sie nicht in eine Behinderung der Produktivkräfte umschlagen und die Stagnation zu einer lebensbedrohlichen Krise für die sowjetische Gesellschaft zuspitzen sollen.

Dies ist das Wesen der vom 27. Parteitag beschlossenen „Umgestaltung“. Die Demokratisierung ist eine Funktion der ökonomischen Effektivierung, nicht etwa umgekehrt. „Wir wollen aufrichtig sein, Genossen“, mahnt Gorbatschow die Funktionäre des Gewerkschaftskongresses, „Man kann eine Beschleunigung und eine Erhöhung der Qualität unseres ganzen Lebens nur auf einem Weg erzielen — durch effektive, hochproduktive Arbeit. Keinerlei Mechanismen der Verteilung und Umverteilung schaffen etwas an und für sich ... Die Umgestaltung bedeutet, daß jeder an seinem Arbeitsplatz mehr leisten muß ... Demokratie ist kein Gegenstück von Ordnung. Demokratie ist kein Gegenstück von Disziplin. Demokratie ist kein Gegenstück von Verantwortung“.

Neu ist, daß der „Faktor Mensch“ als Motor der Effektivierung mobilisiert wird. „Stachanowarbeiter der Umgestaltung“, das ist das höchste Lob, das Gorbatschow vor den Gewerkschaftsfunktionären zu vergeben hat. Damit ist der Übergang vom nachstalinistisch geprägten „Helden der Arbeit“ zum zukünftigen Helden der „Umgestaltung“ gegeben. Dies kennzeichnet die Bahnen, in denen die Demokratisierung sich nach dem Willen der Partei bewegen soll. Das heißt natürlich nicht, daß sie sich in diesen Bahnen auch halten wird. Aber darüber soll hier nicht spekuliert werden. Das wird auch zu beobachten sein.

Neu am Aufbruch des 27. Parteitags ist auch die erkennbare Entschlossenheit der von Gorbatschow repräsentierten nachdrängenden jüngeren Parteibürokratie der UdSSR, es diesmal nicht bei Appellen bewenden zu lassen, sondern „die Kräfte der Trägheit, des Abnehmens bis zu Ende zu brechen“.

die „Umgestaltung umkehrbar zu machen“, um eine Wiederholung aller Fehler zu vermeiden (6), mensch könnte sagen: Den Generationswechsel sichtbar und nachhaltig zu vollziehen.

Das Tempo der personellen Umstrukturierung in der Führungsspitze spricht für sich: Neben den spektakulären Umbesetzungen in ZK und Politbüro hatte Gorbatschow schon bis Anfang November '85, also bereits ein halbes Jahr nach Amtsantritt, 14 Minister auf Unionsebene, 25 regionale Parteichefs und acht Abteilungsleiter des Zentralkomitees ausgewechselt. (7) Im Bereich des Ministerrats, der mit seinen zentralen Planungsorganen Hauptbeheb für die Durchführung der Wirtschaftsreformen sein soll, waren bis Ende 1985 136 Personen, dazu 31 Minister und Vorsitzende, ausgewechselt. Die meisten mußten wegen Vorwürfen der Inkompetenz oder Korruption gehen, nur wenige aus Altersgründen. Allerdings rückten in der Regel jüngere Kräfte nach. (8)

Gorbatschow fordert Aktion: Bereits seinen „politischen Bericht“ für den 27. Parteitag bezeichnete er als „Aktionsprogramm“, bei dem das Entscheidende nicht die Worte, sondern die Umsetzung in praktisches Handeln sei. Seitdem drängt er auf Tempo: „Man muß handeln, handeln, handeln und nochmals handeln — aktiv, kühn, schöpferisch und kompetent“, so Gorbatschow in seiner Rede vor der Partei im Februar '87, in der er auf ideologische Erneuerung und Umgestaltung in der Partei drängte. „Wir müssen bei uns selbst anfangen“, hielt er den Parteifunktionären vor, und kündigte ein geadeltes Ausräumen des bürokratischen Ausräumens an.

„Nun kommt es darauf an, die Umgestaltung in der Praxis zu entfalten. Das begonnene Jahr 1987 wird in vielerlei Hinsicht bestimmend sein, denn heute wird praktisch das Schicksal der Umgestaltung entschieden, wird das Fundament der Beschleunigung errichtet“, so agitierte er einen Monat später vor dem sowjetischen Gewerkschaftskongress, wo er erstmals auch deutlich Klage über „eigennütziges Gegen der Umgestaltung“ führte, allerdings zugleich auch erkennen ließ, daß die Umgestaltung auch bei „ehrlichen Menschen“ auf Schwierigkeiten stößt, die „im Bann der alten Vorstellungen bleiben, die die Schärfe und den kritischen Charakter der Probleme, die sich für die Gesellschaft ergeben, nicht erkannt haben“ (Anm. 6) Seitdem folgt ein offener Einsatz auf den nächsten. Die Zeit drängt offenbar. Im Juni '87 soll auf einem ZK-Plenum Zwischenbilanz gezogen werden.

Mehr Markt, mehr Geld, mehr Freiheit...

Die neuen Erkenntnisse schlagen sich in weitreichenden Revisionen bisheriger Grundsätze der KPdSU nieder. (9)

Mehr Markt, mehr Geld, mehr Freiheit...

Die neuen Erkenntnisse schlagen sich in weitreichenden Revisionen bisheriger Grundsätze der KPdSU nieder. (9) Die bisher herrschende Auffassung von der „automatischen Anpassung“ der Produktionsverhältnisse an die sich verändernden Produktivkräfte wird vom 27. Parteitag ausdrücklich korrigiert. Auch sozialistische Formen der Produktionsverhältnisse könnten sich zu Fesseln der Produktivkräfte entwickeln. „Die Beibehaltung der überholten Aspekte in den Produktionsverhältnissen führt zur Verschlechterung der sozialökonomischen Situation, daher ist es erforderlich, das ganze System der Produktionsverhältnisse periodisch und einschneidend umzugestalten und die ganze Wirtschaftsstruktur grundlegend zu reformieren“. Dem entspricht die von Gorbatschow neu gegebene Definition der SU als „sich entwickelnder Sozialismus“.

Auf dieser Grundlage wird die bisherige „Verabsolutierung des sozialistischen Eigentums“ korrigiert. „Gemeineigentum an sich“ sei kein Garant für die Entwicklung der Produktivkräfte, wenn die existierenden Formen des Gemeineigentums den veränderten Bedingungen nicht mehr entsprechen. Die Konsequenz: Neben sozialistischem Eigentum soll in Zukunft das genossenschaftliche mehr gefördert werden. Privatwirtschaft wird „als notwendige Ergänzung der gesellschaftlichen Produktion“ zugelassen. „Sozialistisches Eigentum“, also wenigstens Lohnarbeit, soll darüber hinaus unmittelbar von der Leistung abhängig gemacht werden. Es soll Schluß sein mit „Gleichmacherei“. Das Niveau der Einnahmen der Belegschaften ist in eine direkte Abhängigkeit von der Effektivität ihrer Arbeit zu setzen. Kurz, es gilt jetzt für die Zukunft auch in der UdSSR der uns so wohlbekannte Spruch: Leistung soll sich wieder lohnen!

Die Ware/Geld-Beziehung soll in neue Rechte eingesetzt werden. Ihre Anerkennung soll zur Herstellung eines Binnenmarktes führen, von dem man sich eine marktorientierte Pro-

duktion, bessere Produkte, sowie deren reibungslosere Verteilung erhofft. War die Ware/Geld-Beziehung früher als Überrest des Kapitalismus und im Zuge der Reformversuche der 70 Jahre noch als „Marktsozialismus“ verdammt worden, so heißt es für die Zukunft: „Die Ware/Geld-Beziehung ist ein natürlicher Bestandteil der Planwirtschaft“.

Alles in allem: Die Konkurrenz in der Form des „sozialistischen Wettbewerbs“ soll wieder in ihre Rechte eingesetzt werden. Die Ware/Geld-Beziehung (bzw. auch die Ware Arbeitskraft?) sei kein vom Kapitalismus eingeführter Fremdfaktor, sondern ein gesetzmäßiges Phänomen des „Lebens selbst“, wie Gorbatschow sich ausdrücken liebt. Mißstände, wie der Mangel an Objektivität der Planwirtschaft (fehlende Wirtschaftlichkeit, ungenaue Bedarfsanalysen etc.), Überreste von Naturalwirtschaft, die Mentalität der Abhängigkeit von anderen, die Gleichmacherei usw., Mißstände, die die sozialökonomische Entwicklung hemmen, können nur durch eine richtige Regelung der Ware/Geld-Beziehung überwunden werden.

Regulativ und Motor für die angestrebte Entwicklung soll die verstärkte Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung und Aufsicht des Produktions- und Verteilungsprozesses abgeben. Die Betriebe und Kombinate werden aufgefordert, die unmittelbare Demokratie zu erweitern, die Rolle der Arbeitskollektive und der Betriebsversammlungen zu stärken. Leiter von Betrieben, Produktionseinheiten bis hin zu Brigadeführern sollen gewählt werden, die Betriebsdirektoren der kollektiven Leitung verantwortlich gemacht werden.

Die Arbeitskollektive sollen das „zentrale Glied der Umgestaltung“ werden. In den Arbeitskollektiven sollen vertreten sein: die Belegschaft, die Betriebsleitung, die Gewerkschaft, örtliche Organe (Sowjets) und Komitees. In den Arbeitskollektiven soll über Leistungsvorgaben, Lohnauszahlung, Arbeitseinsatz und die soziale Verwendung der Gelder, also eigentlich über alle Belange des sozialen Lebens, beraten werden. „Wie es in den Arbeitskollektiven abläuft, so läuft es auch in der ganzen Gesellschaft... Nimmt man das Produktionsleben eines Arbeitskollektives, so werden hier sicher die Hauptveränderungen durch die beginnende Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus, den Übergang zur wirtschaftlichen Rechnungsführung, die Eigenfinanzierung, das Rentabilitätsprinzip, und die Selbstverwaltung bestimmt.“

Es gilt für die Zukunft auch in der UdSSR — Leistung soll sich wieder lohnen.

Es gilt für die Zukunft auch in der UdSSR — Leistung soll sich wieder lohnen.

Was ist gemeint? — „Auf einen einfachen Nenner gebracht: Wer braucht die wirtschaftliche Rechnungsführung? Jene, die ehrlich arbeiten. Für wen ist die wirtschaftliche Rechnungsführung gefährlich? Für den Schwärzer, der sofort seine Inkompetenz entlarvt. Wer, wenn nicht das Arbeitskollektiv, kann das gesellschaftliche Gesicht eines jeden Menschen wirklich sehen, das Maß der sozialen Gerechtigkeit nicht im großen und ganzen, sondern konkret, sozusagen namentlich bestimmen? Wer weiß am besten, wo die Möglichkeiten erschöpft sind, und wo noch nicht geringe Reserven versteckt sind? Wer und wo alles Mögliche getan hat, oder wo es zur Norm wurde, nachlässig zu arbeiten?“

Die kleinste gesellschaftliche Einheit, das Arbeitskollektiv, als Ort ökonomischer Mobilisierung nach dem Leistungsprinzip und als Ort sozialer Kontrolle! Voilà, das Modell Gorbatschow!

Die Ankündigungen des 27. Parteitags blieben keineswegs Papier. Eine Reihe konkreter Schritte wurde bereits eingeleitet. Die wesentlichen seien hier genannt:

— Schon im Januar '86 wurde unter Verantwortung des Ministerrats bei der staatlichen Planungskommission (GOSPLAN) eigens eine Kommission zur Durchführung einer Strukturreform der Verwaltung- und Planungsarbeit der Wirtschaftsmechanismen eingerichtet. Angestrebt wird die Effektivierung der zentralen Planung im Sinne einer Konzentration auf die Durchsetzung einzelstaatlicher politischer Richtlinien der Modernisierungskampagne bei gleichzeitigem Ausbau der Befugnisse und Verantwortung der örtlichen Sowjets als kommunale Organe. Die mittlere Bürokratie soll dagegen radikal durchdrationalisiert werden. Etwas salopper ausgedrückt: Nach oben Konzentration, nach unten Einbeziehung, in der Mitte soll abgespeckt werden. Bis Anfang '86 sollen bereits mehr

als 12.000 mittlere Funktionäre „umgesetzt“ worden sein. (7)

Im Zuge der Marktbelebungen werden auch die „horizontalen Verbindungen“ gestärkt.

— Unter dem Motto „Einführung wirtschaftlicher Rechnungsführung“ soll das Prinzip der leistungsbezogenen und marktorientierten Produktion, das als Experiment seit 1984 in fünf verschiedenen Industrieministerien unterstellten Betrieben durchgeführt wurde, jetzt auf das erste Drittel der sowjetischen Betriebe ausgedehnt werden. Ab 1987 sollen diese Leitungsmethoden in allen Betrieben der SU praktiziert werden.

„Wirtschaftliche Rechnungsführung“ bedeutet: Reduzierung der von oben festgelegten Höhe der Planziffern. Verbleib der das Plansoll übersteigenden Überschüsse im Betriebsfonds. Eigenverantwortlichkeit der Betriebskollektive bei der Verwendung dieser Betriebsfonds. Das Betriebskollektiv hat zu entscheiden, ob die erwirtschafteten Überschüsse a) in neue Investitionen b) in Lohnerhöhungen c) in Erhöhung sozialer und kommunaler Leistungen gesteckt werden. Vergleichbare Regelungen wurden auch für die Landwirtschaft getroffen. Staatsgüter dürfen Sollüberschüsse und 30 % der im Rahmen der Planvorgaben produzierten Produkte selbst verkaufen.

Eine Reihe von neuen Gesetzen und Beschlüssen flankieren die organisatorischen Maßnahmen:

— Erweiterung der Rechte der Betriebe auf Abschluß selbstständiger Handelsverträge im In- und auch im Ausland;

— Neuordnung des Lohnpolitik. Nach dem Beschluß legt der Staat nur noch Lohngruppen fest. Konkrete Lohnerhöhungen sind Sache der Betriebe

— Beschluß über die Gründung von Genossenschaftswesen speziell im Dienstleistungsgewerbe;

— Beschluß zur Zulassung privater Initiative: Den Selbständigen ist erlaubt, unter der Voraussetzung der Nichtbeschäftigung von Arbeitern, in 29 Bereichen Gewerbe zu treiben;

— Schließlich wurde noch ein neues Betriebsgesetz verabschiedet, das Rechte und Pflichten innerhalb der Betriebe, die Beziehungen zwischen unterschiedlichen Betrieben, sowie die zwischen den Betrieben und den zentralen Leitungsorganen wie den örtlichen Sowjets regelt.

In Verbindung mit der Lockerung der Zensur für die Medien, Kunst und Kultur, mit Initiativen zur Erneuerung vor allem der Gesellschaftswissenschaften durch Förderung bisher in der UdSSR kaum entwickelter empirisch-soziologischer Felduntersuchungen, mit Vorlage eines Gerichtsverfassungsgesetzes und Novellierung des Strafgesetzes und anderen Maßnahmen zur „Festigung sozialistischer Gesetzmäßigkeit“, wie Gorbatschow es nennt, mit denen die Willkür der Bürokratie abgebaut und die Gleichheit vor dem Gesetz eintragbar gemacht werden soll, ist es nicht übertrieben, von einem in der Geschichte der UdSSR bisher beispiellosen Gewinn an sozialer Mobilität, Lebensqualität und persönlicher Freiheit zu sprechen. Die Einzelheiten dieses vielgestaltigen und sehr ungleichmäßig verlaufenden Prozesses sind allerdings erst noch zu untersuchen.

Insofern könnte von dem Demokratisierungsprozess für die Gesamtgesellschaft durchaus die Dynamik ausgehen, die die UdSSR-Führung und sicher auch große Teile der politischen Bevölkerung sich davon versprechen bzw. erhoffen, wenn die Neuerer nicht durch Widerstände aus den Teilen der bürokratischen Apparate aufgehalten werden, denen es mit dem „Umbau“, speziell mit dem Abspecken des Bürokrats, an die Privilegien geht. Darüber soll hier aber nicht spekuliert werden. Auch dies wird zu beobachten sein.

... und Gleichheit?

Zweifelhaft allerdings erscheint mir doch, ob die Wiederzulassung von Privatproduktion, die Stärkung des Marktes, die Wiedereinführung des Leistungslohns, die funktionale Unterordnung der Demokratisierungsmaßnahmen unter die Erfordernisse des sozialökonomischen „Umbaus“, d.h. auch die Unterordnung der Volksinitiative unter die Parteikontrolle tatsächlich auf eine revolutionäre Erneuerung des Sozialismus in der UdSSR oder gar auf die prinzipielle Entwicklung einer attraktiven Alternative zum Kapitalismus hinauslaufen.

Unter Sozialismus würde ich doch — grob gesprochen — immerhin einen gesellschaftlichen Prozeß verstehen, der sich in der Tendenz auf die Überwindung von Klassenunterschieden, die Aufhebung des Staates und die einseitige Verwirklichung der Ideale der Frei-

heit, der Gleichheit und der Menschlichkeit zubewegt.

Die aktuellen „Umbau“-Maßnahmen vertiefen dagegen, auch wenn sie gleichzeitig die formale, d.h. juristische Gleichheit propagieren, tendenziell die sozialen Ungleichheiten. Das beginnt mit der Differenzierung der Individuen nach dem Leistungslohn, der unter dem Ruf des Kampfes gegen „Bummelanten“ und „unehrlich erworbenen Gewinn“ ausdrücklich die bisherige „Gleichmacherei“, d.h. gleichen Lohn für ungleiche Leistung, ersetzen soll. Es setzt sich fort in der ungleichmäßigen Entwicklung der Betriebe, zwischen denen sich nach dem neuen System in absehbarer Zeit große Differenzen im Lohnniveau und der Qualität der sozialen Leistungen entwickeln werden. Antagonistisch müssen sich die Interessen von Betriebsleitungen und Belegschaften entwickeln, die aus dem Betriebsfonds einseitig Investitionen für eine marktwirtschaftlich orientierte Modernisierung und Effektivierung der Produktionsanlagen, andererseits Lohnerhöhungen und kommunale soziale Leistungen bestreben sollen. Die Freigabe privater Unternehmer-Initiative schließlich führt nach aller bisherigen Erfahrung auch nicht gerade zu mehr sozialer Gleichheit, sondern — wie die chinesische Entwicklung zeigt — geradezu zu neuen Klassendifferenzierungen.

Nutzenzieher der neuen Freiheiten sind vor allem die, die sie sich ökonomisch leisten können.

Anders gesagt: Der aktuell unbestreitbare, auch der sicher noch zu erwartende Gewinn an Freiheit und formaler Gleichheit in der sowjetischen Gesellschaft wird erkauft durch intensive Ausbeutung der Mehrheit der Bevölkerung und die offizielle Beseitigung der bisher postulierten sozialen Gleichheit auf der anderen Seite. Damit engt sich der Kreis der hauptsächlichsten Nutznießer der neuen Freiheiten tendenziell auf diejenigen ein, die sie sich auch ökonomisch leisten können. Hierin kann auch zwar durchaus noch einen bescheidenen Impuls zur Überwindung des demokratischen Nachholbedarfes der SU, aber keineswegs einen solchen für revolutionäre Erneuerung des Sozialismus erkennen.

Zum Schluß, denn der Platz wird knapp, nur noch eine Anmerkung in Sachen Ökologie: Nach dem Super-Gau von Tschernobyl erklärte Alexander Ryschkow, der neue erste Mann im Ministerrat, auf der Juni-Sitzung des obersten Sowjets, zwar könne die Solplanung des 27. Parteitags in Sachen Kernenergie nun nicht mehr eingehalten werden, man werde aber nach wie vor alle Anstrengungen unternehmen, den Anteil des Atomstroms an der Ryschkow, der neue erste Mann im Ministerrat, auf der Juni-Sitzung des obersten Sowjets, zwar könne die Solplanung des 27. Parteitags in Sachen Kernenergie nun nicht mehr eingehalten werden, man werde aber nach wie vor alle Anstrengungen unternehmen, den Anteil des Atomstroms an der Energieversorgung bis 1990 zu verdoppeln. Der Sicherheitsstandard müsse erhöht werden, aber grundsätzlich sei die Kernenergie der einzige Weg, den Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden. (10)

No Comment! Der Fortschritt fordert seinen Tribut. Es mag der sowjetischen Gesellschaft als Ganzes nützen wie auch die politischen Initiativen Gorbatschows. Ob aber aus dem jetzigen „Umbau“, sofern er nicht gestoppt wird, Impulse für eine glaubhafte sozialistische Alternative zum Kapitalismus entstehen, das steht auf einem noch nicht beschriebenen Blatt.

Anmerkungen

- 1) Leo Koller, „Aufbruch in der Sowjetunion“, VSA, 87
 - 2) siehe dazu auch AK 208.
 - 3) „Wir brauchen die Luft zum Atmen“, norow-aktuell, S. 15 ff., Nr. 12/86.
 - 4) außerdem M. Gorbatschow, „Über die Umgestaltung der Kaderpolitik der Partei“, APN, 87, S. 7 ff.
 - 5) siehe Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag, APN, 1986.
 - 6) Jörg Hulechmidt, „Umbau der Wirtschaft und Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung — zur neuen wirtschaftspolitischen Strategie der Sowjetunion“, in „Blätter für deutsche und internationale Politik“, 1987.
 - 7) M. Gorbatschow, „Die Umgestaltung ist das ursprüngliche Anliegen des Volkes“, Rede auf dem XXVII. Kongreß der Gewerkschaften der UdSSR vom 26.2.87.
 - 8) Angaben nach Christian Schmidt-Häuer, „Michael Gorbatschow“, Piper Aktuell, März 86.
 - 9) Angaben nach Malcolm Mackintosh, „Die Sowjetunion nach den ersten zwei Jahren unter der Herrschaft Gorbatschows“, aus „NATO-Brief“, 1987.
 - 10) siehe hierzu, „Beijing-Rundschau“, Nr. 11 vom 17.3.87.
- Außerdem die Original-Unterlagen: „Politischer Bericht“ an den 27. Parteitag (Anm. 4); „Programm der kommunistischen Partei“, Herausgabe, APN, 1986; „Über die Umgestaltung der Kaderpolitik der Partei“ (Anm. 3); Rede vor dem 18. Gewerkschaftskongress (siehe Anm. 6); Mowedjew, „Der Generalsekretär“, Luchterhand, 1986.

Unter den Augen der westdeutschen Linken hat die Terror- und Liquidierungskampagne der kurdischen Arbeiterpartei, PKK, ein neues Todesopfer gefordert. Am Nachmittag des 3. Mai wurde in Hannover der 37-jährige Ramazan Adigüzel erschossen. Ramazan Adigüzel floh Ende 1983 aus der Türkei in die Bundesrepublik. Er war Mitglied im Lehrerverband TÖB-DER und Bundesvorstandsmitglied der Föderation kurdischer Arbeitervereine in der BRD, Komkar. Schon am 8. April war in Stuttgart auf ein Mitglied des Komkar-Bundesvorstandes, Mehmet Elbistan, ein Mordanschlag verübt worden, den das Opfer überlebte.

Ramazan Adigüzel ist das jüngste Opfer einer Politik, die im Gewand des revolutionären Befreiungskampfes Angst und Terror unter politisch Andersdenkenden verbreitet.

Die PKK führt seit Jahren eine gezielte Mordkampagne gegen Dissidenten in den eigenen Reihen, Kritiker an anderen türkischen und kurdischen Organisationen. In einer „Frühjahrsauflage“ hatte die PKK zuletzt versucht, ihren Alleinverbreitungsanspruch der kurdischen Nation gewaltsam gegenüber anderen Gruppierungen aus der Türkei-Kurdistan durchzusetzen. In der Bundesrepublik griffen PKK-Anhänger vier kurdische Neujahrsfeiern (Nowroz) von PKK-Anhängern an (in Klammern jeweils die veranstaltenden Organisationen):

- * am 21. Februar in Bremen (TSK-DK)
- * am 28. Februar in Hannover (KKDK)
- * am 7. März in München (Komkar)
- * am 15. März in Bielefeld (Kawa).

* am 15. März in Bielefeld (Kawa). Im gleichen Zeitraum wurden auf Vereinsbüros der Komkar in Köln, München, Duisburg, Nürnberg und Hamburg Brandanschläge verübt, deren Sachschaden Komkar mit 500.000,- DM beziffert.

Nachdem in München am 7. März bei den Auseinandersetzungen einer der Angreifer von Schüssen tödlich getroffen zurückblieb, steigerten sich die Drohungen der PKK und ihrer Volksbefreiungsfront, ERNK, gegen die „politisch maskierte kollaborierende kurdische Reaktion in Europa“ (ERNK-Europavertretung, 10.3.1987, vgl. AK 281).

In einem „Brief aus dem Gefängnis“ fordert ein Anwalt in der Zeitung der ERNK weitere Schläge gegen Komkar: „Bestraft sie! Vernichtet sie vollständig, wo unser Volk lebt! Eröffnet gegen diese Verräter und Auslandsbanden (Spezialkriegsbanden) mit apokalyptischer Entschiedenheit und mazzunistischem Widerstandswillen einen Krieg! Der Kampf gegen diese Verräter und Sklaven ist genauso heilig wie der Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus (...) Vorwärts um diese heilige Aufgabe zu erfüllen, um diese Verräter und Sklaven in Europa vollständig auszurotten!“ (Berxwedan, April 1987).

Ein in Hamburg schon im März aufgetauchter Aufkleber spricht eine ebenso deutliche Sprache: „Bandenführer und Agentenmilizen, Feinde Kurdistans und des Kurdentums, 5-Pfennig Lakaien des faschistischen türkischen Kolonialismus, keine Kraft wird euch vor den Kugeln der Volksbefreiungskräfte retten! Ergibt euch der Volksbefreiungsarmee Kurdistans, bevor ihr noch mehr Schuld gegenüber dem Volk auf euch ladet! Blüht das Volk um Verzeihung, legt Rechenschaft über eure Schuld ab! ARGK“. Bei der ARGK handelt es sich um die von der PKK Ende 1986 gegründete Volksbefreiungsarmee Kurdistans. Ein Artikel in Berxwedan vom April 1987 macht klar, daß Aufkleber dieser Art nicht etwa auf das türkische Militär abzielen. Unter der Überschrift „Sind die Dorfbesitzer in Europa?“ werden kurdische Organisationen wie Komkar und Peseng (KKDK) als „Dorfbesitzer in Europa“ (bewaffnete Agenten der türkischen Militärs) und „maskierte Sklaven“ bezeichnet.

Nebenstehende Auszüge aus dem „Aufruf an alle Menschen aus Kurdistan, die in Würde leben wollen“, vom Zentralrat der ERNK auch in deutscher Sprache verbreitet, zeichnet die aktuelle Generallinie der PKK. Die unbedingte Unterordnung unter die führende Rolle der PKK im nationalen Befreiungskampf wird zur Scheidelinie des Freund-Feind-Bildes der Bewegung. Jeder, der sich dieser Führung nicht unterwirft, wird nach dem „Nationalen Befreiungsgesetz“ der PKK bestraft. „Verrat“ an der PKK, gleich-

Gewaltwelle der PKK gegen Kurdische Linke

gesetzt mit Verrat an Vaterland und Nation wird, als „größte Schuld tat überall mit dem Tode bestraft“. In die Reihe der Feinde stellt die PKK neben das türkische Militär und die Dorfbesitzer auch Institutionen wie das Gesundheits- und Erziehungswesen, die ebenso zerstört werden sollen wie alle „Kollaborateure“. „Kurz gesagt, alles, was in unserer Heimat dem Feind gehört, ihm dient, ist Ziel unseres Kampfes. Der Angriff gegen diese Kräfte und deren Vernichtung ist legitim und unumgänglich. (...) Um zu leben, müssen wir töten.“ (ERNK-Zentralrat, 30.4.1987)

Diejenigen Linken, die noch immer alle Vorwürfe gegenüber der PKK mit

Hinweis auf die schwierigen Kampfbedingungen in Kurdistan zurückweisen und die terroristische Politik der PKK mit dem Mantel antirassistischer Solidarität bedecken, sollten sich angesichts dieser Programmatik fragen, ob es außer der Gegnerschaft zum türkischen Militär weitere Gemeinsamkeiten mit der Ideologie und Politik der PKK gibt. Kann der einzige Anspruch an eine Befreiungsbewegung tatsächlich im bewaffneten Kampf gegen eine kolonialistische Armee bestehen, oder müssen nicht auch die angewandten Methoden sich an dem emanzipatorischen Ziel messen lassen?

Wie auch immer man zur Politik der verschiedenen anderen kurdischen Organisationen stehen mag, ob man sie für „Revisionisten“, „Opportunisten“ oder „Kleinbürgerliche Intellektuelle“ hält, bewaffnete Überfälle, Brandanschläge und politischer Mord können damit nicht gerechtfertigt werden.



Trauerzug für Mordopfer Adigüzel

Türkische und kurdische Linke im Kreuzfeuer

Auch die häufig aufgeworfene Frage nach der Beteiligung des türkischen Geheimdienstes MIT an der Terror- und Liquidationspraxis führt solange nicht weiter, bis die PKK ihre Angriffe auf Linke aus der Türkei und Türkei-Kurdistan nicht einstellt und öffentlich zurücknimmt. Nur dadurch kann einem möglichen Mischen von Geheimdiensten der Boden entzogen werden. Es ist denkbar, daß die PKK selbst, wie von Manchen behauptet, von Agenten des türkischen Geheimdienstes durchsetzt ist, oder dieser die geschaffene Situation nutzt, um der

türkischen und kurdischen Linken Schläge zu versetzen.

Eines spricht dafür, daß die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden in den Ermittlungen ein doppeltes Spiel treiben. Nach dem Überfall von PKK-Anhängern auf die Nowroz-Veranstaltung der Komkar in München richtete die Polizei ihr Hauptaugenmerk auf die Verfolgung von Komkar-Anhängern. Schon am Veranstaltungsort nahm sie acht Komkar-Anhänger fest, führte eine Großrazzia in den Münchener Vereinsräumen durch und verhaftete später den 2. Bundesvorsitzenden von Komkar, als er gerade eine Pressekonferenz durchführen wollte.

Am 25. März 1987, bevor unsere Vereinsräume in Hamburg gegen 23.00 Uhr in Flammen aufgingen, wurde die Polizei gegen 18.00 Uhr bei unserem Vereinsvorstand vorstellig und forderte ihn auf, den Verein zu räumen, weil „erhebliche Gefahr für Leib und Leben der Anwesenden bestehen“ würde. Sie stellte mehrmals die Frage, ob in der Nacht „irgendwelche Mitglieder in den Vereinsräumen schlafen“ würden.“ (Komkar-Flugblatt vom 13.4.1987)

Nach dem Mord an Ramazan Adigüzel wurden der Bruder des Ermordeten sowie ein Vetter und zwei weitere Verwandte festgenommen, die zu den Trauerfeierlichkeiten nach Hannover gekommen waren (HAZ, 8.5.1987). Der Vetter wurde flugs in die Türkei abgeschoben, weil er ohne gültige Ausreisepapiere war (Spiegel, 25.5.1987).

Gleichzeitig verbreitet die Polizei gezielt Hinweise: „Es war der Staatschutz, der unseren 2. Vorsitzenden davon in Kenntnis setzte, daß er auf der Todesliste der PKK steht“, berichtet Komkar (13.4.1987). Gezielte Warnungen der Polizei wurden u.a. auch in Hamburg ausgesprochen und polizeilli-

cher Personenschutz angeboten. Der bayerische Staatschutz soll angeblich im März dieses Jahres eine „Todesliste“ der PKK beschlagnahmt haben, auf der die Namen von 60 möglichen Opfern genannt werden (Neue Osnabrücker Zeitung, 7.5.1987). Stellungnahme des Bundesamtes für Verfassungsschutz: „Die Organisation wird strengstens beobachtet und überwacht“ (ebenda).

Vom Bundesinnenministerium verlautet, daß sich auch die Innenministerkonferenz mit der „Kurdenproblematik“ befaßt habe (ebenda). Türkische Zeitungen, die die jüngsten Vorfälle genötigt ausschlichten, wußten Innenminister Zimmermann mit der Äußerung zu zittern, es werde der PKK so gehen wie der verbotenen Gruppe DevSol.

Nicht nur die PKK ist seit längerem Beobachtungsobjekt der Sicherheitsbehörden, auch die Organisationen der Opfer sind verstärkten Observationen ausgesetzt.

In Hamburg werden seit dem 13. Mai im großen Stil Personenüberprüfungen bei Türken und Kurden durchgeführt. Schon nach dem Mord an Kürat Timuroglu im Frühjahr 1986 hatte der damalige Innenminister Lange angekündigt, „die blutigen Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden politischen Organisationen“ würden nicht hingenommen. Heute begründet die Polizei die verstärkte Kontrolle türkischer und kurdischer Bewohner der Stadt wiederum mit angeblichen „gewalttätigen Auseinandersetzungen, insbesondere zwischen linksextremistischen Gruppen türkischer Kurden“ begründet (Polizeibericht vom 13.5.1987). Seitdem werden auf der Suche nach „Faustfeuerwaffen“ in öffentlichen Verkehrsmitteln, Vereinslokalen und Vierteln mit hohem Ausländeranteil dunkelhäutige „Verdächtige“ kontrolliert.

Angesichts dieser Strategie, die Spannung für eigene Zwecke zu nutzen, sind Appelle an die Polizei, sich mit der Ergreifung der Täter zu beschäftigen, zwar verständlich, aber nicht mit der Ergreifung der Täter zu beschäftigen, zwar verständlich aber wenig erfolgversprechend. Hatte die Komkar noch Ende März die Frage gestellt, wie lange die Polizei noch zusehen will und ob erst noch weitere Morde, Angriffe und Brandanschläge geschehen müssen, bis die Polizei reagiert (Flugblatt vom 26.3.87), äußert die Organisation nach dem Mord an Ramazan Adigüzel, „daß die Sicherheitskräfte der Bundesrepublik keinerlei Interesse haben, gegen die PKK vorzugehen. Wir haben sogar das ungute Gefühl, daß sie bewußt das Vorgehen der PKK tolerieren.“ (5.5.1987)

Die politische Lähmung überwinden

Die anhaltende Bedrohung durch die PKK sowie die ständige Observation durch die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden hat sichtbare Spuren in den Aktivitäten der betroffenen Organisationen und Vereine hinterlassen. Zum Teil weckt die Situation heute Erinnerungen an Zeiten, in denen Terror der Faschisten es Linken unmöglich machte, ihre politische Arbeit zu organisieren, sie zum Untertauchen zwang.

Um diese politische Lähmung zu durchbrechen, haben sich in Hamburg eine Reihe türkischer und kurdischer Organisationen und Vereine zusammengesetzt, mit dem Ziel die öffentliche Debatte über die Politik der PKK und über das Verhalten des westdeutschen Sicherheitsapparates wieder zu eröffnen. In einer, inzwischen von 14 Gruppen unterzeichneten Erklärung heißt es: „Wir protestieren ausdrücklich gegen dieses Vorgehen der Polizei, daß lediglich dazu dient, die hier lebenden Immigranten und Flüchtlinge einzuschüchtern und zu diffamieren.“ Noch vor den Sommerferien will der Kreis eine Veranstaltung in Hamburg durchführen.

Ein letztes Wort noch zu den Reaktionen westdeutscher Linken. Der Landesvorstand der Hamburger GAL stellt dazu in einer Presseerklärung vom 26.5. fest: „Offenbar neigen viele Linke (im weitesten Sinne) dazu, die menschenverachtenden Aktionen der PKK unter der Rubrik „Exotisches“ zu verbuchen, um sich auf diese Weise die ernsthafte Beschäftigung mit Ereignissen und Tatsachen zu ersparen, die Fragen für ihr eigenes Selbstverständnis als Linke aufwerfen würden. So wird — gestützt auf das auf Dauer nicht haltbare Argument mangelnder Information — einer Parteinahme, die Konsequenzen für politischen Handeln hätte, ausgewichen. Solidarität mit denen, deren Leben in Gefahr ist, findet von dieser Seite nicht statt. Obwohl die Opfer unter uns gelebt haben, wird die Tod wie eine „fremde Angelegenheit“ behandelt.“

Der Verrat am Vaterland ... wird mit dem Tode bestraft

Erklärung der ERNK, 30.4.87

Aufruf an alle Menschen aus Kurdistan, die in Würde leben wollen!

Unser Nationaler Befreiungskampf, der mit dem historischen Elan des 15. August eine neue Stufe erreicht hat, befindet sich heute an einem Wendepunkt. (...) unser Befreiungskampf hat sich durch die Erlangung neuer Errungenschaften verstärkt und befindet sich heute in einer Phase, in der er den Charakter einer Armee und eines breiten Guerillakampfes annimmt. (...)

Die Angriffe gegen unseren Nationalen Befreiungskampf gehen nicht nur vom türkischen Staat aus. In Wirklichkeit beteiligen sich auch diverse Kräfte, die die Interessen der dienertüchtigen Kreise in Kurdistan vertreten, an diesen Angriffen und unterstützen somit die Kolonialisten. Diese Kräfte, die sich patriotisch, revolutionär u.ä. bezeichnen, haben eine neue Angriffskampagne gegen unseren Nationalen Befreiungskampf gestartet. (...)

Unsere Front hat, sich diese Tatsachen vor Augen haltend, einen neuen revolutionären Kampf zu erheben, und durch den Kampf für ein menschenwürdiges Leben zu bahnen. (...) Die Unterstützung dieses Elans ist zu einer patriotischen und unumgänglichen Aufgabe eines jeden Kurden geworden, der mit Würde und als Herr des eigenen Landes leben will. In diesem Kampf wird alles und jeder, der gegen unser Volk und unsere Sache Schuldlosen begeht, angeklagt und verurteilt. Unsere Front hat das Nationale Befreiungsgesetz beschlossen. Jede Schuld wird diesem Gesetz entsprechend angeklagt; die Schuldigen werden Rechenschaft ablegen müssen. (...)

Das Verräter-, Banden- und Denunziantentum, die ein Hindernis vor dem Kampf unseres Volkes darstellen, müssen funktionsunfähig gemacht werden. Diejenigen, die die Waffen des Verrats, die der Feind aufzwingt, annehmen, gehören nicht zu uns. Sie können nicht Teil unseres Volkes sein. Der Verrat am Vaterland ist die größte Schuld und wird überall mit dem Tode bestraft. Die Banden sind die Feinde des Kurdentums und von Kurdistan, sie sind fremd. Unter welchem Vorwand auch immer diese Schuld begangen wird, sie muß bestraft werden. Dem Bändentum, das sich gegenüber den Schlägen der bewaffneten Befreiungskräfte unseres Volkes auflöst, darf keine Gelegenheit zur Reorganisation gegeben werden. Unsere Front wiederholt an dieser Stelle ihren Aufruf, sich von den Schuldlosen an unserem Volk und unserer Heimat abzuwenden und sich den revolutionären Befreiungskräften zu stellen. Jeder, der diesen Aufruf nicht befolgt und

weiterhin Schuldlosen begeht, wird nicht unbestraft bleiben. Es darf nicht vergessen werden, daß auch ihr Ende sich nicht von dem ihrer Vorgänger unterscheiden wird. Der Verrat muß überall, wo er auftritt, vernichtet werden; ihm darf kein Lebensrecht zuerkannt werden.

Institutionen wie das Amt des Dorfvorstehers, das Gesundheits- und Erziehungswesen u.ä., die keine andere Funktion besitzen, als die Verzichtnahme auf den Kampf der Kolonialisten gegen unser Volk zu unterstützen, müssen aus unseren Dörfern entfernt werden. Diese Institutionen sind in jeder Hinsicht zu Agenten des Feindes geworden. Alle Maßnahmen und Schritte der Kolonialisten in Kurdistan verfolgen nur ein Ziel, die Unterdrückung unseres Nationalen Befreiungskampfes und die Vernichtung unseres Volkes. Es gibt keine Schritte, die diesem Ziel nicht dienen. Aus diesem Grund müssen diese Institutionen und ihre Aktivitäten zerstört werden und keiner unserer Menschen darf sich an diesen Aktivitäten beteiligen. Stattdessen muß sich unser Volk an Organisationen und Institutionen, die der nationalen Befreiung dienen, beteiligen und diese entwickeln.

(...) Auch die Kräfte und Organisationen, die bis heute keinerlei Widerstand gegen den inneren Feind geleistet und den Kampf unseres Volkes für ihre eigenen Interessen ausgenutzt haben, dürfen nicht in unsere Reihen aufgenommen werden. Diese Kräfte stellen bis heute nur ein Hindernis vor der Entwicklung unseres Kampfes und der Erlangung des Sieges dar. Heute beruhen sie, dieselbe Situation durch Beziehungen mit dem Feind zu entwickeln. Das, was diese Kräfte bis heute noch praktizieren, ist, gegen unsere führenden Befreiungskräfte zu schießen und unseren Kampf zu verhindern.

Kurz gesagt, alles, was in unserer Heimat dem Feind gehört, ihm dient, ist Ziel unseres Kampfes. Der Angriff gegen diese Kräfte und deren Vernichtung ist legitim und unumgänglich. Unser Volk muß mit allem, was es besitzt, mit den Zähnen, Nägeln, Spaten und Schaufel, Messer, Axt, mit Waffen diese angreifen; alles, was dem Feind diene, muß zerstört, abgebrannt und vernichtet gemacht werden. Um zu leben, müssen wir töten. (...)

• Nieder mit dem faschistischen türkischen Kolonialismus und seinen Kollaborateuren!

• Nieder mit dem Verrat am Heimat!

30. April 1987

Zentralrat der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)

I-KDP (Irak, Barzani) kündigt Zusammenarbeit mit der PKK auf

Erklärung der I-KDP (Barzani, Irak) zur Aufkündigung der Zusammenarbeit mit der PKK

Nach dem Beschluß unseres Politbüros vom 11.2.1987 wurde das mit der PKK geschlossene Abkommen (1983) gegenseitiger Unterstützung aus folgenden Gründen aufgekündigt.

- 1.) Entgegen der Vereinbarungen wurde unsere Partei über die Entwicklungen in der Region und die strategischen, politischen und anderen Fragen nicht unterrichtet.
- 2.) Die Komittees unserer Partei wurden über praktische Taktiken und Bündnisse nicht informiert.
- 3.) Die politische Linie unserer Partei wurde nicht unterstützt, auch bei den Arbeitern im Ausland erfolgte keine Hilfe.
- 4.) Es wurde eine Reihe von Problemen geschaffen, mit den Vorkommnissen, die in den befreiten Gebieten geschaffen wurden, wurden ständig Probleme geschaffen, v.a. gegen die Kräfte in den Grenzgebieten, ihre Sympathisanten, die bewaffneten Einheiten, insbesondere die Kräfte der CUD (Oppositionsfront im Irak) und die irakischen Kräfte.
- 5.) Die Beschlüsse des höchsten Organs der CUD wurden nicht beachtet und umgesetzt.
- 6.) Es ist offensichtlich, daß sie (die PKK) von damals bis heute eine aggressive Haltung gegenüber der Führung, der Politik und der Freunde unserer Partei eingenommen hat.
- 7.) Ihre terroristischen Aktivitäten im In- und Ausland, ihr Vorgehen, Menschen zu liquidieren und zu töten, ebenso das Verständnis, das sie zu solchen Handlungen bringt, richtet sich gegen Menschlichkeit und Demokratie und ist mit dem Nationalen Befreiungskampf Kurdistans unvereinbar.

Wir rufen alle Parteieinheiten und revolutionären Einrichtungen auf, auf allen Gebieten und Ebenen die verabschiedeten Beschlüsse umzusetzen.

gen. Politbüro

Quelle: „Kurdistan Press“, Nr. 16, April 1987 (Schwedert, Übersetzung: Informationsstelle Türkei, Hamburg).

Fortsetzung von Seite 42

sprechen ihren Beschreibungen, sie sind unsicher, hilflos und eher resignativ. Sie weicht in Naturromantik und subjektive Ratschläge aus.

„Plötzlich habe ich mich fragen müssen, ob die Betreiber jener Arten von Technik, deren tödliche Gefährlichkeit in ihrem Wesen liegt, jemals in ihrem Leben winzigste Samenkörner, die einem an den Fingerspitzen kleben bleiben, in die Erde gesenkt haben, um sie später aufgehen zu sehen und über Wochen und Monate hin das Wachstum der Pflanzen zu verfolgen.“

„Ich habe mir vorgenommen, eine Liste derjenigen Tätigkeiten und Freuden anzufertigen, die jene Männer der Wissenschaft und Technik wahrscheinlich nicht kennen. Was soll daraus folgen? Um die Wahrheit zu sagen: Ich weiß es nicht.“

Darum schließt sich später die Feststellung an: „Und wieviele dieser Tätigkeiten sehe ich selbst als Zeitvergeudung an?“

„wabernde Metaphysik“ oder „neues Denken“

„Störfall“ ist ein sehr persönlich geschriebenes Buch und von daher leicht angreifbar. Es läßt keine eindeutigen Schlußfolgerungen oder konkrete Vorschläge zu. Dagegen läßt sich vieles hineinlesen und interpretieren, denn es ist voll von hingeworfenen Reflexionen, angedeuteten Problemen und viel Symbolik.

Das Zerfallen in einzelne Absätze, die zwar gekonnt sprachlich verbunden sind, inhaltlich aber aneinandergerichtet und offen bleiben, können als literarischer Kunstgriff gewertet werden, um vor allem eins deutlich zu machen: die Ratlosigkeit und Resignation der Erzählerin darüber, daß Alles in Frage gestellt werden muß, für das noch nichts Neues gefunden wurde.

Ich versuche in diesem Sinne die Erzählung zu akzeptieren.

Daß die Offenheit und Angreifbarkeit, die das Buch zuläßt auch zu ganz anderen Interpretationen benutzt werden kann, dafür hier zwei Beispiele:

In einer bissig aggressiven Besprechung in „konkret“ (3) findet Ingrid Strobl es „zum Heulen“, „wenn die Autorin von „Kindheitsmuster“ vor sich hinplappert wie eine betäubte, wehleidige Betschwester.“ Sie hebt vor allem Christa Wolfs Naturbeschreibungen und subjektive Erklärungsmuster hervor und zieht daraus die Parallele zur hiesigen Mütterwelle nach Tschernobyl. „Kompliment an die un-

sichtbare Wolke: Sie hat es offenbar geschafft, die neue Weiblichkeit über die DDR abzuregen.“

Ihr Fazit: „Es mag ja sein, daß es ein mutiger Akt ist, als DDR-Autorin die staatliche Atomlobby zu kritisieren. Fragt sich nur, ob die sich ernsthaft angegriffen fühlt durch diese wabernde Metaphysik der sprossenden Zucchini, äsenden Rehe, hirngehemmten Stillenden und dauererregten Neutronen.“

Nun genau das ist es allerdings, was H. Projansky in der „UZ“ (4) an Christa Wolfs Buch so wertvoll findet. „Von Gorbis lernen“ ist die DKP-Devisen und reibungslos fügt er Christa Wolf in diesen Reigen ein. „Die Katastrophe von Tschernobyl hat vielen Menschen zum ersten Nachdenken über die Gefahren des Umgangs mit brennender Technologie und über gesellschaftliche und individuelle Verantwortung geführt.“ Und: „Auf diese Weise nähert sich Christa Wolf dem, was auch und gerade nach Tschernobyl mit dem Begriff des „neuen Denkens“ umschrieben wird.“

Doch damit nicht genug, positiv wird in diesem Sinne zugleich auch noch die Einheit zwischen Literatur und Regierung hergestellt. Triumphierend wird im gleichen Artikel der Stellvertreter des Ministers für Kultur in der DDR zitiert, der das Buch „Störfall“ im Neuen Deutschland positiv als „Auseinandersetzung mit Genügsamkeit und Gleichgültigkeit“ bewertet.

Ich halte die Art des Verrisses in „konkret“ ebenso wie die Vereinnahmung durch die „UZ“ für überspitzt und nicht berechtigt. Allerdings bietet Christa Wolfs Buch in seiner Offenheit und Unfertigkeit für solcher Art Spekulationen und Interpretationen durchaus eine Angriffsfläche.

„Kein Buch über Tschernobyl“ wollte die Autorin schreiben, sie wollte „tiefer graben und einige Etagen tiefer fragen“.

Ob ihr dieser Versuch gelungen ist, dies zu bewerten ist das gute Recht jedes/r Leser/In:

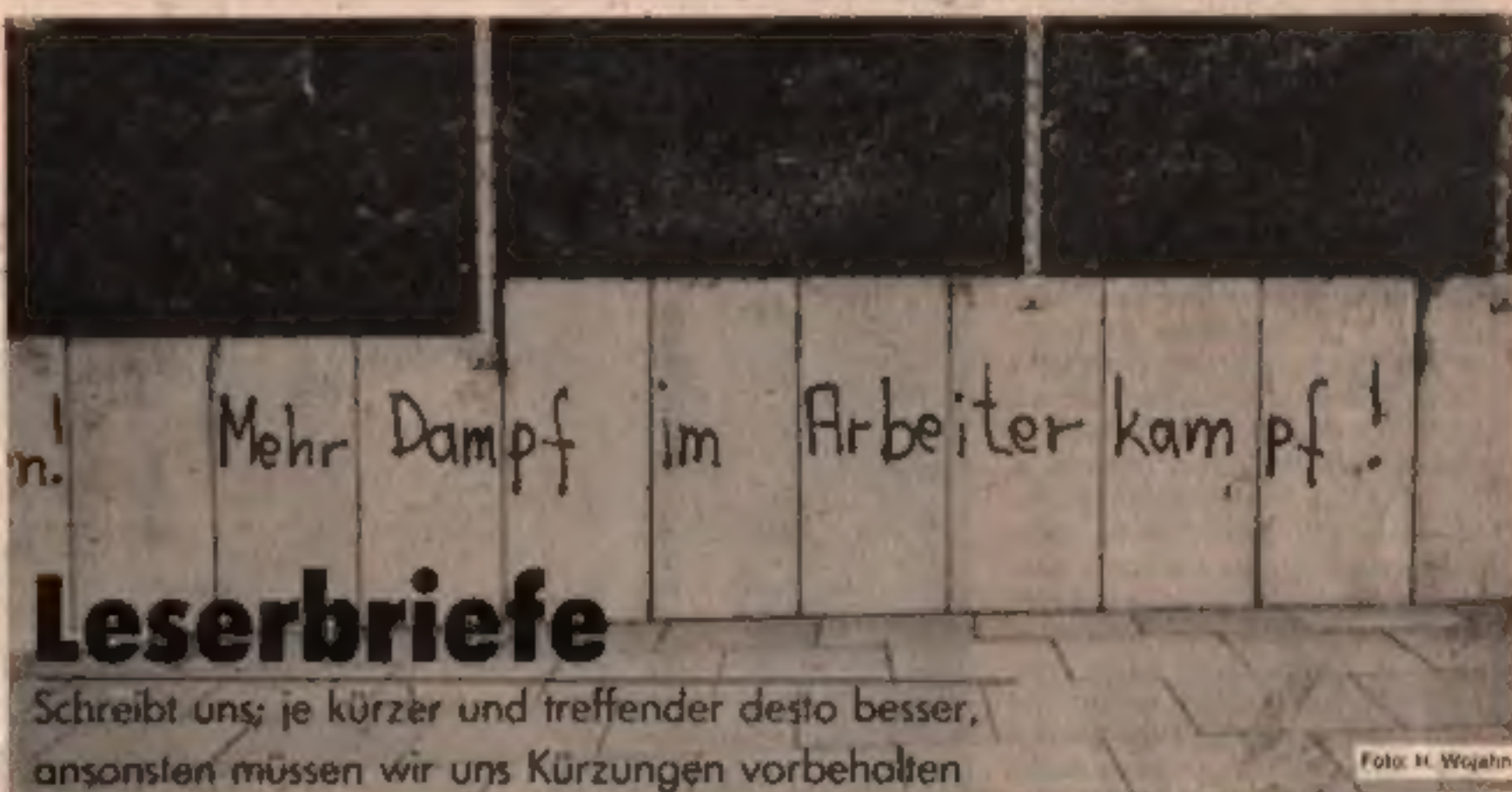
Gemessen an anderen Büchern von ihr, und das ist es was Erwartungen und Hoffnungen schürt und Maßstäbe setzt, halte ich ihr neuestes Buch für ihr schwächstes Werk und für einen sehr unfertigen unzureichenden Schnellschuß.

G./Hamburg

Christa Wolf: Störfall — Nachrichten eines Tages, 118 Seiten, Luchterhand, 9,80 DM

Quellen:

- 1) Interview mit Christa Wolf in: Böcherjournal, ARD vom 12.5.87
- 2) ebd.
- 3) Konkret 6/87, I. Strobl, Zucchini mit Wolke
- 4) UZ vom 9.5.87, Mariad Projansky, Nachdenken über Tschernobyl



Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Redaktionelle Frechheit

Betr.: Gorbis Superstar? (AK 281)

Liebe AK-Redaktion! Ich habe mit euch ein Hühnchen zu rufen. Anlaß dafür ist die redaktionelle Anmerkung zur Gorbis-Diskussion, die ich eigentlich besser als redaktionelle Frechheit bezeichnen sollte. Ihr haltet es nicht für nötig, den Diskussionsbeiträgen inhaltliche Positionen entgegenzusetzen, sondern ihr begnügt euch damit festzustellen, daß ihr von der „Begeisterungswelle“ überrascht und überrollt worden seid, um anschließend in einem polemischen Rundschuß die Autoren runterzumachen.

Daß diese Herangehensweise nicht hinreichend ist, bestätigt mir nachfolgend das Zitat eines Herrn, der euch eigentlich besser bekannt sein müßte als mir: „Jede Meinungsäußerung muß auf Argumenten beruhen, die Kritik muß den politischen Aspekt betonen.“ (Mao, 1929). Der Vorwurf, daß ein besonderer Bedarf an wegweisenden Heilspersonlichkeiten bestehe, geht über bürgerliche Sichtweise nicht hinaus, wird eben gerade von euch die gesellschaftliche Veränderung in der SU auf das Wohlwollen einer Person reduziert, und gelegentlich, daß bedeutende Kräfte diese Umgestaltung tragen und vorantreiben wollen. Im Gegensatz dazu implizieren die Autoren mit Gorbis nicht die Person, sondern den dafür stehenden Kurs der KPdSU. Wenn ihr also nicht in der Lage seid, die „besonderen begeisterten Autoren“ zu widerlegen, dann erspart uns in Zukunft die nicht einmal mittelmäßigen Kommentare.

dim, KB-Freiburg

KPD rehabilitiert? KPD rehabilitiert?

Betr.: Bruno Tesch (AK 282)

Liebe Leute, als seltener Leser Eures geschätzten Blättchens habe ich mich geirrt über den Artikel „Bruno Tesch: Ausgrenzung bis nach dem Tod“. Er erscheint mir symptomatisch für eine Sichtweise, die nach dem Motto vorgeht: Wie kann ich einen Erfolg in eine Niederlage ummünzen?

Zunächst einige Fakten, die in dem Artikel, obwohl sie zur Sache gehören, fehlen:

1. Joist Große hat in dem damaligen Streik über die Namensgebung der Universität Oldenburg nicht „den kürzeren“ gezogen, sondern — nach dem Ende seiner Ministerialtätigkeit — öffentlich seine Position geändert. Wer ihm also jetzt Heuchelei diagnostiziert, müßte dies auch bei der ohne Not erklärten Meinungsänderung in Sachen Ossietzky tun.

2. Nach Otto Eggerstedt, dem Polizeipräsidenten Altonas von 1932, heißt tatsächlich eine Straße in Altona, aber nicht, weil er Polizeipräsident war und tatsächlich an dem Blutsonntag durch Abschießen der Verantwortung ein großes Maß Schuld hat, sondern weil auch er ein Naziopfer wurde, erschlagen 1934 in einem der ersten KZ.

3. Die Entscheidung des Senats, der Schule den Namen von Bruno Tesch zu geben, war zwar formell eine Senatsentscheidung, real aber nur eine Entscheidung der Schulbehörde. Derwegen ist es unsinnig, dem Schulsenator vorzuwerfen, daß der „zweite, entscheidende“ Schritt, nämlich die Aufhebung der Urteile gegen die Blutsonntag-Opfer, unterblieb.

4. Ich war offensichtlich im April auf einer anderen Umbenennungsfeier als Jo. Denn auf der Feier, auf der ich war, hat zwar auch der Schulleiter den

Schulsenator gelobt (wegen seiner Meinungsänderung wohl mit Recht), der Landesschulrat in peinlicher Weise vor Radikalen gewarnt, aber schon die Rede von Helmut Kalbitzer habe ich ganz anders gehört. Er hat zwar wirklich gesagt, der Streit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten vor 1933 sei Schnee von gestern, aber ich habe das so verstanden, wie es auch viele Sozialdemokraten und Kommunisten nach 1933 gemeint haben, nämlich daß es darum gehe, das Gemeinsame am Kampf gegen die Nazis zu betonen. Außerdem habe ich noch die Rede eines türkischen Lehrers gehört, der vom Ausländer und Kommunisten Tesch einen Vergleich zu den Türken heute zog, und habe auch die Rede des Elternratsvorsitzenden gehört, der angekündigt, daß nunmehr die Eltern, Lehrer und Schüler sich für die Aufhebung der Urteile gegen Bruno Tesch u.a. einsetzen würden, und der im ausdrücklichen Gegensatz zum Landesschulrat und (dem abwesenden) Senator den Kommunisten Tesch als Vorbild für die heutigen Schüler sah.

Der Hauptpunkt aber meines Ärgers ist die Behauptung von Jo., der Senator habe es mit einer ersten Ablehnung der Namensgebung geschafft, „die Befürworter der Umbenennung unter Druck zu setzen, sich von Brunos Mitgliedschaft bei den Kommunisten zu distanzieren und wesentlich auf den „anständigen Menschen“ abzustellen.“

Ich glaube nicht, daß das je geschehen ist. Denn niemand, auch nicht die Sozialdemokraten, die der Umbenennung zugestimmt haben, hat je formuliert „... obwohl er Kommunist war“, wie ja auch die anderen nicht formuliert haben „... weil er Kommunist war“. Denn bei der Ehrung eines Menschen geht es ja wirklich nicht um die Ehrung seiner Partei, sondern um den Menschen in seinen sozialen und politischen Zusammenhängen. Und es war der „rechte“ Sozialdemokrat Kalbitzer, der darauf hinwies, daß mit der Namensgebung „Theodor-Haubach-Schule“ auch nicht die Politik der SPD, deren Mitglied Haubach war, geehrt worden ist, sondern der Mann Haubach.

Der Erfolg der Namensgebung für Bruno Tesch besteht nun aber gerade darin, daß ein Tabu gebrochen wurde, nämlich das der Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei bzw. der Jugendorganisation dieser Partei. Mit Bruno Tesch dürfen also in der Tat Mitglieder der kommunistischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Öffentlichkeit wieder einen guten Namen bekommen, der ihnen vierzig Jahre lang abgesprochen wurde.

Erfolge dieser Art werden nie so aussehen, daß die Vertreter der bisher herrschenden Meinung dieser völlig abschwören und eine völlige Kehrtwendung vollziehen. Dies wäre auch wenig glaubwürdig. Vielmehr wird es immer verschiedene Definitionsversuche geben. Ich bin nicht dafür, die des Landesschulrats zu akzeptieren und damit aus dem Erfolg der Umbenennung eine Niederlage werden zu lassen. Jo. will uns aber dazu überreden.

Mit freundlichen Grüßen
Martina Schmidt (Hamburg)

Keine Linie

Betr.: Wende-Artikel (AK 282)

Liebe Genossen, es ist einfach unübertrefflich, wie in AK 282 drei Artikel lang mit dem Märchen aufgeräumt wird, daß CDU/CSU rechte Parteien seien, daß ihre Politik unsocial, unliberal, wenig friedliebend, in Ansätzen revanchistisch oder gar reaktionär (pfui, was für ein böses Wort!) sei, wie der doofen westdeutschen Linken endlich mal gezeigt wird,

daß sie von Rechtstendenzen, Faschisierung und Faschismus, diesen alten Schinken der sozial-liberalen Ara, nichts verstanden hat.

In diesen drei „Wende-Artikeln“ (und es sind weiß Mao nicht die ersten dieser Art im AK!) wird Absatz für Absatz versucht nachzuweisen, daß niemand dieser Bundesregierung irgendwas vorwerfen kann. Unter dem selbst nur halbherzig vertretenen Vorwand der Entlarvung der SPD wird hier nicht etwa, wie ich zumindest erwartet hätte, die Kontinuität und streckenweise Verschärfung der schon katastrophalen SPD-Politik durch CDU/CSU/FDP untersucht, stattdessen werden selbst die schlimmsten Auswüchse dieser „neuen Kultur“ bagatellisiert, für normal erklärt und dem Leser schmackhaft gemacht. Sicher, unsere intensive Antifa-Arbeit der letzten Jahre hat auch eine Reihe von Fehleinschätzungen und nicht immer berechnete Stimmungen gebracht — ein Kühnen und auch ein Strauß machen noch kein Viertes Reich — aber anstatt nun mit Nachdruck in allen Bereichen der sich verschärfenden Krisen und Probleme (Schuldenkrise, Flüchtlingsprobleme, jede Menge Kriege, neue Armut in den Industriestaaten, Rassismus, Öko-Katastrophen, Faschisierung...) zu forschen, zu analysieren und nach Erklärungen zu suchen, wird in einem Teil des AK immer wieder dasselbe runtergeleiert: Wir leben mit Kapitalismus, Nazis, Wirtschaftskrisen, Antisemitismus und Kommunismut seit 1945 und wir leben ganz gut damit ...!

Daß es im AK keine einheitliche Redaktion, keine halbwegs erkennbare Linie gibt, ist traurig genug. Aber wenn einige Artikel z.B. den Bitburg-Besuch für eine neue Stufe der SS-Rehabilitierung und der Verharmlosung halten und andere Artikel diese Sicht wiederholt nur milde belächeln können, wenn sich einige darüber streiten, ob man zur Wahl der Grünen aufrufen soll oder nicht, während andere können, wenn sich einige darüber streiten, ob man zur Wahl der Grünen aufrufen soll oder nicht, während andere seitensweise die Vorzüge der CDU zu preisen wissen, dann sollte man die verschiedenen (Redaktions-)Fraktionen auch im AK besser auseinanderhalten. 15 Seiten „Arbeiterkampf“, 15 Seiten „5 vor 12“ und nochmal 15 Seiten „Mach mal Pause“, der Rest für Inhaltsverzeichnis und eventuell auftretende gemeinsame Gedanken der Redaktion. Ich denke schon, daß diese Einteilung eine große Hilfe wäre, um sich durch diese „dicke TAZ“ durchzuarbeiten.

Aber selbst wenn sich nichts am konzeptionellen und inhaltlichen Chaos im AK ändert (und das betrifft noch viel mehr als die kurz gestreiften Beispiele), wird er seine Leser ohne größere Probleme halten können, denn spannend bleibt das ganze allemal: Noch ist nicht ausgemacht, wen der Zeitgeist schneller erlegt, die Grünen oder den KB!

M., Weinberlin

Alte Probleme

Das „Vorwärts“ scheint das Hauptprinzip in der letzteren Zeit zu befolgen, Manuskript zu nehmen, „copie“ wie die Franzosen sagen, woher es immer komme. Z.B. in einigen der letzten Nummern schreibt ersiens ein Bursche, der nicht das ökonomische ABC kennt, groteske Enthaltungen über die „Gesetze“ der Krinen. Er enthält nichts als seinen eignen inneren „Krach“. Und nun gar der naseweise Bengel aus Berlin, dem erlaubt wird, seine unmaßgeblichen Gedankens über England und den plattesten Panlawismusbildern in endlosen Bandwürmerartikeln auf Kosten des „soveränen Volks“ drucken zu lassen!

(Marx an Borge am 19.10.1877)

Arbeiterkampf

Absender:

An die
Hamburger Satz-
und Verlagskooperative
Lindenaallee 4

2000 Hamburg 19

Bitte um die Sparsamkeit beachten

Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

- | | |
|---|--|
| <input type="radio"/> Halbjahresabo DM 33,— | <input type="radio"/> Förderabo DM 50,— |
| <input type="radio"/> Jahresabo DM 60,— | <input type="radio"/> Förderabo DM 100,— |
- ☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Postcheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203
- ☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar. Ich weiß, daß ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei der Hamburger Satz- und Verlagskooperative widerrufen kann.

Ort, Datum

Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir/uns zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unsers Girokontos.

*Nichtzutreffendes bitte streichen

Kto. Nr.

bei der

..... Lastschrift einzuziehen

BLZ

den

(Unterschrift)

Verstrahlte Gedanken

Christa Wolfs „Störfall“

„Das ist meine große Angst“, sagt Christa Wolf über ihre Erzählung „Störfall“, „daß dieses Buch unter der Marke läuft, ein Buch über Tschernobyl zu sein. Das hätte ich nicht schreiben können und auch nicht schreiben wollen. Dazu hatte ich gar keine Voraussetzungen. Es ist natürlich kein Buch über Tschernobyl, es ist ein Buch über einen Tag, der unter ganz bestimmten Sternen oder Unsternen stand im Leben dieser Erzählerin, mit der ich mich schon weitgehend identifizieren will. (...) Ich glaubte und meinte, das entstehen sollte ein Nachdenken über die Voraussetzungen, die unsere Zivilisation an diesen Punkt gebracht haben. Es hat ja keinen Sinn, wenn die Literatur dasselbe noch einmal macht, was Journalisten machen können, Berichterstattung aller möglichen Art (...) Wir müssen etwas anderes versuchen, wir müssen versuchen, immer noch einige Etagen tiefer zu graben und auch tiefer zu fragen. Das ist der Versuch hier.“ (1)

Christa Wolf, die mit ihrem Roman „Der geteilte Himmel“ eine der ersten literarischen Verarbeitungen der deutschen Teilung in der DDR vorlegte, ist der Lesergeneration der 70er und 80er Jahre vor allem bekannt geworden durch ihren Roman „Kindheitsmuster“ und ihre Erzählung „Kassandra“, die ein anerkannter Szene-Renner war. Ihr neuestes Buch „Störfall — Nachrichten eines Tages“, von ihrem westdeutschen Verlag, Luchterhand, als „Das Taschenbuch nach Tschernobyl“ angepriesen, stößt — soweit das über Presse und Meinungsäußerungen nachvollziehbar ist — auf verhalten kritische Reaktionen bis hin zu offener Enttäuschung und Ablehnung.

„Jenes Ziel ... weggesprengt“

„Jenes Ziel ... weggesprengt“

Es ist schwer, den Inhalt des Buches nachvollziehbar darzustellen. Es setzt sich aus verschiedenen Strängen zusammen, die in einzelne Absätze zerfallen. Teilweise werden die Fäden wieder aufgenommen und weitergesponnen, anderes bleibt — einmal kurz angeklippt — offen.

Die Ich-Erzählerin erlebt einen Tag im April 1986 allein in ihrem Haus in einem kleinen Dorf in Mecklenburg.

Einen Tag, an dem es dem „Naturvorgang angemessen“ wäre zu sagen, die „Kirschbäume sind explodiert“, „das Grün explodiert“. Dies so auszudrücken oder auch zu denken aber soll „vermieden“ werden, denn an diesem Tag wird über Rundfunk und Fernsehen bekannt, daß es in der UdSSR einen Unfall in einem Atomreaktor gegeben hat, dessen Ausmaß für die Menschheit nicht einschätzbar ist. „In Kiew bin ich einmal im Leben gewesen, just im Mai. Ich erinnere weiße Häuser, Abfallende Straßen. Viel Grün, Blüten.“

An diesem Tag muß sich der Bruder der Erzählerin einer schweren Gehirnoperation unterziehen. Sie versucht zu erfassen, was gerade mit ihm passiert, beschreibt medizinische Abläufe und



mögliche Folgen — die Gefahr von „Ausfällen“, Beschädigungen des Sprachzentrum, des Geruchssinns.

An diesem Tag hat die Erzählerin zufällige Begegnungen mit dem Nachbarn, der Saatkartoffeln holt und dabei Kriegserlebnisse erzählt, die sie nicht hören möchte, („Ich habe den alten Ploack nicht dazu bringen können, seine Geschichte für sich zu behalten.“) mit einer Familie, die das Grab der „fünfundvierzig“ gestorbenen Schwester auf ihrem Grundstück sucht, mit Schwägerin, Tochter und Enkelkind.

Dazwischen immer wieder — akribisch beschrieben — der Alltag mit seinen tausend alltäglichen Handgriffen: frühstücken, Kaffee kochen, Kaffeemaschinen anstellen, Ei kochen ... Dazwischen auch die Auseinandersetzung mit der Natur: Unkraut jäten — „mit bloßen Händen“, Freude über die aufgegebenen Zucchini-Pflanzen: „siebzehn Keimlinge in acht Töpfen“, das „unaufschiebbare Pflanzen der japanischen Friedensblume“, „zweizehn Keimlinge in acht Töpfen“, das „unaufschiebbare Pflanzen der japanischen Friedensblume“.

Zwischen all dem sind zusammenhängend Gedankengänge, Reflexionen und Assoziationen der Autorin aneinander gereiht, die nur teilweise wieder aufgegriffen werden, meist jedoch abbrechen und offen stehen bleiben. Die angeschnittenen Themen, Fragen und Antworten sind bestimmt von dem Schock und der Ratlosigkeit der Erzählerin und Literatin, wie nach dieser Katastrophe weiter leben, denken, schreiben.

Ein Stück Lebensziel scheint abhanden gekommen zu sein. Die Sprache bekommt einen anderen Sinn.

„Jenes Ziel in einer sehr fernen Zukunft, auf das sich bis jetzt alle Linien zubewegt hatten, war weggesprengt worden, gemeinsam mit dem spalibaren Material in einem Reaktorgehäuse ist es dabei gewesen zu verfliegen.“

„Wir herrlich leuchtet mir die Natur. Vielleicht ist es nicht die dringlichste Frage, was wir mit den Bibliotheken voller Naturgedichte machen. Aber eine Frage ist es schon, habe ich gedacht.“

„Während du schläfst, Bruder, lerne ich neue Wörter.“ ... „Ein neuer Name für Gefahr wird in Umlauf gesetzt: JOD 131.“

Zerstörung gekoppelt an Lust?

Die Kernfrage aber, die Christa Wolf für sich und ihr Buch in den Mittelpunkt stellt, benennt sie in einem Interview so:

„Wie kommt es, daß in unserer Zivilisation Zerstörung an Lust gekoppelt ist oder Lust an Zerstörung. Wenn das massenhaft auftritt oder auftreten sollte, das ist meine These, dann ist das natürlich kein Problem eines Einzelnen, dann ist das natürlich keine psychologische oder Charakterfrage mehr, dann ist das ein Problem der ganzen Zivilisation. Und warum die nun — die Wissenschaft, die ich ja nicht etwa verurteile als Wissenschaft — warum die nun einen Teil, einen großen Teil dieser Wissenschaft in diese Zerstörungsmechanismen hineingetrieben hat, das ist meine eigentliche Frage.“ (2)

Ihre Antwortversuche darauf geraten sehr persönlich und psychologisch. Sie sucht die Ursachen ausschließlich im Menschen selbst, in seiner (Forscher-)Natur, in unserem „über großen unbeschäftigten Gehirnteil“, der sich in „eine manisch-destruktive Hyperaktivität geflüchtet“ hat „und schneller und schneller, schließlich heute in rasender Geschwindigkeit immer neue Phantasien herausschleudert“. Dabei malt sie vom Menschen ein sehr düsteres Bild.

„Einige Abzweigungen am Stammbaum der Wirbeltiere führten in Sackgassen. Ob derjenige Zweig, der zum Menschen führte, ebenfalls in einer Sackgasse enden wird, kann man noch nicht beurteilen.“

„Was will der Mensch. (...) Der Mensch will starke Gefühle erleben, und er will geliebt werden. Punktum.“ wenn ihm dies nicht gelingt, „dann schafft er — ach: wir! —, dann schaffen wir uns Ersatzbefriedigung und hängen uns an ein Ersatzleben, Lebensersatz, die ganze atemlos expandierende ungeheure technische Schöpfung ersetzt für Liebe.“

Ihre Ansätze einer Konsequenz, die daraus gezogen werden könnte, ent-

INHALT

aktuell

| | |
|---|----|
| Kirche, Banken und Apartheid | 3 |
| Weiß in Südafrika: Es bleibt das Vertrauen auf die Waffen — Brian Banting (ANC und SACP) zu den Wahlen am Kap | 4 |
| Reagan kriecht zu Kreuzberg | 5 |
| Jetzt doch Großaktion in Wackersdorf/Aufruf gegen die WAA im Herbst | 12 |
| „Terroristen“ verhindern Erfolg beim Erbsenzählen | 2 |
| Is die NULL-Lösung eine Nulllösung? | 5 |
| 20 Jahre Junikrieg: Westbanks und Gazastreifen noch immer unter israelischer Kontrolle | 7 |
| Null-Lösung grüner Friedenspolitik | 6 |
| Nahost-Friedenskonferenz: Viel Lärm um nichts | 7 |

Antifa

| | |
|--|----|
| Geduldet als Terrorgruppe gegen links: Neonazis in Bielefeld | 29 |
|--|----|

Betrieb

| | |
|------------------------------------|----|
| Betriebsratswahlen und Linke | 30 |
|------------------------------------|----|

Diskussion

| | |
|---|----|
| „Faktor Mensch“ — Kritisches zur Gorbatschowdebatte | 38 |
|---|----|

Europa

| | |
|--|----|
| Großbritannien vor der Wahl: Thatcher zum Dritten? | 35 |
|--|----|

Frauen

| | |
|--|----|
| Bayrische Nächte — Mit Gauweiler gegen Männergewalt? | 25 |
| Klerikale Abtreibungsgegner auf Frauen-Info-Börse | 24 |
| Bundesweiter Frauenprotest gegen den §218 in Frankfurt | 24 |

Grüne

| | |
|--|----|
| Dokumentation zur Kontroverse in der GAL | 18 |
| Bremen: Rot-grün mit Basismandat? | 17 |
| Dokumentation zur Kontroverse in der GAL | 18 |
| Bremen: Rot-grün mit Basismandat? | 17 |
| Abschied von den Grünen? | 17 |
| Die neue politische Kultur: Hau druff! | 22 |

Klassenjustiz

| | |
|--|----|
| Unbewiesener Steinwurf mit 22 Monaten Knast bestraft ... | 28 |
| Sieben Monate Knast für „radikal“-Verkauf | 28 |

Linke

| | |
|--|----|
| Alternative und Polizei gegen Kinderbauernhof | 25 |
| Mit einem Ohr und einem Bein im Kurt-Schumacher-Haus | 23 |
| Neue Gewaltwelle der PKK gegen kurdische Linke | 40 |

Nahost

| | |
|---|----|
| Saudi-Arabien: Westlicher Vorposten am Golf | 12 |
| Palästinensisch-israelischer Dialog in Costineti | 9 |
| Interview mit Elieser Feller, angeklagt wegen Kontakt zur PLO | 9 |

Schule/Hochschule

| | |
|--|----|
| Ebförderung braucht das Land — Schulpolitik von CDU und SPD | 14 |
| Studenten 1987: Thesen zum Charakter der aktuellen Studentenkämpfe | 33 |

Staat

| | |
|--|----|
| Thesen zur Innen- und aktuellen Antifa-Politik, vorgetragen auf einem Antifakongress in St. Augustin | 36 |
| Polizei sucht Bombenmaterial bei KB und GAL im Schließfach | 28 |
| „Kreuzberger Nächte“ oder: Über die Fortsetzung eines Volksfestes mit anderen Mitteln | 26 |
| Tod im Knast — Ein Opfer der Strafrechts | 27 |

Wirtschaft

| | |
|--|----|
| Nach dem Ende der Ölzeit — Energie im Überfluß | 14 |
|--|----|

Index

| | |
|---|----|
| Verstrahlte Gedanken/Christa Wolfs „Störfall“ | 42 |
|---|----|



Fortsetzung auf Seite 41